

# Das Parlament

Berlin, Montag 01. Februar 2016

www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 5-7 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Anwalt der Soldaten

**Hans-Peter Bartels**, Wehrbeauftragter des Bundestages, sieht die Bundeswehr an einem „Wendepunkt“. Bei der Präsentation seines ersten Jahresberichts in der vergangenen Woche forderte er unverhohlen mehr Personal, Material und Geld für die Streitkräfte. Die Truppe bekomme inzwischen zwar moderne Ausrüstung, aber „alles verspätet, verzögert, voller Kinderkrankheiten und oft in zu geringer Stückzahl, dafür teurer als geplant“. Die Mangelwirtschaft gefährde die Ausbildung, die Einsatzbereitschaft und im schlimmsten Fall Leib und Leben der Soldaten. Der 53-jährige Sozialdemokrat war von 1998 bis zu seiner Amtseinführung als Wehrbeauftragter im Mai 2015 Bundestagsabgeordneter und leitete zuletzt den Verteidigungsausschuss (Seite 4).

## ZAHL DER WOCHE

### 130 Milliarden

Euro fordert Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in den kommenden 15 Jahren für militärische Beschaffungen. So soll die Bundeswehr mehr Panzer und Hubschrauber erhalten als ursprünglich geplant. Darüber informierte sie den Verteidigungsausschuss in der vergangenen Woche.

## ZITAT DER WOCHE

»Die Truppe ist es leid. Es fehlt zu viel.«

**Hans-Peter Bartels**, Wehrbeauftragter des Bundestages, über die Stimmung in der Bundeswehr. Ende 2015 dienten rund 177.000 Soldaten in den Streitkräften.

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
**Gerechtigkeit** Aktuelle Stunde zu Armut und Reichtum in Deutschland Seite 5

**EUROPA UND DIE WELT**  
**EU-Kommission** Bundestag debattiert über Arbeitsprogramm für 2016 Seite 8

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Kohlekraftwerke** Für stillzuliegende Anlagen soll es Beihilfen geben Seite 11

**KULTUR UND BILDUNG**  
**Berlinale** Ein Vorbericht über das Großereignis der Filmbranche Seite 13

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main

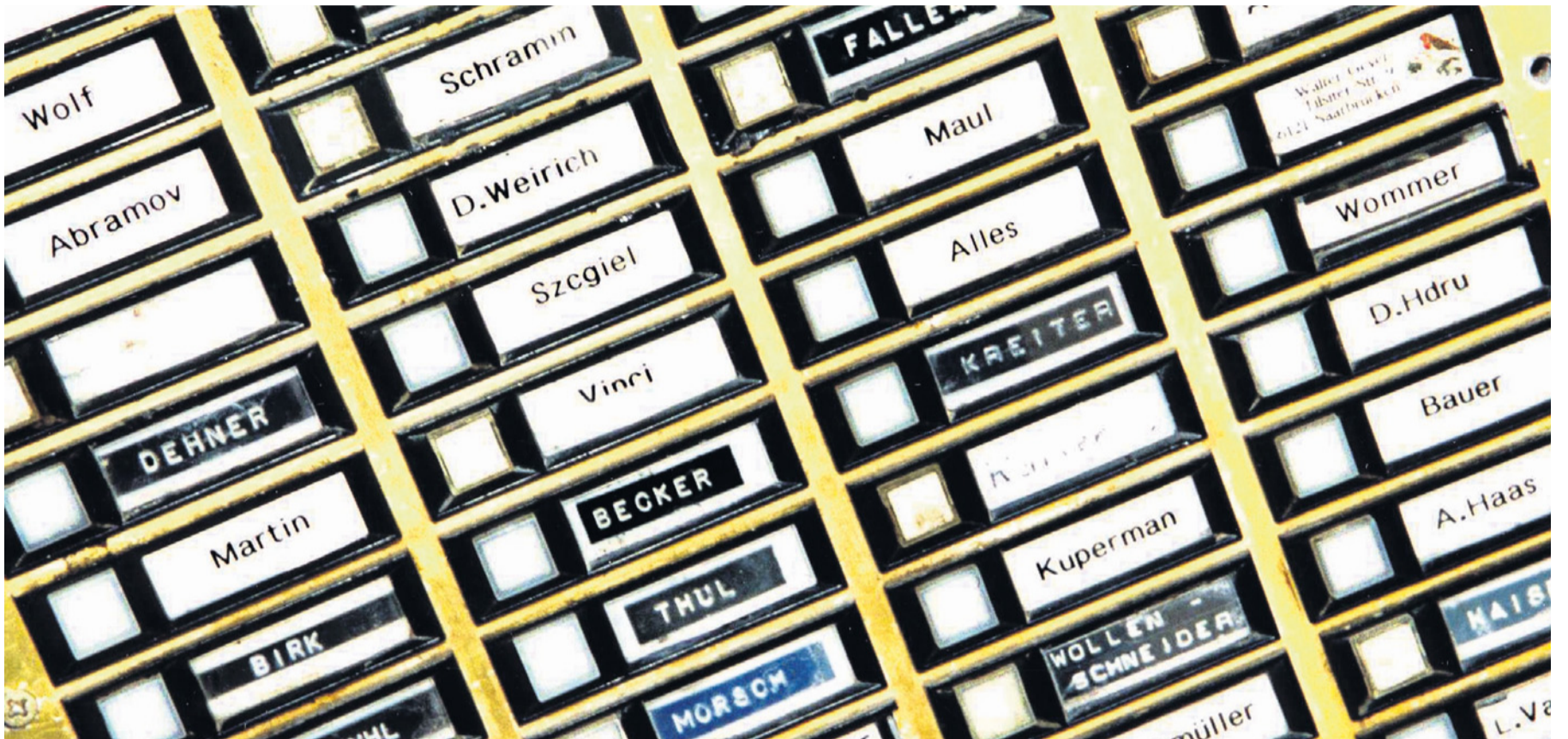


# Für jeden Kopf ein Dach

WOHNUNGSMARKT Der Bundestag streitet über Maßnahmen gegen zu starke Mieterhöhungen

Nicht erst seit dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen wächst in Deutschland die Besorgnis über eine sich verschärfende Wohnungsnot. vielerorts wird seit langem über stark steigende Mieten, das Fehlen bezahlbarer Wohnungen für Menschen mit geringerem Einkommen und über Gentrifizierung, also die Verdrängung der angestammten Bewohner aus ihren Vierteln, geklagt. Wiederholt hat sich auch der Bundestag mit dem Thema beschäftigt. Wichtigstes Ergebnis ist die vergangene März verabschiedete Mietpreisbremse. Allerdings mehren sich Zweifel, ob diese wie erhofft wirkt. Renate Künast (Grüne) sprach vergangene Woche im Parlament, an die Koalition gerichtet, von einer „sogenannten Mietpreisbremse, bei der Sie vergessen haben, eine Bremse zu installieren.“

»Erhöhung per Gesetz« In der Debatte befasste sich der Bundestag erstmals mit zwei Anträgen der Fraktion „Die Linke“ (18/7263, 18/5230), in denen Maßnahmen gegen starke Mietsteigerungen gefordert werden. Zum einen sollen die Folgen von Modernisierungen für die Mieter begrenzt, zum anderen die Regeln für Mietpiegel verändert werden. Vor allem stößt auf Kritik, dass für die Erstellung von Mietspiegeln lediglich die in den letzten vier Jahren abgeschlossenen Mietverträge herangezogen werden. In Berlin sei es bei Neuvermietungen in den vergangenen fünf Jahren zu einer Steigerung um 56 Prozent gekommen, beklagte Caren Lay (Linke). »Das können wir doch unmöglich als Berechnungsgrundlage für den Mietspiegel nehmen«, rief sie, »das ist Mieterhöhung per Gesetz«. Die Linke fordert zudem gesetzliche Regelungen, die »Mietsteigerungen nach Modernisierung auf ein Minimum reduzieren«. Die Modernisierungsumlage, die auf die Miete aufgeschlagen werden darf, solle deutlich begrenzt werden. Derzeit sei sie vor allem »eine lukrative Geldanlage für die Vermieter und ein Motor für die Vertreibung der Mieter«, kritisierte Lay (siehe Interview Seite 2). Jan-Marco Luczak (CDU) warf den Linken vor, sie versuchten »die Vermieter in die Rolle der bösen Kapitalisten zu drängen, die hemmungslos und ohne Rücksicht nach Profit gieren«. Dies würde »der Komplexität des Wohnungsmarktes und auch den vielen Herausforderungen, die sich dort stellen, in keiner Weise gerecht«. Es sei klar, dass es keine »Herausmodernisierung von Mietern« geben darf, und im Koalitionsvertrag seien dazu auch Maßnahmen vereinbart. Aber man dürfe auch das Ziel der Modernisierungsumlage, Anreize für Investitionen zu schaffen, nicht konterkarieren. Die Vorschläge der Linken zur Modernisierungsumlage und zum Mietspiegel würden Sanierung und Wohnungsneubau unterbinden. »Die Immobilienwerte würden sofort sinken, der Verschuldungsgrad würde ansteigen, die Eigenkapitalquote sinken, und dann ist kein Bewegungsspielraum mehr da zur Investition«, warnte Luczak. Zur Ankerbelugung des Wohnungsbaus hatte die Koalition unlängst verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten vereinbart. Diese waren auch Gegenstand des Gesprächs von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit den Regierungschefs der Länder am Donnerstagabend. Oliver Krischer (Grüne) sah in dem Vorhaben indes ein »Gießkannenprinzip«, weil damit Luxuswohnungen ebenso gefördert würden wie preiswerte Unterkünfte. Vordringlich sei eine Ausweitung des sozia-



Ein Haus, viele Bewohner. »Herausmodernisierungen« von Mietern wollen weder die Koalition noch die Opposition.

© picture-alliance/BeckerBredel

len Wohnungsbaus. Krischer begrüßte Vorschläge hierzu von Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD), um dann anzumerken, dass diese in der Koalition »die Durchschlagskraft von Wattebällchen« habe. Wie Redner aller anderen Fraktionen forderte er eine Ausweitung der energetischen Gebäudesanierung, um die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen. Die Förderung dürfe aber nicht wie bisher bewirken, »dass am Ende die Menschen aus den Wohnungen vertrieben werden«. Auf bereits beschlossene Verbesserungen für die Mieter, etwa das Bestellerprinzip für Maklerprovisionen, verwies Dennis Rohde (SPD). Dass die Mietpreisbremse bereits in 292 Kommunen angewendet werde, sei ein Erfolg. Allerdings nannte auch er es »problematisch«, dass nur Mietverträge der letzten vier Jahre für die Mietspiegel herangezogen werden. »Wir wollen die Mieterinnen und Mieter in diesem Land schützen und kein Instrument, das der Renditeopti-

»Wir brauchen keine Gesetzgebung sozialistischer Mangelverwaltung.«

Marie-Luise Dött (CDU)

292 Kommunen angewendet werde, sei ein Erfolg. Allerdings nannte auch er es »problematisch«, dass nur Mietverträge der letzten vier Jahre für die Mietspiegel herangezogen werden. »Wir wollen die Mieterinnen und Mieter in diesem Land schützen und kein Instrument, das der Renditeopti-

mierung dient«, sagte Rohde. Im Koalitionsvertrag sei daher vereinbart, die Mietpiegel auf eine breitere Basis zu stellen. Auch bei der Modernisierungsumlage meldete Rohde Reformbedarf an, wobei man »behutsam vorgehen« müsse. »Diese Debatte wollen wir in den nächsten Wochen führen«, sagte er. Zunächst solle man aber abwarten, was dazu derzeit im Justizministerium entwickelt wird. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hatte unlängst ein Eckpunktepapier zur Mietrechtsreform vorgelegt, auf dessen Basis derzeit ein Referentenentwurf entsteht. Halina Wawzyński (Linke) nannte einige Vorschläge des Eckpunktepapiers sinnvoll, so die Ausdehnung der Basis für Mietspiegel auf zehn Jahre. Dagegen sah Marie-Luise Dött (CDU) in den Überlegungen von Maas die Gefahr, dass Investitionen in den Wohnungsbau verhindert werden, und mahnte: »Wir brauchen keine Gesetzgebung zur sozialistischen Mangelverwaltung.« Der beste Mieterschutz sei »bauen, bauen, bauen«. Den sozialdemokratischen Koalitionspartnern riet Dött: »Laufen Sie den anderen Genossen nicht hinterher. Sie können sie nicht links überholen, schon gar nicht beim Mietrecht.« Peter Stütze

## EDITORIAL

### Kreativität ist gefragt

VON JÖRG BIALLAS

Der Wohnungsmarkt ist kein Geschäftsfeld wie jedes andere. Zwar gilt auch hier die Regel, dass das Verhältnis von Angebot zu Nachfrage letztlich den Kaufpreis oder Mietzins bestimmt. Aber: Es gehört zu den Grundbedürfnissen der Bürger, ein Dach über dem Kopf zu haben. Und deshalb darf, deshalb muss der Staat regulierend eingreifen, wenn auf dem freien Markt nicht genügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen.

In den Ballungszentren der Nation ist das längst der Fall. Seit Jahren wird in Deutschland zu wenig gebaut. Aktuelle Hochrechnungen zufolge fehlen bundesweit fast eine Million Wohnungen. Vor allem auch solche Unterkünfte, die mit schmalere Einkommen zu finanzieren sind.

Verschärft wird die Situation durch Hunderttausende Flüchtlinge. Die drängen schon jetzt und absehbar noch viel stärker auf den Wohnungsmarkt. Neben einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz ist eine eigene Wohnung für anerkannte Asylbewerber ein wichtiger Grundpfeiler zur Integration in die deutsche Gesellschaft.

Für die Kommunen ergibt sich daraus eine neue Herausforderung. vielerorts ist die Unterbringung in Notunterkünften mit Bravour gemeistert worden; jetzt stellt sich zunehmend die Frage, wie möglichst unkompliziert preiswerter Wohnraum geschaffen werden kann. Dabei ist Kreativität gefragt. Beispielsweise wird über schnell zu errichtende Häuser in Modulbauweise nachgedacht.

Das ist schon deshalb zu begrüßen, weil in vielen Städten auf dem Mietmarkt ohnehin unhaltbare Zustände herrschen. Darunter leiden Familien mit Kindern ebenso wie Studenten, Auszubildende und Geringverdienende. Es ist also richtig, den Wohnungsbau staatlich zu fördern, etwa über zusätzliche Steuervorteile für Bauherren.

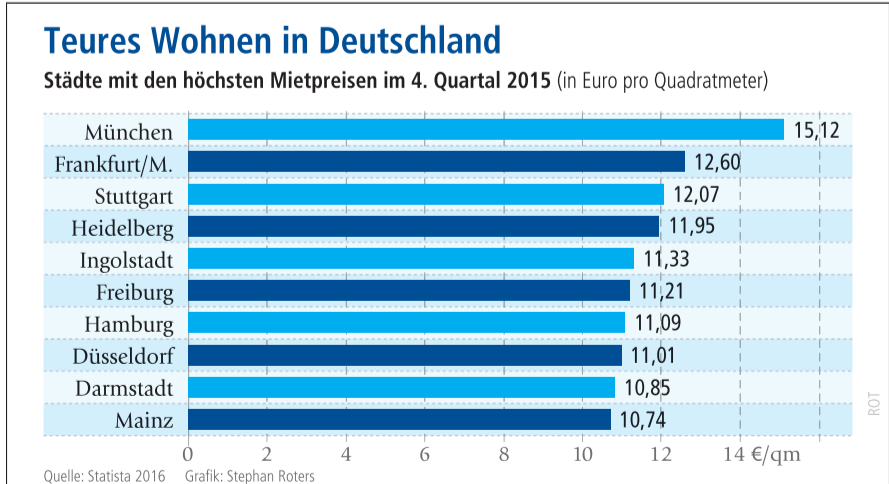
In Wohngebieten ist eine Bevölkerungsstruktur, die sich aus unterschiedlichen Einkommensschichten speist, ein Merkmal guter Lebensqualität. Die Realität in den Städten sieht leider ganz anders aus. Wer es sich leisten kann, zieht in die schicken zentralen Wohnlagen. Die anderen werden an den Stadtrand gedrängt.

Auch wenn das in diesen Bezirken gewiss sehr unterschiedlich wahrgenommen wird: Sozial intakte Lebensräume entstehen hier wie dort nicht.

## Die Bremse ist in 300 Städten angezogen

MIETRECHT Bundesländer haben »angespannte Wohnungsmärkte« ausgewiesen. In der Praxis treten Probleme auf

Es ist ein Gesetz mit langem Namen und großen Hoffnungen: Am 1. Juni 2015 trat das »Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten« in Kraft, besser bekannt als Mietpreisbremse. Sie soll sicherstellen, dass die Mieten vor allem in Ballungsräumen erschwinglich bleiben. Doch nach einem halben Jahr zeigt eine erste Bilanz: Die Mieten vor allem in Innenstadtlagen steigen weiterhin an. Das Gesetz regelt vor allem die Neuvermietung von Bestandswohnungen in Gebieten, die von den Bundesländern als »angespannte Wohnungsmärkte« ausgewiesen worden sind. Dort dürfen die Mieten nicht mehr als zehn Prozent über der vergleichbaren Ortsmiete liegen. Die Mietpreisbremse gilt in den jeweiligen Gebieten für maximal fünf Jahre. Bis Ende 2020 können die Bundesländer noch entsprechende Gebiete ausweisen. Zurzeit wird die Bremse in rund 300 Städten angezogen. Stadtstaaten wie Berlin und Hamburg gehörten dabei zu den Vorreitern. Inzwischen gilt sie aber auch in den meisten anderen Ländern. Das Gesetz enthält allerdings wichtige Ausnahmen. So gilt die Mietpreisbremse nicht



für Neubauten, die nach dem 1. Oktober 2014 vermietet wurden. Nach grundlegender Modernisierung greift die Deckelung bei der Erstvermietung nicht. Es gilt zudem Bestandsschutz, wenn die Miete bereits über der Maximalhöhe lag. Trotzdem klafft zwischen Theorie und Praxis die Realität. Und die sieht düster aus: In vielen Städten steigen die Mieten weiter

an. Das zeigen Auswertungen der Immobilienportale im Internet. Wo sich Interessenten bei Besichtigungen die Klinke in die Hand geben, wird nicht lange um den Mietpreis verhandelt. Auch wenn Mieter jetzt die Miete im Nachhinein reklamieren können, lassen sich die wenigsten auf einen Rechtsstreit ein. Denn der ist kompliziert. Viele Mietspiegel bilden kein akkura-

tes Bild der Situation vor Ort ab, da sie alle andere als eindeutig und zumeist veraltet sind. Immer mehr Gerichte ziehen sie deshalb in Zweifel. So bleibt nur eine Hoffnung: Erst der Bau neuer Wohnungen wird eine spürbare Entlastung bringen.

**Courtage** Zugleich hat das Gesetz die Vorschriften zur Maklercourtage neu geregelt. Es gilt das Bestellerprinzip, nachdem derjenige das Maklerhonorar zahlt, der den Makler beauftragt hat. Das entlastet viele Mieter gerade in Ballungszentren.

Um den Anstieg von Mieten in bestehenden Mietverhältnissen einzudämmen, haben viele Bundesländer außerdem die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen, die bisher 20 Prozent innerhalb von drei Jahren betrug, auf 15 Prozent abgesenkt.

Christoph Birnbaum

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

WOHNRAUM BESCHLAGNAHMEN?

Eine Ultima Ratio

PRO



Susanne Röhse  
Norddeutscher Rundfunk

Es geht nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen. Es geht darum, Flüchtlinge in ungenutzten Räumen befristet unterzubringen. Eine Million Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland. Der Staat ist gesetzlich verpflichtet, sie zu versorgen und drohende Obdachlosigkeit abzuwehren. Die Frage des „Wie“ beunruhigt viele Menschen. Das ist nachvollziehbar. Doch in Zeiten, in denen Flüchtlinge in Containern, leeren Baumärkten und Zelten leben, muss der Staat seine rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen oder, wenn nötig, erweitern. Wohnraum zu beschlagnehmen, zugeben, eine drastische Maßnahme, zu der der Staat aber rechtlich greifen darf, wenn er anders seinen Schutzauftrag nicht erfüllen kann. Es ist eine Ultima Ratio, und es ist keine Dauerlösung. Dass muss klar sein. Eine Beschlagnahme auf Zeit, die zudem vergütet wird, ist auch keine Enteignung. Das Eigentum kann später wieder selbst genutzt werden. Eigentum verpflichtet, so steht es im Grundgesetz; die Beschlagnahme von Wohnraum ist möglich, wenn sie dem Allgemeinwohl dient. In Hamburg zum Beispiel musste die rot-grüne Regierung bis jetzt keine einzige Immobilie beschlagnehmen, obwohl sie dafür im vergangenen Oktober die rechtliche Grundlage geschaffen hatte. Allein die Möglichkeit, dies tun zu können, versetzt die Stadt in eine bessere Verhandlungsposition. Immobilienbesitzer können jetzt nicht mehr Mondpreise für leerstehende Gebäude verlangen oder sich weigern, mit der Stadt zu verhandeln. Mit der drohenden Beschlagnahme in der Hinterhand ist die Stadt nicht erpressbar. In Zeiten der Not ist die Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum eine Option, die helfen kann, diese jetzige humanitäre Krise zu bewältigen.

Schlechtestes Mittel

CONTRA



Markus Grabitz  
»Stuttgarter Nachrichten«

Wohnraum beschlagnehmen? Das wäre das schlechteste Instrument, um alle Flüchtlinge unterzubringen. Hilfreich ist da der Blick ins Grundgesetz. In Artikel 14 wird dem Recht auf Eigentum elementarer Rang eingeräumt. Beschlagnahme von Wohnraum ist Enteignung auf Zeit. Klar: Weiß sich der Staat nicht mehr anders zu helfen, ist auch Enteignung möglich. Er sollte sich aber hüten, zu dieser überaus repressiven Maßnahme zu greifen. Sie passt eher in finstere Regime. Wir leben in einer Demokratie, und sie kann nur funktionieren, wenn möglichst viele Menschen mitgenommen werden bei den Entscheidungen. Außerdem: Der Staat verfügt über sinnvollere Instrumente, den Wohnungsnotstand von Flüchtlingen zu beseitigen. Wege, die langfristig helfen, andere Probleme zu lösen. Etwa den drohenden Rückbau von Plattenbauten im Osten. Bundesweit stehen 1,7 Millionen Wohnungen leer. Die allermeisten Eigentümer wären bereit, den Wohnraum Flüchtlingen zu geben. Die meisten dieser Wohnungen sind auf dem Land, nicht in Ballungsgebieten. 600.000 davon im Osten, wo ohne Zuzug Schulen und Krankenhäuser dicht machen müssen, wo die Infrastruktur immer schwerer zu erhalten ist. Ja, es braucht gute Argumente, damit Flüchtlinge in Leerstandsregionen gehen. Sie suchen die Nähe von Landsleuten, und die sind eher in Berlin, Köln und Stuttgart. Vielleicht muss der Staat den Hartz-IV-Bezug an eine Residenzpflicht koppeln. Das Verteilen von Flüchtlingen in der Fläche wäre auch für das Zusammenleben gut: Treffen sich Menschen im Sportverein oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, gelingt Integration besser als in der Anonymität großstädtischer Quartiere.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen wird in Deutschland verstärkt über eine sich verschärfende Wohnungsnot debattiert. Sehen Sie hier einen direkten Zusammenhang?

Die Wohnungsnot in Deutschland kommt nicht erst durch die Flüchtlinge, sie ist hausgemacht. Hier rächen sich Versäumnisse der letzten 20 oder 25 Jahre, in deren Verlauf von einst vier Millionen Sozialwohnungen gerade noch 1,5 Millionen übrig geblieben sind. Öffentliches Eigentum wurde massenhaft privatisiert, darunter allein 350.000 bundeseigene Wohnungen. Der Staat sieht zu, wenn neue Wohnungsgiganten am Markt entstehen. Und nicht zuletzt hat die Finanzmarktkrise dazu geführt, dass viel Kapital in Bodenspekulationen, in Spekulationen mit Wohnraum geflossen ist. All das treibt die Mietpreise in die Höhe.

Nun würde ja vor einem knappen Jahr erst die Mietpreisbremse beschlossen. Sollte man da nicht erst mal abwarten, wie die wirkt?

Die Mietpreisbremse hat bisher den Mietanstieg leider nicht gebremst. Im Gegenteil, die neuen Zahlen von ImmoScout zeigen, dass selbst in Städten, in denen die Mietpreisbremse eingeführt wurde, so viele waren es ja nicht, die Mieten weiterhin ansteigen. Sowohl der Deutsche Mieterbund als auch die Bundesregierung selber sagen ja, dass nicht mehr als 400.000 Mieterinnen und Mieter überhaupt davon profitieren. Deshalb haben wir keine Zeit zu verplempern, indem man das erst mal abwartet.

Was schlagen Sie vor?

Wir wollen, dass Luxus-sanierungen weiter eingedämmt werden und der Mietspiegel auf breitere Füße gestellt wird. Alle Bestandsmieten und nicht nur die in den letzten vier Jahren vereinbarten müssen zur Berechnung herangezogen werden. Außerdem muss der Mietspiegel rechtssicher erstellt werden, denn schon jetzt klagen Vermieter, zum Teil erfolgreich, gegen die Mietspiegel, weil sie die Mietpreisbremse umgehen wollen. Hier müssen wir mehr Sicherheit für die Mieter schaffen.

Welchen Effekt erhoffen Sie sich von einem breiter angelegten Mietspiegel?

Wir erleben in fast in allen Großstädten und Ballungsräumen erhebliche Mietanstiege. Selbst in ostdeutschen Großstädten, in denen man noch von relativ entspannten Situationen ausgehen kann, haben wir bei den Mietangeboten Steigerungen von bis zu 25 Prozent in den letzten vier Jahren. Wenn wir nun den Mietspiegel immer auf Grundlage der neuen Mietverträge der letzten vier Jahre errechnen, legitimieren wir weitere erhebliche Mietsteigerungen. Dann kann es passieren, dass jemand, der neu einzieht, doppelt so viel Miete zahlen muss wie jemand mit einem alten Mietvertrag. Das wird die Preis-Spirale weiter antreiben. Deswegen ist es sehr sinnvoll, bei der Berechnung des Mietspiegels auch die bisherigen Bestandsmieten mit einzurechnen.

Das würden Vermieter wohl als Investitionsbremse bezeichnen. Sie würden Ihnen vorhalten, dass dann weniger Mietwohnungen gebaut würden, weil es sich nicht mehr lohnt.

Es wird im Moment sehr viel gebaut. Allerdings wird im Luxusbereich gebaut, Lofts und Townhouses von der reicheren Teil der Bevölkerung. Was wir aber ganz dringend brauchen, sind bezahlbare Wohnungen für Normal- und Geringverdiener. Wir brauchen eine Investition in den Sozialen Wohnungsbau. Auf eine Sozialwohnung kommen fünf anspruchsberechtigte Personen, ein Riesensparnis der letzten Jahre. Ein Neustart hier wäre das beste Instrument.

»Keine Zeit zum Warten«

WOHNEN Linken-Bauexpertin Caren Lay kritisiert die Mietpreisbremse als wirkungslos und fordert mehr Sozialwohnungen



© caren-lay.de/Anke Illing

Koalitionsfraktionen und Bundesregierung wollen die steuerlichen Vergünstigungen für Investoren jetzt ausbauen, also die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Wohnraum verbessern. Was halten Sie davon?

Die direkte und gezielte Förderung des Sozialen Wohnungsbaus hat für die Linke eindeutig Vorrang vor steuerlicher Förderung. Nur durch direkte Förderung wird sichergestellt, dass mit den eingesetzten Mitteln tatsächlich bezahlbare Wohnungen im unteren Preissegment geschaffen werden.

Der andere Ihrer schon angesprochenen beiden Anträge betrifft die Verteuerung von Bestandswohnungen durch Sanierungen, deren Kosten auf die Mieten umgelegt werden und damit die Wohnungen für viele Mieter unbezahlbar machen. Was sind hier Ihre Vorschläge?

Derzeit kann jemand, der eine Wohnung saniert, jedes Jahr elf Prozent der Sanierungskosten auf die Kaltmiete drauflegen – und zwar auf unbegrenzte Zeit. Das hört nicht etwa auf, wenn die Sanierungskosten abbezahlt sind. Das kann, besonders bei

alten Mietverträgen, zu einer erheblichen Steigerung der Mieten führen. Zudem greift die Mietpreisbremse nicht, wenn saniert wird. Das heißt, viele Vermieter „retten“ sich jetzt in die Sanierung, weil die eine sichere Rendite auf Jahrzehnte garantiert und weil sie so die Mietpreisbremse umgehen können. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden, weil es dazu führt, dass gerade in den Innenstädten Menschen mit geringem Einkommen aus ihren alten Wohnungen verdrängt werden. Wir sagen, die Umlage der Sanierungskosten muss in einem ersten Schritt auf fünf Prozent reduziert und zeitlich begrenzt werden. Perspektivisch muss, wie es der Mieterbund will, der Mietspiegel auch sanierte Wohnungen erfassen.

Bei Sanierungen geht es auch um energetische Sanierungen. Hier sind sich alle Fraktionen einig, dass diese ganz wichtig sind im Kampf gegen den Klimawandel.

Die energetische Sanierung ist in der Tat im Kampf gegen den Klimawandel ein ungehobener Schatz. Derzeit ist es leider so, dass die Kosten dafür einseitig die Mieterinnen und Mieter tragen.

Wie wollen Sie diese Sanierung sozialverträglich organisieren?

Die Alternative wären zusätzliche öffentliche Investitionen. Das wäre im Interesse der Mieter, aber auch im Interesse der energetischen Gebäudesanierung, denn es würde diese deutlich akzeptabler machen. Wir fordern eine Investition von fünf Milliarden Euro jährlich, damit wir hier vorankommen, ohne die Mieter in diesem Maße zu belasten.

Ein großes Problem nicht nur in Ballungsräumen und Großstädten, sondern auch beispielsweise in vielen kleineren Universitätsstädten ist befallend der Mangel an Bauland, vor allem an bezahlbarem.

Hier rächen sich natürlich auch die Fehler der letzten Jahre, in denen der Bund, die Länder, aber auch die meisten Kommunen eine Liegenschaftspolitik gemacht haben, die darin bestand, öffentliches Eigentum zu verschubern. Und nun müssen wir erst mal die Privatisierung stoppen. Und wo immer es ihre Finanzausstattung ermöglicht, müssen Kommunen oder kommunale Wohnungsgesellschaften schauen, inwieweit sie Bauland auch zurückkaufen und dann günstig in Erbbaupacht abgeben können. Mehr an öffentlichem Eigentum ist die beste Spekulationsbremse. Denn gerade mit Bauland findet natürlich auch Spekulation statt.

Billiges Bauland – und dann sind die Probleme gelöst?

Nein, das kann nicht der einzige Weg sein. Es ist ganz wichtig, dass wir vor allem einen weiteren ungehobenen Schatz heben, nämlich den Leerstand reduzieren. Es gibt nach wie vor in Deutschland sehr viel Leerstand. Ich glaube, das ist eine weitere ganz wichtige Herausforderung im Interesse aller Menschen, die gerade bezahlbare Wohnungen suchen.

Das Interview führte Peter Stützel.

Caren Lay sitzt seit 2009 für Die Linke im Bundestag. Sie ist Sprecherin für Mieten, Bau- und Wohnungspolitik ihrer Fraktion.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Mietrechtsexperte: Jan-Marco Luczak

Den spannenden Gegensatz von Mietern und Vermietern erlebe ich jeden Tag in meinem Wahlkreis. Für den Berliner CDU-Abgeordneten Jan-Marco Luczak (40) war es nahezu zwangsläufig, dass er sich als Politiker und promovierter Jurist mit dem Mietrecht beschäftigt. „In meinem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg gibt es einen starken Grundeigentümerverein, aber auch sehr viele Mieter.“ Zwischen beiden Positionen einen vernünftigen Ausgleich zu finden, empfindet Luczak als ebenso spannende wie sinnvolle Herausforderung. Aktuell beschäftigt sich der Mietrechtsexperte der Unionsfraktion intensiv mit den von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) im Herbst vorgelegten Eckpunkten für das zweite Gesetzespaket zum Mietrecht, um das es am vergangenen Donnerstag auch in einer von der Linken-fraktion beantragten Debatte ging. Für Luczak ist klar: „Mieter dürfen durch teure Modernisierungsmietererhöhungen nicht verdrängt werden.“ Doch die von Maas vorgelegten Eckpunkte schießen nach seiner Überzeugung „leider deutlich über das Ziel hinaus“. Bei einer Umsetzung würden nicht nur dringend benötigte Investitionen in den Neubau gebremst, sondern auch der altersgerechte Umbau und die energetische Sanierung bestehender Wohnungen. Vor allem die vom Justizminister geplante Verlängerung des Zeitraums, innerhalb dessen Mieten zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete einbezogen werden, stößt bei Luczak auf Kritik. Die aktuell geltende Zeitspanne von vier Jahren habe sich bewährt. Eine Verlängerung auf zehn Jahre, wie von Maas vorgeschlagen, sei mit der Union nicht zu machen. „Dafür gibt es auch im Koalitionsvertrag keine

Grundlage“, sagt Luczak. Würde der Vorschlag des Justizministers umgesetzt, hätte das nach Überzeugung des Berliner CDU-Abgeordneten zur Folge, dass die ortsüblichen Vergleichsmieten sofort erheblich sinken und auf niedrigem Niveau eingefroren bleiben. In Kombination mit der bereits beschlossenen Mietpreisbremse wäre „jede Dynamik und Anreiz zum Wohnungsneubau erstickt“, warnt er. Und für mehr Wohnungsneubau brauche man nun einmal privates Kapital. Kritisch sieht er auch die geplanten Neuregelungen für Modernisie-



© DBP/achim Weide

»Mieter dürfen durch teure Modernisierungsmietererhöhungen nicht verdrängt werden.«

rungsmaßnahmen. Die von Maas geplante Absenkung der umlagefähigen Kosten von elf auf acht Prozent gehe ebenso über den Koalitionsvertrag hinaus wie die neue Kappungsgrenze. Luczak weist darauf, dass die deutsche Gesellschaft immer älter wird. „Damit ältere Menschen möglichst lange im vertrauten Umfeld bleiben können, muss ihre Wohnung oft altersgerecht umgebaut werden.“ Hinzu kämen energetische Sanierungen für den Klimaschutz. Diese Investitionen müss-

ten auch in Zukunft für private Eigentümer wirtschaftlich tragbar bleiben. „Sonst passiert im Wohnungsbestand gar nichts“, sagt Luczak. Positiv bewertet er, dass Mietspiegel künftig nach klaren Kriterien erstellt werden sollen und dass ein vereinfachtes Verfahren bei der Umlage von Modernisierungskosten geplant ist. Davon würden vor allem Kleinvermieter profitieren.

1975 in Berlin geboren, machte Luczak 1995 Abitur und besuchte anschließend für einige Monate das Hurstpierpoint College in England. Nach dem Grundwehrdienst studierte er Jura an der Freien Universität Berlin und trat 1998 in die CDU ein. Promoviert wurde er als Volljurist zehn Jahre später an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität beim Staatsrechtler und ehemaligen CDU-Politiker Rupert Scholz mit einer Arbeit über Europäisches Wirtschaftsverfassungsrecht. Nach Abschluss der Promotion 2008 arbeitet er als Rechtsanwalt in einer international ausgerichteten Sozietät und wurde im Jahr darauf zum ersten Mal in den Bundestag gewählt. Dort ist er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz. Mit Auskünften über sein Privatleben ist Luczak zurückhaltend. Er belässt es bei der Auskunft, dass er in seiner wenigen Freizeit leidenschaftlich gern Motorrad fährt, ein schönes Essen mit Familie und Freunden genießt und viel Sport treibt. Joggen, Beachvolleyball, Kitesurfen und Snowboarden gehören zu seinen Lieblingsaktivitäten. Im letzten Weihnachtssurlaub hatte er allerdings Pech: Beim Snowboard-Fahren stürzte er so unglücklich, dass er sich das Schlüsselbein brach. „Doch seit Mitte Januar ist der Verband wieder ab“, freut sich Luczak.

Joachim Riecker

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (030) 227-305 15  
Telefax (030) 227-365 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd  
Michael Klein (mkl)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Sören Christian Reimer (scr)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionschluss  
29. Januar 2016

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-42 53  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-43 75  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [karin.kortmann@fs-medien.de](mailto:karin.kortmann@fs-medien.de)

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-42 74  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [anzeigenervice@fs-medien.de](mailto:anzeigenervice@fs-medien.de)

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Untertitelsätze können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Wie hier in Berlin wird gerade überall in Deutschland kräftig gebaut. Es fehlt vor allem bezahlbarer Wohnraum.

© picture-alliance/ZB/eurluftbild.de

# Schaffe, schaffe, Häusle baue

**FINANZIELLE FÖRDERUNG** Lange ruhte der Soziale Wohnungsbau. Jetzt müssen Bund und Länder aufholen

**T**urnhallen, alte Baumärkte, Kasernen, Container und Zeltstädte: Viele deutsche Kommunen können bei der Unterbringung von immer mehr Flüchtlingen nicht mehr wäherlich sein. Rund 100.000 Wohnungen fehlen in Deutschland, um allein die im vergangenen Jahr in das Land gekommenen Flüchtlinge aus ihren Notunterkünften herauszuholen. Obwohl es insgesamt mehr als 1,7 Millionen leerstehende Wohnungen vor allem im Osten Deutschlands gibt, ist die Not insbesondere in den Ballungszentren und Metropolen groß. Dort ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Und das nicht erst seit der Flüchtlingskrise. Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) und die Bundesländer wollen deshalb den Sozialen Wohnungsbau, um den es in den vergangenen Jahren still geworden war, wiederbeleben. Insgesamt rechnet die Bundesbauministerin mit einem jährlichen Bedarf von rund 350.000 neu zu bauenden Wohnungen, um neben den Flüchtlingen vor allem auch Menschen mit niedrigem Einkommen unterzubringen. Dafür gibt es eigentlich Sozialwohnungen: Rund 30 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung haben theoretisch einen Anspruch auf eine solche. Doch aktuell reicht der Bestand aber für acht Prozent – mit abnehmender Tendenz. Zählten die Statistiker in den 1980er Jahren noch knapp vier Millionen Sozialwohnungen, waren es Ende 2013 nach Auskunft der Bundesregierung nur noch 1,48 Millionen. Jedes Jahr fallen rund 100.000 Wohnungen aus der sogenannten Sozialbindung. Sie können dann teurer weitervermietet werden. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist Bonn. Dort brechen die Sozialwohnungen in immer höherem Tempo weg. Im vergangenen Jahr entfielen für 676 Wohnungen die Besetzungsrechte durch die Sozialverwaltung, während gleichzeitig nur für 64 Wohnungen neue Förderbewilligungen ausgesprochen werden konnten. Eine Diskrepanz von 600 Wohnungen im Bestand in einer Stadt, die Woche für Woche 150 neue Flüchtlinge aufnehmen muss.

**Hausgemachte Misere** Die Misere ist teils hausgemacht. Bis vor kurzem hatten die Länder wenig bis gar kein Interesse am Neubau von Sozialwohnungen. Warum auch? Lange Zeit gab es genug davon. So viele sogar, dass heute in viele Wohnungen Menschen wohnen, die eigentlich gar keinen Anspruch mehr darauf hätten. Viele der zum Teil langjährigen Mieter liegen durch Gehalts- oder Rentensteigerungen mittlerweile oberhalb der Maximalverdienstgrenze. Bundesweit soll das auf rund 40 Prozent der Mieter öffentlich geförderter Sozialwohnungen zutreffen. Das blieb auch den Kommunen nicht verborgen: Bis vor einigen Jahren mussten diese Mieter deshalb eine „Fehlbelegungsabgabe“ ent-

richten, die in etlichen Bundesländern aber wegen des hohen Verwaltungsaufwands wieder abgeschafft wurde. In Hessen gilt sie seit dem 1. Januar 2016 wieder und könnte die Kämmerer erfreuen. In Kassel mit seinen zirka 8.300 Sozialwohnungen werden nun die Einkommen aller Mieter überprüft. Im Haushaltsentwurf 2016 der Kommune sind 850.000 Euro Einnahmen aus der Abgabe veranschlagt. Zwischen 2008 und 2011 mussten nach Angaben der Stadt auf Grundlage der damaligen Fehlbelegungsabgabe rund 13 Prozent der Mieter die Abgabe zahlen.

**Demografie** Was den Bau von Sozialwohnungen in den vergangenen Jahren aber ebenfalls alles andere als attraktiv gemacht hat, sind Demografie und Landflucht im Zuge der deutschen Einheit. Ostdeutsche Kreise und Städte leerten sich in den vergangenen Jahren. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatte Sachsen-Anhalt 2010 eine Leerstandsquote von 15 Prozent, Sachsen lag bei 13,9 Prozent. Selbst in Berlin gab es bis zum Jahr 2003 noch einen beachtlichen Leerstand von

100.000 Wohnungen. Das hat sich inzwischen radikal geändert, auch weil viele Menschen nicht mehr in Familien, sondern allein oder zu zweit in Wohnungen leben. Dadurch steigen insbesondere in den Großstädten Nachfrage und Mieten. In den betroffenen Rathäusern wird entsprechend versucht, auf die Entwicklung zu reagieren. Die Hansestadt Hamburg will pro Jahr 6.000 neue Wohnungen bauen. Auch in München hat sich der Stadtrat im Herbst vergangenen Jahres vor dem Hintergrund der allgemeinen Wohnungsknappheit und der Flüchtlingskrise auf den Neubau von 2.500 Sozialwohnungen durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften geeinigt. Insgesamt sollen pro Jahr 8.500 Wohnungsneubauten entstehen. Doch wer bauen will, der braucht auch Bauland – und viele Städte vergeben besonders innerstädtisches Flächen lieber zu Hochpreisen an Privatinvestoren. Die haben aber meist kein Interesse preiswerten Wohnraum zu schaffen. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gingen zu meist leer aus. Falls es sie überhaupt noch

gibt, denn viele Städte haben ihre einstmaligen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Zug um Zug privatisiert, um sich zu entschulden. Dresden hat dies 2006 spektakulär und auf einen Schlag getan und seinen gesamten städtischen Wohnungsbestand verkauft: 48.000 Wohnungen brachten dem Stadtkämmerer 1,7 Milliarden Euro und der Stadt von einem Tag zum anderen die Schuldenfreiheit und finanziellen Spielraum für die Renovierung von Schulen und den Bau neuer Schwimmbäder. Heute sucht die Stadt händierend nach billigem Wohnraum für Flüchtlinge und anspruchsberechtigte Sozialmieter. Andere Städte haben zumindest noch einen Fuß in der Tür der kommunalen Wohnungsbewirtschaftung: In Hamburg gehören der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Saga noch rund 130.000 der 900.000 Wohnungen der Stadt.

**Zuständigkeit** Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 ist der soziale Wohnungsbau zudem Ländersache. Der Bund zahlte jährlich rund 500 Millionen Euro

als Kompensationszahlung, ohne dass die Länder jedoch gezwungen waren, dieses Geld auch wirklich für den Bau neuer Wohnungen auszugeben. Viel lieber nutzen sie die Mittel, um den eigenen Haushalt zu entlasten. Nun will der Bund sich wieder stärker engagieren. Für die Jahre 2016 bis 2019 sieht der Haushalt eine Verdoppelung der Mittel auf eine Milliarde Euro pro Jahr vor. Ginge es nach der Bundesbauministerin, würde der Zuschuss des Bundes sogar auf zwei Milliarden Euro im Jahr bis 2020 anwachsen. Vor allem Unions-Abgeordnete verlangen aber, erstmal darauf zu achten, ob das Geld auch in den Wohnungsbau fließt. In den Ländern tut sich auch einiges. Bayern kündigte Ende vergangenen Jahres bis 2019 2,6 Milliarden Euro Investitions- und Fördergelder bereitzustellen. Damit sollen knapp 28.000 neue staatliche und staatlich geförderte Mietwohnungen entstehen. Auch Rheinland-Pfalz hat ein Sonderprogramm aufgelegt und Nordrhein-Westfalen will in den nächsten Jahren 50.000 neue Wohnungen bauen.

Doch mit Geld allein ist es nicht getan. Bauen soll auch schneller und billiger werden. Deshalb hat die Bundesregierung auch das Bauplanungsrecht gelockert. „Heute dürfen Städten und Gemeinden praktisch überall, wo es unschädlich für Leben und Gesundheit ist, Erstunterkünfte und Flüchtlingsheime errichten“, sagte die Ministerin Hendricks bei der Vorstellung ihrer Maßnahmen. Was das heißt, kann man bereits in einigen deutschen Städten sehen: Wohnraum kann leichter in Gewerbegebieten gebaut werden und leerstehende Bürogebäude können leichter umgewidmet werden. Zudem sollen in den Ländern die Genehmigungsverfahren und in den Kommunen interne Verwaltungsprozesse verkürzt werden. In München waren bis vor kurzem allein vier städtische Referate für den Neubau von Wohnraum verantwortlich – und keines hatte die federführende Entscheidungskompetenz.

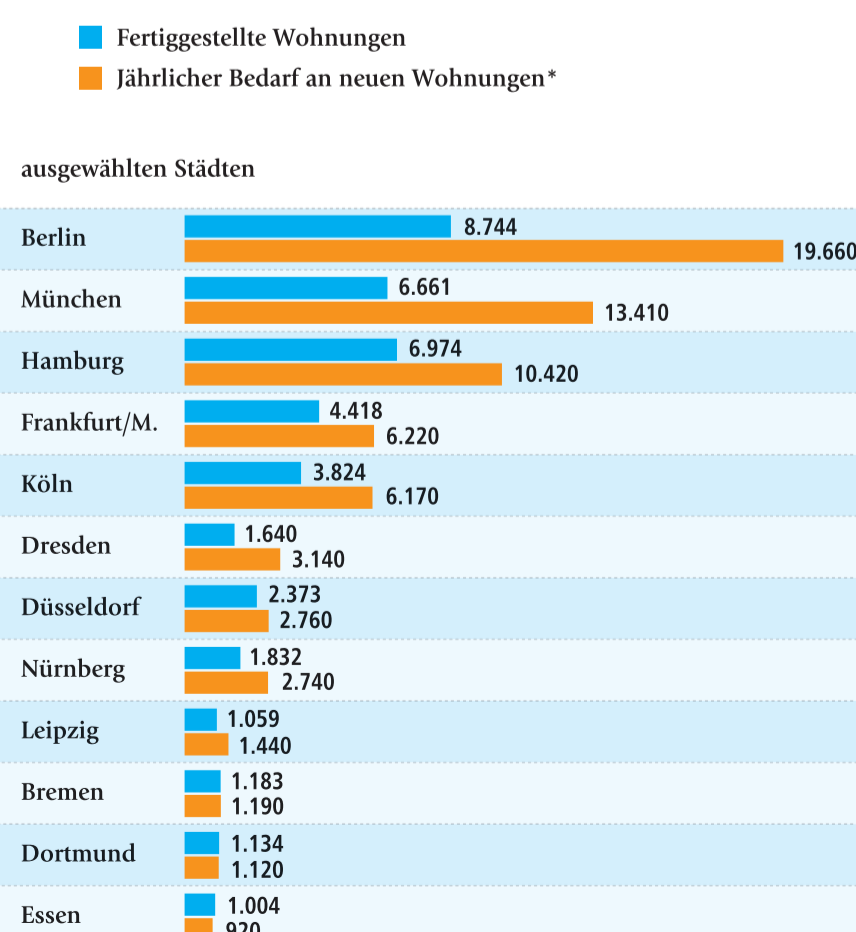
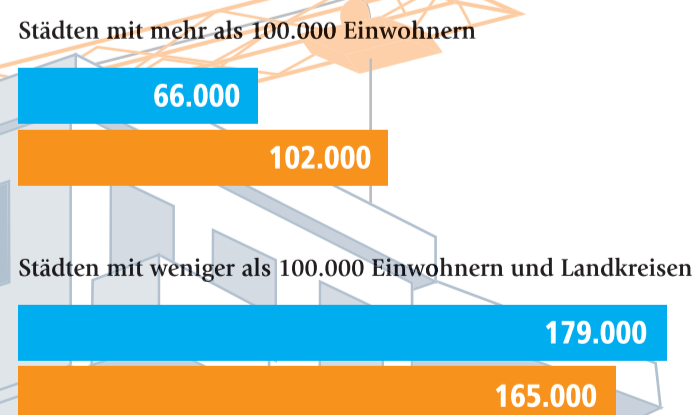
**Kostengünstig bauen** Aber nicht nur auf dem Papier, sondern auch vor Ort soll schneller und billiger gebaut werden. „Die deutsche Bauindustrie kann durch industrielle Fertigungsmethoden schnell und kostengünstig Wohnraum zur Verfügung stellen“, meint etwa Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie. Durch die Errichtung von Leichtbauten und vor allem den Bau von Wohnraum in Modulbauweise will beispielsweise das Land Berlin die heute übliche Bauzeit von zwei bis vier Jahren drastisch senken. Bauexperten der Länder beraten deshalb zurzeit auch eine Reform der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen neuen Stufe der Energieeinsparverordnung. Darüber hinaus planen Bau- sowie Finanzministerium, steuerliche Anreize für Privatinvestoren zu schaffen. Geplant ist eine Sonderabschreibung, mit der Investoren bis zu 35 Prozent der Baukosten von der Steuer abziehen können. Bundesregierung und Ministerpräsidenten berieten darüber vergangene Woche, das Vorhaben stößt auf Ablehnung bei der Opposition. Linken-Vorsitzender Bernd Riexinger kritisierte es als „Flirt mit Immobilieninvestoren“. Es müsse „verhindert werden, dass öffentliches Geld die Rendite profitorientierter Wohnungsunternehmen sichert.“ Lisa Paus, steuerpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, kritisierte, dass die Abschreibung „eher Miethaien als Mietern Sicherheit“ liefere. Die Grünen haben zudem eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, in der sie die öffentliche Förderung der Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau vorschlagen. *Christoph Birnbaum*

Jedes Jahr fallen rund 100.000 Wohnungen aus der Sozialbindung.

Mit steuerlichen Anreizen sollen Privatinvestoren angelockt werden.

## Die Lücke auf dem Wohnungsmarkt

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 245.000 neue Wohnungen fertiggestellt. Davon in:



\*Schätzung für die Jahre 2015 bis 2020, Zahlen gerundet. Quelle: IVI Köln. Grafikquelle: Globus 10486 (ediniert)

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.





# Schwache Truppe

**VERTEIDIGUNG** Der Wehrbeauftragte kritisiert Mangelwirtschaft in der Bundeswehr und Ministerin von der Leyen präsentiert ein 130 Milliarden Euro schweres Aufrüstungsprogramm

Überfordert: Bundeswehrosoldaten tragen einen Kameraden nach einem Schwächeanfall während eines Gelöbnisses zur ärztlichen Betreuung.

Zufall war das nicht: Kaum hatte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, in der vergangenen Woche seinen Jahresbericht für 2015 (18/7250) vorgestellt und harsche Kritik an der „planmäßigen Mangelwirtschaft“ in der Bundeswehr geübt, da preschte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) auch schon nach vorne und präsentierte ihrerseits ein 130 Milliarden Euro schweres Aufrüstungsprogramm bis 2030. „Die Soldaten sind es leid. Es fehlt zu viel“, stellte Hans-Peter Bartels vergangene Woche vor der Hauptstadt- und in der Hauptstadt-Druckpresse klar. Es mangelt an Ausrüstung und Ersatzteilen, aber auch an Personal, damit die Streitkräfte ihrem Auftrag nachkommen könnten. So fehlten der Truppe Ende vergangenen Jahres rund 8.000 Soldaten und Soldatinnen, um die angestrebte Personalstärke von 185.000 zu erreichen. Diese Truppenstärke müsse nicht nur erreicht und gehalten werden, sondern es müsse geprüft werden, ob sie „noch angemessen ist“, schreibt Bartels in seinem Bericht.

Er mahnte zudem eine Rückkehr zur Vollausrüstung der Truppe an. In den vergangenen Jahren hätte vielen Einheiten vor allem des Heeres lediglich 70 Prozent des benötigten Materials zur Verfügung gestanden. Den Rest hätten sie sich bei Übungen „unter hohem logistischem und zeitlichen Aufwand“ bei anderen Einheiten „ausleihen“ müssen.

**Falscher Weg** Von der Leyens Vorgänger Thomas de Maizière (CDU) hatte den Soldaten diesen planmäßigen Mangel noch als „dynamisches Verfügbarkeitsmanagement“ schönreden wollen. Wie sich das in der Realität darstellt, erfuhr Bartels während seines Besuchs des Panzergrenadierbataillons 371 Ende Mai vergangenen Jahres auf dem Truppenübungsplatz Munster-Süd. Das Bataillon, das sich dort auf seine zukünftige Aufgabe als Teil der sogenannten „Speerspitze“ der Nato Response Force vorbereitete, musste sich 15.000 Ausrüstungsgegenstände von anderen Verbänden „leihen“, um entsprechend gerüstet zu sein. Das geliehene Material fehle nun dort. Für den Wehrbeauftragten ist klar: Dieses System „gefährdet Einsatzbereitschaft, Übung und Ausbildung – und im schlimmsten Fall Leib und Leben“ der Soldaten im Einsatz. Das Verteidigungsministerium habe zwar erkannt, „den falschen Weg eingeschlagen zu haben“, verändert habe sich die Situation allerdings nicht wesentlich, moniert Bartels.

Der Wehrbeauftragte ließ keinen Zweifel daran aufkommen, was er erwartet: Die Bundeswehrreform aus dem Jahr 2011 muss im personellen und materiellen Bereich korrigiert werden und die Truppe braucht mehr Geld. Zwar steige der Verteidigungshaushalt 2016 leicht von 1,16 auf 1,18 Prozent des Brutto-Inlandproduktes, allerdings sinke dieser Anteil nach der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 mit 1,07 Prozent wieder „auf das in der Geschichte der Bundeswehr niedrigste Niveau“. Damit wäre Deutschland „von der Einhaltung der in der Nato vereinbarten Zielmarke noch weiter entfernt als je zuvor“, heißt es in seinem Bericht. Und weiter: Das Verteidigungsministerium solle „alle bestehenden Lücken und Defizite identifizieren und benennen“, damit sich der Bundestag ein Bild von dem notwendigen finanziellen Aufwand machen kann. Identifiziert hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Lücken und Defizite bereits. Einen Tag nach der Veröffentlichung von Bartels Bericht konkretisierte sie vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestages ihr 130-Milliarden-Euro-Vorhaben.

**Panzer und Hubschrauber** Die Wunschliste der Ministerin ist lang: Plante die Bundeswehr bislang mit 225 Kampfpanzern vom Typ „Leopard 2“, sollen es bis zum Jahr 2030 wieder 320 sein. Die Zahl des neu zu beschaffenden Schützenpanzers „Puma“ soll zwar von 350 auf 342 leicht nach unten korrigiert werden. Dafür prüft das Ministerium aber, ob die Truppe 196 alte Schützenpanzer vom Typ „Marder“ behält und nicht ausrangiert. Vergrößert werden soll auch der Fuhrpark an Transportpanzern. Sollte der Bestand ursprünglich 898 Fahrzeuge vom Typ „Fuchs“ und 272 des neuen „GTK Boxer“

## STICHWORT

### Wehrbeauftragter

**> Wahl und Amtszeit** Der Wehrbeauftragte wird vom Bundestag auf fünf Jahre gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche ab dem 35. Lebensjahr.

**> Aufgabe** Er kontrolliert als Hilfsorgan des Bundestages die Streitkräfte und deren politische und militärische Führung.

**> Befugnisse** Er kann jeden Truppenteil und jede Einrichtung der Bundeswehr auch unangemeldet besuchen, Auskunft vom Verteidigungsministerium und allen unterstellten Dienststellen und Personen sowie Akteneinsicht verlangen.

umfassen, sollen nun 130 zusätzliche „Boxer“ geordert werden und somit insgesamt 1.300 Transportpanzer zur Verfügung stehen. Zudem soll die Zahl der Panzerspähwagen vom Typ „Fennek“ um 31 auf 248 und die der Panzerhaubitzen um zwölf auf 101 erhöht werden. Aufgestockt werden soll nach den Plänen des Verteidigungsministeriums auch die Hubschrauberflotte. Neben den geplanten 80 Transporthubschraubern „NH 90“ sollen weitere 59 schwere Transporthubschrauber ab 2025 die alten „CH-53“-Hubschrauber ablösen. Und auch die Marine soll 36 statt nur 30 neue Transport- und Bordhubschrauber erhalten. Insgesamt umfasst die Wunschliste des Ministeriums rund 1.500 Beschaffungsposten. Denn neben Panzern und Hubschraubern mangelt es der Truppe auch an Ausrüstungsgegenständen wie Nachtsichtgeräten,

Schutzwesten oder moderneren Koppeltragegestellen. Und ab 2019 will das Ministerium das „G 36“ durch ein neues Sturmgewehr ersetzen.

Abzuwarten bleibt, ob und wie von der Leyens 130-Milliarden-Euro-Paket finanziert werden kann. Umgerechnet auf 15 Jahre müsste die Bundeswehr jährlich rund 8,7 Milliarden Euro aufbringen. Zum Vergleich: In diesem Jahr sieht der Wehretat Ausgaben von 4,7 Milliarden Euro für militärische Beschaffungen vor.

Überraschend kommt von der Leyens Vorstoß zumindest nicht. Beispiel Panzer: Bereits während der Beratungen über den Bundeshaushalt 2015 hatten sich CDU/CSU und SPD dafür ausgesprochen, die Stückzahl der „Leopard 2“ nach oben zu korrigieren. Auch eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben steht seit geraumer Zeit auf der Agenda der Verteidigungspolitik der Großen Koalition. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) haben darüber zumindest Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Bei der Opposition hingegen stoßen die Pläne von der Leyens auf Kritik. Die verteidigungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Agnieszka Brugger, ließ wissen, dass sie nicht überzeugt sei von der Forderung nach mehr Geld und Personal für die Truppe. Verantwortlich für den Zustand der Bundeswehr seien „schlechte Planung und falsche Prioritäten“. Und ihre Kollegin von der Linksfaktion, Christine Buchholz, nahm den Wehrbeauftragten selbst ins Visier: Die dauerhafte Überlastung der Soldaten lasse sich nur durch die Beendigung der Auslandseinsätze herbeiführen. Der Bericht Bartels hingegen lese sich wie ein Aufrüstungsbericht, konstatierte Buchholz. *Alexander Weinlein*

## »Was regt ihr euch so auf?«

**NSA** Zeugen berichten vom Abhören unter Freunden

„Abhören unter Freunden, das geht gar nicht.“ Es war der 24. Oktober 2013, als Angela Merkel diesen mittlerweile geflügelten Kommentar abgab zu der Neugierde, dass die US-amerikanische National Security Agency (NSA) ihr Handy belauscht hatte. Vier Tage später erhielt beim Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach Unterabteilungsleiter D.B. einen Anruf seines Präsidenten Gerhard Schindler.

Von diesem Telefonat berichtete D.B. dem NSA-Untersuchungsausschuss in der vorigen Woche. Schindler habe gesagt, er komme gerade aus dem Kanzleramt und bringe von dort „folgende Weisung zur sofortigen Umsetzung“ mit: „Wir sollen alle Steuerbelegungen bezüglich der Partnerstaaten deaktivieren.“ Mit anderen Worten, keine EU- und Nato-Länder mehr abhören.

Bis zum Sommer 2013 hatte der BND bei der Überwachung internationaler Datenverkehre allein darauf geachtet, dass keine „deutschen Grundrechtsträger“, also Bundesbürger unter dem Schutz des Fernmeldegeheimnisses, ins Netz gingen. Bürger oder Institutionen anderer, auch befreundeter, Länder erfreuten sich solcher Fürsorge nicht. Bis Anfang August 2013 Unterabteilungsleiter D.B. die Idee hatte, die Suchmerkmale überprüfen zu lassen, die die NSA in die gemeinsam betriebene Abhöranlage in Bad Aibling eingespeist hatte.

Es fanden sich knapp 40.000 Selektoren, die zur Ausspähung europäischer Ziele geeignet waren und aussortiert wurden. Nicht, wie der Zeuge betonte, weil sie

„rechtswidrig“ gewesen wären. Im Lichte der damaligen Snowden-Affäre erschienen sie aber aus politischen Gründen ein wenig als „kritisch“. Als ein knappes Vierteljahr später BND-Präsident Schindler bei D.B. anrief, war diesem klar, dass nicht die NSA-Selektoren gemeint sein konnten: „Wir haben es so verstanden, dass es zunächst und unmittelbar auf unsere eigenen Selektoren anzuwenden sei.“

Ist es da so überraschend, was der andere Zeuge der vorigen Woche, Botschafter Dirk Bregelmann, über seinen Antrittsbesuch in Washington im September 2013 als „Beauftragter für Cyber-Außenpolitik“ zu berichten hatte? In den deutschen Medien kochte und brodelte noch die Empörung über die Snowden-Affäre, doch seine Gesprächspartner, so Bregelmann, hätten dafür nur amüsiertes Erstaunen übrig gehabt: „Was regt ihr euch so auf?“, sei der Tenor gewesen. Die Kanzlerin abhören, vielleicht millionenfach Daten deutscher Bürger absaugen – was die NSA da möglicherweise gemacht habe, sei doch nicht so ungewöhnlich, das täten alle.

Es habe große Mühe gekostet, berichtete der Zeuge, der Gegenseite die deutsche Stimmungslage zu erklären und begreiflich zu machen, dass es sich nicht um eine Augenblicksaufwallung handelte: „Ihr müsst davon ausgehen, dass das wie eine Bombe eingeschlagen hat und die Bevölkerung das nicht goutiert“, sei seine Botschaft gewesen. „Das musste erst einmal sinken“, sagte Bregelmann. *Winfried Dolderer*

## Vernehmungen ab Februar

**NSU-AUSSCHUSS** Austausch mit Länder-Kollegen

Um die Vorgänge und Ermittlungen am 4. November 2011 in Zwickau soll es bei der ersten Zeugenvernehmung im 3. Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU II“ gehen. Geplant ist die Sitzung für den 18. Februar. Das gab der Ausschussvorsitzende Clemens Binninger (CDU) am vergangenen Donnerstag nach einem Treffen mit den Vorsitzenden und Vize-Vorsitzenden der NSU-Untersuchungsausschüsse von fünf Landtagen bekannt. Nach der Entdeckung und dem Tod der beiden mutmaßlichen NSU-Haupttäter Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Eisenach soll Beate Zschäpe am 4. November 2011 in der gemeinsamen Wohnung des Trios in Zwickau eine schwere Explosion herbeigeführt und Bekennervideos an mehrere Adressen versandt haben. Sowohl zu den Geschehnissen selbst als auch zu den anschließenden Ermittlungen gibt es nach Binningers Einschätzung noch viele offene Fragen, was sich auch bei dem Treffen mit den Mitgliedern der fünf Landtage bestätigt habe.

Ziel des gut dreistündigen Gesprächs mit den Länder-Kollegen war laut Binninger, den Wissensstand der jeweiligen Ausschüsse abzugleichen und offene Fragen zu identifizieren. Es sei eine Besonderheit, dass sich sowohl ein Untersuchungsausschuss des Bundestages als auch Untersuchungsausschüsse von sechs Landtagen mit der gleichen Thematik beschäftigen. Der Einladung nach Berlin waren Vertreter der U-Ausschüsse aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen

gefolgt. Aus Termingründen abgesagt hatte der U-Ausschuss aus Baden-Württemberg. Es wurde vereinbart, dem Bundestag alle Protokolle der Vernehmungen in den U-Ausschüssen der Landtage zur Verfügung zu stellen. „Dadurch wollen wir Doppelarbeit vermeiden“, erläuterte Binninger. Bei dem Treffen hat man sich nach seinen Angaben auch darüber verständigt, dass es entgegen der bisherigen Praxis in den Untersuchungsausschüssen auch sinnvoll sein könne, in Einzelfällen Zeugen aus der rechtsradikalen Szene zu hören, wenn dabei ein konkreter Erkenntnisgewinn zu erwarten sei.

Nach den Vorgängen in Zwickau werde man sich mit der Entdeckung sowie dem Tod der beiden mutmaßlichen Haupttäter in Eisenach und den folgenden Ermittlungen beschäftigen. Dabei soll es zu zahlreichen und zum Teil schwerwiegenden Panen gekommen sein.

Weitere Schwerpunktthemen der Ausschussarbeit werden das Nagelbomben-Attentat am 9. Juni 2004 in Köln-Mülheim und die Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 in Heilbronn sein. Auch zum Tod von Halit Yozgat, der am 6. April 2006 in seinem Internet-Café in Kassel mutmaßlich von Böhnhardt und Mundlos erschossen wurde, will der Ausschuss Zeugen vernehmen. Der Bundestag hatte im November vergangenen Jahres die Einsetzung des neuen NSU-Untersuchungsausschusses beschlossen. *Joachim Riecker*

## Gewalt-Szene im Fokus

**SPORT** Grüne fordern einheitliches Bundesprogramm

Die Datei „Gewalttäter Sport“ ist seit ihrer Einführung 1994 umstritten. Für die Polizei ist sie ein wichtiges Instrument, um zielgerichtet polizeiliche Maßnahmen zu treffen und dabei zwischen Störern und Nichtstörern zu unterscheiden. Viele Fußballfans lehnen sie ab – auch weil ihre Bestimmungen sehr schwammig seien und so jeder in den „Genuss“ eines Eintrags kommen könne.

Auch im Bundestag fällt die Bewertung unterschiedlich aus. Deutlich wurde dies vergangenen Donnerstag bei der ersten Beratung eines Grünen-Antrags (18/6232) mit der Zielstellung, Rechtsextremismus zu bekämpfen und Fans zu unterstützen. Monika Lazar, Grünen-Obfrau im Sportausschuss, mahnte, die Bürgerrechte der Fans nicht zu vergessen. „Gerade die Ultras sind Bestandteil dessen, was den Reiz des Fußballs ausmacht“, sagte sie. Für Stephan Mayer (CSU) hingegen hat sich die Datei „Gewalttäter Sport“ bewährt, „sowohl im Bereich der Gefahrenabwehr als auch bei der Aufklärung von Straftaten“. Im Übrigen, so Mayer, werde sie derzeit evaluiert, um herauszufinden, was zu verbessern ist.

**Bundesprogramm** Ebenfalls keine Übereinstimmung gab es in der Frage, wie der Rechtsextremismus im Sport zu bekämpfen sei. Lazar schlug ein einheitliches, finanziell starkes sportbezogenes Bundesprogramm vor anstelle der Vielzahl von unterschiedlichen Programmen, die von verschiedenen Bundesministerien unterhalten würden. Dem konnte Mayer nichts

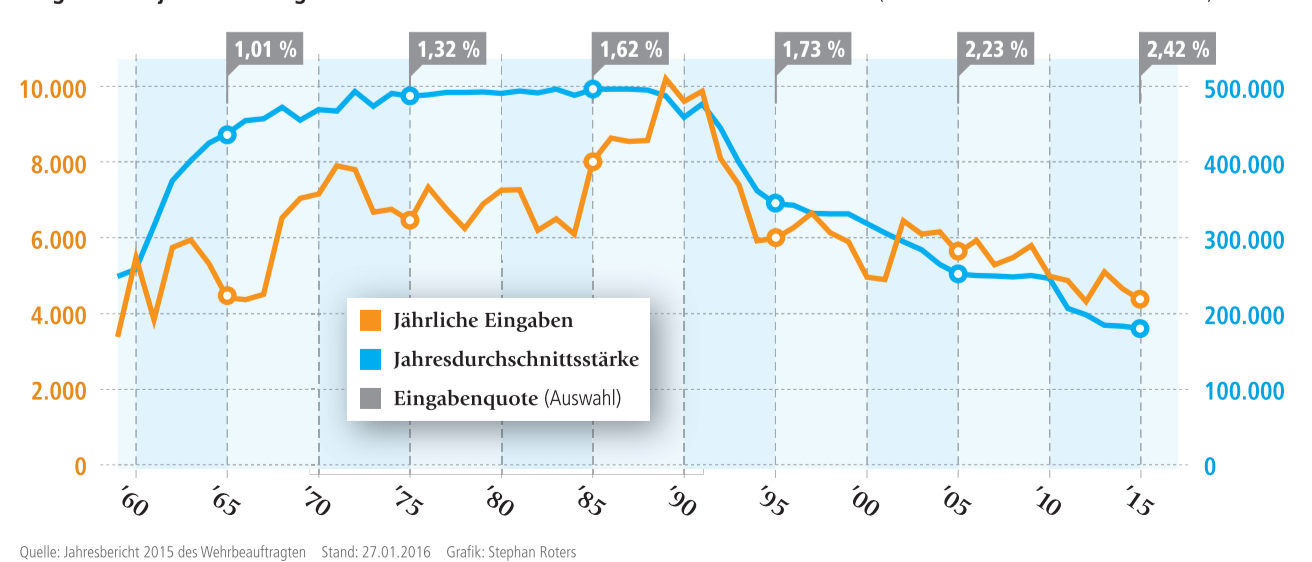


Klare Ansage: Kein Rassismus im Sport

abgewinnen. Ein solcher Vorschlag hänge der Idee nach, man müsse nur ein großes Programm auf die Beine stellen, „und damit ist man aller Probleme verlustig“. Skepsis auch bei der SPD. Dieser Weg sei falsch, urteilte Matthias Schmidt. „Nur die Vielzahl der Programme kann der Vielfalt tatsächlich gerecht werden“, sagte der SPD-Abgeordnete. Aber auch André Hahn von der Linksfaktion meinte, man müsse noch in den Ausschüssen darüber diskutieren, „ob es wirklich sinnvoll ist, ein Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus im Sport statt der bestehenden Vielzahl von Programmen zu schaffen.“ *Götz Hausding*

## Eingaben von Bundeswehrosoldatinnen und -soldaten seit 1959

Vergleich der jährlichen Eingaben mit der Jahresdurchschnittsstärke der Bundeswehr (Anzahl der Soldatinnen und Soldaten)





Cayman-Inseln in der Karibik. Ein Traum nicht nur für Urlauber, sondern auch für steuerflüchtige Großkonzerne

© picture-alliance/Godong

## Die Arbeit von morgen

**FORSCHUNG** Wie sieht die Arbeitswelt von morgen aus? Wie finden sich die Menschen in ihr zurecht und welche Auswirkungen hat dies auf die künftige Struktur von Unternehmen? Das sind nur einige Fragen, denen die Koalitionsfraktionen genauer, nämlich wissenschaftlich fundiert, auf den Grund gehen und dafür die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen möchte. Deshalb haben Union und SPD nun einen Antrag (18/7363) vorgelegt, indem sie sich für eine „innovative Arbeitsforschung für eine Humanisierung unserer Arbeitswelt und mehr Beschäftigung“ einsetzen. Kein Schmalspurprogramm, aber die Fraktionen sind optimistisch, denn die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und die demografischen Veränderungen seien „gestaltbare Prozesse“, schreiben sie in dem Antrag. Darin fordern sie die Bundesregierung unter anderem auf, „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“ die einzelnen Förderschwerpunkte des Forschungsprogramms „Innovation für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ zeitnah auf Basis der Forschungsergebnisse umzusetzen. Außerdem solle das Programm noch in dieser Legislaturperiode um weitere Schwerpunkte ergänzt werden. In der vergangenen Woche beriet der Bundestag erstmals über den Antrag und überwies ihn zur weiteren Beratung in die Ausschüsse. Union und SPD bekräftigten ihr Ziel, auf die Herausforderungen der künftigen Arbeitswelt frühzeitig zu reagieren und diese zu gestalten. Grüne und Linke lobten zwar den Ansatz, sahen jedoch noch einige „blinde Flecken“ in dem Antrag. **che** ||

# Das große Geld im Visier

**REICHTUM** SPD, Linke und Grüne wollen große Vermögen stärker besteuern

W er die Karibik in erster Linie mit Traumstränden und Flucht aus dem Alltagsleben verbindet, sollte sich an eine Liste der EU-Kommission vom vergangenen Sommer erinnern. Dort stellte die Kommission 30 Steueroasen weltweit an den Pranger und siehe da: Neben den üblichen Verdächtigen wie Monaco und Liechtenstein tauchten darin gleich 15 Karibik-Inseln als lukrative Adressen für einen ganz anderen Fluchtgrund auf: die Steuerflucht. Mit dem Thema beschäftigten sich im Bundestag traditionell vor allem die Finanzpolitiker. Doch in der vergangenen Woche machte eine von der Linken anberaumte Aktuelle Stunde zu „aktuellen Reichtums- und Armutsberichten“ deutlich, dass dies sehr wohl auch ein Thema für Sozialexperten ist. Steuerflucht zu bekämpfen, darin waren sich alle Fraktionen zwar einig. Doch bei der Frage, wie ungerecht die Vermögensverteilung nun sei und wie man dem mit einer stärkeren Besteuerung großer Vermögen beikommen könne, gab es Differen-

**»Die Schere zwischen Arm und Reich klappt auch hier zu weit auseinander.«**

Daniela Kolbe (SPD)

zen. Auch innerhalb der Koalitionsfraktionen, denn die SPD schloss sich in diesem Punkt eher Grünen und Linken an: „Die wachsende globale Ungleichheit ist ein Riesensymbol für unsere Welt und auch in Deutschland klafft die Schere zu weit auseinander“, resümierte etwa SPD-Sozialexpertin Daniela Kolbe. Matthias Zimmer (CDU) dagegen fragte, ob Ungleichheit schädlich für Gesellschaften sei und antwortete mit Ja und Nein. „Ein gewisses Maß an Ungleichheit ermöglicht auch ein Maß an Freiheit und ein Maß, das uns Innovation und Wachstum ermöglicht“, sagte er. „Tatsächlich mangelt es nicht an Studien und Stellungnahmen großer Institutionen zu diesem Thema. Im November 2015 erst hatte Weltbank-Chef Kim Steuer-Vermeidung gar als „Form der Korruption auf Kosten der Armen“ bezeichnet. Und im Januar hatte die Hilfsorganisation Oxfam vorgerechnet, dass 62 Superreiche so viel Vermögen besitzen, wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Ein Befund, der ein großes Echo erzeugte, auch wenn es Kritik an der statistischen Vorgehensweise gab. In Deutschland besaßen 2013 laut aktueller Einkommens- und Verbraucherstich-

probe (EVS) des Statistischen Bundesamtes die reichsten zehn Prozent der Deutschen rund 52 Prozent des gesamten Volksvermögens. Das ist ein minimaler Rückgang (ein Prozent) gegenüber 2008, was aber vor allem auf Folgen der Finanzkrise zurückgeführt wird. Langfristig sind diese Vermögensanteile auch hierzulande deutlich gestiegen, seit 1998 um sieben Prozent. Gesunken ist laut EVS dagegen das Nettovermögen der unteren 50 Prozent der Haushalte, von knapp drei Prozent der Haus- nur noch ein Prozent im Jahr 2013.

**Es ist genug Geld da** Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken, nutzte die Oxfam-Studie als Vorlage und forderte: „Es muss Schluss sein mit dem Diskussionstau der Regierungsparteien, wenn es um eine gerechte Steuerpolitik in unserem Land, in Europa und der Welt geht.“ Er forderte neben einer Millionärssteuer auch eine wirkliche Reform der Erbschaftsteuer. Was die Koalition dagegen plane, sei „Pillepalle“, kritisierte Bartsch. Er betonte, es sei genug Geld da, um weltweit Hunger und medizinische Unterversorgung zu überwinden, das gehe aber ohne eine entschlossene Umverteilung nicht. Ähnlich äußerten sich die Grünen. Deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Andreae bezeichnete es als „absolutes Üding“, dass Lohn Einkommen und Kapitalerträge unterschiedlich besteuert wer-

den. Auch für Kapitalerträge müssten endlich progressive Steuersätze gelten. Außerdem forderte sie die Bundesregierung auf, sich bei der Erbschaftsteuer zu einigen: „Die Erbschaftsteuer ist eine Gerechtigkeitssteuer. Wer mit dem goldenen Löffel geboren wird, dem geht es besser als jemandem, dessen Eltern wenig Geld haben. Da müssen Sie etwas tun.“ Die Regierung sei keineswegs untätig, urteilten dagegen Union und SPD. „Wir haben die Beschlusslage, die Steueroasen auszutrocknen und eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Nichts lieber als das“, beteuerte Matthias Zimmer. Aber dies funktioniere leider nicht auf Befehl der

Bundesregierung, sondern durch Überzeugungsarbeit in der EU. Und Daniela Kolbe betonte: „Wir haben den Mindestlohn durchgekämpft, wir haben die Tarifbindung gestärkt und wir regulieren Leiharbeit und Werkverträge.“ Dennoch bräuchten wir „mehr Steuergerechtigkeit“, insbesondere für Kapitalerträge und für sehr große Erbschaften, sagte sie. Im Sommer legt die Regierung den fünften Armuts- und Reichtumsbericht vor und damit neuen Diskussionsstoff. Wer bis dahin nicht warten will, kann sich auf das Gesetzespaket der EU zur Steuer-Vermeidung von Konzernen stützen, das diese vergangene Woche vorgestellt hatte. **Claudia Heine** ||

### STICHWORT

#### Die Schere zwischen Arm und Reich und die Besteuerung von Vermögen

**> Vermögen** Laut Statistischem Bundesamt besaßen im Jahr 2013 die reichsten zehn Prozent der Deutschen knapp 52 Prozent des gesamten Volksvermögens.

**> Steuern I** Die Bundesregierung arbeitet an einer Reform der Erbschaftsteuer. Die Opposition fordert eine Vermögenssteuer.

**> Steuern II** Der EU entgehen jährlich bis zu 70 Milliarden Euro an Steuergeldern. Vergangene Woche legte sie ihre Gesetzespläne zur Vermeidung von Steuerflucht vor.



© picture-alliance/blickwinkel

Anzeige

## Vom Dilemma mit dem Stichtag

**MÜTTERRENTE** Die Linke scheitert mit ihrem Antrag zur Besserstellung von Adoptiveltern

Adoptiveltern, die ihr Kind erst im 13. Lebensmonat des Kindes adoptiert haben, müssen sich weiter mit einem Nachteil bei der sogenannten Mütterrente abfinden. Die Fraktion Die Linke konnte sich mit ihrem Antrag (18/6043) zur besseren Anerkennung der Erziehungsleistung von Adoptiveltern bei der Mütterrente nicht durchsetzen. Mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde der Antrag am vergangenen Donnerstag vom Bundestag abgelehnt. Lediglich Bündnis 90/Die Grünen konnten sich für ihn erwärmen, aber das reichte nicht für eine Stimmenmehrheit. In ihrem Antrag forderte Die Linke konkret, dass Adoptiveltern für den 13. bis 24. Kalendermonat nach dem Geburtsmonat des Kindes Kindererziehungszeiten zugeordnet werden können. Dies sollte auch dann möglich sein, wenn den leiblichen Eltern im Rahmen des Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes die Mütterrente für vor 1992 geborene Kinder

bereits gewährt wurde. Nach derzeitiger Rechtslage erhält jener Elternteil einen Rentenpunkt auch für das zweite Lebensjahr des Kindes gutgeschrieben, der im 12. Lebensmonat des Kindes für dessen Erziehung zuständig war. Adoptiveltern, die die Erziehung des Kindes beispielsweise im 13. Lebensmonat übernommen haben, erhalten aufgrund dieser Stichtagsregelung also keinen Rentenpunkt für das zweite Lebensjahr, obwohl sie in dieser Zeit tatsächlich Erziehungsberechtigte waren.

**40.000 Betroffene** Martin Rosemann (SPD) betonte, die Verbesserungen bei der Mütterrente für Millionen von Rentnern seien nur durch eine solche Pauschalregelung zu organisieren gewesen. Auch durch die Pauschalregelungen würden Erziehungszeiten angemessen berücksichtigt. Gleichwohl gebe es „problematische Einzelfälle“, so Rosemann. Jedoch könne man nicht für jede einzelne Gruppe individuelle Lösungen finden. Das sei ein Dilemma, indem man sich als Regierende befindet. Matthias Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Linken, sprach dagegen davon, dass es höchste Zeit sei, von der Gruppe der Adoptiveltern zu sprechen, denn sie würden durch das Rentenpaket massiv benachteiligt, wenn sie erst nach dem ersten

Lebensjahr des Kindes die Erziehung übernommen haben. Birkwald sagte, es gehe um 40.000 Betroffene. „Das ist doch kein Einzelfall“, betonte er. Peter Weiß (CDU) lobte dagegen die Mütterrente als eine der größten sozialpolitischen Veränderungen der Großen Koalition. „Wir sind froh, dass wir die Erziehungsleistung von Kindern bei der Rente endlich besser anerkennen können“, sagte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion. Ohne die derzeit praktizierte Pauschalregelung würden die Mütter oder Väter heute noch keine Mütterrente bekommen, da eine Einzelfallprüfung jeder Rentenakte zu einer bis zu dreijährigen Wartezeit geführt hätte. Die Linke suche krampfhaft das Haar in der Suppe, kritisierte Weiß. Die Grünen unterstützten dagegen den Linken-Vorschlag und warfen der Unionsfraktion vor, das Anliegen des Antrags künstlich zu vernebeln und zu verkomplizieren. Dabei seien der Sachverhalt und auch die Kosten überschaubar, so Markus Kurth, der Rentenexperte der Fraktion. Die Koalition verstecke sich hinter Formalien und mache einen Gegensatz zwischen einer Pauschalregelung und einer Antragslösung auf, den es gar nicht gebe, sagte Kurth. **che** ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**WOCHENSCHAU VERLAG**

**JETZT GRATIS-HEFT ANFORDERN UNTER WWW.POLITIKUM.ORG**

**POLITIKUM** erschließt Erkenntnisse und Kontroversen der Wissenschaft einem breiten Publikum

**POLITIKUM** steht für unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven und politische Positionen

**POLITIKUM** bleibt dabei lesbar und verständlich

**POLITIKUM** stellt das, was umstritten ist, auch kontrovers dar

**POLITIKUM** lässt renommierte Autorinnen und Autoren aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu Wort kommen

Bisher erschienen:

**POLITIKUM** DEUTSCHLAND MACHT EUROPA?

**POLITIKUM** ISLAMISCHER STAAT

**DAS AKTUELLE HEFT**

**KRATZER AM DEMOKRATIEMODELL**

Auf dem Weg zur Postdemokratie? |

Deutschland in den Fängen der Konzerne |

Verliert der Bundestag seine Macht? |

Korruption und ihre Folgen |

Nachrichtendienste – Lehren aus den Skandalen um NSA und NSU |

Zerstört soziale Ungleichheit die Demokratie? |

Aktuelles Thema: Großbritannien |

Rezensionen, Lesetipps

**ZUM NACHDENKEN: DEMOKRATIE, ABER WIE?**

EINE ZEITSCHRIFT NEUEN TYPERS · GRATIS-HEFT UNTER WWW.POLITIKUM.ORG

## Rentner fühlen sich von der Politik geprellt

**GESUNDHEIT** Sozialrechtsexperten plädieren dafür, doppelte Beitragszahlungen zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge möglichst zu verhindern. Anlässlich einer Anhörung des Gesundheitsausschusses vergangene Woche in Berlin gaben Sachverständige zu Bedenken, dass die sogenannte Doppelverbeitragung für die Stärkung des Drei-Säulen-Modells von gesetzlicher, privater und betrieblicher Altersvorsorge nicht hilfreich sei. Anlass für die Anhörung war ein Antrag (18/6364) der Fraktion Die Linke mit der Forderung, die doppelte Beitragszahlung auf Direktversicherungen und Versorgungsbezüge zu beenden.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) wies in seiner Stellungnahme auf das „beitragsrechtliche Sonderopfer“ hin, das von Rentnern mit Versorgungsbezügen verlangt werde. Hier gebe es „lange überfälligen gesetzgeberischen Korrekturbedarf“. Das grundlegende Problem seien nicht die Doppelverbeitragung der Direktversicherungen und Versorgungsbezüge, sondern die Beitragshöhe und die Frage, wer den Beitrag trägt. Bis 2004 hätten Rentner nur die Hälfte des Beitragsatzes zahlen müssen, nach einer Gesetzesänderung seither jedoch den vollen Satz. Dieses „Sonderopfer“ werde auch nicht durch die Beitragsfreiheit bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Anwartschaft der Versicherung ausgeglichen. Der Arbeitgeberverband BDA hält die Forderung der Linken ebenfalls für richtig und folgerte: „Daher sollten tatsächlich vorliegende Fälle von Doppelverbeitragungen, insbesondere im Rahmen der Rusterförderung bei betrieblicher Altersvorsorge, beseitigt werden.“

**Ungleichbehandlung** Nach Angaben des GKV-Spitzenverbandes sind Doppelverbeitragungen bei Versorgungsbezügen selten. Sie könnten zwar nicht ausgeschlossen werden, seien aber „atypisch“ und angesichts der geringen Menge „eher zu vernachlässigen“.

Der DGB sprach sich „gegen jede Doppelverbeitragung“ aus, weil damit die notwendige Altersvorsorge unattraktiver werde. Nach Ansicht des DGB sollte zur alten Regelung von vor 2004 mit der hälftigen Beitragspflicht zurückgekehrt werden, weil durch die Verbeitragung mit dem vollen Beitragsatz die Rentner übermäßig belastet würden. Dem schlossen sich mehrere andere Experten an, halten solche Korrekturen aber für schwer umsetzbar. Mehrere Sachverständige machten auf die Ungleichbehandlung bei privat fortgeführten Direktversicherungen und Leistungen aus Pensionskassen aufmerksam. Während bei den Direktversicherungen nur jener Anteil mit Beiträgen belegt sei, der auf die Beitragszahlung im Beschäftigungsverhältnis zurückgehe, würden bei fortgeführten Pensionskassenverträgen immer Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung fällig. Dieser formalistisch begründete Unterschied sei nicht nachvollziehbar.

In der Anhörung sprachen verschiedene Experten von einem komplexen System mit unterschiedlichen Fallkonstellationen, das hinsichtlich der Sozialbeiträge inkonsistent und intransparent geregelt sei. Die verschiedenen Regelungen seien den Beitragszahlern und Rentnern schwer vermittelbar. Zahlreiche Rentner verfolgten die einstündige öffentliche Anhörung im Bundestag von den Zuschauertribünen aus. Zwischendurch kam es aus den Zuschauerreihen zu lauten Unmutsäußerungen. **pk**

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



Der Fall Mollath hat die Frage aufkommen lassen, ob Menschen zu Unrecht für Jahre in der Psychiatrie landen.

© picture-alliance/dpa

# Nicht einfach wegsperren

**RECHT** Dauer des Maßregelvollzugs wird öfter überprüft

**D**er Fall Gustl Mollath hat die Justiz nachhaltig aufgewühlt. Ein gravierender Justizirrtum, ein Komplott, um Schwarzgeldgeschäfte zu decken, ein Versagen des Rechtsstaats gar? Der Fall Mollath ist komplex, aber im Rückblick scheint zumindest klar, das Vorgehen der bayerischen Justiz gegen diesen Mann, dem vorgehalten wurde, gemeingefährlich zu sein und der deswegen fast acht Jahre in der Psychiatrie einsaß, war wohl unverhältnismäßig. Es mag ein gravierender Einzelfall sein, jedoch entscheiden Gerichte auf der Grundlage psychiatrischer Gutachten quasi jeden Tag irgendwo in Deutschland darüber, ob ein Straftäter als allgemeingefährlich oder wahnhaft anzusehen ist. Meist geht es um Männer. Fällt das Gutachten einschlägig aus, werden die Täter, die dann auch als Patienten gelten, entweder nach Paragraph 63 Strafgesetzbuch (StGB) unbefristet in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen oder, wenn es sich um Fälle von schwerer Alkohol- oder Drogensucht handelt, nach Paragraph 64 auf zwei Jahre befristet in eine Entziehungsanstalt. In diesen Fällen geht das Gericht von einer Schuldunfähigkeit oder verminderten Schuldfähigkeit aus. Alarmiert sind Fachleute, weil die Fallzahlen und auch die durchschnittliche Dauer der Unterbringung in der Psychiatrie seit Jahren steigen, wie aus den Aufstellungen der zuständigen Bundesländer hervorgeht. In dem Gesetzentwurf (18/7244), der ver-

gangene Woche in erster Beratung auf der Tagesordnung des Bundestages stand, ist von 7.752 Patienten die Rede, die zum Jahresende 2010 nach Paragraph 63 StGB im Maßregelvollzug einsaßen. Die durchschnittliche Verweildauer stieg demnach von 6,2 Jahren 2008 auf knapp acht Jahre im Jahr 2012.

Mit der Gesetzesnovelle, die auf den Ergebnissen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe fußt, soll das Unterbringungsrecht nach

Paragraph 63 StGB stärker am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausgerichtet werden. Dazu werden die „Anforderungsvoraussetzungen“ des Strafrechts für eine Unterbringung in der Psychiatrie konkretisiert. Die Anordnungen sollen sich stärker auf „gravierende Fälle“ beschränken. Eine Unterbringung über mehr als sechs Jahre soll nur noch zulässig sein, wenn

andernfalls Taten mit einer „schweren seelischen oder körperlichen Schädigung“ der Opfer drohen. Die „Gefahr rein wirtschaftlicher Schäden“ soll nicht mehr ausreichen. Häufiger als bisher soll zudem überprüft werden, ob eine Fortdauer des Maßregelvollzugs angebracht ist. Die Anforderungen an Gutachter sollen erhöht werden, und es soll nicht mehr zweimal hintereinander derselbe Gutachter eingesetzt werden dürfen.

**Kranke Täter** Reinhard Grindel (CDU) betonte, der Gesetzentwurf sei „keine Lex Mollath“, vielmehr reagiere die Koalition auf berechtigte Mahnungen aus der Rechtswissenschaft und dem Gesundheitswesen. Es verböten sich auch in Zukunft schematische Lösungen. Gerichte müssten nach wie vor „auf die besonderen Umstände des Einzelfalls“ abstellen. Mit der Reform werde zugleich „dem Vorwurf der Fließband- oder Gefälligkeitsgutachten“ entgegenge-

zeugt, dass „unverhältnismäßig lange Unterbringungen“ besser vermieden werden könnten. Er fügte jedoch hinzu, dass Gewalt- und Sexualstraftäter zum Schutz der Allgemeinheit weiter unbefristet untergebracht werden könnten. Die Opposition sieht einige Verbesserungen in der Novelle, kritisiert jedoch, dass auch wirtschaftliche Schäden unter den Paragraphen 63 StGB fallen. Dies sei unverhältnismäßig, rügte Halina Wawzyniak (Linke). Sie plädierte zudem für eine Höchstgrenze der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus. Maria Klein-Schmeink (Grüne) forderte eine Öffnung des Paragraphen 63 StGB für ambulante Behandlungen psychisch kranker Täter. Es sei wenig hilfreich, Betroffene künftig früher zu entlassen, um sie dann gleich wieder in eine geschlossene Abteilung der Allgemeinpsychiatrie einzuweisen. Justiz-Staatssekretär Christian Lange (SPD) sprach von maßvollen Änderungen und einer „richtigen Balance zwischen Freiheits- und Sicherheitsinteressen“. Der Entwurf wird jetzt in den Ausschüssen weiter beraten. **Claus Peter Kosfeld**

### STICHWORT

#### Der Maßregelvollzug

> **§63 StGB** bezieht sich auf Taten „im Zustand der Schuldunfähigkeit oder der verminderten Schuldfähigkeit“. In diesen Fällen können Gerichte die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus anordnen, wenn der Täter als potenzielle Gefahr für die Allgemeinheit angesehen wird.

> **§64 StGB** bezieht sich auf schwer alkohol- oder drogenabhängige Täter, die ihre Tat im Rausch begangen haben. Wenn deswegen ihre Schuldunfähigkeit erwiesen oder nicht auszuschließen ist, sollen Gerichte die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt anordnen.

## E-Zigaretten erst ab 18

**JUGEND I** Abgabe- und Konsumverbot für Minderjährige

Der Kauf und der Konsum von elektronischen Zigaretten und Shishas ist zukünftig erst ab 18 Jahren erlaubt. Der Bundestag verabschiedete am vergangenen Donnerstag den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/6858, 18/7394), mit dem das Abgabe- und Konsumverbot von Tabakwaren im Jugendschutz- und im Jugendarbeitsschutzgesetz auf E-Zigaretten und E-Shishas ausgeweitet wird, in zweiter und dritter Lesung ohne Gegenstimmen. Lediglich die Fraktion Die Linke enthielt sich der Stimme. Mit dem Gesetz soll zudem sichergestellt werden, dass auch der Verkauf von Tabakwaren und elektronischen Zigaretten und Shishas über den Versandhandel nur an Erwachsene möglich ist.

**Verschärfung gefordert** Den Parlamentariern der Koalitionsfraktionen gehen die neuen Regelungen im Jugendschutz aber noch nicht weit genug. So soll das Abgabe- und Konsumverbot auch auf nikotinfreie Erzeugnisse wie Kräutermischungen, Pilze, Gele und Dampfsteine, die mit konventionellen Wasserpipeen konsumiert werden, ausgeweitet werden. Zudem soll das bestehende Werbeverbot bei Filmveranstaltungen für Tabakwaren auch für E-Zigaretten, E-Shishas und Wasserpipeen gelten.

Weil eine solche Gesetzesverschärfung jedoch Regelungen des EU-Binnenmarktes betrifft, hätte die Europäische Union in einem zeitaufwendigen Notifizierungsverfahren vorab beteiligt werden müssen. Da die Koalitionsfraktionen das Gesetzgebungsverfahren nicht verzögern wollten, fordern sie die Bundesregierung in einer Entschließung, die der Bundestag bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen verabschiedete, auf, einen weiteren Gesetzentwurf auszuarbeiten. Die parlamentarische Staatssekretärin im Familienministerium, Caren Marks (SPD), begrüßte die Entschließung ausdrücklich und sagte zu, einen Gesetzentwurf zur Ausweitung des Konsumverbotes vorzulegen. Bereits jetzt sei ein Gesetzentwurf des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für ein Werbeverbot in Kinos bei Filmen ab 18 Jahren bei der EU zur Notifizierung hinterlegt.

**Gesundheitsschäden** Die Abgeordneten von Union, SPD und Grünen betonten, dass auch der Konsum von nikotinfreien Ersatzstoffen durch E-Zigaretten und

E-Shishas mit erheblichen Gefahren für die Gesundheit verbunden sei. Darauf hätten auch die Experten in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses hingewiesen. „Die Inhalation des Aerosols nikotinfreier Zigaretten entspricht der Inhalation eines Chemiecocktails“, sagte Markus Koob (CDU). Gerade in den noch nicht voll ausgewachsenen Lungen von Kindern und Jugendlichen könnten die Inhaltsstoffe erhebliche Schäden verursachen. Des-



In Zukunft nur noch für Erwachsene erlaubt: E-Zigaretten und E-Shishas

halb gelte das Verbot zurecht nicht nur für nikotinhaltige E-Zigaretten.

Die Linksfraktion hingegen wollte das Konsum- und Abgabeverbot auf nikotinhaltige E-Zigaretten und E-Shishas beschränken. In seiner jetzigen Form vernachlässige die Gesetzesänderung den Umstand, dass viele Jugendliche ganz bewusst zu nikotinfreien E-Zigaretten griffen, sagte Frank Tempel (Linke). Nikotinfreie E-Zigaretten förderten in den meisten Fällen eben nicht den Einstieg in den Konsum von Tabakwaren. Statt auf Verbote sollte mehr auf Prävention und Aufklärung gesetzt werden.

Für die Grünen forderte zwar auch Harald Terpe mehr Anstrengungen bei Prävention und Aufklärung. Zugleich wies er jedoch die Argumente der Linksfraktion zurück. Auch wenn die Gesundheitsrisiken nikotinfreier E-Zigaretten geringer seien, bestehe ein Risiko und dies müsse berücksichtigt werden. Deshalb sei das Verbot richtig, sagte Terpe. **Alexander Weinlein**

## Mehr Rechte für Kinder

**JUGEND II** Experten uneins über Grundgesetzänderung

Die Forderung der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen nach Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz und einem Bundeskinderbeauftragten stößt bei Experten auf ein geteiltes Echo. In einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses zu den Anträgen der Fraktionen (18/6042, 18/5103) in der vergangenen Woche sprachen sich die Sachverständigen jedoch mehrheitlich für größere Anstrengungen zur Gewährleistung von Kinderrechten in der Praxis und die Schaffung von niedrigschwelligen Be-

auftragten in deutsches Recht, sagte Sedlmayr. Benz argumentierte, Kinder seien zwar laut Verfassungsgericht Grundrechtsträger, könnten die ihnen zustehenden Rechte in der Praxis aber nur über ihre Eltern einfordern.

**Kinderbeauftragter** Der Forderung nach einem Bundeskinderbeauftragten beziehungsweise einer Ombudsstelle beurteilte Benz hingegen kritisch. Die vorhandenen Strukturen und Instrumente würden nicht ausreichend genutzt, um den Kinderrechten Geltung zu verschaffen. Diese Defizite ließen sich jedoch nicht durch zusätzliche Strukturen beseitigen. Friederike Wapler bezeichnete die Vorstellung, dass ein Bundeskinderbeauftragter ein Ansprechpartner für Minderjährige wäre, als „Lebensfremd“. Kinder und Jugendliche suchten sich Hilfe vor allem in ihrem näheren sozialen Umfeld oder bei niedrigschwelligen örtlichen Einrichtungen.

Liesel und Sedlmayr hingegen sprachen sich dezidiert für einen Bundeskinderbeauftragten aus. Viele kinder- und jugendpolitische Entscheidungen würden auf Bundesebene getroffen, deshalb müsse auch auf Bundesebene eine entsprechende Institution geschaffen werden. Innerhalb der Europäischen Union gebe es nur vier Staaten, die nicht über eine solche Institution verfügten. Allerdings, so räumte Sedlmayr ein, seien die hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung und ihrer rechtlichen Möglichkeiten sehr unterschiedlich gestaltet.

Weitgehend einig waren sich die Sachverständigen allerdings darin, dass die Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in allen Bereichen, die sie betreffen, verbessert werden müssen. Der „Zugang zum Recht“ sei ein zentrales Menschenrecht, sagte Claudia Kittel von der Monitoringstelle zur UN-Kinderrechtskonvention am Deutschen Institut für Menschenrechte. Eine solche Beschwerdesystem fehle in Deutschland bislang. In diesem Sinne äußerte sich die Sozialpädagogin Ulrike Urban-Stahl von der Freien Universität Berlin. Derzeit gebe es lediglich in Sachsen-Anhalt einen Landeskinderbeauftragten sowie etwa 100 Kinderbeauftragte in den rund 11.000 Kommunen. Urban-Stahl verwies in diesem Zusammenhang auf die guten Erfahrungen mit den Ombudstellen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Achten Sozialgesetzbuch. **aw**



Aktionstag für Kinderrechte von Unicef vor dem Reichstag im Jahr 2014

© picture-alliance/dpa

schwerdemöglichkeiten auf kommunaler Ebene aus.

Die Rechtswissenschaftler Friederike Wapler von der Humboldt-Universität Berlin und Reinhard Wiesner von der Freien Universität Berlin argumentierten, dass die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz verfassungsrechtlich wenig Sinn mache. Kinder seien bereits jetzt Träger aller Grundrechte. Dies sei auch Tenor der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, führten Wapler und Wiesner aus. Eine Grundgesetzänderung hätte lediglich symbolischen Charakter und könne dem Thema politisch mehr Gewicht verleihen. Für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz plädierten hingegen Immanuel Benz vom Deutschen Bundesjugendring, der Soziologe Manfred Liebel von der Freien Universität Berlin und Sebastian Sedlmayr vom Deutschen Komitee für Unicef. Dies wäre ein zentraler Bestandteil der Umsetzung der Kinderrechtskonvention.

## Bundeswehr weitet Einsatz für Mali aus

**AUSWÄRTIGES I** Die Bundeswehr beteiligt sich auch in diesem Jahr an der Unterstützungsmision der Vereinten Nationen im westafrikanischen Mali (MINUSMA) und weitet ihren Einsatz dort erheblich aus. Für den Antrag (18/7206) der Bundesregierung votierten am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 503 Abgeordnete und 66 dagegen. Es gab sechs Enthaltungen.

Ab sofort können bis zu 650 Soldaten in den Einsatz geschickt werden, bisher waren es maximal 150. Ziel ist es, auch mit Hilfe von Aufklärungsflügen die Vereinbarungen zur Waffenruhe und die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Elisabeth Motschmann (CDU) sprach von einem „schwierigen Einsatz“, der aber notwendig sei, um den Menschen in Mali die Chance auf ein friedliches Leben zu geben. Niels Annen (SPD) betonte, bei der Mission gehe es um die Stabilität der gesamten Sahel-Region. Mit der Ausweitung ihres Einsatzes setze die Bundeswehr ein klares Zeichen, dass „unser Nachbarkontinent uns nicht egal ist“. Nach Einschätzung von Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) leistet die Mission einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung Malis. Die Zukunft des Landes hänge entscheidend davon ab, ob es gelinge, das Friedensabkommen umzusetzen. Demgegenüber lehnte die Linksfraktion den Einsatz geschlossen ab. Er könne nicht zur Friedensicherung beitragen und sei für die Soldaten mit unkalkulierbaren Risiken verbunden, warnte Christine Buchholz. *joh*



Bundeswehrosoldat beim Training von Soldaten in Mali: Auch künftig soll der Bundestag über solche Einsätze entscheiden müssen. Nicht jedoch, wenn die Ausbildung in einem sicheren Umfeld stattfindet. © picture-alliance/dpa

## Mission in Kurdistan-Irak verlängert

**AUSWÄRTIGES II** Die Bundeswehr setzt ihre Beteiligung an der internationalen Ausbildungsmission im Nordirak auch 2016 fort. Bis zu 150 Soldaten sollen in diesem Jahr in die Region Kurdistan-Irak entsandt werden, um dort die regionalen Sicherheitskräfte auszubilden. Bisher sah das Mandat eine Obergrenze von hundert Soldaten vor. Für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (18/7207) stimmten am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 442 Abgeordnete, 82 Abgeordnete votierten dagegen. 48 Parlamentarier, davon 47 aus der Grünen-Fraktion, enthielten sich.

Thomas Frei (CDU) zog ein „positives Resümee“ des bisherigen Einsatzes. Der „Islamische Staat“ sei zurückgedrängt worden und habe ein Teil seiner Einflussphäre verloren. Rolf Mützenich (SPD) betonte, die militärische Unterstützung sei wichtig, aber nur ein Teil der Antwort auf die Herausforderungen. Gesprochen werden müsse auch über die politische Gesamtsituation im Irak, die nicht zufriedenstellend sei. Jan van Aken (Die Linke) kritisierte, dass mit der Mission jene Kräfte unterstützt würden, die eine Spaltung des Iraks vorantreiben. Es sei daher „verantwortungslos“, Soldaten in den Nord-Irak zuschicken. Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass die Ausbildungsmission „richtig und wichtig“ sei. Es fehle aber die Rechtsgrundlage für den Einsatz. Es sei „absurd“, dass sich die Bundesregierung darum nicht bemüht habe. *scr*

# Öfter mal ohne Mandat

**AUSLANDSEINSÄTZE** Koalitionspläne zur Änderung der Parlamentsbeteiligung stoßen auf Kritik

Volker Rühle wirkte zufrieden. Der ehemalige Verteidigungsminister saß vergangenen Freitag auf der Tribüne des Bundestages, als unten im Saal die von Union und SPD in einem Gesetzentwurf (18/7360) vorgelegten Änderungen in Sachen Parlamentsbeteiligung bei Bundeswehreinsetzungen erstmals diskutiert wurden. Rühles Zufriedenheit rührte möglicherweise daher, dass in dem Entwurf so gut wie alle Empfehlungen der von ihm geleiteten „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ (18/5000) enthalten sind. Dass die Opposition an der Vorlage heftige Kritik übte, dürfte ihn nicht überrascht haben. Hatten doch Grüne und Linke von Anfang an wenig Sympathie für das Vorhaben erkennen lassen, Änderungen bei den Parlamentsrechten vorzunehmen. Einer Mitarbeit in der Rühle-Kommission hatten sie sich verweigert, was ihnen im Verlauf der Debatte immer wieder Vorwürfe aus den Reihen der Koalition einbrachte. Sevim Dagdelen (Die Linke) entgegnete darauf: „Das war keine Parlamentskommission, sondern eine Regierungskommission.“ Es könne nicht sein, dass die Regierungskoalition eine Kommission gründe, ihr einen eigenen Auftrag gebe und dann der Opposition sage, „ihr könnt gern mitmachen“. Katja Keul (Grüne) sah das genauso. „Das parlamentarische Verfahren beginnt jetzt. Und daran werden wir uns auch beteiligen“, kündigte sie an. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass die konstitutive Zustimmung des Bundestages – der Parlamentsvorbehalt – „auch bei den multilateralen militärischen Verbundfähigkeiten Voraussetzung für ihren Einsatz im Rahmen einer bewaffneten Unternehmung bleiben“. Zugleich zählt er Einsatztypen auf, für die eine Zustimmung des Bundestages nicht erforderlich sein soll. Dazu gehören laut Entwurf humanitäre Hilfsdienste und Hilfeleistungen der Streitkräfte, logistische Unterstützung ohne Bezug zu Kampfhandlungen, die Bereitstellung medizinischer Versorgung außerhalb des Gebiets eines bewaffneten Konfliktes sowie Ausbildungsmissionen in sicherem Umfeld, wenn Waffen lediglich zum Zweck der Selbstverteidigung oder zu Ausbildungszwecken mitgeführt werden. Es gehe um die Handlungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Verbund und um Verlässlichkeit, sagte Roderich Kiesewetter (CDU) vor dem Plenum. Ziehe sich Deutschland von Aufgaben zurück, die nur gemeinschaftlich zu finanzieren seien, wie etwa die Luftaufklärung, „wären weder EU noch Nato handlungsfähig“. Die der Bundesregierung eingeräumte Handlungsfähigkeit habe aber ihren Preis, betonte Kiesewetter. „Wir erwarten bessere Informationen und eine andere Beteiligung des Parlaments.“ Daher sei im Entwurf die Verpflichtung zur Evaluierung und Bewertung von Einsätzen enthalten. Zugleich sei geregelt, dass die Regierung jährlich dem Parlament über die wechselseitigen Abhängigkeiten bei den Verbundfähigkeiten berichten muss. Kiesewetter machte zugleich deutlich, dass „nicht unbedingt jeder Einsatz mandatiert werden muss“. Insbesondere, wenn es um Ausbildungsmissionen oder niedrigschwellige Beobachtermissionen in nicht-bewaffneten Konflikten gehe.

**»Wer diesem Gesetz zustimmt, entmachtet das Parlament.«**

Sevim Dagdelen (Linke)

„Nebelkerzen Eine Evaluierung müsse im Grunde eine Selbstverständlichkeit sein, zeigte sich Alexander S. Neu (Die Linke) wenig beeindruckt. Seiner Ansicht nach will die Koalition mit dem Gesetz „parlamentarisch demokratische Rechte beschneiden“. Dies werde mit „Nebelkerzen einer besseren Informationspolitik“ kaschiert. Seine Fraktionskollegin Dagdelen warnte, das Gesetz sei „der Anfang vom Ende der Parlamentsbeteiligung“. Die Koalition wolle die Bundesregierung allein über die wichtige Frage Krieg oder Frieden entscheiden lassen. „Wer diesem Gesetz zu-

stimmt, entmachtet das Parlament“, sagte Dagdelen.

Sonja Steffen (SPD) räumte ein, dass die Regelung, wonach die Mitwirkung von Soldaten der Bundeswehr „in Stäben und Hauptquartieren der Nato, der EU und anderer Organisationen der kollektiven Sicherheit“ mandatiert sein soll, wenn es sich nicht um eine Tätigkeit in einem Gebiet eines bewaffneten Konflikts handelt, „auf den ersten Blick wie eine Beschneidung der Parlamentsrechte wirkt“. Indirekt sei dies aber schon im Parlamentsbeteiligungsgesetz geregelt und werde jetzt gesetzlich klargestellt. Was den Negativkatalog für nichtzustimmungspflichtige Ein-

sätze angeht, so sei aus Sicht der SPD noch eine genauere verfassungsrechtliche Überprüfung erforderlich, erklärte Steffen. Bei aller Freude über erweiterte Informationsrechte und den Verzicht auf Vorratsbeschlüsse überweg bei Frithjof Schmidt (Grüne) die Kritik. Im Zentrum des Entwurfes stehe der Versuch, Einsatztypen zu definieren, die nicht mandatspflichtig sein sollen, sagte er. Ein Versuch, die von Bundesverfassungsgericht geforderte Einzelfallprüfung zu unterlaufen, müsse jedoch scheitern. Schmidts Fazit: „Ein Gesetz zur Stärkung der Exekutive und Schwächung der Legislative – und da besonders der Opposition – lehnen wir ab.“ Götz Hausding

### STICHWORT

#### Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr

**> Rühle-Kommission** Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU, Bild rechts) fungierte als Vorsitzender der „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“.

**> Ziel** Die Kommission sollte prüfen, wie auf dem Weg fortschreitender Bündnisintegration und trotz Auffächerung von Aufgaben die Parlamentsrechte gesichert werden können.

**> Ergebnis** Der Parlamentsvorbehalt bleibt bestehen. Spielräume in den Mandaten sollen aber besser ausgenutzt werden. Zudem soll gesetzlich geregelt werden, bei welche Einsatztypen eine Zustimmung des Bundestages nicht erforderlich ist.



## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Kritik an Anti-Hunger-Initiative

**ENTWICKLUNG II** Falsche Strategie, falsche Partner: Die 2014 gestartete Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist in der vergangene Woche erneut auf Kritik gestoßen. Im Entwicklungsausschuss warfen Abgeordnete aus den Reihen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke dem Ministerium unter Leitung von Gerd Müller (CSU) vor, einseitig auf eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität in den Entwicklungsländern zu setzen, anstatt die negativen Auswirkungen der internationalen Agrar- und Handelspolitik in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus kritisierten sie die Kooperation mit Unternehmen im Rahmen der „Grünen Innovationszentren“, von denen es bisher 13 überwiegend in afrikanischen Partnerländern gibt.

In diesen Zentren unterstützen Unternehmen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen Kleinbauern vor Ort dabei, ihre Produktivität und damit ihre Einkommen zu steigern. Außerdem soll die Beschäftigung der Bauern durch eine Weiterverarbeitung der Nahrungsmittel vor Ort und eine Wertschöpfung im Land gefördert werden. Die Andreas Hermes Akademie (AHA), die vom Deutschen Bauernverband getragen wird, realisiert dort außerdem Maßnahmen zur Stärkung bäuerlicher Organisationen,

wie deren Geschäftsführer, Andreas Quiring, im Ausschuss erklärte. Dieses Engagement stieß jedoch bei den Oppositionsfraktionen, aber auch bei einem Vertreter der SPD-Fraktion, auf Unmut. Die Grünen sahen darin ein Mittel, um die Exportraten der deutschen Landwirtschaft zu steigern. Der SPD-Vertreter warf dem Verband Lobbyismus vor und forderte das BMZ auf, nicht auf deutsche Unternehmen, sondern auf lokale Partner und neutrale Akteure zu setzen. Die Linksfraktion bat das BMZ, dem Ausschuss eine Liste mit allen Unternehmen vorzulegen, mit denen das Ministerium im Rahmen der Sonderinitiative zusammenarbeitet. Dies sicherte der Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Thomas Silberhorn (CSU), den Fraktionen zu. Die Unionsfraktion sprach von einer Pauschal-kritik gegenüber dem Bauernverband und wies die Vorwürfe ebenso wie Andreas Quiring zurück. Der AHA-Geschäftsführer betonte, seine Organisation unterstütze Bauern nach ihren Möglichkeiten im In- und Ausland. Ziel sei es, die Bauern in den Entwicklungsländern zu stärken, damit sie ihre Bedürfnisse gegenüber dem Staat artikulieren und selbst für bessere Lebensbedingungen sorgen können. Dabei gehe es nicht um den Export des deutschen Modells, betonte Quiring, sondern darum, vor Ort die richtige Lösung zu finden. *joh*

## »Auch wir werden uns verändern müssen«

**ENTWICKLUNG I** Fraktionen wollen nationale Nachhaltigkeitsstrategie auf globale Entwicklungsziele bis 2030 ausrichten

Armut und Hunger beenden, Bildung für alle ermöglichen, den Klimawandel bekämpfen – das sind nur vier von 17 Zielen, die bis 2030 weltweit erreicht werden sollen. Zu dieser ambitionierten Agenda („2030-Agenda“) haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen Ende September 2015 in New York verpflichtet. Die Entwicklungsziele („Sustainable Development Goals“, kurz SDGs) und deren 169 Unterziele sind das Herzstück der Nachhaltigkeitsagenda, die erstmals universelle Gültigkeit hat: Anders als die Millenniumsziele aus dem Jahr 2000 nimmt sie Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen in die Pflicht. Nun geht es darum, den Plan zu realisieren – auch in Deutschland. „2016 muss mit der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda begonnen werden“, mahnte Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, am vergangenen Donnerstag im Bundestag an. Der in New York beschlossene Kurswechsel sei „überfällig“. Ihr Kollege vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Hans-Joachim Fuchtel, betonte ebenfalls: „Nicht nur die sogenannten Entwicklungsländer werden sich verändern müssen, sondern auch wir.“ Der Vorteil Deutsch-

lands sei, dass es bereits über eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie verfüge, auf der jetzt aufgebaut werden könne.

Genau das fordern die Koalitionsfraktionen in einem Antrag (18/7361): Die Bundesregierung solle die Nachhaltigkeitsstrategie auf die Umsetzung der SDGs ausrichten und die Entwicklungsziele durch entsprechende Maßnahmen auf allen Ebenen „aktiv“ unterstützen, schreiben CDU/CSU und SPD darin.

Schwarzelühr-Sutter kündigte im Bundes-

tag an, dass die Koalition die im Jahr 2002 vorgelegte und seit 2010 mit konkreten Maßnahmen unterlegte Nachhaltigkeitsstrategie bis Oktober 2016 weiterentwickeln und an den 17 Entwicklungszielen orientieren wolle. Außerdem werde das Kabinett Ende Februar ein „Nationales Programm für Nachhaltigen Konsum“ verabschieden, mit dem unter anderem etablierte Umweltsiegel gestärkt und weiterentwickelt werden sollen.

Dass sich die Bundesregierung „endlich

wieder ernsthaft“ mit der Neufassung der Nachhaltigkeitsstrategie beschäftigen wolle, stieß bei der Opposition auf offene Ohren, wie Valerie Wilms (Grüne) deutlich machte. Die Strategie, montierte sie, beinhalte auch Ziele, die längst abgelaufen seien oder 2020 endeten. „Insofern: Ran, ran, ran!“, ermunterte Wilms die Koalition. Als „essenziell“ bezeichnete sie insbesondere die Fortschreibung aller nationalen Ziele „mindestens bis 2030“.

Für Birgit Menz (Die Linke) ist die Umsetzung der SDGs aber auch davon abhängig, ob genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Sie kritisierte, dass die Koalitionsfraktionen die von der Regierung geforderte Entschlossenheit sofort „haushalts- und finanzpolitischen Vorgaben“ opfern würde. Diese „propagierten Austeritätspolitische Alternativlosigkeit“ habe sich jedoch „nicht gerade als hilfreich erwiesen“, um Nachhaltigkeit zu fördern, urteilte Menz. *Johanna Metz*



„Menschenwürdige Arbeit für alle“ ist eines von 17 Zielen der UN-Entwicklungsagenda. Für Millionen Menschen weltweit ist es bisher in weiter Ferne. © picture-alliance/NurPhoto



Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual.“ Diesen Titel hat die Europäische Kommission ihrem Arbeitsprogramm für das laufende Jahr gegeben. Das ist, darin waren sich alle Fraktionen in einer vereinbarten Debatte am vergangenen Donnerstag einig, ein treffender Titel für die alljährliche To-do-Liste der EU-Exekutive unter Jean-Claude Juncker. Flüchtlingskrise, Terror, Wachstumslücke, Arbeitslosigkeit, der Vormarsch von Nationalisten und Populisten, die unsichere Lage in vielen Nachbarstaaten und das möglicherweise im Juni anstehende Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU – Michael Roth (SPD), Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, zeigte sich im Plenum „ziemlich sicher“, dass damit längst nicht alle Bewährungsproben für die Union beschrieben sind. Er betonte, dass Europa es derzeit nicht mit einer Krise der EU-Institutionen zu tun habe, sondern mit einer „Krise aus einem Mangel an Solidarität und Teamgeist und einem Übermaß an nationalen Egoismen“. Vor diesem Hintergrund sei er dankbar, dass die Kommission sich als „politischer Impulsgeber und Antreiber“ begreife und auf vielen Politikfeldern „zu liefern“ versucht habe. Diesen Gestaltungsanspruch unterstützte die Bundesregierung ausdrücklich, stellte Roth klar, nicht zuletzt, weil die „strategische Agenda genau auf der Linie der Koalitionsfraktionen und auch weiterer Akteure liegt“.

**23 Schlüsselinitiativen** Wie schon im vergangenen Jahr kündigt die Kommission in ihrem Arbeitsprogramm an, sich 2016 auf die „großen Fragen“ konzentrieren zu wollen. Konkret stellt sie 23 Schlüsselinitiativen vor. Um Wachstum und Beschäftigung in Europa zu steigern, will Juncker Investitionshindernisse für Unternehmen abbauen, Start-ups fördern und den Binnenmarkt vertiefen. Bis Ende des Jahres will er zudem „relevante Vorschläge“ für einen vernetzten digitalen Binnenmarkt und eine „robuste Energieunion“ vorlegen. Auch die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion liegt ihm am Herzen. So will er als letzten Schritt zur Vollendung der Bankenunion ein europäisches Einlagensicherungssystem durchsetzen. Ferner will die Kommission den Rahmenbeschluss zum Terrorismus überarbeiten, um besser gegen terroristische Kämpfer aus dem Ausland vorgehen zu können.

Die Migrationspolitik ist erst unter Punkt acht zu finden. Dennoch steht sie nach Ansicht von Thomas Dörflinger (CDU) und anderen Abgeordneten „wie eine imaginäre, unsichtbare Überschrift“ über dem Arbeitsprogramm. Das bedeute, dass „notwendigerweise“ andere Punkte abseits des Themas „vielleicht bis zum nächsten oder übernächsten Jahr warten können“. Die EU-Kommission selbst nennt die Flüchtlingskrise „das drängendste Problem, mit dem die Union derzeit konfrontiert ist“. Sie geht davon aus, dass es angesichts von Instabilität, Krieg und Armut in der Nachbarschaft auch in den kommenden Jahren weiter ganz oben auf der politischen Agenda stehen wird. Bis Ende des Jahres will sie Vorschläge für einen europäischen Grenz- und Küstenschutz vorlegen, die auf einer Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex aufbauen. Das ge-

# Die Zeit drängt

**EUROPA** Die Migrationspolitik steht 2016 ganz oben auf der Agenda der EU-Kommission. Bis Ende des Jahres will sie Vorschläge für ein gemeinsames Asylsystem vorlegen. Den Fraktionen geht das nicht schnell genug



Schätzungsweise 1,4 Millionen Flüchtlinge haben im vergangenen Jahr Zuflucht in Europa gesucht. Selbst jetzt im tiefsten Winter sind täglich Tausende unterwegs, wie hier im Grenzgebiet zwischen Serbien und Mazedonien.

meinsame Asylsystem, das bisher auf der Dublin-Verordnung basiert, will sie „von Grund auf“ neu gestalten. „Das sind alles richtige und wichtige Maßnahmen“, urteilte Andrea Lindholz (CSU). Aber diese Vorschläge dürften nicht erst in elf Monaten auf den Tisch liegen. „Das dauert nämlich zu lang für Deutschland“, warnte sie. Europa, stellte sie klar, müsse jetzt handeln und unter anderem gemeinsame Kontingente zur Aufnahme der Flüchtlinge vereinbaren. Detlef Seif (CDU) forderte unter anderem die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer. Vor allem aber mahnte er „einvernehmliche Lösungen“ in der Flüchtlingskrise an, statt „rückwärtslos“ an Mitgliedstaaten, die Vorbehalte hätten vorbeizugieren. Genau das tue die

Kommission aber derzeit. Seif warnte: Wer meine, einfach „von oben“ durchregieren zu können, nehme das „große Risiko“ in Kauf, dass Europa scheitert. Ganz anders sieht das Alexander Ulrich (Die Linke). Er forderte Brüssel ausdrücklich auf, den Druck auf Länder wie Polen oder Ungarn zu erhöhen, wenn sie sich der Flüchtlingshilfe verweigerten. Die „EU-Töpfe“ sollten für sie geschlossen werden, stellte er klar. Das Arbeitsprogramm der Kommission nannte Ulrich überdies eine „Bankrotterklärung“. Er warf Juncker unter anderem vor, das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP „gegen die Mehrheit der Menschen in Europa“ durchzusetzen zu wollen und zu wenig gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu tun.

Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) wies auf den „hohen Einigungsdruck“ in der Flüchtlingsfrage hin, auch wegen des drohenden Referendums in Großbritannien. Wenn die Union vorher keine gemeinsame Migrationspolitik präsentiere, drohe ein Nein der Briten zum Verbleib in der EU, gab Sarrazin zu bedenken. Seiner Ansicht nach unterminiere das derzeitige „Hickhack“ in der Flüchtlingskrise das Argument „Europa ist der Anker für Stabilität“ auch für das Vereinigte Königreich. Genau dieses „Hickhack“ dürfte jedoch schon auf dem EU-Gipfel Mitte Februar in die nächste Runde gehen. Die Staats- und Regierungschefs wollen sich in Brüssel auf Grenzkontrollen und die Verteilung von Zuwanderern verständigen. Bislang ist eine Einigung nicht in Sicht. *Johanna Metz* ||

## Freiheit für Raif Badawi

**MENSCHENRECHTE I** Gemeinsame Resolution gescheitert

Zehn Jahre Haft und 1000 Stockhiebe. So lautet das im Jahr 2014 gegen den Blogger und Internet-Aktivist Raif Badawi verhängte Urteil, das der höchste Gerichtshof Saudi Arabiens 2015 bestätigte. Der 32-Jährige war wegen angeblicher Beleidigung des Islams verurteilt worden. Er hatte Meinungs-freiheit und religiöse Toleranz eingefordert. Schon vor einem Jahr hatten sämtliche Fraktionen des Bundestages Badawis Freilassung gefordert. Zwölf Monate später hat sich die Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien offenkundig nicht gebessert. Erst vor kurzem wurden 47 Todesurteile vollstreckt. Und auch Raif Badawi sitzt weiterhin im Gefängnis.

Während der Debatte am vergangenen Donnerstag erneuerten die Fraktionen ihre Forderung nach dessen Freilassung. Eine gemeinsame Resolution kam dennoch nicht zu Stande. Anträge der Opposition (Linke: 18/3832; Grüne: 18/3835), die von der Bundesregierung forderten, sich für die Freilassung Badawis und die Aufhebung des „barbarischen“ Urteils einzusetzen, wurden von Union und SPD abgelehnt (18/5450). Die Abgeordneten des Bundestages hätten leider nicht die Macht, für die Freilassung Badawis und aller anderen politischen Gefangenen in Saudi-Arabien zu sorgen, stellte Ute Finckh-Krämer (SPD) fest. Dennoch könnten sie etwas zur Unterstützung politischer Gefangener tun, sagte sie. Dadurch beispielsweise, dass entsprechende Anträge fraktionsübergreifend getragen werden, „da-

mit ein deutliches politisches Signal an Entscheidungsträger im Ausland gesandt wird“. Angesichts dessen sei es schade, dass es nicht gelungen sei, einen fraktionsübergreifenden Antrag zustande zu bringen.

Auch Tom Koenigs bedauerte, dass es keine gemeinsame Resolution gibt. Gescheitert seien die Bemühungen dazu „an einer einzigen Dame im Hohen Hause“, sagte der Grünen-Abgeordnete mit Blick in die Reihen der Unionsfraktion, ohne jedoch Namen zu nennen. Koenigs warf der Bundesregierung vor, trotz der Menschenrechtsverletzungen weiter zu agieren, als wäre Saudi-Arabien ein demokratischer Staat.

Kritik äußerte auch Inge Höger (Die Linke). 157 Mal sei im Jahr 2015 in Saudi-Arabien die Todesstrafe vollstreckt worden, sagte sie. Angesichts dessen sei es „unerträglich“, dass genau dieses Land eines der engsten Partnerländer Deutschlands im arabischen Raum ist.

„Wir müssen die Menschenrechte in Saudi-Arabien ansprechen, dürfen aber die Beziehungen nicht einfach abbrechen“, befand Frank Heinrich (CDU). Dies würde die politische Lage im Nahen Osten verschärfen. Er erinnerte daran, dass Außenminister Steinmeier vor einem Jahr den Vollzug der Stockschläge an Badawi verurteilt und zugleich Saudi-Arabien als wichtigen Verbündeten bezeichnet habe. „Das ist und bleibt ein politisches Dilemma, aber es ist eben auch politische Realität“, sagte der Unionsabgeordnete. *Götz Hausding* ||

## Kritische Entwicklung

**MENSCHENRECHTE II** Große Sorge um Lage in der Türkei

Mehr als 1000 türkische Akademiker haben die Regierung ihres Landes vor wenigen Tagen in einer Petition für ihr Vorgehen gegen die Kurden kritisiert. Jetzt wurden einige von ihnen verhaftet. Der Vorwurf: Unterstützung des Terrorismus. Der bereits seit November inhaftierte Chefredakteur der oppositionellen Tageszeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar, muss sich demnächst wegen des Vorwurfs der Spionage vor Gericht verantworten und eine lebenslange Haft fürchten. Er hatte in einem Artikel über Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an syrische Rebellen berichtet.

Fälle wie diese lassen die ohnehin großen Zweifel an der Wahrung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei weiter wachsen. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes sprach in der vergangenen Woche im Menschenrechtsausschuss von einem Klima der Angst in den Redaktionen. Die oppositionelle türkische Presse sei viel zurückhaltender geworden, der Druck auf regierungskritische Stimmen hoch. Viele Unterzeichner der Petition würden an den Universitäten ausgegrenzt oder sogar entlassen. Doch auch der Kurdenkonflikt gefährde die Menschenrechte, warnte er: So seien bei den anhaltenden Kämpfen zwischen türkischen Sicherheitskräften und

Anhängern der kurdischen PKK im Südosten des Landes bereits 200 Zivilisten ums Leben gekommen und mehr als 700 verletzt worden. Einige zehntausend Menschen seien auf der Flucht. Grund für die vielen zivilen Opfer sei die neue Strategie der PKK, die Kämpfe, anders als bei früheren Auseinandersetzungen, in die Städte zu tragen.

Abgeordnete der Fraktionen von Union und Bündnis 90/Die Grünen warfen der Regierung in Ankara vor, nicht mehr allein gegen die PKK zu kämpfen, sondern auch gegen andere kurdische Gruppierungen. Eine Vertreterin der Linksfraktion sprach von Kämpfen gegen die eigene Bevölkerung, ausgerechnet in den Gebieten, in denen die pro-kurdische Partei HDP bei den Wahlen im Juni und November 2015 ihre größten Wahlerfolge habe verzeichnen können. Sie forderte die Bundesregierung auf, die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei auszusetzen, solange sich an der Lage der Menschenrechte nichts ändere. Grüne und SPD sorgten sich, dass die Bundesregierung angesichts der wichtigen Rolle der Türkei bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise viele Probleme nicht deutlich genug anspricht. Rabatte dürfe es bei Menschenrechtsfragen nicht geben, mahnten sie. *JoH* ||

## Verfassungstreit eskaliert

**FRANKREICH** Wirbel um geplanten Entzug der Staatsbürgerschaft für verurteilte Terroristen

Manuel Valls machte gleich zu Beginn klar, worum es geht: „Wir sind in einer sehr harten Wirklichkeit gelandet, die eine Art Sorglosigkeit beendet hat“, sagte der französische Regierungschef in der vergangenen Woche vor dem Justizausschuss der Nationalversammlung. Der Sozialist meinte damit die Anschläge islamistischer Terroristen vom 13. November, die nun eine Verfassungsänderung nach sich ziehen sollen. Angekündigt hatte Präsident François Hollande die Maßnahme bereits am 16. November in seiner Rede vor beiden Parlamentskammern im Schloss Versailles. Künftig, schlug er vor, solle ein Artikel in der Verfassung verankert werden, der die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für verurteilte Terroristen festschreibt. Seither erhitzt das Vorhaben die Gemüter – vor allem unter den regierenden Sozialisten. Justizministerin Christiane Taubira trat deshalb sogar vor wenigen Tagen zurück. „Ich verlasse die Regierung wegen einer großen politischen Meinungsverschiedenheit“, begründete die 63-Jährige ihren Schritt. Die Politikerin, die als Symbolfigur des linken Flügels der Sozialisten gilt, lehnt vor allem die Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Franzosen doppelter Nationalität ab. Sie fürchtet eine Stigmatisierung der Millionen Einwandererkinder aus den früheren französischen Kolonien in Afrika, die zwei Pässe haben. Um den Streit zu beenden, schlug Valls vor, in den Verfassungstext die Fälle doppelter Staatsbürgerschaft nicht aufzuneh-



Justizministerin Christiane Taubira verließ die Regierung wegen des Vorhabens.

men. Frankreich wolle sich zudem verpflichten, durch die Aberkennung der Nationalität keine Staatenlosen zu schaffen. Aber Kritiker sehen darin eine Hintertür, um letztlich doch nur Franzosen mit doppelter Nationalität ins Visier zu nehmen. Für die Verfassungsänderung braucht Valls eine Drei-Fünftel-Mehrheit in beiden Parlamentskammern. Die Sozialisten und ihre Verbündeten werden die nötigen Stimmen allein nicht zusammenbekommen. „Eine überwältigende Mehrheit der Linken ist gegen diese Verfassungsreform“, erklärte die frühere Kulturministerin und sozialistische Abgeordnete Aurélie Filippetti im Fernsehen. Sie will wie andere Vertreter des linken Flügels mit Nein stimmen. Dafür könnte von der konservativen Opposition Unterstützung kommen. Der Chef der Republikaner, Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, stellte dafür allerdings eine Bedingung: Die

Aberkennung der doppelten Staatsbürgerschaft soll im Text enthalten sein. Wie der Entwurf genau aussehen soll, will die Regierung nun am 3. Februar im Kabinett bekanntgeben. Zwei Tage später beginnt die Debatte in der Nationalversammlung, wo statt Justizministerin Taubira ihr Nachfolger Jean-Jacques Urvoas am Rederpult stehen wird. Heikel wird für den früheren Vorsitzenden des Rechtsausschusses nicht nur die Frage der Aberkennung der Staatsbürgerschaft, sondern auch eine zweite von der Regierung geplante Verfassungsänderung: die Festschreibung des Ausnahmezustands.

Von Hollande am 13. November verhängt, wurde dieser vom Parlament bis 26. Februar verlängert und könnte nun darüber hinaus weitergeführt werden. Valls deutete in einem Interview mit dem britischen Rundfunksender BBC an, dass die Maßnahmen so lange gelten sollen, „bis wir fertig sind mit dem Islamischen Staat“. Ein Dauer-Ausnahmezustand sei aber nicht geplant, versicherte der Regierungschef später.

**Kritik wird lauter** Der „état d'urgence“ erlaubt Hausdurchsuchungen ohne Richterbeschluss und Hausarrest „für alle Personen, deren Taten eine Gefahr für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung sind“. Im November hatte die Nationalversammlung mit nur sechs Gegenstimmen für die Verlängerung gestimmt, doch nun wird die Kritik lauter. So warnte der konservative Ex-Premier Dominique de Villepin vor „Auswüchsen“: „Wir gehen inzwischen so weit, Bauernhöfe zu durchsuchen und Umweltschützer unter Hausarrest zu stellen“, sagte er. *Christine Longin* ||

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

## Spaltpilz in den eigenen Reihen

**EUROPARATSPARLAMENT** Der neue Präsident steht vor gewaltigen Herausforderungen

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat einen neuen Präsidenten: In den kommenden zwei Jahren wird Pedro Agramunt (64) die Geschicke der 324-köpfigen Kammer führen. Nach seiner Wahl unterstrich der konservative Spanier vor den Abgeordneten im Palais de l'Europe seine Überzeugung: „In Europa können wir unsere Probleme nur gemeinsam lösen.“ Zugleich warnte er vor einer Erschütterung des europäischen Zusammenhalts, etwa durch die Flüchtlingskrise, den Terrorismus, den Ukraine-Konflikt oder die „Erosion“ demokratischer Prinzipien „in manchen Gegenden“. Doch der Spaltpilz keimt bereits in den eigenen Reihen: Wegen des Streits um die Ukraine boykottiert Russland seit fast zwei Jahren das Parlament des Staatenbunds. Die Duma-Abgeordneten verweigerten auch in der vergangenen Woche ihre Anwesenheit und setzten ihre Politik des leeren Stuhls auf unbestimmte Zeit fort.

**Große Herausforderungen** Seine Erfahrungen als bisheriger Chef der EVP-Fraktion im Palais de l'Europe wird Agramunt angesichts der vielen Herausforderungen gut gebrauchen können. Den Nachfolger der liberalen Luxemburgerin Anne Brasseur dürfte in hohem Maße auch die Flüchtlingskrise beschäftigen. Zwar hat das Europaratsparlament bei diesem Thema keine Kompetenzen, doch das hindert es nicht, auf humanitäre Grundsätze zu dringen. Einfluss nehmen kann es etwa durch seinen Einsatz für Rechtsstaatlichkeit. Die Frage wird sein, wie das Parlament als das „demokratische Gewissen Europas“ autoritären Entwicklungen in einigen Staaten Europas entgegenzutreten kann. Stark gefordert ist der neue Präsident aber auch bei der Verteidigung des Prinzips der

territorialen Integrität. Genau darum geht es in der Ukraine-Krise. Während die internationalen Bemühungen um eine Lösung dieses Konflikts Fortschritte machen, verschärft sich zwischen Moskau und dem Europarat die Konfrontation. Wegen der russischen Annexion der Krim beschlossen die Abgeordneten im Frühjahr 2014 Sanktionen, deren Kern der Stimmrechtsentzug für die Duma war, auch wenn deren Delegierte weiter an den Sitzungen teilnehmen durften. Straßburg wollte so Gespräche über einen russischen Kurswechsel in der Ostukraine erzwingen. Dazu kam es aber nie: Die Duma verkündete ihrerseits den Boykott des Europaratsparlaments.

Bei der Wintertagung sollte nun über ein Auslaufen oder eine Verlängerung der Strafmaßnahmen beschlossen werden. Doch die 18 russischen Vertreter verweigerten die Teilnahme. Der Boykott könne erst

„nach Aufhebung aller Sanktionen“ beendet werden, betont Duma-Präsident Sergej Naryschkin. Der Abgeordnete Leonid Sluzki sagte: „Die Wiederherstellung aller Vollmachten muss garantiert werden.“

Im Palais de l'Europe lehnt man es freilich ab, den ersten Schritt zu tun. Durch den Boykott würden die Beziehungen zu Moskau „zwangsläufig beschädigt“, kritisiert der CDU-Politiker Axel Fischer. Er leitete bisher die Bundestagsdelegation im Europaratsparlament und folgt Agramunt an der Spitze der EVP-Fraktion nach. Fischer fordert von Russland ein „klares Signal der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Parlament“ und weitere Fortschritte bei der Sicherung des Waffenstillstands in der Ostukraine.

Für Aufregung sorgt bei Europarat auch ein neues Gesetz in Russland, nach dem nicht mehr alle Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs konsequent umgesetzt werden sollen. Die Neuregelung dürfte es russischen Bürgern erheblich erschweren, mit Hilfe der internationalen Justiz ihre Rechte durchzusetzen.

In einer Rede kritisierte der Generalsekretär des Europarats, Thorbjörn Jagland, auch andere Nationen wie Aserbaidschan, Großbritannien, Norwegen oder die Schweiz, weil sie die Macht des Straßburger Gerichtshofs zurückdrängen wollten: So werde die „Autorität internationaler Organisationen“ unterminiert. Zu der Debatte gehört auch der Streit um den Beitritt der EU zur Straßburger Menschenrechtscharta, womit Brüsseler Gesetze und Urteile der EU-Justiz der Straßburger Rechtsprechung unterliegen würden. Doch Brüssel zieht sich seit Jahren, zuletzt legte sich der EU-Gerichtshof in Luxemburg quer. Klar ist: Agramunt steht eine schwere Amtszeit bevor. *Karl-Otto Sattler* ||



Pedro Agramunt (64)





Teilnehmer der Jugendbegegnung 2016 des Deutschen Bundestages besichtigen das Krematorium des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora in Thüringen. In diesem Jahr stand das Thema Zwangsarbeit im Fokus des Gedenkens. © Deutscher Bundestag/Stella von Saldern

## Unter Tage auf Spuren der dunklen NS-Geschichte

JUGENDBEGEGNUNG 2016 Besuch in Mittelbau-Dora

Die Luft ist stickig und kalt. Es riecht modrig. Einige Jugendliche stehen in dem Bergbaustollen des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora, das nahe Nordhausen in Thüringen liegt. Sie schauen in die drei einzigen Stollenkammern, die für Besucher zugänglich sind. Da die Alliierten nach dem Krieg versucht hatten, den Stollen zu sprengen, liegen überall Schutt und kaputte Stahlträger herum. In einer Kammer steht das Wasser einige Meter hoch. Viel ist nicht zu sehen. Die dürftige Beleuchtung ist der damaligen nachempfunden. Es ist dunkel. Sehr dunkel.

Den Jugendlichen, Teilnehmer der diesjährigen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages, werden die „Kaninchenställe“ gezeigt. So nannten die hier inhaftierten Zwangsarbeiter die Bereiche, in denen sie schlafen mussten. Einer von ihnen ist Albert von Dijk, über dessen Schicksal im Stollen eine Tafel informiert. Von 1942 bis 1945 verbrachte der Holländer seine Jugendzeit hinter deutschen Stacheldraht in den Konzentrationslagern Buchenwald, Dora und Nüxei. Als junger Mann von 18 Jahren war er nicht bereit, sich dem Terror des Nationalsozialismus zu beugen und wurde daraufhin zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Seine Eindrücke der „Ställe“ in Mittelbau-Dora schilderte er eindringlich: „Ich warf einen Blick in die Kaninchenställe voller menschlicher Wesen(...) In den oberen Ebenen sah ich nackte, ausgemergelte Schatten, die offensichtlich Flöhe und Läuse aus den Lumpen klaubten(...) Sie zerdrückten diese Tierchen zwischen den Zähnen. (...) Auf dem von Exkrementen verdeckten Boden(...) in den Gängen behinderten Tote das Durchkommen, wahrscheinlich von denen, die noch lebten, hinausgeworfen.“ Seit 1997 organisiert der Bundestag jährlich zum „Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus“ am 27. Januar eine Jugendbegegnung. In diesem Jahr stand die Zwangsarbeit im Fokus, ein erst in den 1980er Jahren öffentlich thematisiertes Verbrechen der NS-Zeit. Sechs Tage lang setzten sich die 75 Jugendlichen mit den Lebensgeschichten der Opfer und Täter

europäer diskriminierenden Sondererlassen und der Willkür der Gestapo wehrlös ausgeliefert. Die im Nazijargon „Ostarbeiter“ genannten Menschen durften ihre Lager oft nur zur Arbeit verlassen und mussten ein entsprechendes Kennzeichen („OST“, „P“) auf der Brust tragen. Viele Unternehmen, nicht nur in der Rüstungsindustrie, profitierten von den Zwangsarbeitern. Nach dem Krieg wurden Zwangsarbeiter in ihren Heimatländern teilweise als Kollaborateure diskriminiert. Einen Anspruch auf Entschädigung hatten viele Zwangsarbeiter lange nicht. Erst zum Ende der 1990er Jahre übernahmen die Bundesrepublik und Unternehmen mit Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ Verantwortung.

**Überall liegt Schutt herum. In einer Kammer steht das Wasser einige Meter hoch.**

Ein Schwerpunkt der Begegnung war die Fahrt zum Mittelbau-Dora. In der Nacht zuvor hatte es noch ordentlich geschneit, bei der Ankunft in dem ehemaligen Zwangsarbeiterlager in Nordhausen begrüßte eine fast zu idyllische weiße Landschaft die Teilnehmer. Einige wenige Baracken waren aus der Ferne zu erkennen. Das hier tief unter der Erde ein riesiger Bergbaustollen liegen sollte, erschien fast unreal. Selbst unter Tage ließen sich die Dimensionen dieses Ortes der Zwangsarbeit nur erahnen. Denn von den einst 15 Kilometern des Stollensystems ist nur noch ein kleiner Teil, ungefähr ein Prozent der gesamten Fläche, erkundbar. Vor etwas mehr als 70 Jahren sah das ganz anders aus. Nach einem britischen Luftangriff auf Peenemünde an der Ostsee im August 1943 entschied Adolf Hitler, Rüstungsminister Albert Speer und SS-Chef Heinrich Himmler, die Montage der „V1“ und „V2“, die gefürchteten „Vergeltungswaffen“, in die Anlagen im Berg Kohstein zu verlagern. Bis dahin lagerte die Wehrmacht hier Treibstoff.

Am 28. August 1943 kamen die ersten Gefangenen aus dem 70 Kilometer entfernten Lager an. Schon den Ausbau dieser unterirdischen Raketenfabrik bezahlten Tausende KZ-Häftlinge mit ihrem Leben. Bis Ende 1943 stieg die Zahl der Zwangsarbeiter auf über 10.000. Die Häftlinge mussten den Stollenboden betonieren, Strafen bauen, weitere Kammern anlegen und die großen Produktionsmaschinen einbauen. Der Staub, der durch die Sprengungen in der Luft lag, zerstörte ihre Lungen. Tausende Häftlinge starben an Entkräftung und Unterernährung. Es gab keinerlei sanitäre Einrichtungen; halbierte Erdölfässer dienten als Latrinen. Mindestens ein Drittel der insgesamt etwa 60.000 Inhaftierten kam im KZ Mittelbau-Dora ums Leben. „Mittelbau-Dora ist das Symbol für das Leid der KZ-Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg“, so Jochen Guckes, Hauptorganisator der Jugendbegegnung.

**Der Stollen, so riesig und doch gleichzeitig so erdrückend.**

Der Stollen, so riesig und doch gleichzeitig so erdrückend. Nach nicht einmal einer halben Stunde wollen die Teilnehmer der Jugendbegegnung nur noch raus, raus aus diesem dunklen Verlies. Fragen will erstmal keiner mehr stellen, es sind zu viele Eindrücke. Mit einigen Abstand wird die Unvorstellbarkeit des Gehörten und Gesehenen klarer. „Wie konnten hier bis Ende des Krieges 60.000 Menschen arbeiten und leben?“, fragt sich Roxana Heidenreich, 19, aus Belgien. *Aline Abboud*

Die Teilnehmer diskutierten zudem mit Norbert Lammert und Ruth Klüger. Eine Video der Veranstaltung ist auf [www.bundestag.de/mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek) verfügbar.

# Die Mutmacherin

GEDENKSTUNDE Auschwitz-Überlebende Ruth Klüger lobt Flüchtlingspolitik

Wir schaffen das.“ Als Ruth Klüger diesen Satz zum Schluss ihrer Rede zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ vergangenen Mittwoch im Bundestag ausspricht und als „heroisch“ bezeichnet, sitzt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur wenige Meter entfernt von ihr mitten im Plenum. Am Abend zuvor hatte die Kanzlerin, die mit diesen Worten vergangenen Herbst die inzwischen umstrittene Leitlinie in der Flüchtlingspolitik vorgegeben hatte, erneut um Zustimmung für ihre Politik in ihrer zerstrittenen Fraktion geworben. Mit Horst Seehofers (CSU) Bayern liegt sie ohnehin im Clinch und auch auf europäischer Ebene ist von Unterstützung für den Kurs der Kanzlerin wenig zu spüren. Klüger, die Auschwitz-Überlebende, die ehemalige Zwangsarbeiterin, stellte sich, ohne Merkel beim Namen zu nennen, demonstrativ hinter ihren Kurs. Deutschlands Haltung in der Flüchtlingskrise sei der „Hauptgrund“, warum sie überhaupt nach Berlin gekommen sei, um im Bundestag von ihrem Schicksal als Zwangsarbeiterin zu berichten. Deutschland, „das vor achtzig Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war“, habe den „Beifall der Welt“ gewonnen. Auch sie gehöre inzwischen zu den Bewunderern, sagte die 84-jährige US-Amerikanerin.

Schreiberin auf die starken Beine des jungen Mädchens verwiesen: „Sehen Sie doch nur, die kann arbeiten.“ Der SS-Mann ließ sie gewähren. „Einem Zufall von wenigen Minuten und einer gütigen jungen Frau, die ich nur einmal im Leben gesehen habe, verdanke und verdanke ich mein Weiterleben“, berichtete Klüger, die ihre Erlebnisse in der 1992 erschienenen Autobiographie „Weiter Leben. Eine Jugend“ niedergelegt hatte.

Zusammen mit ihrer Mutter wurde sie dann ins Frauenlager Christianstadt, einem Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen in Niederschlesien im heutigen Polen, gebracht. Die Erleichterung, Auschwitz und der „erdrückenden Todesangst“ entkommen zu sein, die sie in den ersten Tagen in Christianstadt verspürt habe, habe nicht lange angehalten. Im „kältesten Winter meines Lebens“ musste die dann 13-jährige Wälder roden, Bäume ausgraben und Schienen tragen. Warum sie das tun sollte, habe man ihr nicht erzählt und es habe sie auch nicht interessiert. Manchmal musste sie zusammen mit ihrer drei Jahre älteren Freundin Susi im Steinbruch arbeiten. „Im Steinbruch war es zum Verrecken kalt. Wir klammerten uns aneinander, aber das nützte nicht viel.“ Diese Erfahrung brannten sich bis in ihr Unterbewusstsein ein: „Vom Steinbruch träume ich noch manchmal. Es ist ganz öde, ich möchte mich irgendwo wärmen, aber wo denn?“ Nicht nur die Kälte, auch der Hunger setzte den Zwangsarbeitern zu. Klüger schilderte Begegnungen mit deutschen Zivilis-

ten, die häufig Vorarbeiter waren. Mit einem „dicken, vierschrotigen Mann“ sei sie eines Tages ins Gespräch gekommen, von der Hoffnung getrieben, von ihm ein Schmalzbrot für sich, Susi und ihre Mutter zu ergattern. Doch am Ende habe er ihr nur ein kleines Stück abgeschnitten. „Er fraß mit Genuss, während er mir vom hungernden Deutschland berichtete.“ Momente der Freude fand sie in kleinen Akten des Widerstands, das Nicht-Lernen des Gleichschritts zum Beispiel. Das habe die Aufseherinnen geärgert. „Es freute mich in meinem kindlichen, vorfeministischen Widerstandstrotz, dass man jüdische Hausfrauen nicht verlassen konnte, im Schritt zu gehen“, sagte Klüger. Das Perfide an der Stellung der Zwangsarbeiter sei ihre komplette Ersetzbarkeit gewesen. „Die Zwangsarbeiter der Nazis waren wertlos, die Ausbeuter konnten sich immer noch neue verschaffen. Sie hatten ja so viel ‚Menschenmaterial‘, wie sie es nannten, dass sie es wortwörtlich verbrennen konnten“, sagte Klüger. Das habe insbesondere für Frauen gegolten, die anders als Männer meist keinen Beruf außerhalb des Haushalts ausgeübt hätten. „Sie hatten fast nichts zu bieten als ihre beschränkte Geschicklichkeit und die verminderte Körperkraft der Hungernden.“ Eine Ausnahme davon sei die Prostitution gewesen. Klüger erinnerte an die Frauen, die in sogenannten „Sonderbaracken“ etwa im KZ Mauthausen „sexuelle Zwangsarbeit“ leisten mussten. Diesen Frauen, die, wie Klüger betonte, keine Jüdinnen sein durften, weil es sich sonst um „Rassen-

**»Einem Zufall und einer gütigen Frau verdanke ich mein Weiterleben.«**

Ruth Klüger, Überlebende der Shoa

Die List Zuvor hatte die 1931 in Wien geborene Klüger eindrücklich und im sachten Zungenschlag ihrer Geburtsstadt zu ihren Erlebnissen berichtet. Die Erfahrungen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bildeten in diesem Jahr den Schwerpunkt des seit 1996 im Bundestag begangenen Gedenkens. Die Literaturwissenschaftlerin, deren Vater, ein jüdischer Gynäkologe, und Halbbruder von den Nazis umgebracht wurden, war 1942 mit ihrer Mutter nach Theresienstadt und später nach Auschwitz-Birkenau ins sogenannte „Theresienstädter Familienlager“ verschleppt worden. Die meisten dorthin Deportierten wurden in den Gaskammern ermordet. Klüger entging diesem Schicksal durch eine List. Im Sommer 1944 gelang es ihr, sich in eine „Selektion“ arbeitsfähiger Frauen „einzuschmuggeln“. Die damals Zwölfjährige gab sich auf Anraten einer Schreiberin als 15-Jährige aus. Es sei „eine sehr unwahrscheinliche Lüge“ gewesen, gab Klüger zu, „denn ich war nach fast zwei Jahren Theresienstadt unterernährt und unentwickelt“. Als ein Mann der SS Zweifel an dieser Angabe äußerte, habe die



Ruth Klüger schilderte während der Gedenkstunde zum „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ ihre Erfahrungen als Zwangsarbeiterin. Der Tag wird jährlich am 27. Januar begangen, dem Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. © dpa

schande“ gehandelt hätte, sei auch nach dem Krieg Unrecht widerfahren. Ihnen sei die Anerkennung als Zwangsarbeiterinnen verweigert worden, sie hätten keinen Anspruch auf „sogenannte Wiedergutmachung“ gehabt oder hätten ihn nicht erhoben. „Das ist nicht eine ‚Arbeit‘, die man sich freiwillig aussucht, wie den missbrauchten Frauen nach dem Krieg manchmal zynisch vorgeworfen wurde“, sagte Klüger. „Wenn wir heute hier der Zwangsarbeiterinnen von damals gedenken, so müssen wir sie miteinschließen.“

Es war bekannt Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hatte zu Beginn der Gedenkstunde daran erinnert, dass mit der Befreiung der Konzentrationslager durch die Alliierten nicht nur eine „beispiellos grausame Tötungsmaschinerie“ gestoppt worden sei, der Millionen Juden, Sinti und Roma, kranke und behinderte Menschen, Kriegsgefangene, Deserteure und Andersdenkende zum Opfer gefallen waren. „Gerettet wurden zugleich Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, denen Deutsche die Freiheit geraubt hatten, um ihre Arbeitskraft auszubeuten.“ Sie hätten „am unteren Ende der menschenverachtenden Hierarchie des NS-Staates gestanden“, sagte der Christdemokrat. „Ihren Tod ‚durch Arbeit‘ nahmen die Ausbeuter bewusst in Kauf.“ Wie auch Klüger betonte Lammert, dass die Deutschen von der Zwangsarbeit gewusst hätten. Allein in Berlin habe es knapp 3.000 Sammelunterkünfte für rund eine halbe Million Zwangsarbeiter gegeben. Es habe sich um ein „vor allen Augen begangenes Verbrechen“ gehandelt, das trotzdem „lange nicht den ihren Opfern gebührenden Platz in der deutschen Erinnerungskultur“ gefunden habe. So hätten deutsche Unternehmen von der Zwangsarbeit während des Krieges „erheblich profitiert“, aber erst spät Verantwortung dafür übernommen. Ohnehin könne „Entschädigung“ nicht mehr als eine Geste sein, „ein Zeichen an die wenigen Überlebenden, dass wir ihre Qualen nicht vergessen haben und ihre Geschichte ein Teil unserer Geschichte ist“, sagte Lammert.

Nach Klügers Ansprache dankte der Bundestagspräsident der Rednerin für ihr „eindrucksvolles Zeugnis“ und ihre Worte – auch in Hinblick auf das Hier und Jetzt: „Ich bekräftige ihre Zuversicht: Wir schaffen das.“ *Sören Christian Reimer*

Die Reden von Ruth Klüger und Norbert Lammert sind in der *Debattendokumentation* abgedruckt. Eine Videoaufzeichnung ist auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) zu finden.

## Ländliche Zwangsarbeit

AUSSTELLUNG Projektgruppe präsentiert Ergebnisse

Eine Ausstellung im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages erinnert seit vergangener Woche an das Schicksal der Millionen Zwangsarbeiter während der Zeit des Nationalsozialismus. Im Fokus der Schau anlässlich des „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ unter dem Titel „NS-Zwangsarbeit im ländlichen Raum – Ausstellungsprojekte gegen das Vergessen“ stehen dabei jene Menschen, die abseits der großen Städte zur Arbeit gezwungen wurden. Dokumentiert wird dabei das Schaffen der Projektgruppe „Zwangsarbeit“, die seit mehreren Jahren mit ihrer Arbeit auf das Schicksal der Zwangsarbeiter auf dem Land aufmerksam macht. Die vom Bundestag initiierte und durch ihn ermöglichte Ausstellung zeigt erstmals retrospektiv in einem bundesweiten Überblick Beispiele dieser Arbeit.

Die Ausstellung wird bis 26. Februar im Bundestag gezeigt. Sie kann jeweils montags von 9 bis 16 Uhr, dienstags von 9 bis 17 Uhr und freitags von 9 bis 14 Uhr besucht werden. Eine Anmeldung ist erforderlich. Diese ist telefonisch unter (030) 227-38883, per E-Mail an [ausstellungen@bundestag.de](mailto:ausstellungen@bundestag.de) oder direkt online auf [www.bundestag.de/parlamentarische\\_ausstellung](http://www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung) möglich. Angegeben werden müssen der Vor- und Zuname, das Geburtsdatum sowie Zeit und Datum des Besuchswunsches. *PA*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Weltweit läuft die Ölförderung auf Hochtouren. Auch in Deutschland wird Öl gefördert, zum Beispiel vor der schleswig-holsteinischen Nordseeküste.

© picture-alliance/WILDLIFE

## Lammert lobt TTIP-Zugang

**FREIHANDEL** Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat begrüßt, dass die Bundestagsabgeordneten nun Einsicht in die konsolidierten Verhandlungsdokumente des geplanten europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommens TTIP nehmen können. Mit der für den 1. Februar vorgesehenen Eröffnung eines Lesesaals in den Räumen des Bundeswirtschaftsministeriums werde Vereinbarungen entsprochen, die in Gesprächen des Bundestagspräsidenten mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und auf nationaler Ebene mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) getroffen worden seien. Es bleibe nun abzuwarten, ob die technischen und zeitlichen Möglichkeiten zum Studium der Dokumente dem Informationsbedürfnis und den Informationsrechten der Abgeordneten des Deutschen Bundestages genügen würden, erklärte Lammert. Gabriel hatte in der letzten Woche im Ausschuss für Wirtschaft und Energie die Einrichtung des Lesesaals als „Riesenschritt nach vorne“ bezeichnet. EU-Kommissarin Malmström hatte bei einem Treffen mit Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Energie auf die Fragen nach dem Zugang zu den Dokumenten erklärt, sie habe sich sehr stark dafür eingesetzt. Dass Mitarbeiter von Abgeordneten des Europäischen Parlaments Zugang zu den Dokumenten bekämen, Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten aber nicht, begründete Malmström damit, dass das EU-Parlament das Äquivalent zum US-Kongress sei. PA II

# Wohlstand kommt an

**WIRTSCHAFT** Regierung erwartet trotz der hohen Flüchtlingszahlen keine Verteilungskämpfe

Deutschland hat eine „lang anhaltende Phase von Wachstum und Prosperität“ hinter sich – und in diesem Jahr soll es noch einmal um 1,7 Prozent nach oben gehen: Mit sichtlichem Behagen trug der Minister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel (SPD), seine Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2016 (18/7380) im Bundestag vor. Mit Genugtuung nicht zuletzt auch deshalb, weil sich mit den Wirtschaftsdaten leicht die Brücke zum Flüchtlingsstrom schlagen ließ. Die „beeindruckenden Zahlen“ zeigten, „dass das Land keine Angst haben muss“. Der Minister verwies auf steigende Löhne und Gehälter bei zugleich niedrigen Ölpreisen. Mithin: „Wohlstand und Wachstum kommen bei den Menschen an.“ Das sei „in diesen Zeiten wichtig zu sagen“. Das nach seiner Einschätzung „bestaufgestellte Land in der EU“ zeige eins: „Man kann wirklich nicht sagen, dass dieses Land handlungsunfähig sei“, dass „jeden Tag Chaos ausbricht“. Er warnte denn auch vor einer „Überzeichnung“ in den Äuße-

**»In keinem Land ist Wohlstand so ungerecht verteilt wie in Deutschland.«**  
Klaus Ernst (Die Linke)

rungen zum Flüchtlingsstrom. Davon profitierten „doch nur die, von denen keiner im Parlament will, dass sie demnächst in Parlamente kommen“. Er sprach von „Feinden der freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Doch in der „riesigen Herausforderung“ rund um die Flüchtlinge hat sich die Koalition „manchmal“ gestritten, wie der SPD-Chef es freundlich ausdrückte. Zwar finde er es „auch nicht belebend“, wie in der Union mit der Thematik umgegangen werde – um dann nach kurzer Pause anzufügen: „Und in der SPD.“ Doch müsse Schluss damit sein, „ein Bohei zu machen, als wären wir mitten in einer Staatskrise“. Seine Botschaft: „Stabiles Land, stabile Koalition – ein Land, das ungeheuer kräftig ist.“

**Ohne Verteilungskämpfe** Zu den Flüchtlingen meinte Gabriel: „Wir haben es geschafft ohne Verteilungskämpfe.“ Er erwähnte „Wohnungsbauprogramme, die allen dienen werden“. Das gebe Mut für die Erledigung der weiteren Aufgaben, nämlich jetzt eine „Integrationsstruktur“ aufzubauen. In seiner wirtschaftspolitischen Bilanz hob Gabriel hervor, dass bei

der Energiewende die „losen Fäden verknüpft“ worden seien. Es gebe jetzt „Verlässlichkeit und Planbarkeit“. In einem Punkt stimmte Klaus Ernst (Linke) Minister Gabriel zu: „Das ist tatsächlich ein starkes Land.“ Indes habe er da bei der Regierung so seine „Zweifel“. Er beschrieb eine „Bandbreite“ in der Koalition zwischen „Grenzen schließen und Willkommenkultur“. Der Jahreswirtschaftsbericht sei „Selbstlob“. Hinweise auf „gravierende Fehlentwicklungen“ fehlten. So sei „in keinem Land Reichtum so ungerecht verteilt wie in Deutschland“, meinte Ernst mit Blick auf die Europäische Union. Die Regierung tue nichts dagegen. Das sei „Arbeitsverweigerung“. Sie schone etwa bei den Steuern weiterhin „das Vermögen der Reichen“. Michael Fuchs (CDU) sprach von einer „ökonomischen Schönwetterlage“. Der niedrige Ölpreis und die niedrigen Zinsen sowie ein niedriger Euro-Kurs gegenüber dem Dollar müssten nicht unbedingt für längere Zeit gelten: „Das kann sich von heute auf morgen ändern.“ Er verwies auf einen „dramatischen Trend“, demzufolge Unternehmen weniger in Deutschland als im Ausland investierten. Auch Anton Hofreiter (Grüne) stufte Deutschland in der Flüchtlingskrise als „handlungsfähig“ ein – allerdings nur wegen „Tausenden und Abertausenden Ehrenamtlicher“ und den Politikern und

Beschäftigten in den Kommunen. Die Große Koalition habe sich in den letzten Wochen und Monaten als „nicht handlungsfähig“ erwiesen. Statt Entscheidungen zu treffen, drehe sie sich „wie ein Brummkreisel“. Die Regierung erweise sich als „ökologisch blind und sozial gleichgültig“. So unternehme sie nichts gegen die „Einkommensungleichheit“. Hofreiters Appell: „Tragen sie dazu bei, dass unser Land gerechter wird.“

**Die Leitmärkte** Hubertus Heil (SPD) sah Deutschland geteilt in die „Mitmacher im Land und die Miesmacher im

Parlament“, wie er mit Blick auf die Opposition meinte. Er legte ein Augenmerk auf die Bedeutung der „wichtigen Leitmärkte“ – in erster Linie die Automobilindustrie mit 750.000 Arbeitsplätzen. Wie zuvor schon Gabriel setzte er sich für die Förderung der Elektromobilität ein. Wie der Minister forderte er aber auch eine „Gegenleistung der Industrie“, nämlich den Wiedereinstieg in die Batterietechnik. Die „gesamte Wertschöpfung“ beim Autobau müsse in Deutschland geschehen. Es gehe nicht an, hierzulande „nur Fahrzeuge zusammenzuschrauben“, erklärte Heil. Franz-Ludwig Averdunk II

**STICHWORT**

**Jahreswirtschaftsbericht: Beschäftigtenzahl mit 43 Millionen noch nie so hoch**

- Beschäftigung** Der Gang zur Arbeitsagentur zwecks Jobsuche wird seltener. Mit über 43 Millionen Erwerbstätigen wurde im letzten Jahre der beste Wert überhaupt erreicht.
- Wachstum** Die Wirtschaft in Deutschland wächst Jahr für Jahr gleichmäßig. Stieg das Bruttoinlandsprodukt 2014 noch um 1,6 und 2015 um 1,7 Prozent, so werden in diesem Jahr 1,7 Prozent erwartet.
- Flüchtlinge** Die Regierung setzt sich intensiv für eine zügige und nachhaltige Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge ein.



**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**  
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



## Alle wollen das »Konto für alle«

**FINANZEN** Bankverbindung mit grundlegenden Funktionen soll auch Flüchtlingen zur Verfügung stehen

Verbraucherschützer und Sozialverbände haben die geplanten Regelungen zur Einführung eines „Kontos für alle“ begrüßt, genauso wie die Banken aber Änderungen an dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf gefordert. So lobte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen in ihrer Stellungnahme in der Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche, dass mit der Umsetzung der europäischen Zahlungskontenrichtlinie ein begrüßenswerter Ansatz gefunden worden sei. Ein nennenswerter Teil der bisherigen Problemstellungen im Zusammenhang mit ungewollter Kontollosigkeit könne überwunden werden. Die Bankenverbände forderten aber mehr Zeit für die Umstellung auf die neuen Regeln. Der Rechtsanspruch auf ein Basiskonto für alle soll auch für Flüchtlinge gelten. Der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontenentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang von Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (18/7204) räumt Verbrauchern mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union die Möglichkeit ein, in jedem Mitgliedsland diskriminierungsfrei ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen zu eröffnen. Das Recht auf Zugang

zu einem Basiskonto soll auch Verbrauchern ohne festen Wohnsitz, Asylsuchenden und Verbrauchern ohne Aufenthaltstitel, die aber aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, eingeräumt werden. Zu den grundlegenden Funktionen eines Basiskontos gehören das Ein- und Auszahlungsgeschäft, Lastschriften, Überweisungen und

das Zahlungskartengeschäft. Kreditinstitute dürfen dafür nur angemessene Gebühren verlangen. Da Verbraucher ohne festen Wohnsitz, Asylsuchende und Verbraucher ohne Aufenthaltstitel oft nicht in der Lage sind, die nach dem Geldwäschegesetz erforderlichen Angaben zu machen, soll auch dieses Gesetz geändert werden, „um die bestehende

Ungleichbehandlung beim Zugang zu einem Zahlungskonto zu beenden“, schreibt die Bundesregierung. Eine Aufweichung der Standards zur Verhinderung der Geldwäsche sei damit nicht verbunden. Für Asylbewerber verlangte die Diakonie Erleichterungen. Es müsse sichergestellt werden, dass auch Inhaber eines „Ankunftsnachweises“, die eigentlich nicht der Pass- und Ausweispflicht genügen, ein Konto eröffnen könnten. Der Ankunftsnachweis werde für sechs Monate ausgestellt, müsse aber länger gültig sein, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen so großen Bearbeitungsrückstand bei Asylanträgen habe. Andere Änderungen schlug die deutsche Kreditwirtschaft vor. So müsse der Katalog der Ablehnungsgründe für die Eröffnung eines Kontos erweitert werden. Sonst wäre es möglich, dass ein verurteilter Bankräuber nach einiger Zeit einen Anspruch auf Eröffnung eines Basiskontos bei dem geschädigten Kreditinstitut hätte. hle II



Ein Ankunftsnachweis soll für die Kontoeröffnung ausreichen.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Energiewende ist ein Projekt von geradezu historischer Bedeutung. „Wir gehen den Weg in einen neuen Energiezeitalter“, erklärte der Abgeordnete Karl Holmeier (CSU) am Freitag im Bundestag. Und er fügte hinzu: „Dieser Weg ist richtig.“ Oberste Priorität auf dem Weg zum Ziel hat dabei nicht nur für Holmeier die Versorgungssicherheit, wie in der Debatte deutlich wurde. Auch der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Uwe Beckmeyer (SPD), betonte die Bedeutung der Versorgungssicherheit. Es müsse bei hohen Anteilen erneuerbare Energie eine „sichere, kostengünstige und vor allem umweltverträgliche Versorgung mit Strom gewährleistet werden“, sagte Beckmeyer mit Blick auf den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Strommarktes (18/7317), mit dem der Standortvorteil der Versorgungssicherheit in Deutschland gesichert und sogar weiter ausgebaut werden soll. Der Umbau des Strommarktes sei eine der „größten Herausforderungen unserer Zeit“, so Beckmeyer.

**Reserve überflüssig** Der Opposition ging das Lob der Koalition zu weit. Eva Bulling-Schröter (Linke) warf Union und SPD vor, die Bürgerenergie aus dem Strommarkt herauszudrängen und stattdessen die Energiewende großen Investoren zu überlassen. Die von der Koalition geplante Kraftwerksreserve „brauchen wir nicht“. Bei den vorgesehenen Zuschüssen an die Reservekraftwerke handele es sich um eine „Luxus-Alimentierung“ für Kohlekraftwerke. Es sei unerhört, dass die Stromkunden „für diesen Unsinn“ zahlen müssten. Trotz des wachsenden Anteils an erneuerbaren Energien qualme es „wie nie“ aus den Kohlekraftwerken, weil deren Strom ins Ausland verkauft werde.

Für Oliver Krischer (Grüne) besteht das Ergebnis der Reform des Strommarktes in einem „Einstieg in die subventionierte Braunkohle. Das ist unglücklich vor dem Hintergrund des Klimagipfels in Paris und dem eigentlich überfälligen Kohleausstieg“, beklagte der Abgeordnete. Die Koalition werfe den Kohlekonzernen 1,6 Milliarden Euro hinterher „für Kraftwerke, die niemand braucht und für eine Reserve, die nicht erforderlich ist“.

Von einem „enormen Umbruch in unserer Energielandschaft“ sprach Thomas Bareiß (CDU/CSU). Der Erfolg der erneuerbaren Energien, die inzwischen 33 Prozent der Stromversorgung übernehmen würden, sei nicht vorhersehbar gewesen. Aber auch bei einem Anteil von 60 bis 70 Prozent brauche man noch „flexible und saubere Kraftwerke“. Wie Bareiß würdigte auch Johann Saathoff (SPD) die hohe Versorgungssicherheit. Pro Jahr gebe es im Durchschnitt nur zwölf Minuten ohne Strom.

Mit dem vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Gesetzentwurf wird das Ziel verfolgt, die Versorgungssicherheit auch in der Phase des Übergangs, in der die erneuerbaren Energien mehr Verantwortung in der Stromversorgung übernehmen, zu gewährleisten. Der Markt müsse dafür sorgen, dass jederzeit genau so viel Strom in das Stromnetz eingespeist wird wie aus

# Noch qualmt's

## ENERGIE Opposition beklagt Energie-Subventionen, Regierung will Kapazitätsreserve einführen



Kohlekraftwerke werden nach und nach abgeschaltet.

© picture-alliance/zb

diesem entnommen wird, schreibt die Regierung in dem Entwurf.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, will die Bundesregierung eine Kapazitätsreserve einführen. Die Reserve soll zum Einsatz kommen, wenn an der Strombörse kein ausreichendes Angebot existiert, um einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu ermöglichen, heißt es in dem Entwurf. Dazu sollen Erzeugungskapazitäten außerhalb des Strommarktes vorgehalten und bei Bedarf eingesetzt werden. Die Reserve soll technologieneutral sein und wettbewerbsfähig ausgeschrieben werden.

Um gleichzeitig das nationale Klimaziel für 2020 zu erreichen, sollen ab 2016 Braunkohlekraftwerke schrittweise

aus dem Netz genommen und vorläufig stillgelegt werden. Betroffen seien Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von 2,7 Gigawatt, was 13 Prozent der gesamten in Deutschland installierten Braunkohlekraftwerkskapazität entspreche. Für jeweils vier Jahre könne auf diese Kraftwerke als letzte und befristete Absicherung der Stromversorgung zurückgegriffen werden, „wenn es wider Erwarten trotz freier Preisbildung am Strommarkt nicht zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage kommt, zum Beispiel bei nicht vorhersehbaren extremen Wettersituationen“, schreibt die Bundesregierung. Nach Ablauf dieser Sicherheitsbereitschaft würden die Kraftwerke endgültig stillgelegt.

Für Sicherheitsbereitschaft und Stilllegung sollen die Kraftwerksbetreiber eine Vergütung erhalten. Die Gesamtkosten sollen sich über sieben Jahre auf 230 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Dies werde zu einem Anstieg der Netzentgelte um rund 0,05 Cent pro Kilowattstunde führen. Abgelehnt wurde ein Antrag der Linksfraktion (18/3313, 7277). Die Abgeordneten hatten verlangt, Kohlendioxid als Umweltschadstoff zu definieren und die Betriebszeiten von Kohlekraftwerken zu begrenzen. Ein Antrag der Grünen (18/7369), in dem der Kohleausstieg und die Schaffung eines „ökologischen Flexibilitätsmarkts“ verlangt werden, wurde an die Ausschüsse überwiesen. *Hans-Jürgen Leersch*

## »Kein herausragendes Konfliktfeld«

### FACHGESPRÄCH Sachverständige diskutieren Auswirkungen des Energieleitungsbaus

Tausende Kilometer Stromtrassen sollen in den kommenden Jahren geplant und gebaut werden. Mit den Auswirkungen dieses Mammutprojektes der Energiewende, das in vielen Kommunen Widerstand hervorgerufen hat, haben sich vergangene Woche die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit beschäftigt. Schwerpunkt bildeten dabei die Bereiche Natur- und Strahlenschutz. Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), betonte, dass der Naturschutz im Vergleich mit anderen Themen beim Netzausbau „kein herausragendes Konfliktfeld“ sei. Dafür bedürfe es aber auf allen Planungsebenen einer Einbeziehung naturschutzrelevanter Aspekte und einer Alternativenprüfung. Der jüngst beschlossene Vorrang der Erdverkabelung sei begrüßenswert. Jessel machte während des Fachgesprächs deutlich, dass jede Trassenlegung aber grundsätzlich im Einzelfall zu bewerten sei. Pauschale Aussagen über unter welchen Umständen diese oder jene Option besser sei, lehnte sie ab. Auch beim Verlegen von Stromkabeln in der Erde könnten zum Beispiel Bodenschutzgüter, etwa in Hinblick auf den Wasserhaushalt, entscheidungsrelevant sein.

**Einzelfall betrachten** Bei Freileitungen seien die bekannten Auswirkungen auf Vögel, Landschaftsbild und Waldgebiete zu beachten. Aber auch hier mahnte sie, den Einzelfall zu bewerten. Das sieht auch das Bundesverwaltungsgericht so. Jüngst kassierte das Gericht einen Planfeststellungsbeschluss für eine 380-kV-Freileitung in Brandenburg, weil nicht für jede in einem bestimmten Gebiet betroffene Vogelart das Mortalitätsrisiko berücksichtigt worden sei. Geklagt hatte unter anderem der BUND. Jochen Homann, Präsident der Bundes-



Strommasten erfreuen sich nicht der größten Beliebtheit und sind gefährlich für Vögel.

netzagentur, verwies allerdings darauf, dass die Konflikte vor Ort beim Energieleitungsbaubau häufig in der Abwägung zwischen Mensch und Natur verlaufen, etwa wenn eine Trasse aus Gründen des Naturschutzes näher an eine Siedlung verlegt werde. Homann betonte, dass der Ausbau der Netze im Zuge der Energiewende dringend gebraucht werde. Während der Ausbau der erneuerbaren Energien voranschreite, fehle es noch an den notwendigen Transportkapazitäten. Homann gab an, dass konkrete Ausbauplanungen umstritten seien, in manchen Regionen sei eine „Totalablehnung“ zu verzeichnen. Der Vorrang der Erdverkabelung könne die Situation beruhigen. Es sei aber auch wichtig, zu kommunizieren, dass der Erdverkabelungsvorrang nur für die Gleichstromkabel gelte, sagte der Netzagentur-Präsident.

Peter Ahmels von der Deutschen Umwelthilfe e.V. verwies darauf, dass es zu vielen Fragen, die im Zuge des Netzausbaus bei den Betroffenen aufkämen, schon Antworten gebe. Das gelte etwa in Hinblick auf die Lärmbelastung durch den Korona-Effekt oder die Schadstoffbelastung. Das Wissen sei vor Ort aber häufig noch nicht bekannt. Einige Fragen seien aber noch offen. In Hinblick auf den Naturschutz müsse etwa bei Erdverkabelung genau analysiert werden, ob ein Wald durchquert werden könne oder umgangen werden müsse, sagte Ahmels.

**Krebsrisiko** Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), betonte, dass die bekannten Gesundheitsgefahren durch Stromleitungen durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz und die sich daraus ergebenden Anforderungen abgedeckt würden. Es gebe aber „Hinweise“, denen man nachgehen müsse. Als Beispiel nannte König eine Studie zum Leukämierisiko bei Kindern im Umfeld von Stromleitungen. Dieses sei nicht wissenschaftlich belegt. Zudem seien die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge in diesem Bereich sehr komplex, sagte König. Man müsse die Fragen aber offen angehen. Der BfS-Präsident regte ein entsprechendes Forschungsprogramm an. Wichtig sei dabei, etwa durch die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Forschung, die Akzeptanz der Ergebnisse sicherzustellen. König verwies auf die Forschung zur Wirkung von Mobilfunkstrahlung. Durch die Studien habe sich das Wissen enorm erhöht und es sei eine große Akzeptanz erreicht worden, sagte König. *scr*

Die Anhörung ist auf [www.bundestag.de/mediathek](http://www.bundestag.de/mediathek) verfügbar.

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Keine Änderungen bei Stromnetzen

**WIRTSCHAFT** Sollen Stromnetze wieder zurück in öffentliche Hände? Die Opposition beklagte im Bundestag, die Kommunen hätten dabei nicht hinreichend rechtliche Sicherheit. Doch in der Debatte am Freitag ging es insgesamt um Pro und Contra zur Rekommunalisierung. Anlass der Debatte war der Antrag der Fraktion Die Linke (18/4323) „Energienetze zurück in die öffentliche Hand – Rechtssicherheit bei der Rekommunalisierung schaffen“. Für Florian Post (SPD) steht fest: „Grundsätzlich können es Kommunen genauso gut“ – wie eben die privaten Netzbetreiber. Daneben gebe es das Modell der Kooperation: die öffentliche Hand betreibt die kaufmännische Seite, ein privater Anbieter die technische Durchführung. Dabei kämen öffentliche Kontrolle und Expertise zusammen. Post sprach sich gegen eine bedingungslose Bevorzugung von Kommunen aus: „Einen Blankoscheck wie die Kommunen werden wir nicht ausstellen.“ Bei den Beratungen für eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes werde aber eine „Klarstellung“ geben, um „Schikanen“ bei einer Rekommunalisierung durch zu hohe Preise oder zu hohe Entflechtungskosten zu verhindern. Caren Lay (Die Linke) machte geltend, Netze in öffentlicher Hand garantierten bezahlbaren Strom und seien zudem „eine gute Einnahmequelle“. Sie wehrte sich gegen den Vorwurf, ihre Fraktion strebe eine „Zwangskollektivierung“ der Netze an. Tatsächlich wollten viele Kommunen ihre Netze zurück. Freilich scheitern

die Vorhaben „bisher an der Rechtssicherheit“, sagte sie. Matthias Heider (CDU/CSU) befand: „Fairer Wettbewerb muss oberste Priorität haben.“ Er warf den Linken-Politikern vor, sie wollten „den Wettbewerb beseitigen“ – und damit ein Grundprinzip der Wirtschaft. Im Vergabeverfahren werde „nicht einfach einer ausgewählt“, sondern das wirtschaftlichste Angebot ausgewählt, hob er hervor. Das Gesetz gebe ohnehin „objektive Kriterien“ vor: von einem angemessener Preis bis zur Umweltfreundlichkeit. Julia Verlinden (Bündnis 90/die Grünen) erklärte, die Bürger wollten „wieder mehr Mitbestimmung bei der Infrastruktur“. Was für die Netze bedeute: „Sozial gerecht, klimafreundlich, demokratisch kontrolliert“. Sie gab keinem Modell die Priorität in privater oder öffentlicher Hand oder eine Mischform. Doch die Kommunen müssten darüber selbst entscheiden – und zwar rechtssicher. Sie beklagte, dass die Regierung „die Rechtssicherheit immer noch nicht beseitigt“ habe. Sie hielt der Koalition vor, in der Energiepolitik „ausgebrannt und zerstritten“ zu sein. Der Bundestag lehnte den Antrag der Linksfraktion mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD ab – bei Gegenstimmen von Linken und Bündnis 90/Die Grünen. Mit gleicher Stimmenverteilung hatte der Ausschuss für Wirtschaft und Energie die Ablehnung empfohlen (18/5257). *Franz Ludwig Averdunk*

### Risse in belgischen Atomreaktoren

**REAKTORSICHERHEIT** Bei der Bewertung der Situation in den belgischen Atomkraftwerken Doel 3 und Tihange 2 stehen der Bundesregierung alle Informationen zur Verfügung, die öffentlich verfügbar sind. Außerdem könne man auf die wissenschaftlich-technischen Informationen zu Rissbildungen und zum Werkstoffverhalten zurückgreifen, die weltweit bekannt seien, teilte ein Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vergangene Woche im Umweltausschuss mit. Nicht erhalten werde man hingegen die Analysen und Bewertungen, die der Betreiber Electrabel selber vorgenommen habe, da dies Betriebsgeheimnisse seien, sagte er weiter. Bei den beiden Reaktoren, die sich unweit der deutschen Grenze befinden, seien die 2012 bei einer Ultraschalluntersuchung gefundenen Risse bei einer Untersuchung mit verfeinerten Methoden im Jahr 2014 unverändert wieder gefunden worden, so der Ministeriumsvertreter. Er fügte hinzu, dass die belgische Atomaufsichtsbehörde FANC die vom Betreiber Electrabel vorgelegten Ergebnisse als verständlich bewertet habe, wonach es kein Risswachstum gegeben hat. Die belgische Atomaufsicht hatte die Reaktoren Ende 2015 wieder hochfahren lassen, ehe sie auf Grund von Problemen im nicht-nuklearen Bereich Anfang dieses Jahres erneut vom Netz gingen. Was die Informationslage zu den Reaktoren angeht, so habe die FANC am 11. und 12. Januar in Brüssel einen internationalen Work-

Shop für Sicherheitsbehörden zur Situation der Kernreaktoren in Doel 3 und Tihange 2 durchgeführt, sagte der Ministeriumsvertreter. Um zu weitergehenden Erkenntnissen zu gelangen, habe sich das Ministerium mit einigen Fragen an die FANC gewandt, bislang aber noch keine Antworten erhalten. Man sei im Ministerium aber dennoch froh, dass die FANC weitere bilaterale Gespräche zugesagt habe. Auf Nachfrage der Abgeordneten erläuterte der Ministeriumsvertreter, dass das von den belgischen Behörden unterbreitete Angebot einer Inspektion nicht im Sinne einer Überprüfung zu sehen sei. Praktisch sehe eine Inspektion so aus, dass man sich mit der belgischen Atomaufsicht zusammen einen Teil der Anlage ansehen kann, nicht aber in sie hineinschauen dürfe. Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), mahnte eine Versächtigung der Diskussion an. Es sei nun einmal so, dass man im Zuge einer Harmonisierung anderen Staaten nicht die eigenen Schutzstandards vorschreiben könne. Schwarzelühr-Sutter machte außerdem deutlich, dass das Umweltministerium Antworten von den Sicherheitsbehörden anderer Staaten haben möchte. Dies könne man aber leider nicht erzwingen. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), so die Staatssekretärin weiter, lasse aber nicht locker und wolle ein Gespräch mit dem zuständigen belgischen Innenminister führen. *Götz Hausding*

## Auf Nummer sicher

### ENDLAGER Atommüll soll rückholbar gelagert werden

Noch knapp fünf Monate hat die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlager-Kommission), um ihren Abschlussbericht vorzulegen. Nicht mehr viel Zeit und zudem liege das Gremium zwei Monate hinter dem Zeitplan zurück, wie der Ko-Vorsitzende des Gremiums, Michael Müller, bei einer der jüngsten Sitzungen anmerkte. Aber es werden zunehmend Pflöcke eingeschlagen. In erster Lesung stimmten die Mitglieder des 32-köpfigen Gremiums dem Berichtsteil zu möglichen Entsorgungsoptionen zu. Demnach soll ein Endlager so gebaut werden, dass Fehlerkorrektur und eine Rückholung der Abfälle möglichst lange möglich sind. So soll nach dem Berichtsteil etwa in der Phase der Einlagerung der Abfälle darauf geachtet werden, dass die Abfallbehälter so verfüllt werden, dass eine „Wiederöffnung und Rückholung“ in angemessener Zeit möglich ist. Denkbar wäre das zum Beispiel, wenn sich nach einiger Zeit herausstellte, dass das Wirtsgestein anders reagiert, als erwartet. Nach kompletter Einlagerung und einem Verschluss, über dessen Modalitäten künftige Generationen entscheiden sollen, könnte noch eine Bergung der Abfälle in Betracht gezogen werden. Dafür müsste unter Umständen ein zweites Bergwerk aufgeföhren werden.

**Streit um Zuständigkeit** Die geplante Behördenstruktur für die Endlagersuche sorgt in einer Detailfrage weiterhin für Diskussionen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob künftig das Bundesumweltministerium (BMUB) oder das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) für die geplante Bundes-Gesellschaft für kerntechnische Entsorgung (BGE) zuständig sein soll. Die BGE soll Suche und Bau des Endlagers als Betreiber umsetzen. In einem Meinungs-

bild sprachen sich acht Mitglieder des 32-köpfigen Gremiums für die Angliederung bei BMUB aus, sechs stimmten dagegen, drei enthielten sich. Auch die Bundesregierung ist noch unentschieden. Hans-Christoph Pape vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) stellt klar, dass sein Ministerium bereit sei, die Beteiligungsverwaltung zu übernehmen. Dafür habe es auch die Unterstützung des Bundesfinanzministeriums. Für die Übernahme spreche, dass es bei einer Trennung zwischen BMWi und BMUB zur keiner Verquickung von Interessen käme, die entstehen könnte, wenn die BGE und deren Aufsichtsbehörde, das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung, unter dem Dach des BMUB bestünden. Entschieden dagegen sprach sich Wolfgang Cloosters vom BMUB aus. Ziel der Neugestaltung sei es, durch „klare Strukturen“ Schnittstellen abzubauen, die Effizienz zu steigern und Reibungsverluste zu vermeiden. Die notwendige Steuerung des Vorhabenträgers müsse derjenige übernehmen, der die originäre Sachverantwortung für die Endlagerung habe – und das sei das Umweltministerium. Eine Streuung der Verantwortung ergebe keinen Sinn und könne zu Ineffizienzen, Streitereien und Reibungsverlusten führen. *scr*

Die Entwürfe der Berichtsteile und Sitzungsaufzeichnungen sind auf der Seite [www.bundestag.de/endlager](http://www.bundestag.de/endlager) abrufbar.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Durch dynamische Verkehrssteuerung sollen die Autofahrer stressfreier zum Ziel kommen.

© picture-alliance/dpa

## Wasserfahrt mit einer Behörde

**VERKEHR** Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/7316) zur Anpassung der Zuständigkeiten von Bundesbehörden an die Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Darin werden die organisatorischen Änderungen der WSV-Reform nachgezeichnet, nach der an die Stelle der bisherigen sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen eine Behörde getreten ist: Diese Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) hat seit 1. Mai 2013 ihren Sitz in Bonn und Außenstellen in Kiel, Aurich, Hannover, Münster, Mainz, Würzburg und Magdeburg. Die bisherigen Wasser- und Schifffahrtsämter erhalten laut Gesetzentwurf zukünftig die Bezeichnung „Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter“ und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes wird zur „Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes“.

Mit dem Gesetz soll das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die Erlaubnis erhalten, die notwendigen Anpassungen auch in allen betroffenen Rechtsverordnungen vorzunehmen. Der Bundesrat fordert in einer Stellungnahme die Bundesregierung unter anderem auf, die Länder bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Reform einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass hinreichende dezentrale Kompetenz der WSV geschaffen wird und nur unumgängliche Aufgaben zentral erledigt werden. Die Bundesregierung sagt in ihrer Gegenäußerung zu, dass sie die Anregungen des Bundesrates teilweise berücksichtigen werde.

mk II

# Ohne Stau und Verspätung

**INTELLIGENTE MOBILITÄT** Digitalisierung soll den Verkehr sicherer machen

**S**taus und Verspätungen – sie zeren an den Nerven von der Autofahrern und Zugreisenden und kosten jährlich Milliarden. Um dies bei stetig steigender Mobilität in Zukunft zu verhindern oder zumindest zu verringern, soll nun die Digitalisierung des Verkehrs dienen. Dies sieht zumindest der Antrag (18/7362) „Intelligente Mobilität“ der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD vor, der am Freitag von Bundestag erstmals beraten wurde. Die Bundesregierung soll dazu im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel eine verkehrsträgerübergreifende Strategie zur intelligenten Mobilität vorlegen und ein „digitales Straßengesetz“ mit konkreten Handlungsschritten zum Aufbau einer intelligenten Verkehrssteuerung und -infrastruktur erarbeiten. Die Fraktionen verlangen zudem einen Aktionsplan „Digital vernetztes Auto – intelligente Straßeninfrastruktur“ und standardisierte und offene Schnittstellen für alle Verkehrssteuerungsanlagen. In Modellregionen und weiteren Testfeldern soll der Bund den Aufbau einer intelligenten Straßeninfrastruktur fördern.

**»Menschen und Wirtschaft verlangen nach einer ungehinderten Mobilität.«**

Dorothee Bär (CSU)

Weiter soll entlang den Autobahnen und Schienenwegen schnelles, mobiles Internet mit dem Mobilfunkstandards 5G eingeführt werden. Darüber hinaus plädieren die Fraktionen dafür, Testfahrten autonom fahrender Lkw zuzulassen und bundesweit ein intelligentes Lkw-Parkleitsystem aufzubauen. Bei der voranschreitenden Digitalisierung des Verkehrssektors sollten Nutzen und Risiken für Menschen mit Behinderung berücksichtigt und die Potenziale der Technik genutzt werden, fordern die Abgeordneten weiter. Schließlich soll die Bundesregierung auch Projekte zur Erforschung einer intelligenten innerstädtischen Parkplatzsuche fördern, um lange Parkplatzzsuchen durch die Verkehrsteilnehmer zu verringern. Für die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dorothee Bär (CSU), passen Digitalisierung und Infrastruktur zusammen. Die Menschen und auch die Wirtschaft würden nach einer ungehinderten Mobilität verlangen. Dazu könne die Digitalisierung behilflich sein. Um dies zu erreichen, müsste in den nächsten Jahren massiv investiert werden. Deshalb seien die Investitionen im Etat des

Bundesministeriums in diesem Jahr auch weiter ansteigend. So sollen allein in den Breitbandausbau 2,7 Milliarden Euro investiert werden. Der Verkehr werde in Zukunft durch die Digitalisierung verändert, sagte sie. Er werde unter anderem wesentlich umweltschonender und sicherer werden. So seien zurzeit 95 Prozent aller Unfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen. Deshalb sei der Mensch ein größerer Risikofaktor als die Automatisierung. „Die Digitalisierung bietet wahnsinnige Chancen, die wir nutzen können“, betonte Bär. Dies gelte auch für den Güterverkehr, bei dem die Transporte besser aufeinander abgestimmt werden könnten. Die Staatssekretärin wies auch auf das digitale Testfeld auf der A9 hin, bei dem sowohl „Fahrzeug-“ als auch „Fahrzeug-zur-Infrastruktur-Informationen“ getestet werden könnten.

**Echtzeit Informationen** Arno Klare (SPD) wies darauf hin, dass die Menschen im Jahr rund 285.000 Stunden im Stau stehen würden. Dabei würden 1,2 Milliarden Liter Sprit vergeudet und drei Millionen Tonnen CO2 in den Luft geblasen. Zumindest ein Teil davon könne durch intelligente Mobilität verhindert werden. Durch rechtzeitige Informationen könnten die Menschen dann zum Beispiel besser entscheiden, welche Verkehrsmittel sie nehmen würden.

Durch Fahrassistenzsysteme könne sichergestellt werden, dass die Fahrzeuge gleichen Abstand halten würden; dadurch gebe es weniger Staus. Auch für Thomas Jarzombek (CDU) hat die Digitalisierung des Verkehrs vor allem Vorteile. So könnten die Menschen länger selbstständig mobil bleiben, weil die Unfälle durch menschliches Versagen auch im Alter weniger würden. Es gebe Untersuchungen, dass 60 Prozent aller Unfälle durch Assistenzsysteme verhindert werden könnten. „Extrem hilfreich“ sei die Digitalisierung auch im öffentlichen Personennahverkehr. So könnten die Teilnehmer frühzeitig informiert werden, ob der Bus oder die Bahn pünktlich ankommen werde oder ob es sinnvoll sei, einen anderen Weg zu nehmen. Auch in den Städten könnte es in Zukunft möglich sein, dass die Autos ohne zu bremsen oder zu beschleunigen vorankommen würden. Das bedeute weniger Emissionen und weniger Lärm. Er setzte sich dafür ein, dass es neben dem Testfeld auf der A9 auch zusätzlich innerstädtische Modellregionen geben solle. Die Kommunen müssten unterstützt werden, digital aufzurüsten. Dafür müssten lediglich 50 Millionen Euro investiert werden

**»Probleme beim Datenschutz und bei der Haftung sind noch ungeklärt.«**

Stephan Kühn (Grüne)

Der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stephan Kühn, hielt den Antrag der Koalition nur für eine Ablenkung. Zwar sieht auch er durch die Digitalisierung Chancen für den öffentlichen Personennahverkehr und bei den Autos. Vorteile würden sich allerdings kurzfristig nicht erschließen und es müsste viel investiert werden. Die Automatisierung werde in Stufen kommen. Probleme zum Beispiel beim Datenschutz und bei der Haftung seien noch ungeklärt. Sabine Leidig, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, hielt den Weg der Digitalisierung insgesamt für falsch. Hier ginge es nur darum, Unternehmen Geld in die Kassen zu spülen. Durch die Automatisierung und Digitalisierung sollte noch mehr Verkehr auf die Straße gebracht werden. „Für mich ist das ein echter Horror“, sagte sie. Es müssten vielmehr die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen gerückt werden. So würden immer mehr Menschen in den Städten aufs Fahrrad umsteigen, weil sie mit dem Auto sowieso nur im Stau stehen würden.

Michael Klein II

## Erleichterungen für Schifffahrt

**FINANZEN** Der Bundestag hat am Donnerstag steuerliche Erleichterungen für die deutsche Seeschifffahrt beschlossen. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD stimmten einem von den Ländern eingebrachten Gesetzentwurf zur Erhöhung des Lohnsteuereinhalts in der Seeschifffahrt (18/6679, 18/7268) in der vom Finanzausschuss zuvor geänderten Fassung zu. Die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten gegen das Gesetz. In der Begründung des Gesetzes heißt es, es bedürfe zur Sicherung des seemannischen Know-hows für die maritime Wirtschaft in Deutschland verstärkter Anstrengungen. Dazu soll der Lohnsteuereinbehalt auf 100 Prozent erhöht werden. Der Lohnsteuereinbehalt bedeutet, dass Arbeitgeber von Seeleuten auf Schiffen mit deutscher Flagge 40 Prozent der entstandenen Lohnsteuer einbehalten dürfen. Dies sei zu wenig, hatte der Bundesrat argumentiert und festgestellt: „Die Erhöhung des Lohnsteuereinhalts auf 100 Prozent ist ein geeignetes Instrument, um Beschäftigung unter deutscher Flagge zu sichern und damit die Grundlagen für das seemannische Know-how zu schaffen.“ Die maritime Wirtschaft sei eine Hochtechnologiebranche, die mit rund 480.000 Beschäftigten ein jährliches Umsatzvolumen von 50 Milliarden Euro erbringe. Abgelehnt wurde ein Entschleunigungsantrag der Fraktion Die Linke (18/7378). Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, alle Steuervorteile für die Reeder zu streichen. Den Reedern wird vorgeworfen, ihre im „Maritimen Bündnis“ gemachten Zusagen nicht eingehalten zu haben.

hle II

## Umweltverträglicher in die Schweiz

**VERKEHR** Bundestag beschloss umfangreichen Lärmschutz beim Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel

Der Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel soll menschen- und umweltgerecht realisiert werden. Einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD (18/7364) und einem weiteren Antrag der Koalition zu den europäischen Schienennetzen (18/7365) stimmte der Bundestag am Donnerstag einstimmig zu. Danach soll in Offenburg ein sieben Kilometer langer Eisenbahntunnel gebaut werden und zwischen Offenburg und Riegel soll eine zweigleisige Güterzugtrasse in Parallelage zur Bundesautobahn A5 errichtet werden. Beide Strecken sollen Lärmschutz nach Maßgabe eines Beschlusses des Projektbeirates Rheintalbahn erhalten. Zudem soll die Trasse zwischen Hügelsheim und Auggen Lärmschutz über das gesetzliche Maß hinaus bekommen. Für den Bund sollen dadurch Mehrkosten von 1,52 Milliarden Euro entstehen, die im Bundeshaushalt berücksichtigt werden sollen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesver-

kehrsministerium, Norbert Barthle (CDU), wies in der Debatte darauf hin, dass zurzeit durchschnittlich alle sechs Minuten ein Güterzug auf der Rheintalbahn unterwegs sei. In zehn Jahren wären es alle vier Minuten. „Deshalb gibt es ein hohes Handlungsbedürfnis“, betonte er. In dem Antrag seien die Empfehlungen des Projektbeirates, in dem der Bund, das Land

Baden-Württemberg und Vertreter von Bürgerinitiativen vertreten seien, aufgenommen worden. Nur so hätte ein umfassender Lärmschutz und somit die Akzeptanz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erreicht werden können. „Wir werden viel Geld in die Hand nehmen, um die Anwohner vor Lärm zu schützen“, sagte Barthle. Dem stimmten Annette Sawade (SPD) und Stef-

fen Bilger (CDU) zu. Auch wenn nicht alle Wünsche hätten erfüllt wurden, sei der Antrag ein gutes Ergebnis, sagte Bilger. Sawade wies darauf hin, dass es nun notwendig sei, den Beschluss „schnell“ umzusetzen.

**Änderungsanträge** „Was lange währt, wird endlich gut – aber nicht gut genug“, sagte Sabine Leidig (Die Linke). Deshalb legte ihre Fraktion einen Änderungsantrag (18/7381) vor, in dem sie forderte, die Gleisinfrastruktur nicht für ein Tempo von 250 Stundenkilometer auszulagern, da dann unter hohem Kostenaufwand alle Bahnhöfe umgebaut werden müssten. Insgesamt begrüßte sie die Lärmschutzmaßnahmen, da die Gesundheit der Anwohner ein zentrales Anliegen müsse und nicht Kostenersparnisse bei der Bahn. Matthias Gastel (Bündnis 90/Die Grünen) bedauerte, dass es keinen gemeinsamen Antrag alle Bundestagsfraktionen gebe. Er setzte sich dafür ein, dass die Geschwindigkeit der Züge noch einmal überdacht werden sollte und wies auf einen Änderungsantrag seiner Fraktion (18/7381) hin, in dem gefordert wurde, die Finanzierung der Mehrkosten zur Erreichung des Klimaschutzes verbindlich sicherzustellen. Beide Anträge der Opposition lehnte der Bundestag ab.

Michael Klein II



Alle sechs Minuten passieren Güterzüge die Häuser in Emmendingen.

© picture-alliance/dpa

### AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## Konfliktrohstoffe: Kein Beschluss

**WIRTSCHAFT** Die Oppositionsfraktionen Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben sich mit ihrer Forderung nach einer Offenlegung der Herkunft von „Konfliktrohstoffen“ innerhalb der Europäischen Union nicht durchsetzen können. Der Deutsche Bundestag lehnte am Donnerstag mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD einen gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen (18/5107, 18/6226) ab. Die Opposition hatte darin an die Forderung des Europäischen Parlaments erinnert, einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission „zur Schaffung eines Unionssystems zur Selbstzertifizierung der Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch verantwortungsvolle Einführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochriskogebieten“ (COM(2014)0111) zu überarbeiten. Anders als im Kommissionsvorschlag solle die Verordnung nach dem Willen einer Mehrheit des EU-Parlaments „verbindlich und auf die gesamte Lieferkette“ ausgedehnt werden. Die Bundesregierung wurde daher von der Opposition aufgefordert, im Europäischen Rat unter anderem dafür einzutreten, dass die OECD-Leitlinien für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Mineralien aus Konflikt- und Hochriskogebieten „zum verbindlichen Standard“ für

die EU werden. Alle Unternehmen, die Ressourcen im Sinne der Verordnung – einschließlich der Produkte, die diese Ressourcen enthalten – zuerst auf dem EU-Markt in Verkehr bringen, sollen dazu verpflichtet werden, „ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette zu erfüllen und öffentlich darüber Bericht zu erstatten“, heißt es in dem Antrag weiter. Es solle keine freiwillige Selbstzertifizierung durch die betroffenen Unternehmen geben, „sondern eine Offenlegungspflicht für die gesamte Lieferkette“. Die Sorgfaltspflicht solle die Wahrung der Menschenrechte ausdrücklich mit einschließen. Zudem fordern Linke und Grüne, dass die Definition von „Konflikt- und Hochriskogebieten“ breiter gefasst wird und etwa fragile Gebiete und „gescheiterte Staaten“ einbezogen. In der Debatte hatten sich Redner der Koalitionsfraktionen ebenfalls dafür ausgesprochen, die Finanzierung von bewaffneten Auseinandersetzungen in Konfliktgebieten durch die Erlöse aus dem Verkauf von sogenannten Konfliktrohstoffen zu unterbinden. Die CDU-Abgeordnete Herlind Gundelach hatte allerdings darauf verwiesen, dass das Thema „brisant und auch sehr komplex“ sei. Daher müsse sehr sorgfältig mit dem Thema umgegangen werden. Nicht durchdachte Schnellschüsse sollten vermieden werden, sagte sie mit Blick auf den Oppositionsantrag.

ahel/le II



**KURZ REZENSiert**



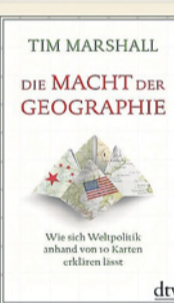
**Julia Gerlach:**  
**Der verpasste Frühling**  
Herausgegeben von der Arabischen Gesellschaft

**Ch. Links Verlag, Berlin 2016; 248 S., 18 €**

Wie konnte es passieren, dass auf den im Westen lautstark bejubelten Arabischen Frühling nahtlos ein eisiger Winter folgte? Wer eine überzeugende Antwort sucht, wird im neuen Buch der Journalistin und Nahost-Expertin Julia Gerlach fündig. Sie verfolgt seit 2011 die politische Entwicklung in Arabien vor Ort. Sie präsentiert dem Leser die Region anhand einer Reihe gut geschriebener Länder-Reportagen, in denen sie die Gesellschaften beschreibt und die Aufständischen fünf Jahre nach den „Revolutionen“ selbst zu Wort kommen lässt. Daneben stellt Gerlach präzise Analysen und schließt mit einer eher pessimistischen Prognose zur Zukunft der arabischen Zivilgesellschaften.

Zwar zeigten die Fortschritte in Tunesien, dass es auch in der arabischen Welt möglich sei, durch politische Verhandlungen Kompromisse zu erzielen. Allerdings sei Tunesien wegen seiner vergleichsweise gebildeten und in Teilen wohlhabenden Bevölkerung ein Sonderfall. Im Unterschied dazu hätten sich die „alt-neuen autoritären Regierungen“ dank des Arabischen Frühlings von unliebsamem politischem Ballast befreit. Als Beispiel nennt Gerlach Ägypten, das Hosni Mubarak vertrieben habe, um erneut den militanten Islamismus als Joker im Kampf gegen die Demokratisierung des Landes zu instrumentalisieren. Julia Gerlach folgert, es sei in der Region „vorübergehend aussichtslos“, die Idee einer freien und demokratischen Gesellschaft durchzusetzen. Sie beschuldigt die westlichen Staaten, die demokratischen Kräfte nach 2011 im Stich gelassen zu haben und aus Eigeninteresse auf die Stabilisierung der autoritären Regime zu setzen.

Zudem heizen die inner-sunnitischen Konflikte die regionalen Krisenherde an. Gerlach nennt den Machtkampf zwischen Katar und der Türkei auf der einen und Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate auf der anderen Seite. Immerhin hätten aber die Erfolge des IS und das Atomabkommen zwischen den USA und dem Iran die Zusammenarbeit in der sunnitischen Welt wieder befördert. *manu*



**Tim Marshall:**  
**Die Macht der Geographie**

**Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 2015; 304 S., 22,90 €**

Der bekannte britische Fernsehjournalist Tim Marshall hat das Thema Geopolitik für sich entdeckt. Ihm geht es um die Frage, welchen Einfluss die Geographie auf Geschichte und Zeit, auf Macht und Politik, hat. Das Buch profitiert von Marshalls Analysen der weltpolitischen Ereignisse aus über 30 Jahren Berichterstattung für Sky News und BBC. Er verschafft sich in dieser Zeit einen eigenen Eindruck von zahlreichen Konflikten auf dem Balkan, in Irak und Syrien, in Gaza und Afghanistan. Auf unterhaltsame Weise beschreibt Marshall anhand von zehn Karten von Russland, China, den USA, Westeuropa, Afrika, dem Nahen Osten, Indien und Pakistan, Korea und Japan, Lateinamerika sowie der Arktis die Geschichte und die Politik der jeweiligen staatlichen Akteure. Zugleich wagt er sich mit Prognosen über den Fortgang der Ereignisse immer wieder aus der Deckung. Frei nach dem Motto: Regierungen kommen und gehen, die Geographie bleibt. Schließlich können Bergketten, Flüsse oder Meere nicht einfach verschoben werden. Laut Marshall sind sie bis heute die entscheidenden Faktoren, die die Handlungen der Regierungen bestimmen.

Marshall ist sicher, dass im Nahen Osten, in Afrika sowie in den russischen Grenzgebieten auch in Zukunft Kriege ausgetragen werden. Wie die Strategien im Kreml bewertet auch Marshall die Nato-Erweiterung in den postsowjetischen Raum als Bedrohung Russlands. Besonders aufmerksam analysiert er die Ukraine-Krise und argumentiert, mit einer Nato-Mitgliedschaft Kiew werde für Russland eine rote Linie überschritten. „Präsident Putin hatte eigentlich keine Wahl – er musste die Krim annektieren“, nicht wegen der russischsprachigen Ukrainer, sondern wegen Sewastopol, dem Heimathafen der russischen Schwarzmeerflotte. Warum diese Frage für Russland „existentiell“ sei, vermag Marshall allerdings nicht überzeugend zu begründen. Das gilt auch für seine steile These, dass Russland auch in 100 Jahren noch „angstvoll nach Westen blicken wird, über die Ebene, die eine Ebene bleibt.“ *manu*



Bruno Ganz spielte die Hauptrolle im Spielfilm „Der sanfte Lauf“ von Haro Senft aus dem Jahr 1967. ©Deutsche Kinemathek/Haro Senft

# Frühlingsblüten

**BERLINALE** Die Berliner Filmfestspiele blicken zurück auf deutsche Produktionen aus Ost und West vor 50 Jahren

Die Maus wand sich im Pfeifenfeuer. Dr. Bernhard Tieschowitz von Tieschowa, wandte sich von dannen.“ So berichtete „Der Spiegel“ 1966 von den Filmfestspielen in Cannes. Der Kulturattaché der Deutschen Botschaft hatte lautstark fluchend die Premiere von Volker Schlöndorffs „Der junge Töless“ verlassen. Seine Abneigung wurde vom Auswärtigen Amt geteilt: Die Adaption von Robert Musils Roman um die Qualereien eines Kadetten der k.u.k.-Monarchie fehlte im Programm der Goethe-Institute.

Diese Episode und der gleichzeitige Jubel über die jungen Filmemacher um die Unterzeichner des Oberhausener Manifests. Auf den von ihnen angestoßenen westdeutschen Filmfrühling folgte eine lange Blüteperiode. Ihre Kollegen in der DDR erholten

sich dagegen nie vollständig von den staatlichen Eingriffen des Jahres 1965, die die Blüten einer zeitgemäßen Filmästhetik in einer kulturpolitischen Eiszeit erfrieren ließen. An diese Filme erinnert die diesjährige Berlinale-Retrospektive „Deutschland 1966 – Filmische Perspektiven in Ost und West“. Die Werkschau zeigt 20 lange Spiel- und Dokumentarfilme sowie mehr als 30 kurze und mittellange Filme. Sie dokumentieren die Aufbruchstimmung auf beiden Seiten der Elbe. Die Filmemacher waren inspiriert von den künstlerischen Strömungen des Weltkinos, negierten den kitschigen „Ufa-Touch“ und waren nahe an der Realität. Die Voraussetzungen waren vor 50 Jahren in beiden Ländern ähnlich. Das Pantoffelkino hatte den Kinobesuch als beliebteste Freizeitbeschäftigung abgelöst. Mit Genrekino wurde das Publikum wieder gelockt. Pierre Brice begeisterte in den vom christli-

Realismus. Der deutsche Film brauche sein Haupt nicht länger verhüllen, jubelte die FAZ 1966 aus Cannes. Neben Schlöndorff lief „ES“ von Ulrich Schamoni und „Nicht versöhnt“ von Jean-Marie Straub. In Venedig gewann Alexander Kluges „Abschied von Gestern“ im gleichen Jahr einen Sonderpreis der Jury. Die FSK forderte trotzdem Schnitte vor dem Kinobesuch.

**Zensur in der DDR** Währenddessen spielte sich in der DDR unbemerkt von der Öffentlichkeit ein künstlerisches Drama ab. Das 11. Plenum des Zentralkomitees der SED beanstandete im Dezember 1965 die Hälfte aller produzierten Filme. Auch etliche Stunden im Schneiderraum konnten die aufmüpfigen Werke nicht vor den engstirnigen Augen der Zensur retten. Filme wie „Spur der Steine“, „Karla“ oder „Jahrgang 45“ verschwanden im Giftschrank.

Die Autoren und Regisseure erzählten dialektisch von den Widersprüchen und Problemen beim Aufbau des Sozialismus. Sie porträtierten idealistische Lehrer, die an der Realität scheitern. Aufmüpfige Jugendliche, die sich treiben lassen. Ein besonderer Dorn im Auge waren den Funktionären Generationskonflikte und Arbeiter, die nicht zum Bild des selbstlosen Heroen passten.

Arbeiter zählen im jungen westdeutschen Film selten zu den Protagonisten. Die Autorenfilmer zeichnen ihre Altersgenossen als Generation im Wartestand. Sie sind unzufrieden mit der beengten Moral der Gesellschaft und den begrenzten Perspektiven. Doch noch fehlt ein Gegenentwurf. Das Schicksal von Frauen und die Gleichberechtigung rückten in den Fokus, allerdings unter verschiedenen Vorzeichen. Durch die Antibabypille waren ungewollte Schwangerschaften in der DDR kein Thema mehr, im westdeutschen Film sind sie oft Motor der Handlung. Frauen stören die Lebensentwürfe der Männer und ordnen sich diesen unter. In den DEFA-Filmen im Osten sind sie formal gleichberechtigt, hadern aber mit der Doppelbelastung von Beruf und Familie sowie kleinbürgerlichen Moralvorstellungen.

**Filmförderung** Das Ost-Publikum vermisste die verbotenen Gegenwartsfilme jedoch kaum. Selbst die Mitarbeiter aus den Gewerken wollten sie nicht sehen, klagten die Filmemacher. Auch im Westen zeigten die Zuschauer den auf Festivals umjubelten Filmen die kalte Schulter, weshalb sie nicht vom 1968 verabschiedeten Filmförderungsgesetz profitierten. Es belohnte ausschließlich Produzenten mit Filmfördermitteln, deren Werke zuvor an der Kasse reüssiert hatten. ARD und ZDF füllten die Lücke. Sie waren neben dem 1965 gegründeten Kuratorium des Jungen Deutschen Films der wichtigste Finanzier von Faßbinder, Wenders, Kluge, Schamoni und Co. Sie retteten auch den Kurz- und Dokumentarfilm, der zu Gunsten der Werbung aus den Filmtheatern gedrängt wurde.

Die Babelsberger Regisseure im Osten machten dagegen einen großen Bogen um den Deutschen Fernsehfunk, der dem ideologischen Einfluss der SED ausgesetzt war. Die DEFA unterstand dem liberaleren Kulturministerium. Durch die Bildung künstlerischer Arbeitsgruppen innerhalb der DEFA entkamen sie für einige Monate 1963 der Kontrolle durch die SED. Ihre Filme galten als verschollen, wurden vergessen und erst nach 1990 wieder entdeckt. Trotz der Querelen blieben die Regisseure im Land, überwinterten in Nischen und loteten die Grenzen der Zensur erneut aus. Für ihre Westkollegen waren die aufregenden Jahre der Beginn von Karrieren, die von etlichen Filmpreisen und Oscars gekrönt wurden.

*Katharina Dockhorn* Die Autorin ist Kulturjournalistin in Berlin.

## Mehr Chancen für Migranten

**BILDUNG** Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird das Bildungssystem den Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft nicht gerecht. In der Debatte am vergangenen Freitag über einen Antrag der Fraktion zur Bildungsgerechtigkeit (18/7049) sagte Oczan Mutlu, die Tatsache, dass man es nicht schafft, Kinder „unabhängig von ihrer Herkunft zum Erfolg zu führen“, sei die „Achillesferse des deutschen Bildungssystems“. Gute Bildung sei eine Investition in die Sicherheit eines Landes; wenn jetzt nicht umgesteuert werde, drohten „französische Verhältnisse“. In ihrem Antrag fordern die Grünen eine „bundesweite Bildungsreform“, in deren Rahmen es feste Personalschlüssel in Kitas, einen stärkeren Ausbau der U3-Betreuung und mehr Geld für die Sanierung von Schulen geben soll. Außerdem soll die Sprachbildung stärker unterstützt und eine „echte Ausbildungsgarantie“ umgesetzt werden, die allen Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft „den Weg zu einem anerkannten Berufsabschluss ebnet“.

Für die CDU widersprach Cemile Giousouf: Die Integration von Einwandererkindern sei „besser als ihr Ruf“. Angesichts der Flüchtlingskrise müsse das Bestehende auf den Prüfstand, es gebe noch „Nachholbedarf“. Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) habe aber erst im Herbst zwei entsprechende Maßnahmenpakete vorgelegt. 80 Prozent der von den Grünen geforderten Punkte seien „bereits erledigt“. In diesem Sinne äußerte sich auch der SPD-Abgeordnete Karamba Diaby. Die Herkunft dürfe in der Tat „nicht über Zukunft bestimmen“. Die Grünen erwecken aber den Eindruck, als müsse „das Rad neu erfunden werden“ und würden übersehen, was die Koalition bereits in Gang gebracht habe. Rosemarie Hein (Linke) kritisierte, weder der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz noch die Durchsetzung der Schulpflicht für Flüchtlinge seien in den Bundesländern „zeitnah“ gesichert. *Susanne Kailitz*

## Umgang mit NS-Raubkunst

**KULTUR** Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit ihrem Antrag zur Provenienzforschung und zum Umgang mit NS-Raubkunst (18/3046) gescheitert. Der Kultur- und Ausschuss lehnte ihn am Mittwoch mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD ab. Die Linke enthielt sich. Die Grünen hatten gefordert, die Provenienzforschung in Museen, die dem Bund gehören oder durch ihn gefördert werden, zu verstärken und Forschungs- und Ausbildungsprojekte zu fördern. Zudem setzten sie sich für eine Gesetzesänderung ein, um die Ersetzung von NS-Raubkunst zu erschweren. Union und SPD argumentierten, die Forderungen der Grünen seien weitestgehend mit der Einrichtung des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste in Magdeburg vor einem Jahr erledigt. Man müsse dem Zentrum aber auch Zeit geben. Es bestehe Handlungsbedarf bei den rechtlichen Vorgaben bei der Ersetzung beziehungsweise Rückgabe von NS-Raubkunst durch Privatbesitzer. Dies sei allerdings ein „hochkomplexes Problem“, das mit Bedacht gelöst werden müsse. Der Linksfraktion ging der Antrag hingegen nicht weit genug. Deutschland käme seiner moralischen Verpflichtung aus der Washingtoner Erklärung nur unzureichend nach. *aw*

## Mehr Wissen über Studienverläufe

**HOCHSCHULEN** Breite Mehrheit für Statistik-Novelle. Linke warnt vor Datenmissbrauch

Der Studienabbrecher – das unbekannteste Wesen. Seit Jahren klagen Hochschulen, aber vor allem Bildungspolitiker darüber, nicht genau zu wissen, wie hoch die Quote der tatsächlichen Studienabbrecher ist. Es sei nicht bekannt, ob diejenigen, die ein Studium beenden, einen Fachwechsel vornehmen, den Studienort wechseln, eine Studienpause einlegen oder die Hochschule endgültig verlassen. Das soll ab dem Sommersemester 2017 anders werden. Dann nämlich greift das novellierte Hochschulstatistikgesetz, das der Bundestag vergangenen Donnerstag mit breiter Mehrheit verabschiedet hat. Union, SPD und Grüne stimmten für den Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/6560) in der durch den Bildungsausschuss geänderten Fassung (18/7358). Keine Zustimmung fand die Neuregelung bei der Linksfraktion, nach deren Auffassung damit datenschutzrechtliche Probleme verbunden sind.

Kern der Novellierung ist die Einführung einer Studienverlaufsstatistik, um die gestuften Studiengänge und die Promotionsphase zu erfassen. Zu den durch den Ausschuss veranlassten Änderungen gehört der Verzicht auf die geplante Streichung der Gasthörer-Statistik, die Verlängerung des Zeitraums der Datenspeicherung von zwölf auf 18 Jahre nach der Exmatrikulation so-

wie der um sechs Monate nach hinten geschobene Beginn der Datenerhebung. Statistik könne Probleme zwar nicht lösen, sie aber besser erkennbar machen, sagte Tankred Schipanski (CDU): „Mit der Einführung der Studienverlaufsstatistik bekommen wir Informationen über ganze Studienverläufe.“ Es sei dann bekannt, „wie viele umsteigen und wie viele wirklich aussteigen“. Das dazu angewandte Verfahren sei aus datenschutzrechtlicher Sicht „absolut sicher“ gab sich der Unionsabgeordnete überzeugt. Dies hätten Datenschützer bestätigt. „Für jeden Studierenden wird ein eindeutiges, aber nicht rückverfolgbares Synonym erstellt“, erläuterte Schipanski.

**Verschlüsselung** Ralph Lenkert (Linke) überzeugte die Argumentation nicht: „Die Verschlüsselung ist ein Witz und lädt zum Datenmissbrauch ein“, sagte er. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, warum bei der Regelung „unerwartet weit“ über die EU-Vorgaben hinausgegangen worden sei. Die Probleme der Hochschulen und der Studierenden seien seit Jahren bekannt, so der Linken-Abgeordnete weiter. „Doch statt die konkreten Probleme zu lösen, wollen Union und SPD erst einmal Daten sammeln“, kritisierte Lenkert.

Die Linksfraktion zeichne ein absurdes Bild von Statistik als staatlichem Repressionsinstrument, befand Oliver Kaczmarek (SPD). „Wir legen keine Akten an, sondern erstellen Statistiken“, sagte er. Dies sei wichtig, um mehr über Studienabbrecher zu erfahren. Außerdem müsse man konstatieren, dass derzeit die Datenlage über Promovierende an den Hochschulen teilweise desaströs sei.

Auch Kai Gehring (Grüne) befand, dass von einem gläsernen Studenten wie ihn die Linksfraktion als Folge der Neuregelung beschreibe, keine Rede sein könne. Seiner Fraktion sei ein wirksamer Datenschutz extrem wichtig. „Daher haben wir das Gesetz besonders kritisch unter die Lupe genommen und für unbedenklich befunden“, sagte Gehring. Die Überarbeitung des Hochschulstatistikgesetzes sei seit langem überfällig gewesen. Angesichts der erfolgten Nachjustierungen im Gesetz könne man sagen: „Was lange währt wird endlich gut.“ *Götz Hausding*



Anzeige

Aus der Reihe:

### Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland

**Bündnis 90/Die Grünen**  
Koalitionsentscheidungen in den Ländern  
Von Dr. Niko Switek  
2015, 392 S., Brosch., 29,90 €  
ISBN 978-3-8329-5385-0  
www.nomos-shop.de/12278

Die Grünen zeigen in den Bundesländern eine hohe Koalitionsflexibilität: Sie koalieren mit SPD, CDU, FDP und sondieren auch mit der Linken. Das erstaunt vor dem Hintergrund der Parteigeschichte, in der Fragen einer Regierungsbeteiligung häufig Zerreißen waren. Die Studie geht der Frage nach, wie solche Koalitionsentscheidungen innerparteilich zustande kommen.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**AUFGEKEHRT**

**Die neue Planwirtschaft**

Plan B, das ist in Action-Filmen immer der Moment, wenn der sorgsam ausgetüftelte „Plan A“ der Helden scheitert und dann überlebensflucht oder eine blutige Gewaltorgie auf dem Programm stehen. „Plan B“, damit wird im englischsprachigen Sprachraum die „Pille danach“ bezeichnet, eine hormonelle Notbremse für verpatzte Verhütung. „Plan B“, das sind Pläne aus der bayerischen Staatskanzlei. „Plan B“ hat ein Imageproblem. „Plan B“ ist abgeschafft. Zu finden auf dem Müllhaufen der Geschichte, gleich neben dem Fünf-Jahres-Plan, den Masterplänen der Bond-Bösewichte und gedruckten Straßenplänen.

Wer A sagt, muss auch B sagen? Das gilt nicht mehr. Es heißt nun: „Wer A sagt, kann unter Umständen auch A2 sagen.“ In Zeiten der Raute steht „Plan A“ für „alternativlos“. Daran ändert auch ein „Plan A2“ nichts. „Plan A2“ will auch eigentlich gar nichts ändern. Ein „Plan A2“ dient vielmehr dazu, eine Obergrenze für innerkoalitionäre Zankerei einzuführen, eine Kontingentlösung für schweizerparteiinterne Schmähungen. In Wahlkämpfen kann ein geschickt platzierter „Plan A2“ bei der Profilbildung für Landespolitikerinnen helfen. Das ist dann ein „Plan K“ wie Klöckner. „Wer A sagt, der darf über C nicht schweigen“ ist allerdings kein deutsches Sprichwort. Und so wäre AfD-Planexpertin Beatrix von Storch vermutlich besser beraten gewesen, hätte sie bei „Anne Will“ über Merksels vermeintlichen „Plan C“ geschwiegen. Ihre Ausführungen zu dem nur in ihren alternativen Kreisen bekannten Gerücht, die Kanzlerin würde in Falle eine Rücktritts aus „Sicherheitsgründen“ nach Chile (oder Südamerika) fliehen, wirkten nämlich vor allem: planlos. *Sören Christian Reimer*

**VOR 30 JAHREN...**

**Schily gegen den Kanzler**

**24.2.1986: Verfahren wegen Falsch- aussage im Parteispenden- ausschuss**  
Wenn von Parteispendenaffäre und Helmut Kohl (CDU) die Rede ist, denkt man an den Skandal, der Ende der 1990er Jahre ans Licht kam und zu dem der Ex-Kanzler bis heute eisern schweigt – jedenfalls was die Spender angeht. Doch das Thema Kohl und Parteispenden sorgte schon Jahre vorher für



Ex-Innenminister Otto Schily (SPD) 2005

Schlagzeilen: Am 24. Februar 1986 hatte die Staatsanwaltschaft Koblenz ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl eingeleitet wegen des Verdachts auf unethische Falsch- aussage vor dem Parteispenden- ausschuss des Landtags von Rheinland- Pfalz. Die Strafanzeige hatte der damalige Grünen-Abgeordnete Otto Schily erstattet.

Die Untersuchungsausschüsse des Landtags sowie des Bundestages sollten die Affäre um verdeckte Parteispenden des Flick-Konzerns aufklären. Schily warf Kohl unter anderem vor, gelogen zu haben, als der einstige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz vor dem Ausschuss in Mainz gezeugnet hatte, die Funktion der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V.“ als Geld- und Spendenbeschaffungsanlage der Union gekannt zu haben. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler versuchte, Kohl zu verteidigen: Er habe einen „Blackout“ gehabt. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren im Mai ein, da sie nicht ausschließen konnte, dass Kohl bei der Beantwortung von Fragen einem Missverständnis unterlegen war. Auch ein zweites Verfahren, bei dem Schily Kohl eine Falsch- aussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuss des Bundestages vorgeworfen hatte, wurde eingestellt. *Benjamin Stahl*



**ORTSTERMIN: RED HAND DAY 2016**



Der Vorsitzende der Kinderkommission, Norbert Müller (Die Linke), sowie die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks (SPD), Eckhard Pols (CDU) Heiko Schmelzke (CDU) und Susann Rührich (SPD, von links) bekannten beim Red Hand Day Farbe.

**Mit Roten Händen für den Schutz der Kinder**

Großer Andrang an den roten Farbtöpfen im Paul-Löbe-Haus des Bundestages – alle wollen mit dabei sein. Die Mitarbeiter der Kinderkommission haben alle Hände voll zu tun und bestücken die gespannten Wäscheleinen. „Keine Waffen in Kinderhände“, schreibt Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) unter ihren roten Handabdruck und unterschreibt ihn dann. Die Kinderkommission des Bundestages (Kiko) hat Abgeordnete aller Fraktionen für vergangenen Donnerstag eingeladen, an der Aktion zum „Red Hand Day 2016 – ein Tag gegen Kindersoldaten“ teilzunehmen und ihren roten Handabdruck abzugeben. Mit dabei waren unter anderem Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD) und die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks (SPD) als Vertreterin von Bundesjugendministerin Manuela Schwesig (SPD). Marks bekannte, genauso wie Hunderte andere Abgeordnete und Mitarbeiter des Deut-

schen Bundestages, Farbe. Mit dabei waren auch Kinder der „Blätzlebeue-Zunft“, einem Fanfarenzug aus Konstanz. Etwa 50 Kinder und Jugendliche zwischen sieben und 18 Jahren zeigten stolz ihre roten Hände für die Fotografen. „Kinder haben ein Recht auf ein Leben ohne Gewalt“, steht unter der roten Hand der Staatssekretärin Marks. „Dafür müssen wir uns hier in Deutschland und der ganzen Welt einsetzen“, sagte sie später in ihrer Rede. Der Kiko-Vorsitzende Norbert Müller (Die Linke) freute sich über die zahlreiche Teilnahme und begrüßte alle Abgeordnete und Gäste, die die Aktion mit ihren „roten Händen“ unterstützen. In seiner Ansprache warb er dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Vorbildrolle für andere Staaten einnehmen solle und „den Schritt geht, den die Mehrheit der Staaten gemacht hat: Keine unter 18-jährigen Jugendlichen in die Bundeswehr aufnehmen“. Deutschland bilde teils noch 17-Jährige an der

Waffe aus. Müllers Wunsch ist es, die Ausbildung in der Bundeswehr erst ab der Volljährigkeit zuzulassen: „Das wäre der nächste Schritt, um Kinderrechte wirken zu lassen.“ Seit dem 12. Februar 2002 verbietet ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention, dass Jüngere unter 18 Jahren als Kindersoldaten missbraucht werden. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen gibt es trotzdem weltweit 250.000 Kindersoldaten. In fast allen aktuellen bewaffneten Konflikten werden Kinder als Soldaten eingesetzt und zum Kämpfen gezwungen. Weltweit sammeln Aktivisten rote Handabdrücke, die das Nein zur Rekrutierung von Kindersoldaten symbolisieren sollen. Die Kinderkommission leitet die gesammelten Handabdrücke an die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougi, weiter. *Aline Abboud*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 3-4 vom 18. Januar 2016, „Mit Ekel ins neue Jahr“ auf Seite 1:**  
Die erklärte Absicht, das Ausweisungs- und Sexualstrafrecht verschärfen zu wollen, bezieht sich auf die Reaktion nach einer erfolgten Tat. Aber was will man denn präventiv unternehmen? Und wann? Junge, gesunde und kräftige Männer, die sich hier langweilen, statt sich das gesuchte „bessere Leben“ in ihrer Heimat gegebenenfalls zu erkämpfen, lassen sich dadurch kaum „dämpfen“.  
*Norbert M. Borengässer, per E-Mail*

**Zum Thema Flucht und Migration im Allgemeinen:**  
Schon im Jahr 2000 hielt der französische Innenminister Jean-Pierre Chevènement eine Masseneinwanderung in die EU für wahrscheinlich. Bis zum Jahre 2050 seien zwischen 47 und 79 Millionen Einwanderer denkbar. Das sagte Chevènement mit Hinweis auf Schätzungen der Vereinten Nationen. Europa müsse eine „bestimmte Vermischung“ hinnehmen. Niemand wollte an den von ihm prophezeiten Vorgang glauben.  
*Johann Adam Stupp, Mährendorf*

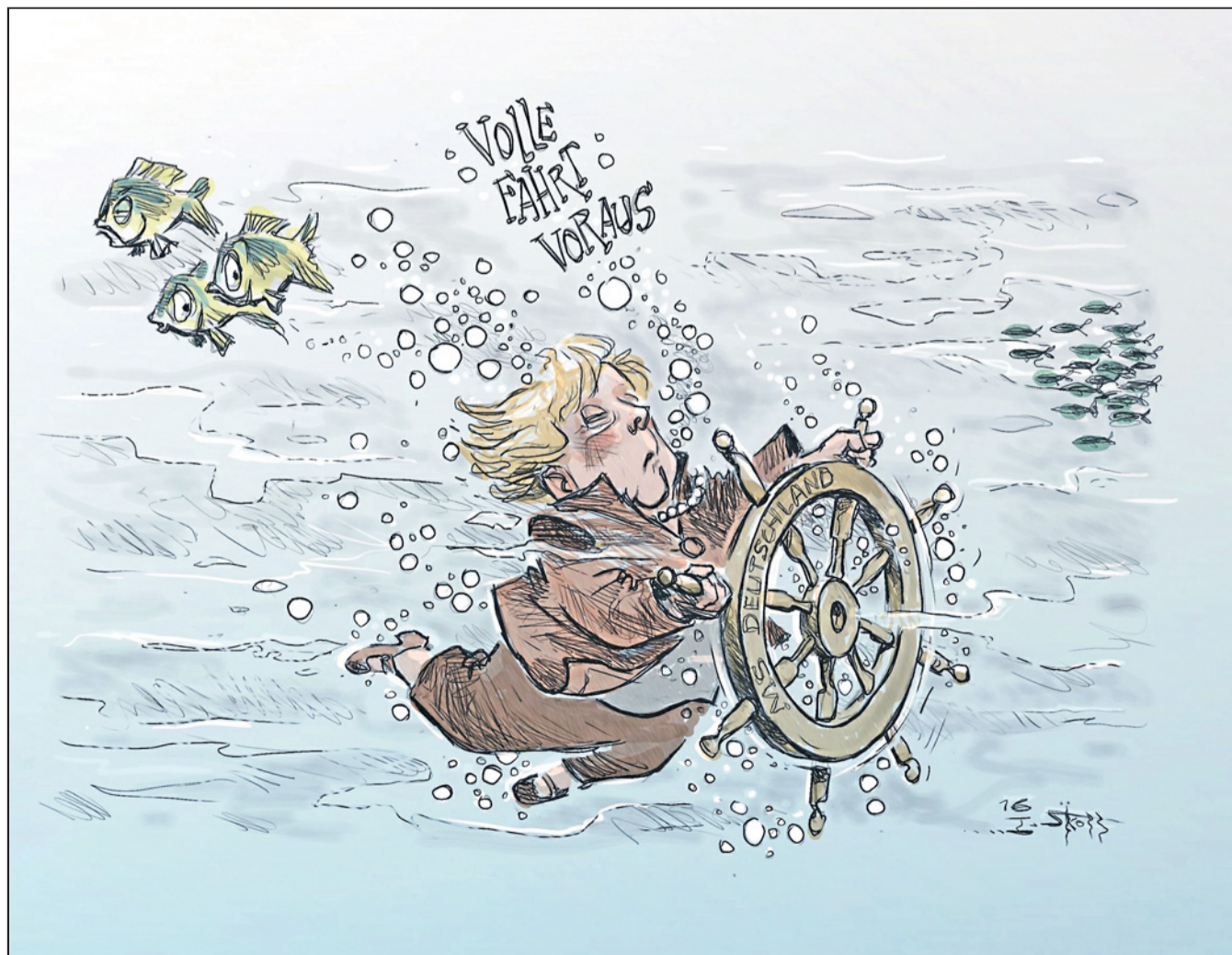
**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**  
**Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de**  
**Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.**  
**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 22. Februar.**

**Hans-Jochen Vogel zum 90.**

**geburtstag** Mit seinem Namen verbindet vor allem München den Aufstieg zur Weltstadt: Am 3. Februar vollendet Hans-Jochen Vogel sein 90. Lebensjahr. Der in Göttingen geborene Jurist, älterer Bruder von Bernhard Vogel (CDU), blickt auf eine lange und erfolgreiche Karriere zurück. Als Oberbürgermeister, als Minister, als Fraktionsvorsitzender und nicht zuletzt als Parteichef setzte er Maßstäbe. Vogel, SPD-Mitglied seit 1950, war zunächst im bayerischen Staatsdienst tätig, wurde 1958 Beigeordneter in München und stand von 1960 bis 1972 an der Spitze der Stadt. Von 1972 bis 1981 und von 1983 bis 1994 gehörte er dem Bundestag an. 1983 übernahm er den Fraktionsvorsitz und blieb bis 1991 im Amt. Als Bundesbauminister amtierte er von 1972 bis 1974 und als Bundesjustizminister von 1974 bis 1981. Von 1987 bis 1991 war er als Nachfolger Willy Brandts Parteichef. Die Rückkehr an die Macht blieb Vogel nach dem Ende der Ära Schmidt verwehrt. 1983 unterlag er als Kanzlerkandidat Helmut Kohl (CDU). Vogel zeichnete stets ein hohes bürgerschaftliches Engagement aus, etwa im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, dessen Vorsitz er von 1993 bis 2000 inne hatte. *Bernd Haunfelder*

als Fraktionsvorsitzender und nicht zuletzt als Parteichef setzte er Maßstäbe. Vogel, SPD-Mitglied seit 1950, war zunächst im bayerischen Staatsdienst tätig, wurde 1958 Beigeordneter in München und stand von 1960 bis 1972 an der Spitze der Stadt. Von 1972 bis 1981 und von 1983 bis 1994 gehörte er dem Bundestag an. 1983 übernahm er den Fraktionsvorsitz und blieb bis 1991 im Amt. Als Bundesbauminister amtierte er von 1972 bis 1974 und als Bundesjustizminister von 1974 bis 1981. Von 1987 bis 1991 war er als Nachfolger Willy Brandts Parteichef. Die Rückkehr an die Macht blieb Vogel nach dem Ende der Ära Schmidt verwehrt. 1983 unterlag er als Kanzlerkandidat Helmut Kohl (CDU). Vogel zeichnete stets ein hohes bürgerschaftliches Engagement aus, etwa im Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, dessen Vorsitz er von 1993 bis 2000 inne hatte. *Bernd Haunfelder*

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**>Anke Martiny** **Bundestagsabgeordnete 1972-1989, SPD**

Am 11. Januar starb Anke Martiny im Alter von 76 Jahren. Die promovierte Musikwissenschaftlerin, SPD-Mitglied seit 1965, gehörte von 1975 bis 1977 und von 1986 bis 1991 dem Bundesvorstand ihrer Partei an. Im Bundestag wirkte die verbraucherpolitische Sprecherin ihrer Fraktion von 1974 bis 1989 überwiegend im Wirtschaftsausschuss mit. Von 1989 bis 1991 war sie Kultursenatorin in Berlin. 1972 gehörte Martiny zu den Mitbegründerinnen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen.

**>Gertrud Dempwolf** **Bundestagsabgeordnete 1984-1998, CDU**

Am 3. Februar vollendet Gertrud Dempwolf ihr 80. Lebensjahr. Die Landfrau aus Osterode trat 1970 der CDU bei und gehörte von 1984 bis 1998 dem Landesvorstand ihrer Partei in Niedersachsen an. Von 1979 bis 1991 war sie Kreisratsmitglied. Dempwolf, die von 1994 bis 1998 als Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin amtierte, engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

**>Wolfgang Krause** **Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**

Am 4. Februar wird Wolfgang Krause 80 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Dessau trat 1954 der CDU in der DDR, war dort 1989/90 kurzzeitig Kreisvorsitzender und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Dessau-Bitterfeld arbeitete im Bundestag im Auswärtigen Ausschuss mit.

**>Bertold Mathias Reinartz** **Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**

Am 7. Februar wird Bertold Mathias Reinartz 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Notar aus Neuss, CDU-Mitglied seit 1967, war dort von 1984 bis 1999 Stadtrat und von 1987 bis 1998 Bürgermeister. Der Direktkandidat des Wahlkreises Neuss gehörte dem Rechts- sowie dem Finanzausschuss an.

**>Eckhart Pick** **Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD**

Eckhart Pick wird am 8. Februar 75 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Hochschul-lehrer trat 1963 der SPD bei und stand von 1987 bis 1995 an der Spitze des SPD-Unterbezirks Mainz. Pick, der sich vorwiegend im Rechtsausschuss engagierte, amtierte von 1998 bis 2002 als Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Justiz.

**>Konrad Gilges** **Bundestagsabgeordneter 1980-2002, SPD**

Am 13. Februar feiert Konrad Gilges seinen 75. Geburtstag. Der Fliesenleger aus Köln trat 1960 der SPD bei und stand von 1973 bis 1979 an der Spitze der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Der engagierte Direktkandidat des Wahlkreises Köln III wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit mit.

**>Walter Hirche** **Bundestagsabgeordneter 1994-2002, FDP**

Walter Hirche wird am 13. Februar 75 Jahre alt. Der Pädagoge schloss sich 1970 der FDP an, war von 1994 bis 2006 niedersächsischer Landesvorsitzender und gehörte 13 Jahre lang dem FDP-Präsidium an. Von 1986 bis 1990 und von 2003 bis 2009 amtierte er als niedersächsischer sowie von 1990 bis 1994 als brandenburgischer Wirtschaftsminister. Von 1994 bis 1998 war Hirche, der im Auswärtigen Ausschuss mitarbeitete, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesumweltministerin.

**>Dieter Lattmann** **Bundestagsabgeordneter 1972-1980, SPD**

Am 15. Februar vollendet Dieter Lattmann sein 90. Lebensjahr. Der Buchhändler und Schriftsteller, der 1969 der SPD beitrug, setzte sich in seiner parlamentarischen Arbeit vor allem für die soziale Absicherung von Künstlern und Journalisten ein. Der kulturpolitische Sprecher seiner Fraktion war Mitglied im Bildungsausschuss.

**>Roland Vogt** **Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Die Grünen**

Am 17. Februar begeht Roland Vogt seinen 75. Geburtstag. Der Jurist und Politologe aus Bad Dürkheim zählte 1979 zu den Mitbegründern der Partei „Die Grünen“. Von 2000 bis 2003 war er Landesvorsitzender in Brandenburg. Im Bundestag gehörte Vogt dem Verteidigungsausschuss an.

**>Heribert Blens** **Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CDU**

Am 19. Februar wird Heribert Blens 80 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Richter aus Köln trat 1955 der CDU bei, war von 1969 bis 1987 Ratsherr in Köln und von 1975 bis 1987 dort Bürgermeister. Blens, von 1990 bis 2002 Vorsitzender des Vermittlungsausschusses, engagierte sich fer- ner im Innenausschuss. *bmh*

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 15. – 19.2.2016**

**Regierungserklärung EU-Rat (Mi) Finanzmarktnovellierung (Do)**

**Phoenix überträgt live ab 9 Uhr**

**Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream**

Dr. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

## Massenphänomen Zwangsarbeit war für jeden sichtbar



Norbert Lammert (\*1949)  
Bundestagspräsident

**S**ehr geehrter Herr Bundespräsident! Frau Bundeskanzlerin! Herr Präsident des Bundesrates! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag! Verehrte Gäste!

Wer Unfreiheit und Willkür kennt, der weiß Freiheit und Recht zu schätzen. Die Selbstverständlichkeit aber, mit der unser Volk Freiheit und Recht erleben darf, vermittelt mitunter zu wenig Gespür für die Gefahren von Willkür und Unfreiheit.

Das ist das große Problem, vor dem jeder ... Rechtsstaat steht.

Meine Damen und Herren, mit diesem Hinweis hat der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1996 in seiner Ansprache im Deutschen Bundestag den 27. Januar zum jährlichen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt als beständige Mahnung zur Weitergabe der Erinnerung an das nationalsozialistische Unrechtsregime mit seinen entsetzlichen Ausprägungen und Folgen.

Seit zwanzig Jahren halten wir alljährlich an diesem Tag inne, dem Tag, an dem 1945 Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreiten und Menschen vorfanden, von denen jeder Einzelne ein kaum vorstellbares Maß an „Unfreiheit und Willkür“ erlitten hatte – Menschen, die, ihrer Rechte, ihrer Unversehrtheit und ihrer Würde beraubt, gequält, ausgebeutet, in den Tod geschickt werden sollten.

Fast jeder Überlebende hat seinen „Zufall“, das Besondere, Spezifische, das ihn oder sie unvermutet am Leben erhalten hat.

Das schreiben Sie, verehrte Frau

Klüger, in Ihrem autobiografischen Band weiter leben. Ihr eigener lebensrettender „Zufall“ führte Sie mit Ihrer Mutter und einer Freundin nach Christianstadt in ein heute fast vergessenes Außenlager des Konzentrationslagers Groß-Rosen in Schlesien, in dem insbesondere die deutsche Rüstungsindustrie KZ-Häftlinge erbarmungslos ausnutzte. Auch Sie waren als Kind verdammt zu Arbeitsdiensten, die für ungezählte Menschen in tödlicher Erschöpfung endeten. Der sicheren Ermordung konnten Sie so entgehen, doch dass Sie dem Tod wirklich entkommen würden, war in diesem Augenblick längst nicht ausgemacht.

Meine Damen und Herren, wir gedenken heute der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wir gedenken all der ermordeten Juden Europas, der Sinti und Roma, der kranken und behinderten Menschen, der Homosexuellen und all derer, denen ihr Recht auf Leben abgesprochen wurde, der Gequälten und Ermordeten. Wir gedenken derer, die Widerstand leisteten, die ihr Le-

ben als Andersdenkende verloren, weil sie anders dachten, weil sie sich nicht beugten und ihre politische Überzeugung, ihre Moral oder ihren Glauben nicht aufgaben. Wir gedenken der Kriegsgefangenen und Deserteure, der ungezählten zivilen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in ganz Europa, und wir gedenken in diesem Jahr insbesondere auch der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Wir erinnern an unvorstellbare Menschheitsverbrechen, an Völkermord und daran, was Menschen anderen Menschen angetan haben. Wir verneigen uns vor den Toten – und wissen zugleich um die tiefen, lebenslang schmerzenden Wunden, unter denen die Überlebenden dieser Schrecken leiden. Die Folter, schreibt Ruth Klüger, die Folter verläßt den Gefolterten nicht, niemals, das ganze Leben lang nicht.

Im Gedenken an das Leid dieser Gezeichneten, der Toten und Verwundeten, und die in deutschem Namen begangenen Verbrechen, den weit in alle Bevölkerungskreise hineinreichenden Verlust von Humanität vor Augen, bekennen wir uns dazu, wachsam gegenüber Unmenschlichkeit zu bleiben und uns gegen Ausgrenzung, gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu stellen. Diese Erwartung gilt ausnahmslos für alle, die in diesem Lande leben – für diejenigen, die hier geboren und aufwachsen sind, wie für diejenigen, die wann und warum auch immer in dieses Land gekommen sind.

Die Auseinandersetzung mit „Unfreiheit und Willkür“, mit Unmenschlichkeit, Moralverlust und den bis heute nachwirkenden Folgen des von Deutschen begangenen Unrechts ist und bleibt grundlegend für unser Land – und dies umso mehr angesichts der humanitären Herausforderungen, vor denen wir bei uns, in Europa und in der Welt derzeit stehen.

Meine Damen und Herren, als die Alliierten 1945 die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald, Dachau, Neuengamme, Bergen-Belsen, Groß-Rosen, um nur einige zu nennen, befreiten, stoppten sie eine historisch beispiellos grausame Tötungsmaschinerie. Gerettet wurden zugleich

Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, denen Deutsche die Freiheit geraubt hatten, um ihre Arbeitskraft auszubeuten.

Mehr als 13 Millionen Menschen wurden innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches gezwungen, unter unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Die Anzahl derer, die in den besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten mussten, ist allenfalls vage zu schätzen. Die zur billigsten Arbeitskraft degradierten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter standen am unteren Ende der menschenverachtenden Hierarchie des NS-Staates. Ihren Tod „durch Arbeit“ nahmen die Ausbeuter bewusst in Kauf.

Zunächst warb die deutsche Arbeitsverwaltung noch vermeintlich freiwillige ausländische Zivilarbeiter an, oft mit falschen Versprechungen; doch mit Kriegsbeginn etablierte sich ein System der gewaltsam durchgesetzten Zwangskriegsrekrutierung. Diese Menschen aus den vom Deutschen Reich überfallenen Ländern, besonders aus Polen und aus den Staaten der Sowjetunion, waren zur Schwerstarbeit verdammt – zur „Sklavenarbeit“, wie der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg später ausdrücklich befand. Vor allem die deutsche Industrie, die unter einem beständigen Arbeitskräftemangel litt, setzte KZ-Häftlinge, im Verlauf des Krieges ungezählte Kriegsgefangene und verschleppte Zivilisten ein. Es war ein perfides System, in dem Menschen die Wirtschaft und Rüstungsindustrie ihrer eigenen Unterdrücker am Laufen hielten.

Zwangsarbeit war in der nationalsozialistischen Diktatur ein Massenphänomen, ein vor aller

Fortsetzung auf nächster Seite



Zahlreiche Besucher nahmen an der Gedenkstunde teil.

**Wir gedenken heute der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarfersehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Augen begangenes Verbrechen. Davon profitierten alle, auch die zivilen Sparten der Wirtschaft im Deutschen Reich und in den Gebieten, die es besetzt hielt. Im Juli 1944 stellten zivile Zwangsarbeiter, zur Arbeit gezwungene Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge ein Viertel aller Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich. Zwangsarbeiter waren vor allem in der Rüstungsindustrie eingesetzt, aber auch in Bäckereien oder Gärtnereien und ganz wesentlich in der Landwirtschaft. Darüber informiert eine Ausstellung, die wir heute Morgen im Paul-Löbe-Haus eröffnet haben. Sie arbeiteten für Großkonzerne wie für Handwerker, für Kirchen und Städtische Betriebe, im Bergbau wie in Privathaushalten. Und auch wenn einige der Zwangsarbeiter von einst berichteten, sie hätten im Privaten durchaus die Mitmenschlichkeit erfahren, die ihnen öffentlich verweigert wurde, so blieb es doch ein System von „Unfreiheit und Willkür“, das Arbeiter billigend Hunger, Krankheit und Gewalt oder dem Tod aussetzte.

Die Zwangsarbeit im Deutschen Reich war ein Massenphänomen und für jeden sichtbar. Kolonnen von Zwangsarbeitern zogen unter Bewachung allmorgendlich aus den Lagern in die Betriebe. Allein in Berlin gab es rund 3 000 Sammelunterkünfte – 3 000 Sammelunterkünfte! – für rund eine halbe Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Dass von ihrem unfreiwilligen Einsatz und den ausbeuterischen Bedingungen, unter denen sie arbeiten mussten, niemand gewusst habe, ist längst

widerlegt. Und doch fand die Zwangsarbeit lange nicht den ihnen Opfern gebührenden Platz in der deutschen Erinnerungskultur. Erst in den 1980er-Jahren, als in der Bundesrepublik vermehrt Geschichtswerkstätten, oft auch Schülergruppen in ihrer jeweiligen Nachbarschaft auf Spurensuche gingen, gaben vielfach gerade Relikte von NS-Zwangsarbeiterlagern diesen zivilgesellschaftlichen Initiativen den Anstoß für weitere Recherchen. Sie trugen letztlich dazu bei, den gängigen wie apologetischen Mythos zu widerlegen, man habe doch „von alledem nichts gewusst“.

Das Bedürfnis nach einer offiziellen Anerkennung des Leids von Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern war damit noch lange nicht gedeckt. Bis deutsche Unternehmen, die von Zwangsarbeit erheblich profitiert hatten, dazu bereit waren, Verantwortung zu übernehmen, vergingen viele Jahre bis zur Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die mit der Zahlung von symbolischen Ausgleichsleistungen betraut wurde, durch eine Entscheidung des Bundestages im Jahre 2000. Damals schon kam das für die meisten der ehemaligen Zwangsarbeiter zu spät. Doch konnten immerhin an mehr als anderthalb Millionen Menschen aus Russland, Polen, der Ukraine, Weißrussland, den baltischen Staaten, Tschechien und anderen Ländern Entschädigungen aus dem halb staatlich, halb privatwirtschaftlich finanzierten Stiftungsvermögen gezahlt werden. Und mit der 2011

neu gefassten Anerkennungsleistung für einstige Arbeit in den Ghettos und der im Mai vergangenen Jahres beschlossenen Zahlung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene konnten weitere Opfer berücksichtigt werden. Wir sind uns gleichwohl der nicht wieder gutzumachenden Tatsache bewusst, dass Zwangsarbeit letztlich ohne Gegenwert blieb. „Entschädigung“ kann nicht mehr als eine Geste sein, ein Zeichen an die wenigen Überlebenden, dass wir ihre Qualen nicht vergessen haben und ihre Geschichte ein Teil unserer Geschichte ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir Gedenken ernst nehmen, so müssen wir jeder Zeit, dann müssen wir jeder Generation zugestehen und zumuten, eigene Fragen zu stellen und ein jeweils eigenes Gedenken zu entwickeln kein Vergessen, sondern Erinnern, neues Mitfühlen, Mitdenken. Wer aber „mitfühlen, mitdenken will, braucht Deutungen des Geschehens“, schreiben Sie, verehrte Frau Klüger, in Ihrer Biografie. Gerade Menschen, die zwei, drei oder inzwischen vier Generationen nach der Befreiung von Auschwitz geboren oder aber in einer kulturellen Tradition groß geworden sind, in der das Gedenken an den Holocaust im historisch-politischen Bewusstsein nicht verankert ist, sind auf Deutungen angewiesen, auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Historikern wie auf den authentischen Bericht derer, die es erlebt haben. Deshalb ist die Begegnung mit Zeitzeugen auch einer der wesentlichen Programmpunkte der

Jugendbegegnungen, zu denen der Deutsche Bundestag seit 1997 jedes Jahr einlädt.

Die diesjährigen Teilnehmer aus Deutschland sowie aus ost- und westeuropäischen Staaten setzen sich in diesen Tagen besonders mit dem Schicksal von Zwangsarbeitern auseinander. Ich möchte Sie herzlich hier im Deutschen Bundestag begrüßen und ganz besonders dankbar die Gäste unter uns, die sich als Zeitzeugen den Fragen der Jugendlichen gestellt haben. Sie ermöglichen mit ihrer jeweils eigenen, ganz persönlichen Geschichte einen unmittelbaren Zugang zur Erfahrung und dem Erleiden von Zwangsarbeit.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss dieser Gedenkstunde, nach der Ansprache von Frau Klüger, wird der RIAS Kammerchor Das Lied der Moorsoldaten anstimmen. Es ist zum musikalischen Ausdruck für den Durchhaltewillen auch unter extremen Bedingungen von „Unfreiheit und Willkür“ geworden. Bereits im August 1933 erklang es zum ersten Mal. Häftlinge im Konzentrationslager Börgermoor im Emsland sangen die Strophen, die der aus politischen Gründen inhaftierte Schauspieler Wolfgang Langhoff mit seinem gleichgesinnten Mithäftling Johann Esser verfasst und die der elsässische Kommunist Rudi Goguel vertont hatte.

Offenbar erkannte die SS zunächst weder die Brisanz noch die Eingängigkeit des Marschliedes, das innerhalb kürzester Zeit Verbreitung in den Lagern fand. Als es verboten wurde, war es längst

zur Hymne derer geworden, die, wie Wolfgang Langhoff nach seiner Flucht 1935 schrieb, „hinter Stacheldraht im eigenen Land gefangen“ waren. In diesem Lied schwingt die quälende Monotonie schwerster Fronarbeit mit. Zugleich hält es die Hoffnung wach auf ein Ende des „Winters“, auf einen Frühling, der die Rückkehr in eine befreite Welt verheißt.

Ist es bloß ein Zufall, dass auch Ihnen, verehrte Frau Klüger, das Bild von der befreienden Kraft wärmender Frühlingssonnenstrahlen half? Als es Ihrer Mutter gelang, ein altes und halb zerrissenes Schulbuch für Sie, das dürstende und hungrige Mädchen, ins Lager zu schmuggeln, trug Sie Ihre Fantasie weit: Sie lasen in jenem Lesebuch ausgerechnet Goethes Osterspaziergang – „Im Tale grünet Hoffnungsglück“. Dazu schreiben Sie in Ihrer Biografie rückblickend:

Der Rückzug des Winters ... und der Rückzug der deutschen Armee ... waren ein und dasselbe.

Verehrte Frau Klüger, ich weiß um Ihre Skepsis, Ihr Misstrauen gegenüber Ritualen öffentlichen Gedenkens. Umso höher rechnen wir Ihnen an, dass Sie dieser Einladung heute in den Deutschen Bundestag gefolgt und aus den Vereinigten Staaten angereist sind, um Ihre Worte an uns zu richten.

Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft, zu berichten, was Sie erfahren haben, und zu deuten, was das Geschehene für Sie und für uns noch heute, auch heute, heute wieder bedeutet.

(Beifall)

Dr. Ruth Klüger, Auschwitz-Überlebende, Literaturwissenschaftlerin und Autorin:

## Vom Steinbruch träume ich noch manchmal



Ruth Klüger (\*1931)  
Literaturwissenschaftlerin

Der Winter von 1944/45 war der kälteste Winter meines Lebens und blieb sicher auch unvergesslich für alle, die ihn damals im kriegerschlüchten Europa erlebten. Ich bin

jetzt 84 Jahre alt und hatte zwar noch nicht viele Winter hinter mir, ich war gerade erst 13 Jahre alt geworden, aber auch die vielen anderen, die noch folgen sollten, waren für mich nie wieder so kalt wie dieser letzte Kriegswinter. Kälte, der man hilflos ausgesetzt ist, bleibt für mich auf immer verbunden mit Zwangsarbeit im Frauenlager Christianstadt, ein Außenlager des KZs Groß-Rosen in Niederschlesien, wie es damals hieß. Heute liegt der Ort in Polen.

Bei Zwangsarbeitern denkt man an erwachsene Männer, nicht an unterernährte kleine Mädchen. Aber ich war keineswegs bemitleidenswert, im Gegenteil, ich hatte großes Glück gehabt und war stolz darauf. Denn es war mir gelungen, mich im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau im Sommer 1944 – das war eine Saison, in der die Gaskammern und Kammine im Lager auf Hochbetrieb liefen – in eine Selektion einzuschmuggeln, die arbeitsfähige Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren zum Kriegsdienst auswählte. Da hatte ich mich in eine Warteschlange gestellt und auf die Frage des amtierenden SS-Manns mein Alter, damals noch zwölf Jahre, als fünfzehn angegeben, eine sehr unwahrscheinliche Lüge, denn ich war nach fast zwei Jahren Theresienstadt unterernährt und unentwickelt. Die Lüge war mir von einer freundlichen Schreiberin, ein Häftling wie ich, fünf Minuten früher eingeflüstert worden, und ich hatte sie tapfer wiederholt. Der SS-Mann betrachtete mich

und meinte, ich sei aber sehr klein. Die Schreiberin behauptete kühn, ich hätte starke Beine: „Sehen Sie doch nur, die kann arbeiten“; er zuckte die Achseln und ließ es gelten. Einem Zufall von wenigen Minuten und einer gütigen jungen Frau, die ich nur einmal im Leben gesehen habe, verdanke und verdanke ich mein Weiterleben, denn der Rest des Transports von Theresienstadt, mit dem ich angekommen war, wurde in den nächsten Tagen vergast. Wir Ausgewählten wurden in Waggons verfrachtet und ins Arbeitslager verschickt.

Die ersten Tage in Christianstadt waren für mich der Inbegriff von Erleichterung, um nicht zu sagen Glück. Es war warm, es gab Gras und Bäume im Wald, die Luft war klar, das war eine Wohltat nach dem kadaverartigen Dunst, der in Auschwitz, von den Kaminen ausgehend, über dem Lager hing. Vor allem war die erdrückende Todesangst vorbei. Die positiven Gefühle dauerten nicht lange. Es wurde nass, dann sehr kalt. Wir wurden morgens durch eine Sirene oder

Pfeife geweckt und standen im Dunkel Appell. Stehen, einfach stehen ist mir noch heute so widerlich, dass ich manchmal aus einer Schlange ausscheide und weggehe, wenn ich schon fast an der Reihe bin, einfach weil ich keinen Augenblick länger in irgendeiner Reihe bleiben möchte.

Wir bekamen eine schwarze, kaffeeartige Brühe zu trinken, eine Portion Brot zum Mitnehmen und marschierten in Dreierreihen zur Arbeit. Neben uns lief eine Aufseherin, die uns mit ihrer Pfeife im Gleichschritt halten wollte. Alles Pfeifen nützte nichts, den Gleichschritt haben wir trotz des Ärgers der Aufseherinnen nie gelernt. Es freute mich in meinem kindlichen vorfeministischen Widerstandstrotz, dass man jüdische Hausfrauen nicht veranlassen konnte, im Schritt zu gehen. Wir waren nicht aufs Marschieren gedrillt worden. Männer konnte man leichter dazu trainieren.

Die Arbeit war Männerarbeit, wir haben den Wald gerodet, die Stümpfe schon gefällter Bäume ausgegraben und weggebracht;



auch Holz gehackt und Schienen getragen. Da sollte wohl etwas gebaut werden, was es war, wurde uns natürlich nicht gesagt und hat mich auch nicht interessiert. Es liegt im Wesen der Zwangsarbeit, dass die Arbeiter den Sinn ihrer Arbeit entweder nicht kennen oder ihn verabscheuen. Karl Marx hätte seine Freude, und hoffentlich auch sein Entsetzen, an dieser Probe aufs Exempel gehabt. Wenn eine körperliche Arbeit etwas Aufregeres, Nichtgewähltes ist, so stellt sich die Lethargie als Defensivmechanismus ein. Ich habe damals so viel Sabotage wie möglich getrieben, indem ich mir auswendig gelernte Gedichte aufsagte, aus Schwäche, aus Langweile, aber auch aus Überzeugung. Was immer in Christianstadt entstehen sollte, es kam nicht rechtzeitig zustande.

Manchmal hat man einige von uns an die Zivilbevölkerung ausgeliehen, dann saßen wir auf Dachböden und haben zum Beispiel Zwiebeln zum Aufhängen auf Schnüre gereiht. Das war besser, als im Freien arbeiten, nicht so anstrengend und vor allem weniger kalt. Die Dorfbewohner haben uns angestarrt, als seien wir Wilde. Wenn ihnen damals ein Licht aufging, was es mit den zerlumpten Häftlingen im benachbarten Arbeitslager auf sich hatte, so haben sie's nach Kriegsende verdrängt, denn da wollte niemand gewusst haben, was in den Lagern vor sich ging, noch weniger, dass man im Dorf gelegentlich davon profitiert hatte.

Manchmal mussten ich und meine Freundin Susi, eine Sechzehnjährige, in den Steinbruch, den ältesten Arbeitsplatz in Groß-Rosen, um dessentwillen dieses KZ dort überhaupt errichtet worden war. Im Steinbruch war es zum Verrecken kalt. Wir klammernten uns aneinander, aber das nützte nicht viel. Man konnte sich so gar nicht gegen die Kälte schützen, unsere Kleidung war viel zu dünn, an den Füßen hatten wir Zeitungspapier, das half, aber nicht genug, und wir hatten vereiterte Wunden an den Beinen, denn es heilte alles so schlecht. Wir sehnten uns nach der nächsten Pause, Mittagspause, dann Feierabend. Zweifel, der an Verzweiflung grenzt: Wie lange halten wir das noch aus? Hoffnung: morgen zum Lagerdienst im Lager bleiben zu dürfen, um dort sauber zu machen. Aber das war ein seltenes Privileg.

Etwa zwölf Jahre später schaue ich Susi, die meine lebenslange Wahlchwester wurde, in Kalifornien zu, wie sie mit ihren zwei kleinen Kindern im warmen Sand spielt. Die beschwichtigende, überlegene, wohlerrinnerte Stimme: „Mach dies oder jenes.“ Plötzlich sehe ich uns wie damals,

wir hocken beieinander im Steinbruch in der Kälte. Susi legt einen Arm um mich, ich wende mich weg, denn der Sand erstarrt zu schlesischem Granit, und das Kinderspiel ist düster geworden. Vom Steinbruch träum ich noch manchmal. Es ist ganz öde, ich möchte mich irgendwo wärmen, aber wo denn?

Über diese traumhafte und gestaltlose Öde habe ich später ein Gedicht verfasst, ein Landschaftsgedicht, wie ich es nannte. Es sind zusammenhanglose Traumbilder, Eindrücke eines Zustands, der Inbegriff des Arbeitslagers, wie ich es erlebte. Ich lese es vor:

Auf dunklem Abhang steht ein lichtiges Haus.

Im Steinbruch frieren Kinder. Eines hascht nach einer Eidechse, die ihm entwischt.

Ein Gesichtsloser sucht sich zum Graben hinunterzuwälzen.

Das Mädchen, die tuchbedeckte Schüssel krampfhaft haltend, läuft schluchzend ins lichte Haus. Im Steinbruch frieren Kinder in der rostigen Luft.

Unter eisernen Bäumen bücken sich wortlose Paare und sammeln metallene Frucht.

Die Mehrzahl der Frauen, darunter auch meine Mutter, arbeitete in einer Munitionsfabrik, zusammen mit verschleppten Franzosen, Männern, die besser er-

nährt wurden als wir, weil sie für diese Arbeit besser ausgebildet und daher wertvoller waren. Dafür konnten sie auch besser Sabotage treiben. Wenn sie grinsend zu den Frauen geschlendert kamen mit den Worten: „Plus de travail, les filles“, so konnte man sich darauf verlassen, dass sie eine Maschine stillgelegt hatten, indem sie die richtigen Schrauben gelockert oder sonst was Unauffälliges angestellt hatten, das die Deutschen erst finden und richten mussten. Sklaven- oder Zwangsarbeit hat ihre Tücken, und für die Nazis ist wohl oft weniger dabei herausgesprungen, als sie ursprünglich am Reißbrett errechneten. Leider immer noch zu viel.

**Die Zwangsarbeiter der Nazis waren wertlos, sie konnten sich immer noch neue verschaffen.**

Genau gesehen ist Zwangsarbeit insofern schlimmer als Sklavenarbeit, weil der leibeigene Sklave einen Geldwert für seinen Besitzer hat, den dieser verliert, wenn er den Sklaven verhungern oder erfrieren lässt. Die Zwangsarbeiter der Nazis waren wertlos, die Ausbeuter konnten sich immer noch neue verschaffen. Sie hatten ja so viel „Menschenmaterial“, wie sie es gerne nannten, so viel, dass sie es wortwörtlich verbrennen konnten.

Und erst die Frauen! Die konnten ja nicht einmal so gut arbeiten wie die Männer. Manche Männer, wie die eben erwähnten Franzosen, waren ausgebildet in Berufen, die für den Kriegseinsatz brauchbar waren. Doch die Frau-

en? Man konnte sie ruhig bis zum Verhungern ausnützen. Fast niemand im Lager menstruierte, denn dazu braucht's ein gesünderes Leben und mehr zum Essen. Sie waren vor allem Hausfrauen gewesen. Es war die Generation, die nur selten Berufe außerhalb des Haushalts ausübte. Sie waren Menschen der Mittelklasse, die Generation meiner Mutter, um die Jahrhundertwende geboren, die erzogen wurden und damit gerechnet hatten, dass die Männer in der Familie sie zeit ihres Lebens ernähren und beschützen würden. Sie hatten fast nichts zu bieten als ihre beschränkte Geschicklichkeit und die verminderte Körperkraft der Hungernden.

Ich sage „fast“, denn etwas können Frauen doch ausüben, was man als einen weiblichen Beruf bezeichnet hat, nämlich die Prostitution. In manchen Konzentrationslagern für Männer, darunter das KZ Mauthausen, das mit seinen 200 Außenlagern wie ein Emmentaler mit seinen Löchern überzog es gab nur ein Konzentrationslager in Österreich, aber, wie gesagt, viele Außenlager, gab es sogenannte „Sonderbaracken“, wo Frauen, die hauptsächlich im Frauenlager Ravensbrück rekrutiert worden waren, gewissen bevorzugten Häftlingen zur Verfügung standen. Dort, in der Sprache von Heinrich Himmlers un-nachahmlich herablassender

Menschenverachtung – Zitat Himmler -, „sollen den fleißig arbeitenden Gefangenen Weiber in Bordellen zugeführt werden“. Der Kulturwissenschaftler Robert Sommer nennt diese Situation ganz korrekt „sexuelle Zwangsarbeit“, wobei der Nachdruck auf den „Zwang“ fallen muss. Nach dem Krieg gab's sofort, und vielleicht gibt's sie heute noch immer, zahlreiche pornografische Bücher und Bändchen, die, oft bilderreich, vorgaben, die Prostitution im KZ darzustellen. Sie waren natürlich erfunden. Auf dieser Ebene, nämlich der einer zweifelhaften Unterhaltungsliteratur, war's ein Geschäft und fand Leser und Abnehmer.

Die Wirklichkeit war Lagerwirklichkeit und nicht erotisch aufreizend.

Die Frauen waren in ständiger Gefahr, geschlechtskrank oder schwanger zu werden, durch einen serienmäßigen Geschlechtsverkehr, der je höchstens 20 Minuten dauern durfte, während draußen vor der Baracke schon eine Schlange wartender Männer stand. Das ist nicht eine „Arbeit“, die man sich freiwillig aussucht, wie den missbrauchten Frauen nach Kriegsende manchmal zynisch vorgeworfen wurde. Die Prostituierten wurden später auch nicht als Zwangs-

Fortsetzung auf nächster Seite



Auschwitz-Überlebende Ruth Klüger tritt mit Bundespräsident Joachim Gauck (links) und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), gefolgt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesratspräsident Stanislaw Tillich (CDU), in den Plenarsaal ein.

Schlange wartender Männer stand. Das ist nicht eine „Arbeit“, die man sich freiwillig aussucht, wie den missbrauchten Frauen nach Kriegsende manchmal zynisch vorgeworfen wurde. Die Prostituierten wurden später auch nicht als Zwangsarbeiter eingestuft, und sie hatten keinen Anspruch auf Restitution – die sogenannte Wiedergutmachung – oder erhoben keinen solchen. Noch weniger ihre Familien, die sich ihrer schämten. Der Respekt, den man den Überlebenden der Lager, wenn nicht immer, so doch

oft, entgegenbrachte, galt für sie nicht. Erst in letzter Zeit ist ihr Schicksal genauer erforscht worden. Eine solche Diskriminierung und Vertuschung gehen natürlich auf uralte Vorurteile zurück, laut denen der Geschlechtsverkehr die Frau erniedrigt, den Mann aber stärkt. Und doch haben gerade diese gefangenen Frauen weniger für den Nazikrieg geleistet als alle anderen Zwangsarbeiter. Sie haben nur sich selbst geschadet, körperlich und seelisch. Wenn wir heute hier der Zwangsarbeiterinnen von damals gedenken, so müssen wir sie mit einschließen. Übrigens waren weder diese „fleißig arbeitenden Privilegierten“ noch die „Weiber“ jüdischer Herkunft, denn das wäre ja Rassenchande gewesen.

Zurück zu meiner eigenen Geschichte. Beim Roden und Schienenlegen hatten wir öfters Kontakt mit deutschen Zivilisten, die auch unsere Vorarbeiter waren. Einmal saß ich in einer Pause auf einem Baumstamm neben einem dicken, vierschrötigen Mann, der mich angesprochen haben muss, denn aus eigenem Antrieb hätte ich mich nicht neben ihn gesetzt. Er war neugierig, es war klar, dass ich nicht in die Vorstellungen passte, die man sich von Zwangsarbeitern machte. Ein schwarzhäufiges, verhungertes Sträflingskind, das aber einwandfreies Deutsch sprach,

noch dazu ein Mädchen, ungeeignet für diese Arbeit, eine, die in die Schule gehörte. Wie alt ich denn sei, fragte er. Ich überlegte, ob hier die Wahrheit am Platz sei. Vorsicht war geboten, denn, wie ich schon gesagt habe, die drei Jahre Altersunterschied, die ich mir angedichtet hatte, waren erst

### Er fraß mit Genuss, während er mir vom hungernden Deutschland berichtete.

kürzlich meine Überlebensstrategie gewesen. Ich weiß nicht mehr, was ich ihm antwortete, doch ich weiß, dass ich nur eine Absicht hatte: Ich hätte ihn gern dazu gebracht, mir sein Schmalzbrot zu schenken.

Das war nicht nur eine Frage des Hungers, sondern, abgeleitet vom Hunger, wäre es auch eine Leistung gewesen, wenn ich eine solche Köstlichkeit, die es im Lager selbstverständlich nicht gab, mit meiner Mutter und mit Susi hätte teilen können.

Ich beantwortete seine Fragen also mit äußerster Zurückhaltung, denn ich wollte mich nicht mit einem fremden Deutschen aufs Glatteis begeben. Er hingegen erzählte mir, auch die deutschen Kinder gingen jetzt nicht mehr zur Schule, die würden jetzt alle eingezogen. Das Schmalzbrot habe ich nicht gekriegt. Er schnitt mir zwar einen Bissen davon ab, aber den konnte ich ja nur hungrig und sofort aufessen. Er fraß mit Genuss, während er mir vom hungernden Deutschland berichtete.

In seiner Erinnerung, stelle ich mir vor, war ich eine kleine Jüdin, der es gar nicht so schlecht ging, denn sie hat keine Schauermärchen erzählt, obwohl er ihr in seiner aufmunternden Art Gelegenheit dazu gab, ja sie geradezu aufforderte, über ihr Leben zu plaudern. Und Angst hatte sie in seiner Vorstellung auch keine, sonst hätte sie nicht so frisch von der Leber weg geredet. Und vielleicht benutzt er unsere Begegnung als einen Beweis, dass es den Juden im Krieg nicht schlechter ging als anderen Leuten auch.

Das nächste Mal, als ich ver-

suchte, etwas Essbares zu ergattern, war ich noch erfolgloser. Das war kurz vor Auflösung des Lagers, als wir schon die Geschütze der Sowjetarmee hörten und die Arbeit eingestellt worden war. Letzteres war eine Erleichterung: keine Arbeit mehr. Doch es gab jetzt so wenig zu essen, dass ich an nichts anderes mehr denken konnte als an Nahrung. Wenn ich meine Tagesration bekam, schlug ich die Zähne ins Brot, als müsste ich das ganze Stück auf einmal in den Mund stopfen. Ganz selten sah ich mich wie von außen und schämte mich.

Eines Abends hörte ich von Susi, dass an der Hintertür der Küchenbaracke irgendwelche Abfälle verschenkt würden, die die Köchinnen gerne den Kindern geben wollten. Ich lief hin, es kamen noch ein paar andere Frauen, ich wurde ungeduldig, stieg die paar Stufen zum Barackeneingang hinauf, die anderen hinter mir her, und lief den beleuchteten Gang entlang, der zur Hintertür der Küche führte. Da öffnete sich eine Seitentür, ein langer SS-Mann kam heraus, der ruft mich, ich steh vor ihm, Essgeschirr in der Hand. Er fragt, was ich will, ich sag's ihm: „Es soll hier noch Reste zum Verteilen geben.“ Er sagt so was wie: „Jetzt geben Sie man acht!“ – mit unvergesslich preußischer Aussprache für mein Wiener Ohr. Ich denke noch immer, er lässt mich passieren, denn er wird doch nicht wollen, dass man etwaige Reste wegwirft, doch nicht bei dieser Hungersnot, und da schlägt er mir schon mit voller Wucht ins Gesicht. Ich taumle nach hinten, den ganzen Gang entlang, schlage mit dem Kopf auf, die Holzpantinen fallen mir von den Füßen, das Essgeschirr aus den Händen. Susi hilft mir auf, wir gehen zurück zu unserer Baracke, auf dem Weg schimpfe ich wie ein Rohrspatz: „Es wird ihn schon noch erwischen, den Kerl, der mich geschlagen hat, früher oder später erwischt's ihn.“

Jahrzehnte später in Göttingen höre ich einem Mann im Rentneralter zu, wie er in Schmidt's Drogeriemarkt sich gegenüber einer Verkäuflerin den Mund über die schmarotzenden Ausländer aus Polen zerreißt. „Die Ausländer, die sollt' man vergasen und die Politiker gleich dazu“, meinte er. Der Satz trifft mich wie jener Schlag ins Gesicht in Christianstadt. Ich schau hin zu ihm, schätze sein Alter, ja, der ist alt genug, der könnt's gewesen sein. Und erwischt hat's ihn und seinesgleichen offenbar nicht. „Solche Sprüche“, sage ich beklommen zu ihm, wir sehen uns in die Augen, Freunderl, wir kennen uns. Da sagt er mit festem höhnischem Blick: „Ja, ja, Sie haben schon richtig gehört.“

Das Lager Christianstadt wurde Anfang 1945 aufgelöst und die Häftlinge in ein weiteres, nämlich nach Bergen-Belsen, überführt. In den ersten paar Tagen ging der Transport zu Fuß, dann wurde er in einen Zug verladen, wie ich erst nach dem Krieg erfuhr, denn da waren wir nicht mehr dabei. Meine Mutter, Susi und ich sind am zweiten Abend, als wir noch im Freien waren und es dunkel wurde, geflohen – und haben überlebt. Aber das ist schon eine andere Geschichte.

Wenn die deutsche Zivilbevölkerung später beteuerte, sie hätte nichts über den Massenmord gewusst, so kann man sich darüber streiten, ob das stimmt, doch die massenhafte Ausbeutung durch Zwangsarbeit war sehr wohl bekannt. Viele Jahre später, als ich oft in Deutschland war und auch wieder viele Freunde hier hatte – und noch habe -, stieß ich gelegentlich auf Menschen, deren Familien Zwangsarbeiter während der Nazizeit im Hause hatten. Meine Freunde erinnerten sich an diese verschleppten Menschen mit Behagen, oft auch mit Zuneigung. Die hatten's gut bei uns. Die haben mit uns Kindern gespielt und gelacht und gesungen. Die wohlmeinenden Erzähler wussten nichts oder wollten nichts wissen, von der wachen Zurückhaltung, dem Misstrauen, der Verachtung oder dem Neid, der Über- oder Unterschätzung des Feindes, die in diesen unbezahlten Haushaltshilfen gesteckt haben müssen. Und wenn es einigen von denen doch manchmal im Feindesland gemütlich wurde und sie mit den Feinden sympathisierten, so hatte der Feind sie ja untergekriegt, und sie hatten ein Stück ihrer Identität aufgegeben.

Wenn die damaligen deutschen Kinder, inzwischen Erwachsene, die für mich diese Erinnerungen auskramten, diesen Konflikt nicht wahrhatten, so kommt das daher, dass keiner sich so ohne weiteres als Feind sieht. Der Feind ist immer der andere, wie könnte man selber ein Feind sein, besonders wenn man lieb zu Fremden und der Augapfel der Eltern ist. Man vermied das Wort „Zwangsarbeiter“, wenn man von ihnen sprach, und man zuckte zusammen, wenn ich mich nicht scheute, auch das Wort „Sklavenarbeit“ in den Mund zu nehmen.

Zum Beispiel in Oldenburg, da hielt ich einen Vortrag an der Universität über ein literarisches Thema – ich glaube, es war über Kleist und den Sklavenaufstand im heutigen Haiti, in San Domingo, eine

seiner großen Novellen. Nachher beim Wein erzählte eine pensionierte Studienrätin, Gastarbeiter hätten während des Kriegs auf dem Bauernhof, wo sie aufwuchs, gearbeitet. „Die waren nicht zu Gast“, sage ich stur, „die waren Zwangsarbeiter.“ „Ja, ja“, erwidert sie, in Erinnerung versunken, „Kriegsgefangene waren das, Polen.“ Ich lass nicht so leicht locker. „Auch keine Kriegsgefangenen“, sage ich, „der Krieg mit Polen war längst zu Ende, der hat nicht lange gedauert, Zivilisten waren das, Verschleppte, auch Frauen, die zu Hause ihre eigenen Familien hatten.“ Sie sieht mich ernst an, und ich denke noch, die ist ein gutmütiger Mensch, als ich es bin, denn sie ist nicht so aggressiv verbissen wie ich. „Ja, ja, Zwangsarbeiter“, sagt sie, „wie traurig, ein Pole und eine Polin.“ Aber der Mann, der Pole, der sei gar nicht hasserfüllt gewesen, sondern hätte ihnen ein Pferd, das polnische Banden gestohlen hatten, wieder besorgt. Versöhnlich sei er gewesen. – Immerhin, ich hab sie dazu gebracht, zuzugeben, dass es da etwas zum Versöhnen gab.

Verehrtes Publikum, ich habe jetzt eine ganze Weile über moderne Versklavung als Zwangsarbeit in Nazi-Europa gesprochen und Beispiele aus dem Verdrängungsprozess zitiert, wie er im Nachkriegsdeutschland stattfand. Aber eine neue Generation,

nein, zwei oder sogar drei Generationen sind seither hier aufgewachsen, und dieses Land, das vor 80 Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war, hat heute den Beifall der Welt gewonnen, dank seiner geöffneten Grenzen und der Großzügigkeit, mit der Sie syrische und andere Flüchtlinge aufgenommen haben und noch aufnehmen.

Ich bin eine von den vielen Außenstehenden, die von Verwunderung zu Bewunderung übergegangen sind. Das war der Hauptgrund, warum ich mit Freude Ihre Einladung angenommen und die Gelegenheit wahrgenommen habe, in diesem Rahmen, in Ihrer Hauptstadt, über die früheren Untaten sprechen zu dürfen, hier, wo ein gegensätzliches Vorbild entstanden ist und trotz Hindernissen, Ärgernissen, Rückschlägen und Zweifeln noch weiter entsteht, mit dem schlichten und dabei heroischen Slogan: Wir schaffen das.

Ich danke Ihnen für diese Einladung.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)



Der RIAS-Kammerchor sang zum Abschluss der Gedenkstunde nach den Texten von Johann Esser und Wolfgang Langhoff und der Vertonung von Rudi Goguel die „Moorsoldaten“.

© DBT/Achim Melde

Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2016 / 152. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 28. Januar 2016

Sigmar Gabriel, SPD, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

## Die Wachstumsphase setzt sich fort



Sigmar Gabriel (\*1959)  
Bundesminister

Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt erneut, dass Deutschland gerade eine langanhaltende Phase des Wachstums und der Prosperität erlebt. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft geht in das dritte Jahr. Nach den Jahren 2012 und 2013 mit nur 0,4 Prozent und 0,3 Prozent hatten wir 2014 1,6 Prozent und 2015 1,7 Prozent Wirtschaftswachstum, und 2016 wird mit einem Wachstum in der gleichen Größenordnung – 1,7 Prozent – gerechnet. Das zeigt, dass sich die Wachstumsphase fortsetzt. Aber wichtiger ist: Es setzt sich auch der Aufbau von Beschäftigung in Deutschland zu vernünftigen Löhnen fort.

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland war noch nie so hoch. Für 2016 ist prognostiziert, dass wir einen Beschäftigungsaufbau von 380 000 Personen haben werden. Für 2017 wird mit knapp 300 000 weiteren Beschäftigten gerechnet. Wir erreichen damit im laufenden Jahr 43,3 Millionen Erwerbstätige und im Jahr 2017 43,7 Millionen Erwerbstätige. Eine solche Zahl gab es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie.

Gleichzeitig sinkt die Arbeitslosigkeit. Wir haben schon im letzten Jahr die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung verzeichnen können. Besonders wichtig ist, dass die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse mit plus 540 000 deutlich zunimmt und ein Rückgang der Zahl geringfügig Beschäftigter um 90 000 Personen zu verzeichnen ist. Löhne und Gehälter steigen aufgrund der guten Rahmenbedingungen und entsprechender Tarifverhandlungen an: um 2,3 Prozent in 2015, um 2,6 Prozent in 2016. Aufgrund des

niedrigen Ölpreises sind auch die Realeinkommen erstmals seit vielen Jahren um durchschnittlich 2,2 Prozent gestiegen. Das heißt, der Wohlstand und das Wachstum kommen bei den Menschen in Deutschland an. Ich finde, es ist gerade in diesen Zeiten wichtig, auch das einmal laut und öffentlich zu sagen, meine Damen und Herren.

Unsere Unternehmen sind wettbewerbsfähig und unsere Staatsfinanzen solide. Deutschlands Wirtschaft steht damit fast allein. Angesichts der geopolitischen Risiken, die es gibt, der Schwierigkeiten in China und Lateinamerika, der Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine, des Krieges im Nahen Osten und des nur langsamen Zusammenwachsens Europas ist es doch erstaunlich – ich finde, das darf dieses Land auch stolz auf sich selber machen –, was dieses Land in dieser Zeit zu leisten in der Lage ist und wie gut die wirtschaftliche, aber auch die soziale Situation in unserem Land ist.

Das heißt aber nicht, dass wir so tun, als gäbe es nicht auch in unserem Lande Probleme und Schwierigkeiten. Ich erinnere an Alleinerziehende, Familien, Rentnerinnen und Rentner, die 40 Jahre gearbeitet haben und am Ende ihres Arbeitslebens nicht einmal eine Rente auf Sozialhilfeniveau bekommen.

– Das liegt unter anderem daran, dass wir es noch nicht geschafft haben – was wir in dieser Koalition aber machen werden –, eine solidarische Lebensleistungsrente einzuführen, sodass der, der 40 Jahre gearbeitet hat, mehr bekommt als derjenige, der nicht gearbeitet hat.

Ich erwähne diese Zahlen deshalb, weil es einen merkwürdigen Kontrast gibt zwischen einerseits der gefühlten Stimmung im Land und manchmal auch der politischen Hysterie, die wir erleben, und andererseits dieser exzellenten wirtschaftlichen und sozialen Situation, die wir in unserem Land vorfinden. Ja, die Herausforderung, mehr als 1 Million Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, ist riesig. Ja, nicht alles läuft dabei perfekt; ja, manchmal machen wir dabei auch Fehler. Manchmal streiten wir auch. Manchmal sind Dinge auch nicht

so schnell ins Lot zu bringen, wie wir uns das wünschen. Ich hoffe, wir schaffen am heutigen Tag wieder einen deutlichen Schritt nach vorn. Man kann aber nun wirklich nicht sagen, dass dieses Land handlungsunfähig sei, dass wir die Kontrolle über das Land verloren hätten und dass jeden Tag aufs Neue das Chaos ausbreche. Wenn man die Zeitungen, die Medien und die Briefe, die man erhält, liest, muss man den Eindruck haben, dass wir in einem Land leben, das überall funktionsunfähig geworden ist. Das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren: Wir sind eines der am besten aufgestellten Länder Europas.

Noch einmal: Nicht alles ist perfekt. Manches machen wir auch falsch. Das liegt übrigens daran, dass wir Menschen sind und dass wir nicht vorhersehen konnten, vor welche Herausforderungen man gestellt wird, wenn 1 Million Zuwanderer im Jahr zu uns kommen. Manchmal arbeiten auch die Behörden nicht gut genug. Das liegt auch daran, dass sie nicht genug Personal haben, dass wir in der Vergangenheit zu viel auf das Einsparen von Lehrer- und Polizeistellen gesetzt haben, was wir jetzt wieder ändern werden.

Deshalb darf man aber doch nicht eine Krise der Demokratie, der Republik und auch nicht der Koalition herbeireden oder herbeischreiben. Das alles gibt es nicht, meine Damen und Herren. Wir haben ein stabiles Land, eine stabile Bundesregierung, ein Land, das ungeheuer kräftig ist und das die Möglichkeiten hat, das zu schaffen.

– Herr Krischer, als ich mir überlegt habe, diese Sätze zu sagen, wusste ich, dass Leute wie Sie darüber lachen und sagen: Schaut euch doch einmal den Streit in der Bundesregierung an. – Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Zur Demokratie gehört auch Streit. Ihre Partei hat einmal dafür gefochten.

Ihre Partei ist großgeworden mit der Aussage, dass man unterschiedliche Meinungen auch öffentlich aussprechen darf. Heute halten Sie das für ein Zeichen von Regierungsunfähigkeit.

Ich finde es auch nicht beleidigend, was an mancher Stelle der Debatte in der Union stattfindet.

Wir müssen aufhören, der Öff-

fentlichkeit vorzumachen, dass man bei einer der größten Herausforderungen unserer Zeit nicht auch in den Parteien zu unterschiedlichen Positionen in den Diskussionen kommen kann. Das Problem ist nicht, dass wir an einzelnen Stellen unterschiedlicher Auffassung sind. Das Problem ist vielmehr, dass wir dabei ein Bohei daraus machen, als wären wir mitten in einer Staatskrise. Das sind wir nicht.

Ich sage das deshalb, weil von dieser Art der Debatte, von der Überzeichnung ganz normaler politischer Diskussionen, nur die profitieren, von denen keiner hier im Parlament will, dass sie demnächst in Parlamenten sitzen.

Warum sind sie keine Alternative für Deutschland? Weil sie diese wirtschaftliche Entwicklung ruinieren würden, weil das Leute sind, die sich gegen den sozialen Ausgleich stellen, nicht für den Zusammenhalt der Gesellschaft einstehen und sich obendrein auch noch häufig rassistisch verhalten und übrigens nicht selten das sind, was wir früher einmal „Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung“ genannt haben.

Ich trete nicht dafür ein, dass wir nicht unterschiedliche Auffassungen debattieren.

Das ist notwendig. – Ich weiß, dass es für Sie ganz schwer ist, eine ernsthafte Debatte zu führen, weil Sie den Eindruck haben, nur bei hohen Wellen wahrgenommen zu werden. Ich sage Ihnen: Das ist nicht so. Sie werden auch wahrgenommen, wenn Sie ernsthaft diskutieren und handeln.

– Wenn Sie möchten, kann ich Cem Özdemir auch gerne einmal wörtlich zitieren. Sie können dann ja hierherkommen und sagen, was Sie davon halten.

Ich glaube, unterschiedliche Auffassungen zu haben, ist nicht das Problem. Wir müssen vielmehr aufpassen, dass wir nicht ein Zerrbild unseres Landes zeichnen. Dieses Land wird nicht durch rechtsradikale Brandstifter gekennzeichnet, auch nicht durch kriminelle Ausländer. Deutschland ist ein handlungsfähiger Staat, ein sehr starkes und sehr stabiles Land, das in der Lage ist, vieles zu bewältigen, wie kein anderes Land der Erde es in dieser Weise tun könnte. Das ist das Land, von dem wir reden.

Weil man das so schnell vergisst, will ich noch einmal in Erinnerung rufen, was wir schon geschafft haben: Wir haben den Ländern und Kommunen im letzten Jahr 6 Milliarden Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gegeben, und wir alle ahnen, dass das

in Zukunft eher noch mehr werden wird. Wir haben dafür gesorgt, dass mit hoher Geschwindigkeit Entscheidungszentren aufgebaut wurden. Wir haben das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in kurzer Zeit nicht nur personell aufgestockt, sondern auch noch mit der Bundesagentur für Arbeit verzahnt. Wir haben die ersten Arbeitsmarktprogramme aufgelegt und uns um die Unterbringung gekümmert; auch die Kommunen haben Phantastisches geleistet.

Ich könnte diese Liste fortsetzen. Denken Sie zum Beispiel daran, wie wir mit der Gesundheitsversorgung umgehen.

Natürlich haben wir einige Probleme noch nicht gelöst, beispielsweise die Frage, wie wir mit dem Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige umgehen. Das sind Menschen, die nicht aus Bürgerkriegsgebieten kommen, die nicht unmittelbar gefährdet sind, aber die wir aus humanitären Gründen nicht abschieben. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir eine gute Chance haben, das heute zu klären. Angesichts der Zahlen, über die wir dabei reden, ist das eher eine Randfrage; aber es wird als Beispiel genutzt, um zu zeigen, wir seien angeblich handlungsunfähig. Deswegen ist es wichtig, dass wir dies heute klären.

Noch einmal: Es ist nicht alles perfekt; aber wir haben das Erreichte ohne Verteilungskämpfe in diesem Land geschafft. Wir haben niemandem etwas weggenommen, damit wir das schaffen können. Es ist nicht zu sozialen Auseinandersetzungen gekommen. Im Gegenteil: Wir legen Wohnungsbauprogramme auf, die allen dienen werden, die in den Großstädten nach bezahlbaren Wohnungen suchen.

Keine Verteilungskämpfe, trotzdem solide Finanzen und eine wirklich exzellente Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – ich finde, das kann uns Mut geben für das, was wir noch schaffen müssen.

Wir haben im letzten Jahr im Wesentlichen über Unterbringung geredet. Jetzt ist die Zeit, über Integration und eine nachhaltige Integrationsstruktur zu sprechen.

Wir brauchen soziale Investitionen, und zwar wieder nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle, die in Deutschland beispielsweise auf der Suche nach einem Ganztagschulplatz sind oder noch keinen Platz in einer Kindertagesstätte gefunden haben.

Aber es geht auch darum, dass

Fortsetzung auf nächster Seite

wir ganz generell über die Frage sprechen: Was ist nötig, damit sich diese wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren fortsetzt? Die Spannungen in unserem Land sind nämlich nur dann beherrschbar, wenn wir auch in Zukunft Verteilungskonflikte vermeiden. Dafür sind eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und ein hoher Beschäftigungsstand von großer Bedeutung. Deswegen schlagen wir vor, in unserem Hause darüber zu debattieren: Was können wir tun, um den Schritten, die wir zur Stärkung der Investitionstätigkeit schon gemacht haben, weitere folgen zu lassen? Auch da hat die Koalition schon viel geschafft. Immerhin sind die Investitionen des im letzten Jahr beschlossenen Haushalts 20 Prozent höher als die im Jahr 2014; wir liegen da jetzt nahe an 30 Milliarden Euro. Wir haben den OECD-Durchschnitt, 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu investieren, inzwischen fast erreicht. Wir haben die Städte und Gemeinden in dieser Legislaturperiode um 20 Milliarden Euro entlastet, damit sie wieder investieren können, weil die Kommunen die Hauptträger öffentlicher Investitionen sind, nicht Bund oder Länder. Wir werden Länder und Kommunen bis 2018 um sage und schreibe 45 Milliarden Euro entlasten, ein Riesenschritt zur Verbesserung der kommunalen Investitionstätigkeit.

Also: Wie gehen wir auf diesem Weg weiter? Ein Thema ist natürlich der Breitbandausbau. Der Kollege Dobrindt hat das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2018 eine Übertragungsgeschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde bereitzustellen.

Wir alle wissen: Das ist ein wichtiges Ziel. Aber es ist nur ein Zwischenziel, um zu einem wesentlich schnelleren Netz in unserem Land zu kommen, weil wir nur so an den digitalen Geschäftsmodellen teilhaben können.

Wir sind dabei, den digitalen Ordnungsrahmen neu aufzustellen: in Europa mit der Datenschutz-Grundverordnung und bei uns, indem wir das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen novellieren und uns fragen: Können wir eigentlich zulassen, dass die Giganten auf den Datenmärkten immer größer werden und marktbeherrschende Stellungen erreichen?

Wir kümmern uns um die Frage, wie wir den Mittelstand in Deutschland stärker an das Thema Digitalisierung heranbringen. Das Ziel sind fünf Kompetenzzentren – plus eines für das Handwerk – für die Digitalisierung im Mittelstand. Wir digitalisieren auch die Energiewende. Das heißt, wir sind auch da auf dem Weg. Klar, wir haben noch eine Menge zu tun.

Aber die Bundesregierung hat hier in den letzten zwei Jahren vieles auf den Weg gebracht.

Wir sind auch beim Thema „Start-up und Venture Capital“ weitergekommen. Es gibt ein vorbörsliches Segment. Wir haben Eckpunkte für ein Venture-Capital-Gesetz erarbeitet. Wir haben 2 Milliarden Euro mehr für Investitionen in unserem Land zur Verfügung gestellt. Auf all den Feldern, auf denen wir unterwegs sein müssen, um die Investitionstätigkeit weiter anzuregen, um Start-ups und Gründerzeit zu fördern und die öffentliche Infrastruktur zu verbessern, hat die Bundesregierung bereits vieles auf den Weg gebracht.

Wir haben ein Bürokratienteilungsgesetz verabschiedet, das mit einer Einsparung von immerhin 1,4 Milliarden Euro Wirkung zeigt. Wir sind beim Bürokratiedex zum ersten Mal unter dem Ausgangswert 100, also unterhalb des Wertes, bei dem wir gestartet sind; wir haben die Bürokratie nicht ausgebaut.

Ich finde, wir können auch relativ stolz auf das sein, was wir im Bereich der Energiemärkte inzwischen geschafft haben. In nur zwei Jahren haben wir die verschiedenen Teile der Energiewende ineinandergreifen lassen, die losen Fäden miteinander verknüpft. Wir bringen jetzt Verlässlichkeit und Planbarkeit in die Energiepolitik in Deutschland zurück.

Meine Damen und Herren, all das sind Bedingungen, die dieses Land in den kommenden Jahren nutzen kann, um seinen wirtschaftlichen Aufschwung fortzusetzen. Natürlich gibt es auch auf einigen Feldern Beratungsbedarf. Wenn wir stolz darauf sind, dass unser Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bei 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, während andere Europäer nur einen Anteil von 2 Prozent aufweisen, dann kann ich nur sagen: Das ist eine optische Täuschung.

Unsere Wettbewerber in Südkorea oder Asien haben sich 4 bis 4,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zum Ziel gesetzt. Davon sind übrigens immer 80 Prozent private Investitionen und nicht öffentliche. Das heißt: Was können wir tun, um gerade im Mittelstand die Investitionen in Forschung und Entwicklung zu befördern?

Mich hat sehr beunruhigt, dass im letzten Jahr die Investitionen in Forschung und Entwicklung gerade im Mittelstand deutlich zurückgegangen sind. Das ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Deswegen wird die Koalition darüber zu beraten haben, wie wir die Investitionstätigkeit in den kommenden Jahren besser fördern können. Die Debatte geht zwischen Projektförderung und

steuerlicher Forschungsförderung hin und her. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns da verständigen; denn auf Dauer können wir uns nachlassende Forschungsinvestitionen gerade im Mittelstand mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit nicht leisten, meine Damen und Herren.

Auch in der Industriepolitik gibt es, glaube ich, viel zu tun. Wir sind auch in diesem Bereich in der Diskussion, zum Beispiel über die Frage, wie wir in einer so wichtigen Leitindustrie wie der Automobilindustrie das Thema Elektromobilität voranbringen können. Wir werden uns ohnehin in den nächsten Jahren sehr stark um die Systemverknüpfung zwischen erneuerbaren Energien und dem Mobilitätssektor bemühen müssen. Man muss sich letztlich entscheiden, ob man an dem Ziel von 1 Million Elektroautos bis 2020 festhalten will. Dann brauchen wir Markteinführungsprogramme und Investitionen in Ladeinfrastruktur – ohne sie wird es nicht gehen –, und wir brauchen auch ein Beschaffungsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden. Sonst kann man dieses Ziel von 1 Million nicht erreichen. Aber wir müssen von der Industrie auch eine Gegenleistung fordern, und diese muss darin bestehen, dass die industrielle Batterieproduktion nach Deutschland zurückkommen muss. Das ist es, was wir in diesem Land schaffen müssen.

Klaus Ernst, DIE LINKE:

## Gravierende Fehlentwicklungen werden nicht angesprochen



Klaus Ernst (\*1954)  
Landesliste Bayern

Lieber Herr Minister, lieber Sigmar, in einem Punkt bin ich mit dir einer Meinung – ja, in einem Punkt –: Das ist tatsächlich ein starkes Land. Es bewältigt Probleme und sorgt dafür, dass Flüchtlinge vernünftig aufgenommen und betreut werden. Es gibt aber einen großen Unterschied: Dieses Land ist handlungs-

fähig; aber bei dieser Regierung habe ich inzwischen gravierende Zweifel, was die Handlungsfähigkeit in dieser Frage betrifft.

Da will ich gleich einmal auf die Flüchtlingskrise eingehen; du hast sie angesprochen, Sigmar. In der Regierung gibt es eine Bandbreite der Diskussion, die von der Forderung aus Bayern, die Grenzen zu schließen, bis hin zur Willkommenskultur reicht. Die Kanzlerin wird von der eigenen Fraktion angesagt; leider ist sie jetzt nicht mehr anwesend.

Aber wir wollen nicht, dass der Ausbau bzw. der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit wei-

ter fortschreitet und damit letztlich die Idee des Arbeitgebers in einer sozialen Marktwirtschaft immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Das wollen wir nicht.

An dieser Schnittstelle werden wir arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass zu der Frage, wie wir in den kommenden Jahren wettbewerbsfähig bleiben, noch mehr Themen gehören, beispielsweise auch die Frage, wie es in Europa weitergeht. Aber mir lag auch beim Jahreswirtschaftsbericht ein bisschen daran, diese doch wirklich beeindruckenden Zahlen zu nutzen, um zu zeigen, dass das Land keine Angst haben muss, dass wir nicht in einem Land leben, das unsicher über sich selber wird, dass es auch um Themen wie soziale Ungleichheit im Land geht, dass wir mehr und bessere Primäreinkommen brauchen und dass wir auch über die Steuerpolitik in diesem Land weiter diskutieren und streiten werden. Für das alles gibt es ausreichend Raum. Aber wir sollten bei solchen Debatten unseren Bürgerinnen und Bürgern im Land auch zeigen: Das ist ein verdammt starkes Land, das eine Menge kann und auf das die Menschen, die das erarbeiten, ziemlich stolz sein können.

(Anhaltender Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

ter fortschreitet und damit letztlich die Idee des Arbeitgebers in einer sozialen Marktwirtschaft immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird. Das wollen wir nicht.

An dieser Schnittstelle werden wir arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass zu der Frage, wie wir in den kommenden Jahren wettbewerbsfähig bleiben, noch mehr Themen gehören, beispielsweise auch die Frage, wie es in Europa weitergeht. Aber mir lag auch beim Jahreswirtschaftsbericht ein bisschen daran, diese doch wirklich beeindruckenden Zahlen zu nutzen, um zu zeigen, dass das Land keine Angst haben muss, dass wir nicht in einem Land leben, das unsicher über sich selber wird, dass es auch um Themen wie soziale Ungleichheit im Land geht, dass wir mehr und bessere Primäreinkommen brauchen und dass wir auch über die Steuerpolitik in diesem Land weiter diskutieren und streiten werden. Für das alles gibt es ausreichend Raum. Aber wir sollten bei solchen Debatten unseren Bürgerinnen und Bürgern im Land auch zeigen: Das ist ein verdammt starkes Land, das eine Menge kann und auf das die Menschen, die das erarbeiten, ziemlich stolz sein können.

ich mit aller Klarheit sagen.

Der Jahreswirtschaftsbericht ist verständlicherweise nichts anderes als ein Selbstlob; daran kann man nichts ändern. Aber dass man gravierende Fehlentwicklungen nicht einmal anspricht, ist wirklich ein Problem. 62 der reichsten Menschen, darunter auch sechs Deutsche, besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Eine unglaubliche Zahl! In keinem Euro-Land ist der Reichtum so ungerecht verteilt wie in Deutschland.

– Sich der Realität zu verweigern, ist bei euch nichts Neues. – Ich will euch eine Zahl nennen. Die Schweizer Bank UBS hat veröffentlicht, dass in Deutschland allein im Jahre 2014 das Vermögen derjenigen, die 30 Millionen Euro und mehr besitzen, um mehr als 200 Milliarden US-Dollar gestiegen ist.

Das entspricht ungefähr zwei

Dritteln des Staatshaushalts der Bundesrepublik.

Wie gesagt, es geht hier um den Zuwachs und nicht um das Vermögen selber. Zwei Drittel des Staatshaushalts der Bundesrepublik könnten diese reichen Menschen alleine von ihrem Vermögenszuwachs bezahlen.

Im letzten Jahreswirtschaftsbericht heißt es – ich habe das nachgelesen –:

Nach Auffassung der Bundesregierung lassen sich effizientes Wirtschaften und gerechte Verteilung in der sozialen Marktwirtschaft nicht trennen.

Ja, einverstanden! Aber dem aktuellen Jahreswirtschaftsbericht kann ich entnehmen, dass die Löhne weiterhin langsamer wachsen als die Gewinne. Die Schere wird also weiter auseinandergehen. Was ich schlichtweg vermisst, ist irgendeine Initiative, die dazu dient, die ungerechte Verteilung in dieser Republik anzugehen. Da macht die Bundesregierung nichts. Das ist Arbeitsverweigerung.

Was könnten Sie tun? Sie könnten die Leiharbeit und die Werk-

verträge vernünftig regeln. Aber was tun Sie? Sie legen ein Gesetz vor, das weit hinter den Anforderungen zurückbleibt.

Dieses unzureichende Gesetz wird von der Kanzlerin dann auch noch angeschossen. So kann man das Problem nicht lösen.

Welche Möglichkeit hätten Sie noch? Sie könnten die Vermögen vernünftig besteuern. Aber auch das machen Sie nicht. Vielmehr schonen Sie

die Vermögen der Reichen. Sie belassen es bei der ungleichen Verteilung. Damit haben Sie auch nicht das Geld, das dringend notwendig wäre, um die Flüchtlingskrise so anzugehen, wie es angemessen wäre, nämlich mit mehr Wohnungen und einer vernünftigen Ausstattung der Kommunen, die mittlerweile nicht mehr wissen, wie sie das alles finanzieren sollen. Aber nein! Die Arbeitsverweigerung dieser Regierung ist unerträglich.

Ein weiteres Thema, bei dem Sie sich weigern, es anzugehen, sind die Bruttoanlageinvestitionen. Sie

reden dauernd von notwendigen Investitionen. Schaut man aber Ihr eigenes Zahlenwerk an, Herr Gabriel, lieber Sigmar, dann stelle ich fest, dass die Investitionen des Staates im Jahre 2015 im Vergleich zu 2014 um 2,1 Prozent gesunken sind. Sie sind also nicht mehr, sondern weniger geworden. Wo bitte schön ist da die Investitionsinitiative? Wir wissen, dass jährlich 100 Milliarden Euro fehlen, um die Infrastruktur – Brücken, Straßen, Schulhäuser – in Ordnung zu bringen. Wir brauchen genügend Geld für Kindergärten. Aber die Investitionen gehen zurück. Solange ihr die Reichen schont und die schwarze Null wie eine Monstranz vor euch hertragt, euch hinter ihr versammelt und euch an den Händen haltet, so lange wird das Problem nicht gelöst werden.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, weil er so aktuell ist, betrifft die bislang nicht angesprochenen Handelsabkommen. Nun dürfen wir Abgeordnete in einem Leseraum im Wirtschaftsministerium nachschauen, was über unsere Köpfe hinweg zwischen EU und den Amerikanern vereinbart wurde. Tolle Sache! Wenn man sich genau an-

schaut, wie das laufen soll, dann haut es einem den Vogel hinaus. Frau Malmström hat im Wirtschaftsausschuss gesagt, es sei ein Bonbon für die Abgeordneten der nationalen Parlamente, dass sie die Unterlagen überhaupt ansehen dürften. Die Abgeordneten haben eigentlich nichts zu melden. Schließlich verhandelt die Europäische Union mit den Amerikanern. Dass wir die Unterlagen überhaupt ansehen dürfen, ist sozusagen ein Entgegenkommen. Dass die amerikanischen Abgeordneten mehr Rechte haben, einen tieferen Einblick nehmen, ihre Mitarbeiter mitnehmen und darüber diskutieren können, was in den Abkommen steht, liegt daran, dass diese in die Verhandlungen einbezogen sind. Bei uns ist es ein Entgegenkommen, und deshalb sind die Regelungen für uns anders.

An welcher Stelle sind jetzt die Regelungen anders? Die Unterlagen sind ausschließlich in Englisch, man muss sein Handy abgeben, offensichtlich ist ein Sicherheitsbeamter dabei, der einem über die Schulter schaut. Es wird registriert, was man anguckt; es gibt auch keine Papiere, sondern alles kann nur am Computer an-

gesehen werden, meine Damen und Herren. Selbstverständlich ist alles geheim, und man darf nichts sagen. Die Geheimhaltung bei diesen Abkommen wird nicht verändert. Die Bürgerinnen und Bürger werden nach wie vor ausgeschlossen. Der Hammer ist, dass selbst die Regelungen, die jetzt beschlossen wurden und unter denen wir Abgeordnete uns die Papiere ansehen dürfen, zur Verschlussache erklärt wurden. Auch darüber dürfen wir nicht sprechen. Ja, meine Damen und Herren, wo leben wir denn eigentlich? Ich kann sagen: Ich weiß nicht, ob ich das so auf mir sitzen lasse, ob ich nicht tatsächlich darüber informiere, welche Regelungen die Abgeordneten zu beachten haben, wenn sie das einsehen. Das hat mit Geheimhaltung nichts zu tun. Das gehört an die Öffentlichkeit; denn da geht es nicht um die Inhalte von irgendwelchen Verhandlungen, sondern da geht es darum, wie die Abgeordneten gegängelt werden, sodass sie diese Sache nicht ordentlich behandeln können.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

## Wir sollten keine neue Lohnbürokratie aufbauen



Michael Fuchs (\*1949)  
Wahlkreis Koblenz

Der Flüchtlingsstrom ist sicherlich eine der größten Herausforderungen, die dieses Land jemals zu bewältigen hatte, und wir haben erhebliche Mühen, um das Thema in den Griff zu bekommen. Wenn wir diese Herausforderungen meistern wollen, dann müssen wir allerdings auch wirtschaftliche Stärke haben, und wenn wir diese wirtschaftliche Stärke nicht haben, dann werden wir Probleme bekommen.

Gott sei Dank – der Wirtschaftsminister hat das völlig zu Recht dargestellt – ist unsere Situation

gut. Ja, sie ist sogar sehr gut und war eigentlich nie so gut wie jetzt. Dass wir auch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit so gut aufgestellt sind wie noch nie, das muss man einfach anerkennen. Das ist hervorragend.

Aber – dieses Aber sollten wir uns merken – wir haben eine Menge an exogenen Faktoren, die unsere wirtschaftliche Großwetterlage positiv beeinflussen, die wir nicht außer Acht lassen können und die sich auch in kürzester Zeit verändern können. Ich will einmal folgende Punkte nennen: Der niedrige Ölpreis ist mit Sicherheit nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger eine erfreuliche Sache, sondern natürlich auch für die Unternehmen. Die niedrigen Zinsen sind es genauso, auch wenn man da schon Zweifel haben kann, ob sie nicht in dem einen oder anderen Fall eher kontraproduktiv sind. Und wir haben einen Euro, dessen Kurs gegenüber dem Dollar sehr niedrig ist. Da gibt es enorme Windfall Profits für unsere Unternehmen, die in den Dollar-Bereich hinein exportieren. Das sollten wir nicht vergessen.

Es ist aber nicht garantiert, dass

das unbedingt immer so bleibt. Im Gegenteil: Das kann sich von heute auf morgen ändern. Darauf haben wir keinerlei Einfluss.

Diese ökonomische Schönwetterlage, die wir momentan haben, ist erfreulich. Aber wir müssen darauf achten, dass wir diese gute Situation auch weiter nutzen und nicht anfangen, an irgendwelchen Stellen Veränderungen vorzunehmen, die die Wirtschaft nicht tragen kann.

Ich habe es für richtig gehalten, Herr Bundesminister, dass Sie eben über das Thema Werkverträge gesprochen haben. Aber wir dürfen auf keinen Fall dieses Flexibilitätsinstrument, das die Unternehmen brauchen, kaputt machen – weder bei den Werkverträgen noch bei der Zeitarbeit.

Wir sollten auch nicht anfangen, im Bereich der Entgeltgleichheit neue Lohnbürokratie aufzubauen. Auch das muss verhindert werden. Bürokratie haben wir genug. Ich bin froh, dass Sie die „One in, one out“-Regel ins Gesetz hineingebracht haben. Das sollten wir auch weiter beachten.

Wir müssen auch im Umweltbereich aufpassen. Ich fand es völlig

richtig, als die Bundeskanzlerin gesagt hat: Wir können gerade in der jetzigen Situation nicht unbedingt jede alte, liebgewonnene Regel beibehalten. – Nein, wir müssen darüber nachdenken, ob wir da Flexibilisierung hineinbringen.

Sie haben völlig recht: Das Thema Investitionen ist ein ganz wichtiges. Mir macht es Sorge, dass energieintensive Unternehmen – man kann sich die Statistiken vom VDMA ansehen – nur noch 80 Prozent ihrer Abschreibungen reinvestieren. Was ist das denn? Das ist nichts anderes als Desinvestition in Deutschland. Ich gehe einmal davon aus, dass die Unternehmen weiter existieren wollen, also auch weiter investiert werden, aber anscheinend nicht mehr bei uns. Da müssen wir uns fragen: Warum ist das so? Was ist der Grund dafür, dass nicht in Deutschland investiert wird? Das halte ich für einen Trend, den ich schon als dramatisch betrachte. Die Folgen sehen wir erst in einigen Jahren.

Ein sicher ganz wichtiger Punkt ist der hohe Energiepreis in Deutschland, der hohe Strompreis. Ich will einmal ein Beispiel nennen: Ein Badener Bürger kam vor drei Tagen zu mir und sagte: Hier ist meine Stromrechnung. Ich habe mir eine Wärmepumpe geleistet und zahle jetzt schon 600 Euro pro Jahr für die EEG-Kosten. – Wenn wir so weitermachen, wird dieser Betrag nicht bei 600 Euro bleiben, sondern in kürzester

Zeit weit über die 600 Euro steigen und sich in Richtung 1 000 Euro entwickeln.

Die EEG-Umlage beträgt jetzt schon 6,3 Cent pro Kilowattstunde. Mit Blick auf den enormen, weit über die Korridore hinausgehenden Windkraftausbau – die Korridore haben wir uns selbst gegeben – kann man sagen, dass die EEG-Umlage in kürzester Zeit bei einer Größenordnung von 8 Cent, eher 10 Cent liegen wird. Dann wird dieser Badener Bürger 1 000 Euro pro Jahr allein an EEG-Kosten zahlen. Das ist Kaufkraft, die abgeschöpft wird und damit in anderen Bereichen fehlt. Ich möchte nicht nur dem Badener Bürger helfen, sondern ich möchte auch ganz gerne dafür sorgen, dass die Unternehmen, vor allen Dingen die Mittelständler, nicht so belastet werden, dass es zu Abwanderungstendenzen kommt. Genau das darf nicht passieren.

Ein Punkt ärgert mich ganz besonders. Wer E wie „Erneuerbare“ sagt, der muss auch L wie „Leitungsausbau“ sagen; denn der geschieht in Deutschland nicht. Der Leitungsausbau hinkt hinterher.

Sie alle kennen EnLAG.

1 700 Kilometer sollen nach dem EnLAG gebaut werden, davon unter anderem 405 Kilometer in dem schönen Land Niedersachsen. Herr Minister, das liegt Ihnen nahe. Nun raten Sie einmal, wie

Fortsetzung auf nächster Seite

viel davon bis jetzt gebaut wurde.

Ich sehe Sie verzweifelt, weil nämlich kein einziger Kilometer gebaut wurde.

Das kann nicht sein. Seit 2003 gibt es das EnLAG, seit 2007 ist es in Kraft. 405 Kilometer sollen in Niedersachsen gebaut werden, aber nicht ein einziger Kilometer ist bis jetzt gebaut worden.

Dafür haben wir aber in der gleichen Zeit 5 700 Windmasten aufgestellt, nur in Niedersachsen. Insgesamt sind es in Deutschland 26 000. Wenn wir es nicht schaffen, den Leitungsausbau mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu synchronisieren, dann

wird genau das passieren, was uns immer mehr belastet, nämlich dass immer mehr Redispatch-Maßnahmen, also das Abschalten von Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee und das Hochfahren von alten Anlagen – das geht bis hin zu alten Ölkraftwerken –, im Südteil der Republik stattfinden. Das Wirtschaftsministerium hat mir auf Nachfrage mitgeteilt, dass wir im letzten Jahr bereits 1,2 Milliarden Euro zusätzliche Ausgaben nur für Redispatch hatten.

Das fließt dann in die sogenannten Netzentgelte. Darüber wird sich der Badener Bürger

demnächst auch wieder beschweren.

Wenn wir es nicht schaffen, den Windkraftausbau mit dem Leitungsausbau zu synchronisieren, und wenn wir es nicht schaffen, den Bürgerinitiativen gegen den Leitungsausbau, die es überall gibt, zu sagen, dass wir die erneuerbaren Energien nur dann ausbauen können, wenn wir auch bereit sind, parallel dazu den Leitungsausbau zu beschleunigen, dann werden Kosten entstehen, die wir uns nicht leisten können.

Ich würde gerne noch drei Worte zu TTIP sagen. TTIP ist ei-

ne Chance für uns, nicht ein Risiko für uns. Ich verstehe bis heute nicht, warum dieses Land, das das exportstärkste Land in Europa und das zweitstärkste Exportland in der Welt ist, meint, wir müssten ausgerechnet den Freihandel zusätzlich beschränken. Die Amerikaner haben in vielen Bereichen wesentlich strengere Regulierungen als wir. Herr Ernst, fragen Sie einmal bei VW nach, wenn Sie es mir nicht glauben. Zum Beispiel darf ein Dieselfahrzeug in den USA maximal 32 Milligramm NOx ausstoßen, 80 Milligramm sind es bei uns. Die Umweltmaßnahmen in

den USA sind somit wesentlich strenger als bei uns. Das müssen wir irgendwo harmonisieren; diese Harmonisierung wollen wir zustande bringen. Dann haben wir auch die Probleme nicht mehr, die wir in den letzten Jahren dort sehen konnten.

TTIP ist eine Chance für uns. Wer bei TTIP schläft, der wird durch die Asiaten bestraft, weil TPP und die damit verbundenen Standards dann nämlich viel schneller kommen. Das wollen wir gemeinsam verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

## Die Bundesrepublik wird unter Wert regiert



Anton Hofreiter (\* 1970)  
Landesliste Bayern

**S**ehr geehrter Herr Kollege Gabriel, Sie haben gesagt: Das Land ist handlungsfähig. – Ja, das Land ist handlungsfähig dank Tausender und Abertausender Ehrenamtlicher, die sich darum kümmern, dass die Flüchtlinge entsprechend versorgt werden, dass die Flüchtlinge anständig behandelt werden. Außerdem ist das Land handlungsfähig dank Unmengen aktiver Kommunalpolitiker und dank Unmengen Beamter und Angestellter im öffentlichen Dienst, die einen ganzen Haufen Überstunden schieben. Dadurch ist das Land handlungsfähig. Da gebe ich Ihnen sogar recht.

Aber wenn ich mir anschau, wie sich die Große Koalition – die CSU und die SPD sind bekanntermaßen Teil der Großen Koalition – in den letzten Wochen und Monaten benommen hat – dabei geht es nicht darum, einen sachlichen Streit zu führen –, dann stelle ich fest, dass diese Regierung nicht handlungsfähig ist. Denke man allein an den Herrn Seehofer: Er stellt inzwischen zum fünften Mal dieser Bundesregierung ein Ultimatum. Er schreibt inzwischen Briefe und spricht davon, dass er die Bundesregierung vor

dem Bundesverfassungsgericht verklagen will. Ist dieser Mensch jetzt Teil der Großen Koalition? Ja oder nein? Er ist es! Also stellen wir fest: Die Große Koalition ist nicht handlungsfähig.

Ich sehe hier die Kollegin und den Kollegen von der CSU und der SPD sitzen, Frau Hasselfeldt und Herrn Oppermann. Frau Hasselfeldt hat davon gesprochen, dass die SPD das Koalitionsklima vergiftet. Herr Oppermann hat davon gesprochen, dass diese Große Koalition ein Kasperletheater aufführt.

Dennoch tun Sie so, als wenn das Ganze ein nüchterner, sachlicher Streit wäre. Nein, Herr Gabriel, einen nüchternen, sachlichen Streit und eine vernünftige Debatte würden wir von Ihnen erwarten.

Wissen Sie, wie eine vernünftige Debatte aussieht? Eine vernünftige

Debatte, Herr Gabriel, schaut so aus: Man streitet sich. Man überlegt sich etwas. Man entscheidet, man handelt dann und dreht sich nicht wie ein Brummkreisel die ganze Zeit im Kreis. Bei so etwas ist zwar Bewegung drin, aber vorwärts geht dabei überhaupt nichts.

Wissen Sie, Herr Gabriel, was man einfach schlichtweg feststellen kann? Ihre Koalition hat hier zwar 80 Prozent der Abgeordneten, und wir haben wirklich ein hervorragendes Land mit klasse Bürgern; aber dieses Land wird einfach krass unter Wert regiert, unter anderem von Ihnen.

Ich hätte mir von der SPD in dieser Krise erwartet, dass sie ganz klar für die offene Gesellschaft steht, dass sie ganz klar erläutert, wie wir das schaffen. Erwartet hätte ich aber nicht diesen wüsten Zickzackkurs, den die SPD hier

aufführt: mal rechts von der Kanzlerin, mal links von der Kanzlerin, und fünf Minuten später weiß man schon nicht mehr, wo sie steht. Das erklärt auch das seltsame Verhalten der SPD-Ortsverbände in Essen, wo sie einen Lichtermarsch gegen neue Flüchtlingsheime geplant haben. Ich meine, das ist ein Symptom Ihres eigenen Zickzackkurses, den Sie hier aufzuführen.

Vielleicht noch ein paar Bemerkungen zu Ihrem Jahreswirtschaftsbericht. Wissen Sie, Ihr Jahreswirtschaftsbericht ist unvollständig, ebenso wie sämtliche Jahreswirtschaftsberichte der letzten Jahre unvollständig waren. Sie stellen hier einen Bericht vor, der ökologisch blind und sozial gleichgültig ist.

Es erstaunt uns zwar nicht, dass Sie einen Bericht vorstellen, der ökologisch blind ist, aber dass Sie einen Bericht vorstellen, der sozial gleichgültig ist, ist, wie ich finde, für einen SPD-Vorsitzenden und für einen SPD-Vizekanzler schon ziemlich bemerkenswert. Sie verlieren kein Wort dazu, dass die Einkommensungleichheit in diesem Land so groß ist, wie seit 20 Jahren nicht mehr. Sie unterneh-

men nichts dagegen, dass die oberen 10 Prozent inzwischen die Hälfte des Nettovermögens besitzen und dass die unteren 50 Prozent de facto nichts haben. Sorgen Sie endlich dafür, dass unser Staat gerechter wird! Dann empfinden die Leute dieses Land auch wieder als gerechter und identifizieren sich stärker mit diesem Land und dieser Demokratie.

Herr Gabriel, auch in einer ganzen Reihe von Bereichen in der Energiepolitik ist dringend etwas zu tun. Es ist dringend dafür zu sorgen, dass die Kohlenutzung endlich ausläuft. Die Folgekosten der Kohleverstromung sind gigantisch. Sie sind nicht nur ökologisch gigantisch, sondern auch ökonomisch gigantisch.

Ich gestehe Ihnen zu, dass es in der Energiepolitik mit Ihrem Koalitionspartner schwierig ist. Herr Fuchs hat hier wieder ein Beispiel abgeliefert von – ich weiß gar nicht, was man dazu sagen soll, wenn man fachlich Ahnung hat – vollkommener Unbelecktheit in energiepolitischen Fragen. Ich will politisch nur eines dazu sagen: Bei allen Volten, die Herr Seehofer schlägt: Dass Seehofer jetzt zu uns Grünen gehört, Herr Fuchs, möchte ich wirklich bestreiten.

Da der Hauptfeind des Leitungsaubaus in Deutschland Herr Seehofer ist, würde ich sagen: Fassen Sie sich da mal an die eigene Nase, und reden Sie mal mit Ihren Kollegen von der CSU, dass es da endlich vorwärtsgeht! In einem Punkt hatten Sie nämlich recht: Beim Leitungsausbau muss es vorwärtsgehen. Deshalb: Stellen Sie Herrn Seehofer mal in den Senkel, und lassen Sie sich von ihm nicht weiter auf der Nase herumtanzen!

Zum Schluss: Ja, unser Land ist stark, unser Land ist handlungsfähig, aber es wird von dieser Bundesregierung unter Wert regiert. Ändern Sie das endlich; denn es ist Zeit dafür.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) stellte vergangene Woche bei einer Pressekonferenz in Berlin den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung mit der neuen Wachstumsprognose vor. © dpa

Hubertus Heil, SPD:

## Mutmacher im Land, Miesmacher im Parlament



Hubertus Heil (\*1972)  
Wahlkreis Gifhorn – Peine

Ich finde, dass es richtig ist, einen realistischen Blick auf die Situation in Deutschland zu werfen, und dieser Jahreswirtschaftsbericht tut das. Aber ich habe ein bisschen das Gefühl, dass wir in der Debatte ein Schisma haben, also zwei Arten, mit dem Befund über die wirtschaftliche Lage umzugehen: Wir haben Mutmacher in diesem Land, und wir haben Miesmacher in diesem Parlament.

Die vorige Rede war ein Beleg dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wenn wir uns die Lage angucken, dann stellen wir fest – das ist nicht zu leugnen –: Es ist tatsächlich so, dass dieses Land ein wirtschaftliches Wachstum hat. Wir sind Wachstumsmotor und Stabilitätsanker in Europa – trotz aller Schwierigkeiten. Wir haben vor allen Dingen die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit und die höchste Beschäftigungsquote, auch im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die das Land je hatte. Das führt übrigens dazu, dass wir nach Jahren, meine Damen und Herren, endlich wieder Lohnzuwächse haben. Die Löhne sind im vergangenen Jahr stärker gewachsen als in den letzten 20 Jahren, und auch in diesem Jahr werden sie weiter wachsen. Das führt übrigens dazu, dass wir in diesem Jahr auch endlich wieder kräftige Rentenerhöhungen haben werden. Der Aufschwung kommt an bei den Menschen in Deutschland. Das ist die Nachricht, die man nicht verschweigen darf, Herr Ernst.

Wenn man sich die wirtschaftliche Lage anguckt, stellt man fest: Sie ist im Gegensatz zur Vergan-

genheit nicht allein vom Export getragen. Wir sind nach wie vor wettbewerbsfähig und exportstark – mit Verfahren und Produkten made in Germany sind wir auf den Märkten der Welt erfolgreich –, aber wir haben jetzt zudem eine starke Binnenkaufkraft. Die Binnenwirtschaft – der Konsum, auch der Wohnungsbau – trägt mit dazu bei, dass wir gerade in diesen weltwirtschaftlich unsicheren Zeiten eine robuste Nachfrage in Deutschland haben.

Wenn wir an die zum Teil hysterischen Debattenbeiträge einiger zur Einführung des Mindestlohns vor einem Jahr denken: Der Mindestlohn – das ist nicht zu leugnen – hat einen Teil dazu beigetragen, dass die Binnenkaufkraft gestiegen ist. Der Jahreswirtschaftsbericht macht es deutlich. Alle die Horrorszenarien von der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch den Mindestlohn sind nicht eingetreten; das Gegenteil ist der Fall.

Aber der Jahreswirtschaftsbericht verschweigt auch nicht, dass es konjunkturelle Risiken gibt. Es sind vor allen Dingen weltwirtschaftliche Risiken. Die geopolitische Lage und das nachlassende Wachstum in Schwellenländern sind angesprochen worden.

Wir haben uns natürlich auch bei uns Sorgen zu machen, weil wir in Deutschland nicht erst seit gestern, sondern schon über zehn Jahren zu niedrige Investitionen haben, vor allen Dingen zu niedrige private Investitionen, Kollege Fuchs. Wir sind uns bewusst, dass wir uns bei diesem Thema nicht ausruhen können. Da teile ich auch den Befund: In einer Situation, in der wir niedrige Ölpreise, niedrige Zinsen und auch eine günstige Entwicklung der Wechselkurse haben, wäre es eigentlich an der Zeit, dass hier privatwirtschaftlich kräftig investiert wird.

Wir dürfen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit und der Gegenwart ausruhen. Vielmehr müssen wir uns in diesem Land so einrichten, dass wir in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich sind. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir nicht nur die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur und die kommunale Investitionskraft in den Blick nehmen – was diese Bundesregierung tut –, sondern in dieser Koalition auch beraten, was

wir tun müssen, um privatwirtschaftliche Investitionen anzureizen.

Da gibt es ganz unterschiedliche Bereiche, und es gibt sektorale Rahmenbedingungen. Sie haben an dieser Stelle die Energiewirtschaft angesprochen. Hier müssen wir für angemessene Rahmenbedingungen sorgen. Die Grünen sagen, wir würden die Erneuerbaren abwürgen. Teile der Union sagen, wir würden die Erneuerbaren zu massiv ausbauen. Irgendwo in der Mitte zwischen diesen Extremen liegt die Wahrheit. Wir werden von einer Preissteuerung zu einer Mengensteuerung übergehen müssen, damit die Erneuerbaren weiter kräftig ausgebaut werden, aber eben kosteneffizienter und auch systemintegriert.

Wir werden uns neben all diesen Fragen auch die Frage stellen müssen, was wir tun können und müssen, um wichtige Leitmärkte in diesem Land zu halten und zu entwickeln. Die Automobilindustrie ist nach wie vor einer der stärksten Wirtschaftsbereiche dieses Landes. Über 750 000 Menschen arbeiten in der Automobilindustrie – nicht nur in den Automobilunternehmen, sondern auch in der Zulieferindustrie.

Deshalb ist es richtig, dass wir uns darüber Gedanken machen, was notwendig ist, damit nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft Wertschöpfung, Arbeit und Beschäftigung in der Automobilindustrie in Deutschland geschaffen werden. Damit wir nicht den Anschluss an neue Antriebsarten verpassen, müssen wir die Hindernisse aus dem Weg räumen, die in diesem Land die Ausbreitung von Elektromobilität verhindern. Das betrifft drei Bereiche.

Wir haben erstens immer noch einen Preisunterschied. Es gibt zwar inzwischen auch im Bereich der Elektromobilität ganz viele deutsche Modelle, aber wir haben nach wie vor einen Preis-Gap zwischen konventionellen Antrieben und Elektroantrieben. Wir müssen zweitens etwas tun für die Ladeinfrastruktur in diesem Land. Und drittens müssen die Reichweiten – das betrifft den Bereich Batterieforschung – erhöht werden, damit die Elektromobilität endlich zum Durchbruch kommt.

Minister Gabriel hat es vorhin deutlich gesagt: Jetzt ist die Zeit, zu handeln, damit wir das gesetzte Ziel – 1 Million Elektrofahrzeuge bis 2020 – tatsächlich erreichen können und nicht verfehlen.

Deshalb müssen wir uns in der Koalition verständigen. Wir haben Vorschläge für Marktanreizprogramme gemacht.

Da will ich ausnahmsweise Frau Aigner und Herrn Seehofer einmal kräftig loben, die uns in unseren Vorstellungen unterstützen, weil sie begriffen haben, wie wichtig es ist – nicht nur für Bayern, sondern für ganz Deutschland –, dass wir eine zukunftsfähige Automobilindustrie in Deutschland haben.

Ich füge aber auch hinzu: Wenn wir Anreize geben, dann erwarten wir von der deutschen Automobilindustrie eine Gegenleistung. Diese Gegenleistung besteht darin, dafür zu sorgen, dass wir bei uns die gesamte Wertschöpfungskette aufbauen. 40 Prozent der Wertschöpfung im Bereich der Elektromobilität hat etwas mit Batterietechnik zu tun. Da das so ist, wollen wir uns nicht darauf beschränken, dass in Deutschland Fahrzeuge nur zusammengeschaubt werden, sondern wir wollen, dass die ganze Wertschöpfungskette aufgebaut wird.

Deshalb hat die deutsche Automobilindustrie, wenn wir Anreize geben, eine Verpflichtung, wieder in die Batterieproduktion in Deutschland einzusteigen. Das ist auch im Interesse von Beschäftigung in diesem Land.

Ich kenne viele Regionen in Deutschland wie beispielsweise in Sachsen – da schaue ich zum Kollegen Kretschmer – oder auch in Niedersachsen, in denen wir nicht nur Forschung im Bereich der Batterietechnologien, sondern auch wirklich wieder Produktion brauchen. Wir wollen die Batterietechnik nach Deutschland zurückholen, sonst werden wir in diesem Bereich abgehängt, meine Damen und Herren.

Zum Schluss. Es ist angesprochen worden: Beim Thema Flüchtlinge – das hat etwas mit der ökonomischen Entwicklung dieses Landes zu tun – sind wir im Moment in der Lage, vieles zu schaffen, weil es wirtschaftlich gut

läuft. Aber umgekehrt müssen wir jetzt auch eine ganze Menge schaffen, damit wir tatsächlich wirtschaftliche und soziale Integration in diesem Land leisten, damit wir unsere Gesellschaft zusammenhalten, damit wir diejenigen, die zu uns gekommen sind und die dauerhaft bei uns bleiben werden, tatsächlich gut integrieren können. Da geht es um Sprache. Es geht um Schule. Es geht um berufliche Ausbildung. Es geht um die Integration in Arbeit. Es geht auch um Wertevermittlung. Deshalb sind jetzt neben den privatwirtschaftlichen und infrastrukturellen Investitionen die sozialen Investitionen das Gebot der Stunde.

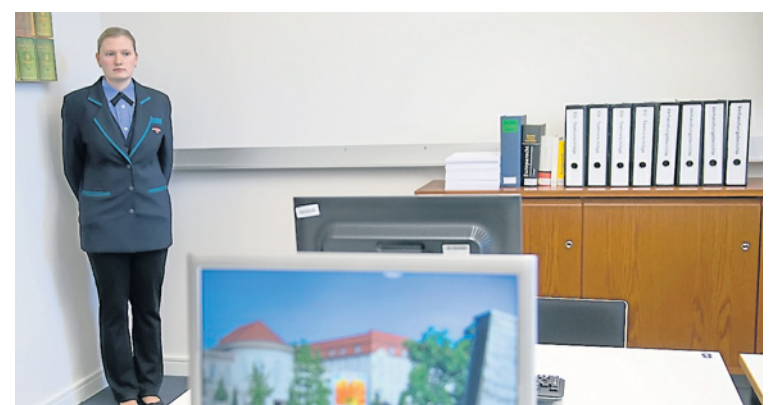
Ich will das an einem Aspekt verdeutlichen: Allein durch die Entwicklung der Flüchtlingszahlen im letzten Jahr haben wir 300 000 zusätzliche Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Wir brauchen Investitionen in unsere Schulen, in Bildung und Ausbildung. Ich sage an dieser Stelle: Da muss auch der Bund mitmachen können. Deshalb muss dieses unsinnige Kooperationsverbot an dieser Stelle endlich weg, sonst erleben wir Unfrieden, sonst verschlechtert sich die Unterrichtsqualität für die Schüler, die schon hier sind, und wir schaffen die Integration nicht.

Aber vor allen Dingen – das ist der Zusammenhang mit der Wirtschaft – hat die Wirtschaft recht.

Deshalb sage ich zum Schluss – mit Verlaub, Herr Präsident, danke für die Erinnerung –: Dieses Land ist ein starkes Land. Wir haben eine starke Wirtschaft. Wir haben einen starken, handlungsfähigen Staat, vor allem haben wir aber eine starke Gesellschaft. Das sind die Voraussetzungen dafür, dass wir es wirtschaftlich und sozial tatsächlich schaffen können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Der Mindestlohn hat dazu beigetragen, dass die Binnenkaufkraft gestiegen ist.**



Unter Aufsicht: Der TTIP-Leseraum im Bundeswirtschaftsministerium in Berlin

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

## Digitalisierung birgt ungeahnte Chancen



Joachim Pfeiffer (\*1967)  
Wahlkreis Waiblingen

Wir sprechen heute über den Jahreswirtschaftsbericht und den Ausblick auf 2016 und 2017. Der Bericht ist durchaus erfreulich; der Wirtschaftsminister hat dies eingangs vorgetragen.

Das war nicht immer so. Wenn wir zurückblicken: Vor 12, 13, 14 Jahren – ich bin seit 2002 im Deutschen Bundestag – war der Jahreswirtschaftsbericht immer unerfreulich. Wir hatten damals die Situation, dass die Zahl der Arbeitslosen zunahm.

Hunderttausend Menschen mehr in Arbeitslosigkeit sind ein enormer Kostenfaktor für die öffentliche Hand. Pro Arbeitslosen sind das im Jahr 18 000 bis 19 000 Euro plus weitere sekundäre Effekte, also weniger Steuereinnahmen und anderes mehr, in einer Größenordnung von 15 000 Euro. Das bedeutet: Wir, die öffentlichen Haushalte, hatten 2003 – um einen Zehnjahreszeitraum zu wählen – direkte und indirekte Ausgaben für die Folgen der Arbeitslosigkeit in Höhe von 92 Milliarden Euro pro Jahr: Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II, Zahlungen in die Sozialversicherung aus den öffentlichen Kassen und weniger Einnahmen bei den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Umgekehrt bedeuten aber Hunderttausend Menschen mehr in Arbeit allein 1,3 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen pro Jahr. Das ist der Haupterfolgsgrund, warum es uns in Deutschland immer noch so gut geht.

Sigmar Gabriel hat vorhin darauf hingewiesen: 43,3 Millionen Menschen in diesem Jahr, wahrscheinlich 43,7 Millionen Menschen im nächsten Jahr in Lohn und Brot. Um noch einmal die Zahlen von 2003 und 2013 zu vergleichen: 2003 haben wir insgesamt 92 Milliarden Euro ausgegeben, 2013 nur noch 54 Milliarden

Euro. Rechnet man dieses auf das BIP um, so ist die Quote von über 4 Prozent auf circa 2 Prozent gesunken. Das macht deutlich, wo wir einen Spielraum hatten. Diesen Spielraum haben wir für Strukturreformen am Arbeitsmarkt genutzt, um aus dem Teufelskreis von mehr Arbeitslosen, weniger Sozialversicherungseinnahmen und weniger Steuereinnahmen herauszukommen.

Die Agenda 2010 war ein wichtiger Punkt. Diese ist heute oftmals etwas vater- oder mutterlos.

Ich glaube, es war genau der richtige Weg. Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir diese zentralen Strukturreformen, die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt, nicht wieder rückgängig machen.

Wir haben sie genutzt, um mehr in Innovationen zu investieren. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind heute so hoch wie nie zuvor, und sie werden zielgerichtet in neue innovative Felder und Sektoren investiert. Gleichzeitig haben wir die Haushalte konsolidiert. Wir werden auch in 2016 eine Nullverschuldung haben und die Konsolidierung weiter vorantreiben. Deutschland ist eines der wenigen Länder in Europa, in denen die Staatsverschuldung sinkt. Wir hatten eine Quote von über 83 Prozent auf dem Höhepunkt der Krise. Jetzt liegt sie bei unter 70 Prozent, und wir gehen in Richtung 60 Prozent, so wie es das Maastricht-Kriterium vorsieht. Das ist die Folge von Konsolidieren und Investieren.

Diesen Teufelskreis haben wir verlassen. Jetzt sind wir sozusagen in einer Art Glücksspirale und müssen diesen Weg weiter fortsetzen.

Glück fällt einem aber nicht einfach nur vor die Füße, sondern Glück ist auch das Ergebnis harter Arbeit von Unternehmen und Arbeitnehmern, aber auch von Konsolidieren und Investieren. Gerade in die Richtung der Grünen kann ich sagen: Man kann das auch anders machen. Schauen Sie nach Baden-Württemberg.

In Baden-Württemberg haben Sie es in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung geschafft, den Haushalt um 30 Prozent aufzublähen und die höchste Verschuldung in der Geschichte Baden-Württembergs herbeizuführen.

So ist das, wenn man den Grünen und leider auch den Sozialdemokraten in Baden-Württemberg die Regierung überlässt. Wie man das bei gleichen Rahmenbedin-

gungen anders macht, haben wir hier im Bund gezeigt.

Jetzt geht es darum, die Wachstumspotenziale weiter zu heben. Der Freihandel ist angesprochen worden. Herr Ernst, es wird immer abstruser. Sie haben keine einzige Aussage zum Inhalt gemacht. Jetzt haben Sie Zugang zu entsprechenden Dokumenten, und jetzt ist es auch wieder nicht recht.

Sie vergleichen hier Amerikaner mit Deutschen. Aber es ist so, dass die amerikanischen Kolleginnen und Kollegen – im Gegensatz zu uns – hier federführend verhandeln, weil die USA mit der Europäischen Union verhandeln. Wir hingegen haben dieses Mandat übertragen. Die Europäische Union hat von uns ein Mandat zur Verhandlung bekommen. Die europäischen Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Ausschuss sind, haben die gleichen Rechte wie die Amerikaner. Insofern lassen Sie uns über die Sache reden und nicht immer irgendwelche Scheingefechte austragen.

Dann gilt es, neue Technologien zu fördern. Wachstumspotenziale birgt nicht nur der Freihandel,

sondern auch der Energiebereich. Es geht darum, dass wir bezahlbare Energiepreise haben; Kollege Fuchs hat es ausgeführt.

Um es deutlich zu machen: Wir haben in dieser Koalition gemeinsam Ausbaupfade bis 2020, 2025 und 2030 verabredet. Dem haben auch die Bundesländer – auch die unter grüner Beteiligung – zugestimmt. Jetzt zeigt sich, dass der Ausbau schneller vorangeht und wir die Erzeugungsmengen des Jahres 2030 wahrscheinlich bereits 2019 erreichen, der Netzausbau aber weitaus schleppender und langsamer vorangeht. Deshalb müssen wir hier korrigieren und die Dinge entsprechend zueinanderbringen.

Ich möchte noch kurz auf das Thema Digitalisierung eingehen. Es birgt ungeahnte Chancen, dass die physische mit der digitalen Welt verschmilzt und wir eine neue Vernetzung von Produktion, Logistik und Kunden erreichen, die wir auch in unseren traditionellen industriellen Bereichen nutzen müssen. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass damit auch Gefahren verbunden sind, denen wir uns stellen müssen, Stichwort: Cyber Crime und Cybersicherheit. 40 Prozent aller Branchen waren in den letzten zwei Jahren von Cyberkriminalität betroffen; die Zahlen haben sich in den letzten Jahren erhöht. Bei den Finanzdienstleistern waren es

sogar 55 Prozent. Der Schaden in den Jahren 2013 und 2014 wird auf eine Größenordnung von 50 bis 60 Milliarden Euro geschätzt, also mehr als 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Wir müssen auch darüber sprechen, wie wir das geistige Eigentum insbesondere des Mittelstands schützen können, wie wir dafür sorgen können, dass die Daten eines Unternehmens, das an einer Ausschreibung teilnimmt, nicht den Wettbewerbern oder anderen Staaten bekannt werden. Das ist eine Aufgabe, der wir uns im Rahmen der Digitalisierung widmen müssen.

Wenn es uns gelingt, in der Glücksspirale zu bleiben, in der wir uns befinden,

indem wir die wirtschaftliche Entwicklung mit Innovationen, mit Digitalisierung und mit Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und am Gütermarkt befeuern, dann wird es auch in den nächsten Jahren Grund zur Freude geben, wenn es gilt, den Jahreswirtschaftsbericht vorzustellen, dann werden wir weiterhin eine positive Entwicklung konstatieren können. In diesem Sinne arbeiten wir in diesem Jahr daran, dass es im nächsten Jahr so weitergehen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Halina Wawzyniak, DIE LINKE:

## Sie vertagen die Lösung von Problemen



Halina Wawzyniak (\*1973)  
Landesliste Berlin

Herr Gabriel, Sie haben jetzt in Ihrer 22 Minuten langen Regierungserklärung zum Thema „Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen“ für zwei Minuten vier digitale Themen angeschnitten. Ich dachte ja eigentlich, heute käme Digi-Siggi, der Checker des Digitalen. Sie sind aber Analog-Siggi geblieben.

Dieser Umgang mit Chancen des digitalen Wandels ist ein Problem. Wir brauchen – besser gestern als heute – Antworten auf die Herausforderungen, die mit der Digitalisierung einhergehen, und zwar solche, von denen alle profitieren können. Wie Sie mit diesem Thema umgehen, ist wenig zukunftsfähig.

Dabei steht doch im Jahreswirtschaftsbericht sogar etwas zum Digitalen. Ich sage Ihnen gleich etwas zu dem, was da ab Ziffer 110 steht, nämlich zu Netzneutralität, Störerhaftung und Breitbandausbau.

Dass die Störerhaftung beim Betreiben offener WLAN-Netze das größte Hindernis für die Verbreitung öffentlicher Funknetze ist, gilt als unbestritten. Und dass offene Funknetze hilfreich wären, um Menschen mit geringem Einkommen und Geflüchteten einen Internetzugang zu ermöglichen und innovative Geschäftsideen zu

fördern, liegt auf der Hand.

Doch statt die Störerhaftung abzuschaftern, zementieren Sie sie. Grüne und Linke haben einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, dem könnten Sie zustimmen. Wenn Sie uns nicht vertrauen, dann vertrauen Sie dem Arbeitskreis Urheberrecht der SPD-Bundestagsfraktion. Der fordert nämlich, dass WLAN-Anbieter als Zugangsanbieter nicht für Rechtsverletzungen ihrer Nutzer haften, auch nicht im Rahmen der Störerhaftung. Und da hat der Arbeitskreis Urheberrecht der SPD-Bundestagsfraktion recht.

Nun soll der Telekom erlaubt werden, DSL-Anschlüsse mithilfe des Einsatzes des sogenannten VDSL2-Vectoring an den Hauptverteiltern zu beschleunigen. Dumm nur, dass dadurch verhindert wird, dass Konkurrenten der

Fortsetzung auf nächster Seite



Telekom ihre Technologie einsetzen können und ein neues Quasimonopol der Telekom geschaffen wird. Kein Wunder, dass die Mit-

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Bernd Westphal (SPD), Dieter Janecek (B90/Die Grünen), Nadine Schön (CDU/CSU), Katharina Dröge (B90/Die Grünen), Sabine Poschmann (SPD), Andreas Lenz (CDU/CSU), Matthias Ilgen (SPD) und Axel Knoerig (CDU/CSU).

bewerber überlegen, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen.

Sie geben beim Breitbandausbau veralteten Technologien den Vorrang, anstatt den Glasfaserausbau zu unterstützen. Sie können damit zwar möglicherweise in ein paar Jahren das Erreichen eines niedrigen Ziels verkünden, aber in zehn Jahren stehen wir vor demselben Problem. Sie vertagen die Lösung des Problems und verspielen eine große Chance.

Sie sagen, Sie wollen Start-ups fördern, um endlich einen Gegenpol zum Silicon Valley in Kalifornien zu schaffen. Ein Grundpfeiler

für Chancengerechtigkeit kleiner IT-Unternehmen ist aber die Netzneutralität. Doch statt jetzt tätig zu werden und wenigstens das bisschen Netzneutralität aus der EU-Verordnung abzusichern, warten Sie lieber ab und lassen so die Start-ups im Stich. Handeln Sie doch einfach, wie im Antrag der Linken empfohlen. Wenn Sie dann noch etwas für kleine und mittlere Unternehmen machen wollen, dann setzen Sie doch einfach bei öffentlichen Aufträgen auf Open-Source-Software und nicht auf Software großer Konzerne.

Über die Veränderungen der Erwerbsarbeitswelt durch Digitalisierung wäre noch viel zu sagen. Ich will nur kurz auf die Situation von Click- und Crowdworkern aufmerksam machen, die sich von einem schlecht bezahlten Auftrag zum nächsten hangeln. Der Mindestlohn greift hier nicht, viele sind selbstständig. Es wäre also an der Zeit, ein Mindesthonorar einzuführen, das allen prekär arbeitenden Selbstständigen zugutekäme.

Wenn man darüber spricht, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, könnte man auch über

viele andere Themen sprechen, nämlich Datenschutz, Urheberrecht, IT-Sicherheit, Bildung, Weiterbildung, Nachhaltigkeit und Landwirtschaft. Kluge, konkrete und zügige Maßnahmen würden dabei helfen, die Chancen der Digitalisierung so zu nutzen, dass alle davon profitieren. Aber – wir haben es gehört – diese Regierung hat nicht einmal Ideen, geschweige denn einen Plan, den man umsetzen könnte.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Debatte zum Mietrecht und bezahlbarem Wohnraum / 152. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 28. Januar 2016

Caren Lay, DIE LINKE:

# Entmietung muss gestoppt werden



Caren Lay (\*1972)  
Landesliste Sachsen

Monatlang ging ein Beispiel aus der Kopenhagener Straße in Berlin-Prenzlauer Berg durch die Medien: Ein Haus wurde vor ein paar Jahren von einer Immobilienfirma mit einem blumigen Slogan, der da lautete: „Werte erhalten – Werte schaffen“, gekauft. Das Haus sollte saniert werden.

Das klingt ja erst einmal gut, aber im Ergebnis dieser Sanierung sollte sich die Miete für die Mieterinnen und Mieter sage und schreibe verdreifachen. Natürlich sind die meisten Mieterinnen und Mieter ausgezogen, haben sich von der angekündigten Mieterhöhung oder auch von der Schikane der Vermieter abschrecken lassen. Nur ein Mieter ist noch übrig geblieben und kämpft tapfer weiter.

Meine Damen und Herren, das ist das, was zynischerweise Entmietung genannt wird und was leider Praxis in vielen deutschen Großstädten ist. Das müssen wir endlich stoppen.

Das ist ein prominentes Beispiel, aber nur eines von vielen. Denn Luxus-sanierungen auf Kos-

ten der Mieterinnen und Mieter verdrängen diese aus ihren Stadtteilen. Das bedeutet Verdrängung, das bedeutet Gentrifizierung. Wir wollen diese stoppen.

Natürlich wollen auch wir als Linke, dass marode Häuser saniert werden; das ist gar keine Frage. Aber so, wie die Regelungen jetzt sind, sind sie sozial ungerecht. Und das ist das Problem.

Derzeit können die Hausbesitzer 11 Prozent der Modernisierungskosten auf die Kaltmiete umlegen, und das unbefristet. Das heißt, die Miete für die Mieterinnen und Mieter erhöht sich dauerhaft, zum Teil verdoppelt sie sich, und zwar auch dann, wenn die Sanierungskosten, die der Vermieter hatte, längst abbezahlt sind. Das ist doch wirklich völlig absurd, das müssen wir ändern.

So, wie sie jetzt ist, ist diese Modernisierungsumlage vor allen Dingen eines, nämlich eine lukrative Geldanlage für die Vermieter und ein Motor für die Vertreibung der Mieter. Hier müssen wir ran, diese Regelung müssen wir ändern.

Die ganze Sache wird noch dadurch verschärft, dass die sanierten Wohnungen von der Mietpreisbremse ausgenommen sind. Das heißt, es ist geradezu eine Einladung an die Vermieter, sich dort, wo die Mietpreisbremse überhaupt gilt, in die Sanierung zu retten.

Das kann so wirklich nicht bleiben.

Wir schlagen vor, dass wir die Modernisierungsumlage in einem ersten Schritt zeitlich begrenzen und deutlich auf 5 Prozent absenken. Mittelfristig sollte man, glau-

be ich, die Vorschläge des Deutschen Mieterbundes, die Sanierungskosten in die Bewertung im Mietspiegel einfließen zu lassen, aufnehmen. Da müssen wir perspektivisch hinkommen.

Die energetische Gebäudesanierung ist sinnvoll. Auch wir sind natürlich für mehr Anstrengungen im Wärmebereich. Aber was nicht geht und was ehrlich gesagt auch nicht zur Akzeptanz dieser Maßnahmen beiträgt, ist, dass auch hier die Kosten sehr einseitig von Mieterinnen und Mietern getragen werden. Wir sagen: Hier muss die öffentliche Hand investieren, hier muss wirklich Geld in die Hand genommen werden. Die 5 Milliarden Euro, die wir seit vielen Jahren in den Haushaltsberatungen fordern und die auch in der einschlägigen Szene seit Jahren diskutiert werden, wären gut angelegtes Geld für Klimaschutz und für bezahlbare Mieten.

Ein weiteres Problem bezieht sich auf den Mietspiegel. Dort, wo es ihn gibt, werden die Mieten der letzten vier Jahre als Berechnungsgrundlage genommen. Was ist aber in den letzten vier Jahren eigentlich passiert? Da hilft ein Blick in die Analysen der einschlägigen Internetportale, wo Neuvertragsmieten angeboten werden. Was kommt dabei heraus? In Berlin hat es in fünf Jahren bei den neu angebotenen Mietverträgen eine Mietenexplosion von 56 Prozent gegeben. In München sind es „nur“ 26 Prozent und in Hamburg 20 Prozent, aber auf einem sehr hohen Niveau. Das können wir doch unmöglich als Berechnungsgrundlage für den Mietspiegel nehmen. Das ist wirklich völlig

absurd.

Das schadet nicht nur den Mieterinnen und Mietern, die umziehen müssen, das wird auch dafür sorgen, dass für die Altmietler die Miete ganz legal angehoben werden kann. Das ist Mieterhöhung per Gesetz. Das wollen wir endlich ändern.

Deswegen schlagen wir vor, den Mietspiegel auf breite Füße zu stellen: Wir wollen alle Mieten in die Berechnung einfließen lassen. Nur so können wir den permanenten Mietenanstieg stoppen.

Natürlich wären viele Mieterinnen und Mieter froh, wenn es überhaupt einen qualifizierten Mietspiegel gäbe. Auch dazu machen wir einen Vorschlag, nämlich einen Mietspiegel verbindlich festzuschreiben und die Kommunen bei der Erstellung zu unterstützen.

Lassen Sie mich einen letzten Gedanken sagen: Der Mietspiegel muss natürlich auch rechtsverbindlich sein. Wir erleben schon in einigen Städten wie in Berlin und Bonn, dass von Vermieterseite gegen die Mietspiegel geklagt wird, zum Teil mit Erfolg. Das tun sie, weil sie die Mietpreisbremse umgehen wollen. Hier müssen wir Rechtsverbindlichkeit schaffen. Die Mieterinnen und Mieter brau-

chen hier wirklich Klarheit.

Ich ahne, dass der eine oder andere Redner von der Koalition sagen wird: Na ja, alles gut und schön, haben wir auf dem Schirm, machen wir alles. – Aber bisher gibt es nur ein Eckpunktepapier des Ministers, in dem auf viele Punkte eingegangen wird, wenn auch nicht in dem Maße, wie wir es uns vorstellen würden. Aber es wäre ein erster Schritt; das sehe ich. Aber leider habe ich von dem Koalitionspartner der SPD, nämlich von der Union, schon kritische Stimmen gehört: Was in diesem Papier steht, werden wir so nicht mittragen.

Das ist meine Sorge: Es gibt nur ein Eckpunktepapier, es gibt noch nicht einmal einen Referentenentwurf. Wenn hier weiter Koalitionsstreit herrscht, dann fürchte ich, dass es in dieser Legislatur keine Einbringung in den Bundestag geben wird. Da hilft die Opposition, da hilft die Linke: Wir haben zwei kluge Vorschläge heute auf den Tisch gelegt, und ich hoffe im Interesse der Mieterinnen und Mieter auf Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN)



Viel Nachfrage, wenig Angebot: Die Suche nach einer günstigen Wohnung wird in mancher Stadt zur Tortur.

© picture alliance/KEYSTONE

Dr. Jan-Marco Luczak, CDU/CSU:

## Schwarz-Weiß-Malerei hilft nicht weiter



Jan-Marco Luczak (\*1975)  
Wahlkreis Berlin-Tempelhof – Schöneberg

Ich darf zunächst einmal um Nachsicht dafür bitten, dass ich leider ganz unmittelbar nach meiner Rede das Plenum wieder verlassen muss. Legen Sie mir das bitte nicht als mangelnden Respekt vor dem Hohen Haus oder vor Ihnen aus. Sie alle kennen das: In einer Sitzungswoche gibt es manchmal seit langem feststehende Termine, die dringend wahrgenommen werden müssen.

Ich bedauere das ganz besonders, weil es hier um das Mietrecht geht. Beim Mietrecht gibt es immer besonders spannende Diskussionen, besonders emotionale Debatten, die auch ich selber mit großer Leidenschaft und mit viel Herzblut führe. Besonders emotional sind diese Debatten meistens dann, wenn es um Anträge der Linken geht.

Ich kann jedenfalls für mich sagen: Mein Blutdruck steigt da meistens, und mein Puls fängt an zu rasen.

Das liegt aber nicht daran, dass sie so gut sind, Frau Kollegin Lay, sondern daran, dass so viel Ideologie und so viel wirtschaftlicher Unverstand in einen Antrag gepresst werden. Es verwundert mich immer wieder, dass das gelingt.

So ist es auch bei diesem Antrag. Es ist ein Schaufensterantrag, mit dem die Linke wieder einmal versucht, die Vermieter in die Rolle der bösen Kapitalisten zu drängen, die hemmungslos und ohne Rücksicht nach Profit gieren und ihre Mieter ausbeuten. Zugleich versuchen Sie, die Koalition so darzustellen, als ob wir diese Sorgen und Nöte von Mietern nicht ernst nehmen würden, und Sie fordern uns zu einer sozialen Mietrechtsnovelle auf.

Beides, meine sehr verehrten Kollegen von den Linken, ist grundfalsch. Mit dieser Schwarz-Weiß-Malerei – hier der Vermie-

ter, da der Mieter – werden Sie der Komplexität des Wohnungsmarktes und auch der vielen Herausforderungen, die sich dort stellen, in keiner Weise gerecht.

Natürlich ist es so, dass es bei den Mieten Exzesse gibt, und natürlich gibt es auch Fälle, in denen Mieter von rücksichtslosen Vermietern aus der Wohnung gedrängt werden. Hier ist völlig klar – das ist unbestritten; darüber besteht völliger Konsens –, dass Politik handeln muss und dass Mieter in so einem Fall geschützt werden müssen. Wir als Union wissen sehr genau, dass das Mietrecht an dieser Stelle sozial ausgewogen gestaltet werden muss. Darauf haben wir in der Vergangenheit immer sehr großen Wert gelegt. Das werden wir auch dieses Mal tun. Um uns daran zu erinnern, brauchen wir aber nicht die Linken als pseudosoziales Gewissen.

Diese Ausgewogenheit ist so prägend für das Mietrecht; dennoch lassen Sie sie in Ihren Anträgen wieder einmal völlig vermissen. Gerade die privaten Kleinvermieter vernachlässigen Sie in Ihren Anträgen völlig.

Man hat immer den Eindruck, sie würden nach und nach rechtlos gestellt. Sie vernachlässigen in Ihren Anträgen auch, dass die übergroße Mehrheit der Mietverhältnisse völlig reibungslos funktioniert, dass dort fair miteinander umgegangen wird. Deswegen kann es doch nicht darum gehen, Vermieter und Mieter gegeneinander auszuspielen, sondern man muss die berechtigten Interessen von beiden in den Blick nehmen und miteinander in Einklang bringen.

Wie gesagt, Sie lassen diese Ausgewogenheit in Ihren Anträgen völlig vermissen. Denn was schlagen Sie uns vor? Sie haben es ja gerade dargestellt: die Absenkung der Modernisierungsumlage von 11 auf 5 Prozent. In Ihrer Begründung klingt es so an, als ob Modernisierungen vermietetem massenhaft missbraucht würden, um Bestandsmieter zur Kündigung zu nötigen.

– Natürlich. Es gibt diese Fälle. Sie haben gerade ein Beispiel aus Berlin genannt, Frau Lay. Ich bin selber Berliner Abgeordneter. Ich kenne diese Fälle.

Aber so zu tun, als ob das ein massenhaftes Phänomen sei, ohne dafür konkrete Zahlen zu benennen, das wird dem Ernst der Sache nicht gerecht. Ebenso wird

dem Ernst der Sache nicht gerecht, wenn Sie hier pauschale Vorwürfe an Vermieter richten, dass sie Mieter sogar nötigen, dass sie also eine Straftat begehen. Das ist absolut fehl am Platz.

Klar ist: Wir müssen Missbrauch verhindern, und es darf auch kein „Herausmodernisieren“ von Mietern geben. Genau das ist auch Inhalt des Koalitionsvertrages. Wir haben uns als Koalition dazu verpflichtet, hierzu etwas vorzulegen.

Wenn wir hier von Modernisierungen reden, dann ist genauso klar: Das Ziel und die Funktion von § 559 BGB, nämlich Anreize für Modernisierungen zu schaffen, dürfen wir selbstverständlich nicht konterkarieren; vielmehr müssen die Vorschriften, die wir zum Schutz der Mieter brauchen, immer so ausgestaltet sein, dass Investitionen in den Neubau, in den altersgerechten Umbau und in die energetische Sanierung nicht verhindert werden. Das muss unverrückbarer Grundsatz aller Regelungen sein, die wir hier miteinander angehen. Darauf werden wir als Union ganz besonders achten. Das gilt nicht nur für die Anträge der Linken, sondern auch für das schon angesprochene Grundlinienpapier des BMJV.

Selbstverständlich ist es so, dass wir diese Investitionen nicht verhindern dürfen und dass wir bezahlbaren Wohnraum brauchen. Das muss miteinander in Einklang gebracht werden. Das wird immer so abstrakt dahergesagt. Das kann man gar nicht richtig einordnen. Ich mache es mal am Beispiel des altersgerechten Umbaus deutlich.

Sie müssen sich das ganz konkret vorstellen: Viele ältere Menschen – wir leben in einer alter werdenden Gesellschaft – müssen irgendwann ihre Wohnung verlassen, weil kein Fahrstuhl da ist oder weil sie das Bad nicht mehr benutzen können. Es ist für einen alten Menschen eine ganz gravierende Situation, wenn das gewohnte Lebensumfeld verlassen werden muss, wenn man die Nachbarn, mit denen man vielleicht schon Jahrzehnte zusammengelebt hat, nicht mehr hat.

Deswegen ist der altersgerechte Umbau nicht irgendetwas Abstraktes. Wir müssen dafür sorgen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen so sind, dass tatsächlich in altersgerechten Umbau in-

vestiert werden kann; denn wir als Union wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrer angestammten Wohnung bleiben können.

Deswegen brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen.

Jetzt rufen Sie als Linke natürlich wieder nach dem Staat: Wir müssen hier Milliardensummen in die Hand nehmen. – Aber wenn Sie sich mal vor Augen führen, welche Summen wir benötigen, ist völlig klar: Das bekommen wir als Staat allein aus Steuermitteln nicht hin, sondern wir brauchen dafür private Investitionen. Diese privaten Investitionen bekommen wir nicht, wenn die Modernisierungskosten nicht in irgendeiner Weise auch wirtschaftlich darstellbar sind. Sie müssen wirtschaftlich tragbar und finanzierbar sein; sonst funktioniert das nicht.

Das, was Sie uns vorschlagen – eine Absenkung der Modernisierungsumlage auf 5 Prozent –, ist völliger Humbug. Weil sich dann keine Modernisierungsmaßnahme, keine energetische Sanierung, kein altersgerechter Umbau mehr rechnen wird, werden solche Modernisierungen unterbleiben. Das geht letztlich zulasten der Mieter. Deswegen werden wir das nicht mitmachen.

In gleicher Weise kritisch wie diese Absenkung auf 5 Prozent ist eine Änderung bei den Kappungsgrenzen; das ist auch schon vorgeschlagen worden. Da muss man sehr genau aufpassen, dass die gesamtgesellschaftlichen Ziele beim Klimaschutz und beim demografischen Wandel nicht gefährdet werden. Im Gegenteil: Wir müssen diese gesamtgesellschaftlichen Ziele, auf die in § 559 BGB Bezug genommen wird, befördern und gleichzeitig die Mieter schützen. Das muss miteinander in Einklang gebracht werden, und das werden wir in der Koalition auch tun. Dazu brauchen wir Ihre Anträge ganz bestimmt nicht, meine Kolleginnen und Kollegen von den Linken.

Lassen Sie mich noch etwas zur ortsüblichen Vergleichsmiete sagen. Sie schlagen uns jetzt vor, dass alle Mietverhältnisse in die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete einbezogen werden. Ich könnte jetzt einen rechtshistorischen Exkurs darüber machen, wie es sich mit der ortsüblichen Vergleichsmiete verhält, was eigentlich deren Funktion ist. Ihre Funktion ist jedenfalls nicht, eine mietpreisbeschränkende Wirkung zu haben. Tatsächlich wurde das Vergleichsmietensystem in den 70er-Jahren eingeführt, um die

Änderungskündigung auszu-schließen. Damals haben Vermieter Mieterhöhungen nämlich so gemacht: Lieber Mieter, ich erhöhe die Miete um soundso viel Prozent. Du kannst bleiben, wenn du dem zustimmst; ansonsten musst du die Wohnung verlassen. – Deswegen hat man seinerzeit die ortsübliche Vergleichsmiete eingeführt.

Es war nie ein Instrument, um die Mieten zu senken, sondern es war ein Instrument, um Transparenz auf dem Wohnungsmarkt herzustellen.

Es geht darum, die Realität auf dem Wohnungsmarkt mit einem Mietspiegel darzustellen. Es soll nicht ein Rückspiegel in längst vergangene Zeiten sein, sondern ein Mittel der Transparenz. Deswegen muss der Mietspiegel diese Funktion behalten. Alle Überlegungen, die dahin gehen, den Betrachtungszeitraum von derzeit vier Jahren auf acht Jahre, zehn Jahre oder gar ganz auszudehnen, sind völlig verfehlt. Deswegen werden wir als Union diese Verlängerung der Betrachtungszeit nicht mitmachen.

Dann will ich noch sagen, was das zur Folge hätte; dafür bleibt mir jetzt leider nur wenig Zeit. Sie müssen bedenken: Was folgt denn daraus, wenn Sie diesen Betrachtungszeitraum so verlängern? Die ortsübliche Vergleichsmiete würde sofort sinken, automatisch, und gleichzeitig auf diesem niedrigen Niveau eingefroren. Nun kann mancher sagen: Das ist genau das, was ich will. – Aber Sie müssen sich einmal überlegen, was die Folgen für die Immobilienunternehmen an der Stelle wären: Die Immobilienwerte würden automatisch sinken, der Verschuldungsgrad würde ansteigen, und die Eigenkapitalquote würde sinken. Dann ist kein Bewegungsspielraum für Investitionen in Modernisierung oder in Neubau mehr vorhanden. Damit geben Sie den Mietern Steine statt Brot. Deswegen kann das nicht sein. Der Betrachtungszeitraum von vier Jahren muss bleiben, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, Sie haben gesehen: Die Anträge der Linken sind mit Ideologie gespickt. Sie zeugen auch von wirtschaftlichem Unverstand. In diesem Sinne werden wir sie hier natürlich nicht nur ablehnen, sondern auch eigene gute Vorschläge vorlegen, die einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den berechtigten Interessen der Mieter und der Vermieter darstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Es geht darum, die Realität auf dem Wohnungsmarkt mit einem Mietspiegel darzustellen.**

Oliver Krischer, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

## Riesige Herausforderungen, aber die Koalition liefert nicht



Oliver Krischer (\*1969)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wir reden hier über ein zentrales sozialpolitisches Thema: Mieten und Wohnungsnot. Wenn ich mir die Regierungsbank anschau, dann fällt mir auf: Keiner der zuständigen Minister – Herr Maas oder Frau Hendricks – hält es für nötig, hier zu sein. Das zeigt ja schon, welchen Stellenwert dieses Thema ganz offensichtlich hat und dass es nicht so ganz ernst genommen wird. Herr Luczak – ist er noch da? nein, er ist schon weg – hat das hier gerade mit dem Bild, das er abgegeben hat, bestätigt. Nach seiner Rede könnte man ja glauben: Es ist alles gut. Aber, meine Damen und Herren, wes-

halb haben wir denn steigende Mieten? Wir stehen in den nächsten Jahren vor einer Riesenherausforderung, weil Hunderttausende Wohnungen in Deutschland fehlen. Das sorgt natürlich für sozialen Sprengstoff. Das sorgt für Probleme, und diesen müssen wir uns widmen.

Ich sage ganz deutlich: Das, was sich die Koalition jetzt mit der steuerlichen Förderung überlegt hat, ist dem Problem nicht angemessen. Denn das ist Gießkannenprinzip. Das bedeutet gerade nicht, dass günstiger Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung gestellt wird, sondern dass breit gefördert wird. Das ist nicht die notwendige Antwort auf diese Herausforderung. Da müssen wir andere Dinge tun. Was wir brauchen, ist eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. 60 000 Wohnungen fallen pro Jahr aus der Preisbindung, und das ist ein Riesenproblem für Menschen mit geringem Einkommen. Da müssen wir handeln.

Ich sage: Die zentrale Schraube ist, dass der Bund hier investieren muss. Wir brauchen 2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau. Wie ich gerade ge-

lesen habe, unterstützt ja Frau Hendricks, die leider der Debatte nicht beiwohnt, diese Forderung, 2 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Das Problem ist nur, dass die Forderungen von Frau Hendricks in dieser Koalition die Durchschlagskraft von Wattebällchen haben. Das nützt uns dann überhaupt nichts. Hier wird von dieser Regierung nicht angemessen regiert.

Was wir ansonsten brauchen, ist eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Das wäre eine angemessene Antwort. Wir haben viele kommunale Wohnungsbaugenossenschaften. Die könnten hier handeln. Die müssen wir in die Lage versetzen, dass sie günstigen Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stellen.

Dabei geht es nicht darum – wie manche das jetzt wieder diskutieren –, irgendwo in Gettos am Stadtrand mit abgesenkten Standards zu bauen. Da sollten wir aus den Fehlern des 20. Jahrhunderts gelernt haben. Guten, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist eine Herausforderung für die Bundespolitik. Hier, meine Damen und Herren, müssen Sie endlich handeln.

Aber mit dem Handeln ist das ja so eine Sache. Sie haben mit großem Tamtam eine Mietpreisbremse beschlossen. Diese galt als großes Innovationsprojekt; jedenfalls sollte sie das sein. Jetzt stellen wir fest: Diese Mietpreisbremse ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Sie wird an allen Ecken und Enden umgangen. Sie tut vieles; sie bewirkt alles Mögliche. Was sie nicht tut, ist, den Anstieg der Mieten zu bremsen. Und das haben wir Ihnen schon vorher gesagt, das haben Ihnen schon die Experten gesagt. Da, meine Damen und Herren, haben Sie versagt.

Sie versagen auch bei den weiteren Baustellen im Mietrecht. Sie haben im Koalitionsvertrag und auch nach Einführung der Mietpreisbremse groß angekündigt, dass Sie ein zweites Paket vorlegen würden. Dazu gibt es jetzt von Herrn Maas ein Eckpunktepapier. Aber das war es dann schon wieder. Man hört überhaupt nichts mehr. Still ruht jetzt der See. Die Herausforderungen sind riesig; aber von dieser Koalition kommt nichts. Ich bin den Kollegen von den Linken dankbar, dass sie zwei dieser Baustellen hier zum Thema gemacht haben. Wir brauchen endlich rechtssichere, qualifizierte Mietspiegel. Die unklaren Regelungen in diesem Bereich führen unter anderem auch dazu, dass die Mietpreisbremse wirkungslos ist und dass hier nicht vernünftig gehandelt werden kann. Dass es Verträge mit solchen Mietpreissteigerungen gibt, das darf nicht sein.

Die zweite große Baustelle ist

die Modernisierungumlage – im Moment 11 Prozent –, die auch Luxussanierungen ermöglicht, sodass genau das stattfindet, was beschrieben worden ist: dass es Entmietungen gibt, dass es teilweise Kostensteigerungen von 1 000 Euro gibt, um die Menschen aus den Wohnungen zu treiben. Meine Damen und Herren, das darf nicht sein. Wir wollen die energetische Gebäudesanierung, aber nicht eine Umlage, die am Ende dazu beiträgt, dass die Menschen aus den Wohnungen vertrieben werden. Auch wenn Sie es ignorieren: Das findet in den Ballungsgebieten überall statt, das ist Realität in unserem Land. Dagegen müssen Sie etwas unternehmen.

Ich sage Ihnen zum Schluss: Angesichts von Wohnungsmangel, explodierenden Mietpreisen, steigendem Neubaubedarf und Klimaschutz im Gebäudebereich stehen wir vor riesigen Herausforderungen. Ich würde mich gerne eines Besseren belehren lassen; aber bei dem, was ich in dieser Legislaturperiode wohnungs- und mietenpolitisch von dieser Koalition gesehen habe, habe ich die große Sorge, dass Sie diesen Herausforderungen nicht gewachsen sind und es am Ende wieder die Menschen treffen wird, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft stehen. Das spaltet unsere Gesellschaft weiter. Das können wir uns aus vielen Gründen nicht leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dennis Rohde, SPD:

## Der Wohnungsmarkt ist aus dem Gleichgewicht geraten



Dennis Rohde (\*1986)  
Wahlkreis Oldenburg – Ammerland

Sehr geehrter Herr Krischer, vorweg eine Sache: Hier den Minister Heiko Maas anzugreifen, dass er nicht anwesend ist, obwohl Sie wissen, dass er einen seit vielen Wochen feststehenden Termin in Straßburg hat, um ein Abkommen zur Geldwäsche zu

unterzeichnen, ging voll daneben. Ich finde, es ist gut, dass der Minister in Straßburg ist und nicht hier der Beratung eines Oppositionsantrags beiwohnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren die Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht zum ersten Mal.

Wir haben schon öfter festgestellt, dass der Wohnungsmarkt aus dem Gleichgewicht geraten ist. Wir haben in ländlichen Gebieten die Situation, dass sich Vermieterinnen und Vermieter freuen, wenn sie überhaupt noch einen Mieter finden. In der Stadt treffen wir genau das Gegenteil an: Die Nachfrage überschreitet das Angebot weit, und die Mieten haben sich in den letzten Jahren explosionsartig entwickelt. Das betrifft Studentinnen und Studenten, die kleine Wohnungen suchen. Das

betrifft Familien, die in eine andere Stadt wechseln und deutlich mehr für die Miete aufbringen müssen. Das betrifft natürlich auch ältere Menschen, die zum Beispiel nach einer Modernisierung die Miete mit ihrer Rente nicht mehr zahlen können. Wenn wir uns an dieser Stelle ehrlich machen, dann wissen wir auch: Die gegenwärtige Flüchtlingssituation wird den Wohnungsmarkt nicht vereinfachen. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir als Koalition hier gegensteuern. Das haben wir getan und werden wir auch weiter tun.

Wir haben im vergangenen Jahr bereits zwei Maßnahmen auf den Weg gebracht, zum Beispiel das Bestellerprinzip bei den Immobilienmaklern. Endlich gilt hier auch das marktwirtschaftliche Prinzip: Wer die Leistung bestellt,

hat sie auch zu bezahlen. Schluss damit, erst einmal Hunderte von Euro auf den Tisch zu legen, bevor man einziehen kann!

Das Bestellerprinzip wirkt und wird angenommen. Ich zitiere die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Dezember 2015. Dort steht:

Ein halbes Jahr nach der Einführung des Bestellerprinzips lässt sich mit einiger Gewissheit sagen, dass dies eine gute Regelung ist.

Und weiter:

Das alles kommt Kunden und Mietern entgegen. Außerdem trägt die Entwicklung dazu bei, das miserable Image der Wohnungsmakler zu verbessern.

Das war und ist ein gutes Gesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben die Mietpreisbremse auf den Weg gebracht. Wir können heute, ein Jahr danach, sagen, dass die Landesregierungen dieses Angebot angenommen haben. Wir haben mittlerweile in 292 Städten und Gemeinden eine Mietpreisbremse. Ich finde, an dieser Stelle sollte man noch einmal betonen, dass es wichtig war, dass wir uns als SPD durchgesetzt

und die Mietpreisbremse nicht an das Vorhandensein eines Mietspiegels gekoppelt haben. Hätten wir das getan, dann hätten wir heute nicht 292 Mietpreisbremsen, sondern lediglich 75. Hätten wir es an das Vorhandensein eines qualifizierten Mietspiegels gekoppelt, hätten wir nicht 292 Mietpreisbremsen, sondern 45. Es war richtig, dass wir diese Koppelung nicht vorgenommen haben, damit auch die anderen 217 Städte und Gemeinden dieses Mittel verwenden können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Frage, die richtigerweise im Raum steht, ist doch: Warum sind die Kommunen momentan so zurückhaltend, wenn es darum geht, einen Mietspiegel auszubringen? Warum sind die Kommunen momentan so zurückhaltend, wenn es darum geht, einen Mietspiegel herauszubringen, insbesondere einen qualifizierten Mietspiegel? Da ist die jetzige Gesetzeslage eben problematisch, da bei einem qualifizierten Mietspiegel nur die Vertragsabschlüsse der letzten vier

Fortsetzung auf nächster Seite

Jahre berücksichtigt werden.

Wir wissen alle, was in den letzten vier Jahren auf dem Mietwohnungsmarkt passiert ist. Die Mieten sind gestiegen, gestiegen und gestiegen. Wenn ich das in einem Mietspiegel darstellen würde, dann würde ich eben nicht darstellen, was in einer Kommune durchschnittlich an Mieten gezahlt wird, sondern ich würde darstellen, wie viel ein Vermieter momentan für sein Objekt bekommen könnte. Die Angst, die in vielen Kommunen vorherrscht, ist dann auch berechtigt. Dort denkt man nämlich, man erreicht genau das Gegenteil von dem, was man eigentlich erreichen will. Wir wollen die Mieterinnen und Mieter in diesem Land schützen und kein Instrument ausweisen, das der Renditeoptimierung dient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb findet sich – bei aller Debatte – ein ganz entscheidender Satz im Koalitionsvertrag. Da

steht:

Wir sorgen dafür, dass im Mietspiegel die ortsübliche Vergleichsmiete auf eine breitere Basis gestellt und realitätsnäher dargestellt wird.

Nur darum darf es in den kommenden Wochen und Monaten gehen.

Eines ist uns ganz wichtig – und das unterscheidet uns elementar von dem Antrag der Linken, der uns heute vorliegt –: Wir wollen das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen weiterhin oben halten. Wir wollen keine Zwangsmietspiegel. Wir haben gute Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, wir haben gute Ratsfrauen und Ratsherren, und wir trauen denen zu, diese Entscheidung zu treffen.

Wir werden uns in den nächsten Wochen und Monaten für noch mehr starkmachen. Wir werden uns ganz genau ansehen, was es

zur Folge hat, dass Mietfläche und vereinbarte Mietfläche um 10 Prozent abweichen können, dass man für Phantomflächen Mietgebühren und Betriebskosten zahlt. Hier brauchen wir eine neue Regelung, um insbesondere das Vertrauen zwischen Mietern und Vermietern zu stärken. Es geht um eine vernünftige Lösung für die Modernisierungumlage. Wir wollen nicht, dass Mieterinnen und Mieter durch sogenannte Luxussanierungen aus ihrem Heim oder aus der Wohnung ausziehen müssen, in denen sie viele Jahre gewohnt haben. Wir wissen aber auch, dass wir hier ganz behutsam sein müssen und aufpassen müssen, welche Regelungen wir treffen; denn wir haben natürlich die Pariser Beschlüsse im Hinterkopf. Wir wissen, dass Barbara Hendricks mit einem sehr guten Ergebnis zurück nach Deutschland gekommen ist, und wir wollen insbesondere die CO<sub>2</sub>-Ziele einhalten. Dazu gehört

natürlich die energetische Sanierung. Wir wollen den Weg dafür nicht verbauen, aber wir wollen auch Mieterinnen und Mieter schützen. Diese Debatte werden wir in den nächsten Wochen führen, damit beides möglichst gut ineinander aufgeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Städte ändern sich. Sie sind, das zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, attraktiv für viele Menschen, für Familien mit Kindern, für Migrantinnen und Migranten, für Berufstätige, aber natürlich auch für unsere ältere Generation. Dafür zu sorgen, dass diese lebendige Mischung erhalten bleibt, dass unsere Städte eben nicht nur für eine Oligarchie von Betuchten da sind, das ist und bleibt unsere Aufgabe.

**Wir wollen kein Instrument ausweisen, das der Renditeoptimierung dient.**

Deswegen müssen wir die Missstände angehen, statt – wie in vergangenen Zeiten – in Untätigkeit zu verharren, aber wir wollen das nicht mit Fantastereien. Wir wollen das nicht durch Luftschlösser und mit unüberlegtem Aktionismus erreichen, sondern mit guten, tragfähigen und auf Sachverstand bauenden Lösungen. Deshalb: Warten wir das ab, was derzeit im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz entwickelt wird! Wir werden diesen Vorgang parlamentarisch intensiv begleiten. Wir sind der festen Überzeugung: Am Ende kommt ein gutes Gesetz dabei heraus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött, CDU/CSU:

## Es kommt auf die Masse und nicht auf Klassenkampf an



Marie-Luise Dött (\*1953)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

In den kommenden Jahren müssen circa 350 000 bis 400 000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Nur so erhalten alle Wohnungssuchenden eine Chance, geeigneten Wohnraum zu finden. Darüber hinaus muss die Rate bei der Gebäudesanierung auf über 2 Prozent gesteigert werden. Die ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen wir sonst nicht.

Der deutsche Wohnungsmarkt steht also vor einer historischen Investitions Herausforderung. Neubau und Sanierung müssen zeitgleich zur Hochform auflaufen. Aber: Am Ende muss alles bezahlt werden. Kein vernünftiger Mensch wird in den Mietwohnungsbau oder in die energetische Sanierung von Mietwohnungen investieren, wenn eine Wirtschaftlichkeit nicht erreicht werden kann.

Ich verstehe es nun als unsere Aufgabe, die bestmöglichen Vo-

oraussetzungen für die notwendige Investitionsoffensive zu schaffen. Wir müssen die optimalen Rahmenbedingungen entwickeln. Die Arbeit daran wird kontinuierlich fortgesetzt, und sie erreicht hoffentlich heute ein weiteres Etappenziel, nämlich eine politische Verständigung der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder heute Abend über eine steuerliche Förderung des Wohnungsneubaus.

Sie wird bei richtiger Ausgestaltung der erfolgversprechende Baustein im Reigen der Maßnahmen sein, die vom Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen entwickelt worden sind. Dazu nur zwei Stichworte: Wohnungen für Familien mit mehreren Kindern – auch damit muss man sich beschäftigen –, richtige Baukostengrenzen.

Forderungen nach investitionsfeindlichen Änderungen am Mietrecht kann ich nur in einer Form kommentieren: eine ausgesprochen schlechte Idee. Wir brauchen keine Gesetzgebung zur sozialistischen Mangelverwaltung, sondern Anreize zur marktwirtschaftlichen Angebotsausweitung.

Das betrifft nicht nur die vorliegenden Anträge der Linken – da habe ich auch nichts anderes erwartet –, sondern leider auch weite Teile der von Bundesminister Maas entwickelten Vorschläge zur Änderung des Mietrechts.

Herr Staatssekretär Kelber, ich würde mich freuen, wenn Sie das

dem Bundesminister ausrichten: weniger Ideologie, mehr Praxisbezug – dann passt das auch.

Nur vermute ich, dass da am Ende nicht viel von Ihren Vorschlägen übrig bleibt. Verständigen wir uns auf das, was im Koalitionsvertrag vereinbart und machbar ist!

Auf die Ausweitung des Bezugszeitraums bei der Ermittlung der Vergleichsmiete hatte die SPD schon bei den Koalitionsverhandlungen verzichtet. Das wäre nämlich auch nicht bauförderlich. Die rosarote Seifenblase mit Amortisationsregelungen im Modernisierungsmietrecht ist ja auch schon seit langem geplatzt.

Die Bundesregierung insgesamt hat sich also auch mit Zustimmung des Bundesministers Maas in mehreren Beschlüssen zum Klimaschutz dazu bekannt, dass Änderungen am Modernisierungsmietrecht die Anreize zur Modernisierung nicht verringern dürfen.

Das ist also der Gradmesser für alle dazu zu entwickelnden Ideen. Fundamentale Änderungen am Modernisierungsmietrecht stehen also überhaupt nicht zur Debatte.

Der populistische Wettbewerb um die niedrigste Prozentzahl bei der Modernisierungsmieterhöhung geht zulasten der Klimaziele, geht zulasten der Umwelt.

Als umwelt- und baupolitische Sprecherin bin ich vom Deutschen Mieterbund enttäuscht.

Er führt eine rufschädigende

Debatte um das bestehende Modernisierungsmietrecht: hier der profitorientierte Vermieter, auf der anderen Seite der arme Mieter.

Ich kenne keinen investitionsfreundlichen und vor allem umsetzbaren Gegenvorschlag des Mieterbundes, auch nicht der Linken.

Im Gegenteil: Das, was mir vorliegt, bedeutet Verfall der Bausubstanz – da gebe ich Ihnen teilweise recht; hier in Berlin kann man das auch sehen – und Sanierungsstau auf ewig.

Wer Feuer schürt, sollte auch wissen, wie man es erfolgreich löscht.

Lieber Mieterbund, unser Interesse muss doch sein, ein größeres Wohnungsangebot zu haben. Ja, es gibt auch schwarze Schafe aufseiten der Vermieter. Richtig ist, dass einige das bestehende Modernisierungsmietrecht nicht ordnungsgemäß anwenden. Sie trennen nicht sauber die Kosten der Instandhaltung von den Kosten der Modernisierung. Andere achten nicht auf die Grenze der Zumutbarkeit bzw. der Belastbarkeit der Mieter. Aber das ist nicht die Regel. Wir sollten mit der Schwarz-Weiß-Malerei aufhören; Herr Luczak hat schon darauf hingewiesen. Im Regelfall werden Modernisierungsmaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt, und die darauffolgende Modernisierungsmieterhöhung wird als angemessener Preis für den gestiegenen Wohnwert akzeptiert. All die ordentlich arbeitenden Vermieter sollten wir wegen der wenigen schwarzen Schafe nicht durch schlechtere Rahmenbedingungen bestrafen.

Übrigens kann in vielen Regionen Deutschlands gar nicht die maximal mögliche Modernisie-

rungsmieterhöhung durchgesetzt werden. Der dortige Wohnungsmarkt gibt es nicht her. Auch da müssen wir wegen der energetischen Sanierung noch einmal genau hinschauen.

So komme ich zu der Schlussfolgerung: Der beste Mieterschutz ist die Angebotsausweitung. Es gilt: Bauen, bauen, bauen. Erstens. Die Länder müssen zügig die vom Bund bereitgestellten Milliarden in wirksame und kraftvolle Wohnungsbauprogramme umsetzen. Herr Krischer, für den sozialen Wohnungsbau sind die Länder und die Kommunen zuständig, nicht der Bund.

Zweitens. Die Kommunen sind angehalten, deutlich mehr Bauland auszuweisen. Die Länder müssen ihnen dafür auch mehr Spiel in den Landesentwicklungsplänen geben.

Drittens. Die geplante steuerliche Förderung des Wohnungsneubaus muss effektiv und unbürokratisch erfolgen.

Normalerweise gilt: Klasse statt Masse. Liebe Kollegen von der SPD, hier kommt es auf die Masse und nicht auf den Klassenkampf an. Also: Nicht nur auf den sozialen Wohnungsbau abstellen, sondern auch auf Wohnungen für den Normalverdiener.

Die Linken dokumentieren heute mit ihren Anträgen einmal mehr ihre populistische Gedankenwelt. Bei der SPD setze ich noch auf Vernunft und Einsicht. Liebe SPD-Kollegen, laufen Sie den anderen Genossen nicht hinterher. Sie können sie nicht links überholen, schon gar nicht beim Mietrecht. Bleiben Sie bei uns! Wir sind die Mitte und wissen, was gut für Deutschland ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Halina Wawzyniak, DIE LINKE:

## Vermieter an ihre soziale Verantwortung erinnern



Halina Wawzyniak (\*1973)  
Landesliste Berlin

So eine Koalition scheint eine total friedvolle und nette Veranstaltung zu sein. Vielleicht ziehen Sie sich doch einfach in einen Raum zurück und klären das untereinander. Das schien mir jetzt am Ende doch eine sehr populistische Rede zu sein, die auch sehr ideologiegeprägt ist.

Ich will zu Beginn auf eine bemerkenswerte Entscheidung des Bundesgerichtshofes hinweisen. Der hat als legitimes Regelungsziel akzeptiert, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungs-

markt der Anstieg von Mieten gedämpft werden kann. Der BGH sagt klar und deutlich: Die Bestandsgarantie des Eigentums nach dem Grundgesetz wird nicht dadurch infrage gestellt, dass nicht die höchstmögliche Rendite aus dem Eigentumsobjekt oder nicht die Marktmiete ohne jede Verzögerung und in voller Höhe erzielt werden kann. – Das Bundesverfassungsgericht sagt in ständiger Rechtsprechung, dass die Bindung des Eigentumsgebrauchs an das Wohl der Allgemeinheit die Pflicht zur Rücksichtnahme auf die Belange desjenigen einschließt, der konkret auf die Nutzung des Eigentumsobjektes angewiesen ist. Warum erzähle ich das alles? Offensichtlich braucht die Union ein wenig Nachhilfe in Verfassungsrecht.

Die SPD will ich ein wenig ermuntern und sagen: Es gibt keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Vermieterinnen und Vermieter an ihre soziale Verantwortung zu erinnern. Es bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken, Vermieterinnen und Vermietern zu untersagen, schnellen und höch-

ten Profit aus der Vermietung von Wohnraum zu erzielen. Man muss es nur wollen, man kann es auch machen. Ich befürchte nur: Mit diesem Koalitionspartner wird das etwas schwierig. Insofern bin ich gespannt, wie es weitergeht.

Herr Kelber hat in der Debatte am 2. Dezember 2015 gesagt, es soll im ersten Quartal 2016 einen Referentenentwurf geben. Spannend wäre, zu wissen, ob der wirklich kommt, ob er am Ende sogar durchs Plenum kommt.

Auch da bin ich relativ skeptisch, wenn ich mir so anschau, wie der Koalitionsfrieden aussieht. Aber das ist nicht mein Problem.

Zu dem Eckpunktepapier will ich sagen: Es ist sicherlich richtig, und der Vorschlag, die Modernisierungumlage abzusenken, geht in die richtige Richtung. Auch die Neuregelung der Kappungsgrenze scheint uns eine Maßnahme zu sein, die in die richtige Richtung geht. Wir wollen natürlich deutlich mehr. Hinsichtlich dessen, was Ihr Koalitionspartner dazu gesagt hat, empfehle ich großzügiges Ignorieren der Einwände.

Wir haben bereits im März 2015 – meine Kollegin Lay hat bereits darauf hingewiesen – einen Vorschlag zur Veränderung des Systems der ortsüblichen Vergleichsmiete unterbreitet. Dieser Antrag liegt Ihnen heute vor. Den Vorschlag von Ihnen, den Zeitraum auf zehn Jahre auszudehnen, finden wir sinnvoll und richtig. Ich kann nur hoffen, dass Sie von der SPD an dieser Stelle standhaft bleiben. Für eine solche Ausweitung hätten Sie im Übrigen unsere Stimmen. Wenn die Grünen mitmachen, gäbe es dafür sogar eine Mehrheit.

Sinnvoll ist aus unserer Sicht auch, die Schutzregelung bei Zahlungsverzug im Hinblick auf fristlose Kündigungen auf ordentliche Kündigungen auszudehnen. Es kann einfach nicht sein, dass, wenn zwei Monate nach einer fristlosen Kündigung gezahlt wird, die ordentliche Kündigung bestehen bleibt.

Ich möchte Sie bitten, eine weitere Lücke zu schließen, die leider nach einem BGH-Urteil eingetreten ist. Der BGH hat nämlich entschieden, dass einer Mieterin oder einem Mieter, die bzw. der auf Sozialleistungen angewiesen ist und diese auch rechtzeitig beantragt hat, sie aber zu spät bekommen hat und deshalb die Miete nicht zahlen konnte, gekündigt werden kann. Ich finde, solche Kündigungen müssen wir gesetzlich abschließen.

Es gibt noch zwei weitere Punkte, die aus meiner Sicht wichtig sind. Es geht um die Regelung zur Eigenbedarfskündigung und die Regelung zur Kündigung wegen Hinderung der angemessenen wirtschaftlichen Verwertung. Wir bleiben dabei: Eine Kündigung wegen beabsichtigter wirtschaftlicher Verwertung muss ausgeschlossen werden, wenn diese für Mieterinnen und Mieter eine unzumutbare soziale Härte bedeuten würde. Es muss ein Ende haben, dass Mieterinnen und Mieter mit der Androhung einer Kündigung wegen wirtschaftlicher Verwertung zur Zahlung höherer Mietpreise erpresst werden. Dies findet statt, und das kann nicht so bleiben.

Der Kündigungsschutz nach Umwandlung in Eigentumswohnungen muss bundesgesetzlich nach oben angeglichen werden. Es gibt in den Ländern Regelungen, die deutlich weiter gehen als die bundesgesetzliche Regelung.

Kurz und gut: Es gibt in diesem Bereich einiges zu tun. Wenn es um die Verbesserung der Situation von Mieterinnen und Mietern geht, werden wir Sie kritisch, konstruktiv begleiten. Unsere Beiträge sind übrigens deutlich gehaltvoller, substanzieller und auch seriöser als das, was wir heute hier von der Union gehört haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dirk Wiese, SPD:

## Soziale Marktwirtschaft ist nun auch bei Maklern angekommen



Dirk Wiese (\*1983)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Gesagt – getan – gerecht! In Deutschland gilt die Mietpreisbremse. Dieses Versprechen hat die SPD gegeben und gehalten. Gut so!

Mein Heimatland, Nordrhein-Westfalen, war eines der ersten drei Bundesländer, die mit gutem Beispiel vorangegangen sind. Nordrhein-Westfalen hat gleich Mitte letzten Jahres, am 1. Juli

2015, die Mietpreisbremse in 22 Städten eingeführt. Das ist gut für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, ganz besonders für die in den Hotspots Düsseldorf, Köln, Bonn oder auch Münster. An dieser Stelle muss man dem NRW-Bauminister Mike Grosseck danken, der eine hervorragende Arbeit geleistet hat.

– Herr Kollege Hirte, da ich Ihren Zwischenruf gerade gehört habe, diese leichte Bemerkung gegen die Landesregierung, sage ich: Ich glaube, wenn ein CDU-Landesvorsitzender es nicht einmal schafft, korrigierte Klausuren vernünftig zurückzuschicken, sollten Sie lieber kleine Brötchen backen.

Des Weiteren haben wir ganz klar dafür gesorgt, dass die soziale Marktwirtschaft endlich auch bei den Maklern angekommen ist. Wer die Leistungen bestellt, der bezahlt sie mittlerweile auch. Das

ist gut. Auch das haben wir versprochen und umgesetzt.

Kurzum: Wir haben den Schutz der Mieterinnen und Mieter in Deutschland erheblich verbessert. Diesen Weg werden wir weitergehen. Bei den Maklern werden wir künftig einen Sachverständigenachweis einführen. Das halte ich ebenfalls für richtig. Es kann nicht jeder Dahergelaufene aus dem Import-Export-Geschäft als Makler von Wohnungen auftreten. Dafür bedarf es einer gewissen Ausbildung und eines gewissen Sachverständnisses. Dieses Thema werden wir ebenfalls anpacken.

Ich bin Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Linken, wirklich dankbar dafür, dass Sie uns mit dieser Kernzeitdebatte die Möglichkeit geben, auf bereits bestehende Erfolge hinzuweisen und deutlich zu machen, was wir im Mietrecht noch vorhaben. Ich möchte noch auf den einen oder anderen Punkt Ihrer An-

träge eingehen, weil mich die Ziele, die Sie mit diesen Anträgen verfolgen, ein bisschen wundern. Sie wollen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, qualifizierte Mietspiegel für bestimmte Städte einzuführen und die Modernisierungumlage zu begrenzen. Ich habe mich, ehrlich gesagt, gefragt, ob Sie keine Zeitung lesen und in informationstechnischer Hinsicht etwas abgeschnitten sind; denn das, wozu Sie die Bundesregierung heute auffordern wollen, ist schon längst in Angriff genommen worden. Das BMJV hat ein Eckpunktepapier vorgelegt. Der Referentenentwurf ist in Arbeit.

Warten Sie doch erst einmal bei diesem einen Punkt ab

Liebe Frau Kollegin Künast, bei Zwischenrufen ist es wie mit dem Posten bei Facebook: Erst nachdenken, dann das Foto posten.

Der Kollege Rohde hat, glaube ich, noch einmal ausführlich deutlich gemacht – darauf will ich gar nicht mehr eingehen –, dass der Mietspiegel und die Modernisierungumlage wichtige Punkte für uns als Sozialdemokratie sind. Frau Künast, der Kollege Dr. Ullrich ist ja im Bereich des Facebook-Postens mit Ihnen der Experte. Er wird die Geschichte viel-

leicht gleich noch einmal erzählen.

Ich will mich heute auf zwei Punkte beschränken, die wir in der Planung haben.

Erstens. Die Abschaffung der Abweichung von der tatsächlichen Wohnfläche bei Mietverträgen. Sie alle kennen das Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 2004, das damals eine zulässige Abweichungsgrenze von 10 Prozent festsetzte. Mieter hatten faktisch keine Chance mehr, gerichtlich gegen Abweichungen in dieser Höhe vorzugehen. Man muss sich das einmal verdeutlichen: Bei einer 100-Quadratmeter-Wohnung zahlt man im schlimmsten Fall quasi jeden Monat für ein kleines Zimmer, das in Wirklichkeit gar nicht existiert, etwa ein kleines Arbeitszimmer von 10 Quadratmetern, fleißig mit. An teuren Wohnungsmärkten wie in Düsseldorf und Münster ist das schnell ein sehr teurer Spaß. Über die Jahre entrichten die Mieter somit hohe Beträge für eigentlich virtuellen Wohnraum, zumal sie nicht nur die Mietkosten zahlen, sondern die Wohnfläche auch bei der Berechnung der Betriebskosten eine

Fortsetzung auf nächster Seite

Rolle spielt.

Der neutrale Zuhörer mag jetzt vielleicht denken, dass solche Abweichungen nur die absolute Ausnahme sind, doch dem ist mitnichten so. Denn leider muss man sagen, dass das eben genannte Urteil des Bundesgerichtshofs von unredlichen Vermietern leider wohl auch als Freibrief verstanden worden ist mit der Folge, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Wohnung zu haben, bei der die tatsächliche Fläche von der im Mietvertrag ausgewiesenen Fläche abweicht, wirklich groß ist. Nach Schätzungen des Deutschen Mieterbundes – diesen möchte ich

**Kleinvermieter sind aber oftmals mit der Bürokratie überfordert.**

einmal in Schutz nehmen; der Deutsche Mieterbund macht einen hervorragenden Job; man sollte ihn nicht kritisieren; das ist nicht angemessen – betrifft das jede zweite oder dritte Wohnung in Deutschland. Da werden zu Unrecht Milliardenbeträge für nicht vorhandenen Wohnraum gezahlt, den es nur auf dem Papier gibt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, den wir jetzt beseitigen werden.

Ich bin froh, dass wir die Beseitigung dieses Missstandes in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt haben. Noch einmal: Zwischen Koalitionspartnern gilt der

Koalitionsvertrag.

Frau Kollegin Dött, ich würde Sie bitten, dort noch einmal nachzulesen.

Künftig wird damit bei Mieterhöhungen und bei der Umlage von Betriebskosten nur die tatsächliche Wohnfläche zählen. Also: Wer 100 Quadratmeter Wohnraum anmietet, der zahlt in Zukunft auch nur für 100 Quadratmeter – Punkt.

Der zweite Punkt, der wichtig ist, ist die Unterstützung von Klein- und Privatvermietern, denen wir mit unserem zweiten Mietpaket unterstützend unter die Arme greifen werden. Gerade in ländlichen Räumen – auch in meinem Wahlkreis im Sauerland – ist die Vermietung einer kleinen Wohnung oft ein guter Nebendienst, etwa wenn die alte Woh-

nung der Eltern im Haus vermietet werden soll. Nach einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung gibt es deutschlandweit etwa 10,7 Millionen Mietwohnungen von Privateigentümern in Mehrfamilienhäusern. Davon vermieten 57 Prozent nur eine einzige Wohnung. Größere Bestände sind eher die Ausnahme. Nur 2 Prozent der Vermieter haben mehr als 15 Mietobjekte im Angebot.

Kleinvermieter sind aber oftmals – das müssen wir feststellen – mit der Bürokratie überfordert, wenn es um die Umlage von entstandenen Instandhaltungskosten auf die Mieter geht. Deshalb werden wir ein vereinfachtes Verfahren für Kleinstvermieter einführen. Das ist gut so und schützt die vielen redlichen Kleinvermie-

ter in unserem Land.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die rot-schwarze Koalition optimiert auch weiterhin das Mietrecht. Auf diese Verbesserungen warten viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, in Düsseldorf, in Köln, in Münster, aber auch im Wahlbezirk Tempelhof-Schöneberg. Denn bei der einen oder anderen Debatte habe ich manchmal den Eindruck, dass in Tempelhof-Schöneberg 99 Prozent der Makler im Land wohnen. Vielleicht sollten die Mieterinnen und Mieter einmal genau hinschauen, wer hier welche Rede hält. Mieter schützen und Vermieter unterstützen – das ist die Prämisse unseres Handelns.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Renate Künast, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

## Wir warten sehnsüchtig auf die nächste Mietrechtsnovelle



Renate Künast (\*1955)  
Landesliste Berlin

Ich habe mich in dieser Debatte, ehrlich gesagt, nicht ganz entscheiden können, ob die Hauptentwicklung war, dass man sich innerhalb der Koalition gegenseitig Ideologie vorwirft, oder ob es großkoalitionäre Autosuggestion war, wie schön die Situation doch für Mieterinnen und Mieter ist. Ich kann mich nicht entscheiden; aber wir haben ja noch ein paar Redner vor uns.

Es wurde gesagt: Wir haben Eckpunkte vorgelegt. – Diese Methode kennen wir. Es werden Eckpunkte vorgelegt, und es wird gesagt: Ab heute ist die Situation für die Mieterinnen und Mieter besser. – Danach vergehen noch zwei Jahre, bis das Gesetz kommt, und die Situation ist immer noch nicht grundlegend geändert. Das ist die Wahrheit.

Sie geben hier mit Dingen wie zum Beispiel einer neuen Wohnflächenberechnung an, die Sie natürlich nur deshalb vornehmen, weil es gerade eine entsprechende BGH-Rechtsprechung gab.

Sehen wir uns doch einmal an, wie die Situation ist. Ich will mit dem Grundgesetz beginnen, weil der BGH vor kurzem eine Entscheidung zur Kappungsgrenze in Berlin – für Frau Dött ist das wahrscheinlich Teufelszeug und sozialistische Ideologie; so habe ich Ihren ruhigen, seriösen, unideologischen Redebeitrag gerade verstanden – gefällt hat.

Der BGH hat gesagt, dass uns ein Blick ins Grundgesetz den Satz „Eigentum verpflichtet“ finden lässt. Er verpflichtet aber auch uns, nämlich dazu, den Gedanken, dass Eigentum auch eine soziale Pflicht nach sich zieht, in Recht umzusetzen. Deshalb haben wir das Recht und die Pflicht, dort, wo Wohnungsmangel herrscht und wo die Mieten nach oben gehen, die Länder zu befähigen, etwas dagegen zu unternehmen, und das Bundesrecht so zu gestalten, dass den Vermietern auch soziale Pflichten abgerungen werden, sodass sie bei der Miete nicht alles ausreizen dürfen.

Das ist ein Stück sozialer Friede, das ist ausbalanciert, und möglicherweise entspricht das ja auch der katholischen Soziallehre und damit der Kernklientel der Union – nur Frau Dött wusste das noch nicht.

Meine Damen und Herren, wir warten sehnsüchtig auf die nächste Mietrechtsnovelle. Aber ich sage Ihnen: Sie können auch die letzte ändern. Auch wenn Sie Ihre sogenannte Mietpreisbremse sehr gelobt haben, muss ich Ihnen sagen: Sie haben vergessen, eine Bremse zu installieren. Ja, es stimmt: Es

gibt jetzt hier und da entsprechende Einrichtungen. Aber sie sind doch im wahrsten Sinne des Wortes minimal. Was bleibt – ich muss darauf hinweisen –, ist eine Rügepflicht der Mieterinnen und Mieter, wenn der Vermieter rechtswidrig zu viel Miete verlangt. Dann müssen die Mieter dies rügen und es materiell nachweisen. Ab dem Zeitpunkt der eingereichten, substantiiert vorgetragenen Rüge kann man eine Rückzahlung geltend machen. Wenn man das ein, zwei Jahre später macht, bleibt das Geld beim Vermieter. Liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, das ist doch nicht sozial! Aber das steht in Ihrer sogenannten Mietpreisbremse.

Ich fordere Sie auf, das zu verändern. „Eigentum verpflichtet.“ Es soll nicht dazu dienen, in die Taschen der Mieterinnen und Mieter zu fassen.

Auch der Mietspiegel ist ein Thema, das in eurer Vorlage drin ist. Auch wenn er verschiedentlich als nicht ganz rechtssicher kritisiert wird, sage ich Ihnen: Wir brauchen eine ordentliche rechtliche Definition, wie ein qualifizierter Mietspiegel auszusehen hat, damit er tatsächlich als Grundlage taugt und rechtsprechungssicher ist.

– Das ist ja schon einmal etwas. – Es muss ein qualifizierter Mietspiegel sein, der auch Aspekte der Ökologie mit einbezieht.

Frau Hendricks ist heute übrigens nicht entschuldigt; ich gebe zu, ich habe nachgesehen.

Mein Zwischenruf vorhin war falsch. Herr Maas ist nämlich ent-

schuldigt; Frau Hendricks ist es aber nicht. Es hätte mich nicht gestört, wenn er hier wäre.

Meine Damen und Herren, wir brauchen einen Mietspiegel – in Paris hat man sich ja jetzt für den Klimaschutz eingesetzt –, der auch den Klimaschutz beim Wohnungsbau berücksichtigt.

Wir brauchen darüber hinaus mehr soziale Kriterien.

Ich bin dafür, die Berechnungsgrundlage von vier auf zehn Jahre zu erhöhen, weil „Eigentum verpflichtet.“ Wir müssen auch die Modernisierung angehen. Schade, dass Herr Luczak, mein Kollege aus Tempelhof-Schöneberg – dem Ort aller Immobilienverwalter, wie Herr Wiese sagte –, jetzt nicht mehr hier ist. Er hat ja eine wunderbare ideologische Volte geschlagen, indem er gesagt hat: Wir wollen den altersgerechten Umbau. Wir wollen, dass die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Wir bekommen nur dann private Investitionen, wenn wir an dieser Stelle nicht zu enge Vorgaben machen. Deshalb kann man die 11 Prozent nicht senken. – Das finde ich materiell falsch. Ich meine, wir müssen diesen Wert reduzieren, weil die 11 Prozent sonst eine Art Dukatenesel sind, wenn man einmal abgeschrieben hat. Ich habe nichts gegen das Geldverdienen. Aber man würde auch bei 9 Prozent noch Geld verdienen und nicht verarmen.

Herr Luczak hat immer nur erzählt, dass man die Investitionen nicht drücken darf. Aber er hat nicht gesagt, wie er die Vermieter und die Eigentümer dazu bringen möchte, dann auch Barrierefreiheit für alte Menschen zu schaffen, wie er dafür sorgen will, dass man für sein Geld auch eine Leis-

tung und nicht nur Mieterhöhungen bekommt, und wie er das alles umsetzen will. Selbst wenn Sie die 11 Prozent beibehalten, frage ich Sie: Wo ist Ihre Regelung, zu sagen: „Zu dulden hat der Mieter nur Maßnahmen im Hinblick auf

Barrierefreiheit und effektive energetische Sanierung“? Auch da trauen Sie sich nicht heran.

Das ist pure Ideologie, die Sie hier verbreitet haben, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, bis hin

zum Thema Kappungsgrenze gibt es an dieser Stelle viel zu tun. Ich sage Ihnen eines: Eine der zentralen sozialen Fragen bezieht sich auf das Thema Miete, an dieser Stelle auch auf das Thema Mieterhöhung. Was wir an dieser Stelle brauchen, ist: Bauen, Bauen, Bauen. Ferner brauchen wir eine Nachbesserung im Recht, aber auch Baumaßnahmen. Wir brauchen mindestens 2 Milliarden Euro pro Jahr. Zudem muss über Bundes-, Landes- und Kommunalrecht sichergestellt werden, dass bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Wir brauchen nicht nur Modernisierung sowie schicke und schöne Wohnungen, sondern auch Otto Normalverbraucher muss in Deutschland eine Wohnung finden können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Was wir an dieser Stelle brauchen, ist: Bauen, Bauen, Bauen.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Michael Frieser (CDU/CSU), Ulli Nissen (SPD), Volker Ullrich (CDU/CSU) und Michael Groß (SPD).

leicht  
erklärt!

# Wohnungs-Mieten

## Wie verändern sie sich?



Letzte Woche hat der Bundes-Tag über die Wohnungs-Mieten in Deutschland gesprochen.

Mehr zu dem Thema steht im folgenden Text.

### Was sind Wohnungs-Mieten?

Wenn es um Wohnungen geht, bedeutet das Wort „Miete“:



Eine Person bezahlt jeden Monat Geld.

Und zwar an eine andere Person.

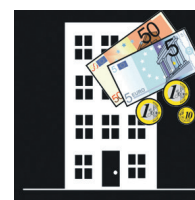
Dafür darf sie dann in einer Wohnung wohnen, die der anderen Person gehört.

Man sagt dann:  
Sie wohnt zur Miete.

Und zwar in einer Miet-Wohnung.

Die Person, die das Geld bezahlt, heißt:  
Mieter.

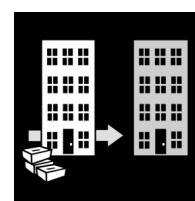
Und die, die das Geld bekommt, heißt:  
Vermieter.



### Warum Miet-Wohnungen?

Miet-Wohnungen sind in Deutschland besonders wichtig. Denn: Über die Hälfte der Menschen wohnt hier zur Miete.

In keinem anderen Land in der Europäischen Union gibt es so viele Mieter.



Dafür gibt es mehrere Gründe.

Zum Beispiel:

- Ein Mieter kann leicht umziehen. Zum Beispiel für einen Job in einer anderen Stadt.
- In Deutschland sind Miet-Wohnungen oft in einem guten Zustand. Das ist nicht in allen Ländern so.
- Nach dem Zweiten Welt-Krieg gab es viel zu wenige Wohnungen. Da haben die Politiker entschieden: Wer Miet-Wohnungen baut, wird dabei mit Geld unterstützt. Darum wurden damals viele Miet-Wohnungen gebaut. Das hat Auswirkungen bis heute.



Weil es bei uns so viele Miet-Wohnungen gibt, machen sich auch viele Leute Gedanken darüber.

Und zwar über die Frage: Wie kann jeder Mensch eine schöne Wohnung haben, die er auch bezahlen kann?

### Die Höhe von den Mieten



Mieten sind in Deutschland unterschiedlich hoch.



Das hat verschiedene Gründe.

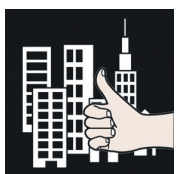
Zum Beispiel: Je höher die Qualität von einer Wohnung ist, desto mehr kostet sie meistens.

Hauptsächlich hängt es aber davon ab:

- Wie viele Menschen an einem bestimmten Ort wohnen wollen.
- Und wie viele Wohnungen es dort gibt.

Denn eine feste Regel heißt: Wenn es von etwas zu wenig gibt, dann wird es teurer.

Zum Beispiel:



Im Moment wollen viele Leute in Städten wohnen.

Dort gibt es aber nicht immer genug Wohnungen für alle.

Und es werden auch nicht genug neue gebaut, damit sich das ändert.

Darum sind in vielen Städten die Mieten oft sehr hoch.

Auf dem Land wollen nicht so viele Menschen wohnen.

Hier gibt es zum Teil sogar zu viele Wohnungen.

Auf dem Land kosten sie darum oft nicht so viel.



### Steigende Mieten

In ganz Deutschland werden Wohnungen immer teurer.

Man sagt dazu: Die Mieten steigen.

Aber auch hier kommt es darauf an, wo genau man wohnt.

Zum Beispiel:

- In Städten steigen die Mieten stärker als auf dem Land.
- In manchen Bundes-Ländern steigen sie nicht so stark. Zum Beispiel in Sachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern.

In anderen Bundes-Ländern steigen sie stärker.

Zum Beispiel in Hamburg oder in Berlin.

Einen Unterschied macht es oft auch, ob man eine Wohnung neu mietet.

Oder ob man schon lange darin wohnt.

Denn: Wenn ein Vermieter eine Wohnung neu vermietet, dann macht er die Miete oft teurer.

Wenn man lange in einer Wohnung wohnt, dann steigt sie nicht ganz so schnell.



### Miet-Preis-Bremse

Seit dem Jahr 2015 gibt es eine Regel, damit die Mieten nicht so stark steigen.

Die Regel heißt: Miet-Preis-Bremse.

Sie soll stoppen, dass die Mieten steigen. So wie eine Bremse ein Auto stoppt.

Wenn es eine Miet-Preis-Bremse gibt, dann dürfen Vermieter Mieten nicht so stark erhöhen.

Wie teuer sie sein dürfen, hängt davon ab, wie hoch sie insgesamt in der Gegend sind.







Aber die Miet-Preis-Bremse gilt nicht für alle Wohnungen.

Es gibt bestimmte Regeln dafür:

- Sie gilt nur in bestimmten Gegenden.

Zum Beispiel dort, wo die Mieten sehr hoch sind. Oder sehr stark ansteigen.

Die Bundes-Länder entscheiden, welche Gegenden das sind.

- Sie gilt auch nur für Wohnungen, die es schon länger gibt.

Also nicht für Wohnungen, die jemand gerade neu gebaut hat.

Und in die zum 1. Mal ein Mieter einzieht.

- Und sie gilt nur, wenn man in eine Wohnung einzieht.

Aber nicht, wenn man schon länger darin wohnt.

Manche Menschen sagen darum:

Die Miet-Preis-Bremse ist zwar eine gute Idee.

Aber durch die ganzen Regeln bringt sie nicht so viel.

## Stadt-Teile verändern sich

Die Höhe von den Mieten kann auch ganze Stadt-Teile verändern.

Folgendes passiert zum Beispiel in vielen deutschen Städten:



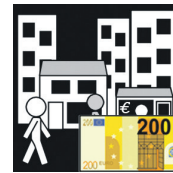
In manchen Stadt-Teilen sind die Mieten sehr niedrig.

Darum ziehen dort vor allem Menschen hin, die nicht so viel Geld ausgeben können.

Zum Beispiel:

- Studenten,
- Künstler
- oder ärmere Menschen.

Die Stadt-Teile werden dadurch sehr abwechslungsreich und interessant.



Und zwar so interessant, dass auch immer mehr Menschen dort leben wollen, die mehr Geld haben.

Darum machen die Vermieter die Wohnungen schicker.

Und erhöhen dann auch die Mieten.

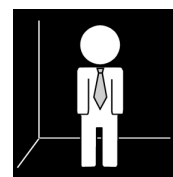
Oder es werden gleich neue, teurere Wohnungen gebaut.

Dann können sich viele von den früheren Bewohnern die Mieten nicht mehr leisten.

Sie müssen in einen anderen Stadt-Teil ziehen.

Aus einem Stadt-Teil für Menschen mit nicht so viel Geld wird so ein Stadt-Teil für eher reiche Menschen.

## Kosten durch Makler



Teuer kann auch ein „Makler“ sein.

Das ist ein Beruf und er funktioniert so:

Ein Vermieter gibt einem Makler den Auftrag, einen Mieter für seine Wohnung zu finden.

Oder: Ein Mieter gibt einem Makler den Auftrag, für ihn eine Wohnung zu suchen.



Früher hat meistens der Mieter den Makler bezahlt.

Auch, wenn der den Auftrag eigentlich vom Vermieter bekommen hat.

Dann hat der Vermieter die Kosten dafür an den Mieter abgegeben.

Seit dem Jahr 2015 geht das nicht mehr so einfach.

Seitdem gibt es nämlich eine neue Regel.

Sie heißt:

Wer dem Makler den Auftrag gibt, bezahlt ihn auch.



### Thema im Bundes-Tag

Die Politiker in Deutschland sprechen schon seit einer Weile darüber, wie man die Gesetze für Miet-Wohnungen verändern kann.

Und zwar haben sie das Ziel: Miet-Wohnungen müssen für alle Menschen bezahlbar bleiben.

Auch letzte Woche haben die Politiker vom Bundes-Tag darüber gesprochen.

Denn einige von ihnen haben Vorschläge dazu gemacht.



### Vorschlag 1

In jeder größeren Stadt soll es eine Preis-Liste geben.

Auf der Liste steht, wie hoch die Mieten in der Stadt sind.

Damit können Mieter schauen, ob sie zu viel Geld für ihre Wohnung bezahlen.

Und auch Vermieter müssen die Preis-Listen beachten.

Solche Preis-Listen gibt es heute auch schon.

Aber die Politiker, die den Vorschlag gemacht haben, finden: Sie sind nicht gut genug.

Denn: Die Mieten darin sind zu hoch.

Und es gibt die Preis-Listen noch in zu wenigen Städten.

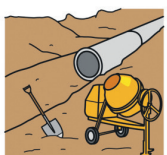
Und die Vermieter müssen sich noch nicht genug daran halten.

### Vorschlag 2

Wenn Vermieter eine Wohnung umbauen und moderner machen, dann dürfen sie die Miete erhöhen.

Wenn sie sehr viel umgebaut haben, dann kann die Miete dadurch sehr stark ansteigen.

So sehr, dass der Mieter sie vielleicht nicht mehr bezahlen kann.



Der 2. Vorschlag von den Politikern ist darum, dass man das ändern muss.

Damit ein Mieter auch nach einem Umbau die Miete noch bezahlen kann.

Was die Politiker vorgeschlagen haben, sind nur Ideen.



Wenn die Ideen wirklich gemacht werden sollen, dann müssen dafür Gesetze geändert werden.

Ob das passieren soll, müssen alle Politiker vom Bundes-Tag entscheiden.

Bis dahin werden sie aber wohl noch ein paar Mal über das Thema sprechen.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache:  
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:  
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung  
„Das Parlament“ 5-7/2016

Die nächste Ausgabe erscheint am  
22. Februar 2016